

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1411-1019



Urheber: Heinrich Blatt
Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2014



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

© 2014, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: Bildungszentrum Schloss Eichholz, aufgenommen während
eines Sommercamps 2010, © Konrad-Adenauer-Stiftung
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Satz: Cornelia Wurm, ZKM / Konrad-Adenauer-Stiftung.
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-068-5

INHALT

5 | VORWORT

7 | 1. EINLEITUNG

- 1.1 Zum Selbstverständnis der politischen Bildung in der
Bundesrepublik Deutschland 7
- 1.2 Politische Kultur in Deutschland nach 1945: Historische
Vorbelastungen und die „totalitäre Erfahrung“ 10
- 1.3 Grundlagen der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-
Stiftung..... 13

21 | 2. GRÜNDUNGS- UND AUFBAUPHASE (1955–1960)

- 2.1 Die „Gesellschaft für christlich-demokratische
Bildungsarbeit“ 21
- 2.2 Die Eröffnung der Politischen Akademie Eichholz e.V.
durch Bundeskanzler Konrad Adenauer 26
- 2.3 Aufgaben und Ziele der Politischen Akademie
Eichholz e.V. 29
- 2.4 Erste Versuche einer inhaltlichen Systematisierung der
Bildungsarbeit..... 31

37 | 3. DIFFERENZIERUNGS- UND QUALIFIZIERUNGS- PHASE (1960–1969/72)

- 3.1 Unabhängige Bildungseinrichtung oder
Parteischulungsstätte? 37
- 3.2 Das Konzept der funktionsbezogenen politischen
Bildungsarbeit..... 40
- 3.3 Die europäische Bildungsarbeit der Politischen Akademie
Eichholz e.V. 44
- 3.4 Die systematische Nachwuchsarbeit 46
 - a) Das Politische Seminar 47
 - b) Das Volkswirtschaftliche Seminar 48
 - c) Das Kommunalpolitische Seminar..... 51
- 3.5 Die Politische Bildung und die Gründung neuer Institute.. 54
 - a) Das „Institut für Internationale Solidarität“ 55
 - b) Das „Institut für Begabtenförderung“ 57
 - c) Das „Wissenschaftliche Institut“ 58
 - d) Das „Institut für Kommunalwissenschaften“ 61

66	4. PROFESSIONALISIERUNGSPHASE (1969–1981)	
	4.1 Die Anfänge der Regionalstruktur der Politischen Bildung und die Einrichtung von Außenstellen (seit 1971).....	71
	4.2 Das Zielgruppenkonzept der Politischen Bildung und die Einführung neuer Veranstaltungsformen	74
	4.3 Die konzeptionelle Weiterentwicklung der Politischen Bildung und die Curriculum-Diskussion	80
	4.4 Die Positionspapiere zur politischen Erwachsenenbildung (1978) und zur außerschulischen Jugendbildung (1981)..	86
94	5. POLITISCHE BILDUNG UND POLITIK (1981–1989/90)	
	5.1 Die Neuordnung der Politischen Bildungsarbeit und die Politische Akademie	98
	5.2 Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsformen der Politischen Bildungsarbeit während der 1980er Jahre	107
	5.3 Exkurs: Das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1986.....	111
	5.4 Deutschlandpolitik: Arbeitsschwerpunkte der Politischen Bildungsarbeit der 1980er Jahre	115
	5.5 Die „Friedliche Revolution“ in der DDR 1989/90: Politische Bildung und demokratische Transformation	124
135	6. DIE POLITISCHE BILDUNG SEIT DEM EPOCHENWECHSEL VON 1989	
	6.1 Die Strukturen der Konrad-Adenauer-Stiftung von 1992 und die organisatorische Weiterentwicklung der Politischen Bildung	140
	6.2 Die Hauptabteilung Bildungszentren	144
	a) Bildungszentrum Schloss Wendgräben	145
	b) Bildungszentrum Schloss Eichholz	150
	6.3 Die Hauptabteilung Bildungswerke	156
	6.4 Die Hauptabteilung Kultur.....	158
166	7. AUF DEM WEG IN DAS NÄCHSTE JAHRTAUSEND	
170	DER AUTOR	
170	ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	
171	PUBLIKATIONSREIHE „HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“	

VORWORT

**„Nur wer seine Wurzeln kennt,
weiß um die Kraft der Zweige.“
Franziskaner Peter Amendt**

1996 blickte die Konrad-Adenauer-Stiftung auf vierzig Jahre politische Bildungsarbeit zurück. Bei der Vorbereitung des vorgesehenen Festaktes zum Jubiläum musste festgestellt werden, dass schriftlich festgehaltene Unterlagen zu Geschichten der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung nur äußerst spärlich vorhanden waren: Die Entstehungsgeschichte sowie die vielfältigen curricularen und themenbezogenen Ansätze der politischen Bildungsarbeit vor dem Hintergrund der vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland im Verlauf von vierzig Jahren waren nicht dokumentiert. Von einer systematischen Dokumentation konnte schon gar keine Rede sein. Allerdings lebten 1996 noch zahlreiche verantwortlich Beteiligte, so dass sie als Interviewpartner zur Verfügung standen.

Damit die Details der Entstehungsgeschichte sowie der strukturellen Entwicklungen und inhaltlichen Schwerpunkte der Politischen Bildung der Stiftung nicht verloren gingen, beauftragte der damalige Leiter der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Günther Rüter, seinen Assistenten Heinrich Blatt damit, eine derartige historische Genese für den Zeitraum von 1957 bis 1997 zusammenzustellen. Die Recherchen zur vorliegenden Dokumentation erwiesen sich als sehr viel zeitintensiver als ursprünglich geplant, das Manuskript wurde mehrmals überarbeitet sowie ergänzt und erst im Dezember 1999 fertiggestellt. Da sowohl Prof. Dr. Rüter als auch Heinrich Blatt Ende 1999 die Politische Bildung verließen, um sich neuen Aufgaben in der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu widmen, blieb das Manuskript erst einmal in der Schublade und geriet in Vergessenheit. Erst im Nachlass des im August 2012 im Alter von 50 Jahren viel zu früh verstorbenen Kollegen Heinrich Blatt tauchte es wieder auf.

Die vorliegende Veröffentlichung versteht sich somit auch als Vermächtnis von Heinrich Blatt, dem die Politische Bildung und deren Demokratie stabilisierende Wirkung stets am Herzen lagen. Sie macht aber auch detaillierte Aussagen über die Motive, die zur Gründung der Stiftung führten, über die Zielsetzungen, was und wer mit an christlich-demokratischen Werten orientierter politischer Bildungsarbeit erreicht werden soll und mit welchen Maßnahmen und Strukturen politisch Interessierte für ein aktives Engagement in unserer parlamentarischen, repräsentativen Demokratie gewonnen werden können – und dies im Spiegel der gesellschaftspolitischen Veränderungen in Deutschland und der Welt im Zeitraum von 1957 bis 1997.

Im nächsten Jahr feiert die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung ihr 60-jähriges Bestehen. Dies nehmen wir zum Anlass, die ersten vierzig Jahre der Geschichte der Politischen Bildung in der Konrad-Adenauer-Stiftung zu sichern und einem größeren Kreis von Interessierten durch diese Publikation zugänglich zu machen.

Wir werden die Geschichte der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung fortschreiben. In den letzten zwanzig Jahren hat sich wiederum viel verändert. Nicht nur die gesellschaftlichen Herausforderungen wie die Nutzung des Internets, der Aufstieg der Sozialen Medien als Informations- und Kommunikationsplattformen oder die veränderten Teilnehmererwartungen, denen sich die Politische Bildung seit 1997 stellen musste, die Internationalisierung der Politik wie die Individualisierung der Gesellschaft haben methodische und didaktische Weiterentwicklungen und auch strukturelle Anpassungen erforderlich gemacht. Aber dies ist eine andere Geschichte und sie wird erst später erzählt werden.

Danken möchten wir allen, die zum Zustandekommen dieser Ausarbeitung beigetragen haben, die ihre Archive und Aktenordner geöffnet und sich Zeit genommen haben, ihre Erinnerungen Heinrich Blatt anzuvertrauen.

Wesseling, im Dezember 2014

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin Politische Bildung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V

Dr. Werner Blumenthal
Leiter Politische Bildungsforen
und Regionalbüros

1. EINLEITUNG

1.1 ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER POLITISCHEN BILDUNG IN DER BUNDES- REPUBLIK DEUTSCHLAND

In der Bundesrepublik Deutschland ist über alle Parteigrenzen hinweg allgemein anerkannt, dass demokratische Politische Bildung zu den unerlässlichen Elementen unserer politischen Kultur gehört. Politische Bildung wird als ein notwendiger Teil der Sozialisation angesehen, der als geplanter Erziehungsprozess vor allem in den Schulen stattfindet, darüber hinaus aber auch von Bundeszentrale und Landeszentrale für politische Bildung, von politischen Stiftungen und zahlreichen anderen gesellschaftlichen Institutionen und Einrichtungen gefördert wird. Im Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der Politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland von 1991 heißt es, dass ihr Ziel in der „Vermittlung von demokratischem Bewusstsein, von Kenntnissen und in der Fähigkeit, an politischen Prozessen mitzuwirken“ besteht.¹ Diese neutrale Formulierung kommt nicht von ungefähr, denn seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland waren die Ziele, Inhalte und Methoden der Politischen Bildung unter Fachwissenschaftlern, aber auch politisch immer wieder umstritten, so dass eine Vielzahl von miteinander konkurrierenden Konzepten entstand. Letztlich spiegelt die Geschichte der Politischen Bildung auch die politisch-gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wider.

Nachdem Briten, Franzosen und Amerikaner in ihren jeweiligen Besatzungszonen mit ihren Maßnahmen zur Entnazifizierung und „Re-Education“ erste Voraussetzungen für die Verankerung der Demokratie als Regierungs- und Lebensform in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen hatten, kamen zu Beginn der 1950er Jahre die prägenden Impulse für die Politische Bildung aus der Pädagogik. Nach dem damals vorherrschenden Selbstverständnis sollte Politische Bildung – Friedrich Oetingers Partnerschaftskonzept entsprechend – zu sozialer und mitbürgerlicher Kooperation und – Theodor Litt zufolge – zu zivilem staatsbürgerlichen Verhalten anleiten. Die bestimmende Zielvorstellung war die Gemeinschaftserziehung, die zugleich als sittliche Erziehung und Wissensbildung des Individuums verstanden wurde.²

Die thematischen Schwerpunkte in der Politischen Bildung wurden in diesem Jahrzehnt bestimmt durch das Werben für die Demokratie, die Vermittlung institutionenkundlicher Kenntnisse und die Erziehung zum mündigen Staatsbürger. Einen großen Stellenwert hatten – angeregt von der Totalitarismusforschung, die damals „zu einem wichtigen Orientierungspunkt des westlichen Selbstverständnisses wurde“ – Bildungsveranstaltungen, die die „Bewältigung“ des Nationalsozialismus und die Kritik am Sowjetkommunismus thematisierten.³ Vor dem Hintergrund der damals stattfindenden Debatte um eine politische Ortsbestimmung der Gegenwart zielten sie auf eine Abgrenzung der freiheitlich-demokratischen Positionen gegenüber den totalitären Diktaturen. Ein weiterer in diesem Zusammenhang ebenfalls wichtiger thematischer Schwerpunkt waren die Integration der Bundesrepublik Deutschland in das Bündnis der westlichen Demokratien und die europäische Einigung.

In den 1960er Jahren rückten Leitbegriffe wie „Erziehung zum Konflikt“ und „Kritikfähigkeit“ in den Mittelpunkt der Fachdiskussion. Nach der Auffassung einiger Didaktiker sollte Politische Bildung den Bürger vor allem dazu befähigen, in politischen Streitfragen eigene Urteilskraft und den Mut zu eigenen Stellungnahmen zu entwickeln.⁴ Andere Stimmen hingegen warnten vor einer Vernachlässigung des Gemeinschaftsgedankens und des Strebens nach Kompromissen und Konsens. Die Kontroversen verschärften sich im Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren noch mehr. Vor dem Hintergrund der Studentenrevolte und der sich formierenden Außerparlamentarischen Opposition forderten linke Theoretiker, Politische Bildung vor allem als Mittel der Herrschafts- und

Ideologiekritik, zur gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung und zum Abbau überflüssiger Herrschaft einzusetzen.⁵

Die Gegner dieser grundsätzlich systemkritischen Position beharrten allerdings darauf, dass eine normativ-institutionelle politische Ordnung zur Vermeidung des Missbrauchs politischer Herrschaft notwendig sei. Statt „Emanzipation“ und „antiautoritärer Erziehung“ müsse Politische Bildung die Fähigkeit und Bereitschaft zur politischen Beteiligung nach Maßgabe der grundgesetzlichen Ordnung fördern. Gerade in einer freiheitlichen, pluralistischen Demokratie dürfe sie gegenüber den Grundwerten der Verfassung und ihrer Institutionen nicht in einem fundamental-kritischen Verhältnis stehen. Eine wesentliche Aufgabe der Politischen Bildung bestehe vielmehr darin, die Bürger und vor allem die heranwachsenden Generationen zu einer kritikfähigen, aber positiven Identifikation mit den Werten und Normen des Grundgesetzes auf der Basis rationalen Urteilens zu erziehen.⁶ Deshalb richteten sich die Bemühungen der Vertreter dieser Position seit dem Ende der 1960er und während der 1970er Jahre insbesondere auf die Immunisierung gegen rechten und linken Radikalismus bzw. Extremismus, auf die Verteidigung der Demokratie gegen die Außerparlamentarische Opposition und gegen den politischen Terrorismus.

Erst nachdem die Politikdidaktiker sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wieder auf ein Minimum an pädagogischen Gemeinsamkeiten verständigt hatten, konnte die Politische Bildung – trotz einer Vielzahl nebeneinander bestehender und miteinander konkurrierender Konzeptionen – allmählich wieder zu einer an politischen Themen orientierten, inhaltlichen Arbeit übergehen.⁷ Seit dem Epochenbruch von 1989/90 konzentrieren sich die Bemühungen in einer sich zunehmend schneller wandelnden Welt vor allem auf die theoretische Durchdringung neuer gesellschaftlicher Entwicklungen, globaler Zukunftsthemen und die Vermittlung von Orientierungswissen.

Die dauerhaften Ziele und Aufgaben der Politischen Bildung bestehen jedoch grundsätzlich und zeitunabhängig von den jeweiligen aktuellen politischen Entwicklungen in der systematischen *Information und Aufklärung* über die grundlegenden Normen und Prinzipien unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Zu ihnen zählt die freiheitliche Demokratie. Grundrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, gesetzmäßige Verfahren der politischen Willensbildung unter der Mit-

wirkung von Regierungs- und Oppositionsparteien, die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und der sozialen Sicherungssysteme. Weil sich die Normen und Prinzipien der Verfassungsordnung des Grundgesetzes in den Institutionen der Bundesrepublik Deutschland konkretisieren, kommt ihnen die besondere Aufmerksamkeit der Politischen Bildung zu. Diese Institutionen konstituieren Handlungskompetenzen und schaffen Verantwortungsklarheit. Andererseits garantieren sie individuelle Freiheitsrechte und sichern die Chancengleichheit der Opposition sowie Rechtsschutz und Sozialstaat. Zugleich begründen und begrenzen sie die politische Herrschaft in der Demokratie. Deshalb steht ihr Zusammenwirken im politischen Entscheidungsfindungs- und Willensbildungsprozess parlamentarischer Demokratie im Mittelpunkt der Bildungsarbeit.

Identifikation mit den Werten und Normen des Grundgesetzes heißt natürlich auch, emotionale Bindungen an das eigene Gemeinwesen zu entwickeln und zu fördern, ohne dabei (etwa im Sinne einer ausschließlichen und damit einseitigen Interpretation der Verfassung) zu indoktrinieren. Politische Bildung strebt vielmehr nach einer *Qualifizierung* der Bürgerinnen und Bürgern, damit diese aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme durch eigenes Denken beurteilen und durch die Übernahme von Verantwortung in Gesellschaft und Politik bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens mitwirken können. Hierin liegt der spezifische Beitrag Politischer Bildung zur aktiven Sicherung der freiheitlichen Demokratie. Weil diese letztlich auf ein verantwortungsbewusstes politisches Verhalten der Staatsbürger angewiesen ist, vermittelt die Politische Bildung Kenntnisse und Fähigkeiten mit dem grundsätzlichen Ziel, die Staatsbürger zu *politischer Mündigkeit* zu erziehen.⁸

1.2 POLITISCHE KULTUR IN DEUTSCHLAND NACH 1945: HISTORISCHE VORBELASTUNGEN UND DIE „TOTALITÄRE ERFAHRUNG“

Nach demokratischem Verständnis stehen Bürger und Staat in einem wechselseitigen, sich gegenseitig bedingenden Verhältnis zueinander. Der Staat ist eine von Menschen geschaffene Institution und damit niemals Selbstzweck, sondern nur um der Menschen willen da. Andererseits ist der als Gemeinwesen verfasste Staat nicht nur eine Institution, die für den Bürger sorgt, sondern der Bürger hat auch für den Staat zu sorgen. Über diese grundsätzliche Wechselseitigkeit der Verpflichtungen darf kein Dissens bestehen, denn eine rechtsstaatliche Demo-

kratie und ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen sind keine Selbstläufer. Ohne ein aktives Engagement von Demokraten, um demokratischen Missbrauch durch Radikale und Extremisten zu verhüten, droht das Entstehen eines Machtvakuum, das Ideologen die Auflösung der Demokratie und die Errichtung von Diktaturen ermöglicht. Dies ist die Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik und der darauf gefolgt leidvollen „totalitären Erfahrung“ der nationalsozialistischen Diktatur.⁹

Als man nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den westlichen Besatzungszonen des völlig zerstörten Deutschen Reiches darangehen wollte, eine parlamentarische Demokratie zu errichten, herrschten zunächst Ernüchterung und tiefer Pessimismus. Eine Nation, die zwei Weltkriege ausgelöst, ganz Europa verwüstet und Völkermord an den Juden verübt hatte, die sich nach nur 14 Jahren der von Anfang an ungeliebten Weimarer Demokratie entledigt und dann zwölf Jahre lang in und mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gelebt hatte, war im demokratischen Sinne unmündig. Konrad Adenauer konstatierte 1946 in einer Grundsatzrede, die er in seiner damaligen Funktion als 1. Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union für die Britische Zone in der Aula der Kölner Universität hielt:¹⁰

„Das deutsche Volk ist zur Zeit in einem derartigen geistigen und seelischen Zustand. Es ist schlechthin alles bei ihm zusammengebrochen, die Erziehung der jüngeren Generation ist so vernachlässigt, es ist in einer solchen materiellen Not, dass man schon die tiefsten Kräfte, die in jedes Menschen Seele schlummern, erwecken muss [...], um es wieder der Gesundheit entgegenzuführen. [...] Das deutsche Volk muss in seinem Denken und Fühlen umerzogen werden. Das ist auch eine wesentliche Aufgabe der politischen Parteien [...]

[...]

Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzungen des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes in Deutschland widmen müssen [...]

[...]

Es gibt nur ein Mittel gegen diesen Geist, und das ist Aufklärung und Belehrung. Man muss sie darüber aufklären, was der Nationalsozialismus und seine Führer in Wirklichkeit waren, ihnen zeigen, dass die heutige Situation Deutschlands [...] eine Folge der nationalsozialistischen Politik und Führung sind.“

Die Ursachen und tieferen Gründe für die nationalsozialistische Gewalt-herrschaft sah Adenauer in der „deutsche(n) Geschichte der letzten hundert Jahre.“¹¹ Seiner Ansicht nach erklärte eine bei den meisten Deutschen tief verwurzelte „falsche Auffassung vom Staat und der Stellung der Einzelperson“ nicht nur, warum Hitler überhaupt Kanzler und dann „Führer“ werden konnte, sondern auch, warum ihm so viele Deutsche bis in die Katastrophe von 1945 gefolgt waren:¹²

„Der Nationalsozialismus hat uns unmittelbar in die Katastrophe hineingeführt [...] Aber der Nationalsozialismus hätte in Deutschland nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte [...]

[...]

Der Nationalsozialismus war nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Missachtung, ja Verachtung des Wertes des Einzelmenschen in einem Volk, das so erst durch die preußisch über-spitzte und übertriebene Auffassung vom Staat, seinem Wesen, seiner Macht, den ihm geschuldeten unbedingten Gehorsam, dann durch die materialistische Weltanschauung geistig und seelisch vorbereitet war, konnte sich, begünstigt durch die schlechte materielle Lage weiter Volkskreise, verhältnismäßig schnell eine Lehre durchsetzen, die nur den totalen Staat und die willenlos geführte Masse kannte, eine Lehre, nach der die eigene Rasse die Herrenrasse und das eigene Volk das Herren-volk ist und die anderen Völker minderwertig, zum Teil vernich-tungswürdig sind, nach der aber auch in der eigenen Rasse und im eigenen Volk der politische Gegner um jeden Preis vernichtet werden muss.“

Diesem von Adenauer beschriebenen (auf der Antithese von deutscher Kultur und westlicher Zivilisation beruhenden) nationalen „Sonder-bewusstsein“ der Deutschen, das als Integrationsideologie nach innen wie auch als Begründung eines deutschen Hegemonialanspruchs nach außen gedient hatte, mussten die Politik und die Politische Bildung nach 1945 gleichermaßen Rechnung tragen. Zugleich waren dabei weitere,

mit diesem Bewusstsein in engem Zusammenhang stehende „Spezifika der älteren deutschen politischen Kultur – also des 19. und des 20. Jahrhunderts“ – zu berücksichtigen, zu denen vor allem ein stark obrig-keitsstaatlich und illiberal geprägtes Denken und ein ausgeprägter Man-gel bzw. das Nichtvorhandensein demokratischer Tugenden wie etwa Kompromissfähigkeit, politischer Pragmatismus und Toleranz zählten.¹³ Wenn die Bürger in Zukunft das Wesen und die Grundsätze der parla-mentarischen Demokratie verstehen und gefühlsmäßig bejahen sollten, dann konnte dies nur in der Auseinandersetzung mit den genannten spezifisch deutschen geschichtlichen Erfahrungen, den „Historischen Vorbelastungen“ der Demokratie geschehen.¹⁴ Hierin besteht eine not-wendige und dauerhafte Aufgabe der Politischen Bildung, weil politisches Urteilen und verantwortungsbewusstes politisches Verhalten auch auf *geschichtliches Verstehe!* unmittelbar angewiesen ist. Letztlich geht es darum, „eine Wiederholung der Selbsterstörung der Demokratie zu verhindern.“¹⁵

Wir wissen heute, dass die eingangs beschriebene Beziehung zwischen Bürger und Staat gelernt werden kann und gelehrt werden muss. Es ist Aufgabe der Politischen Bildung, für die Demokratie zu werben, sie immer wieder neu zu erklären und erfahrbar zu machen. Denn der frei-heitliche demokratische Staat und die ihn tragende pluralistische Gesell-schaft sind *existenziell* darauf angewiesen, dass genügend Bürgerinnen und Bürger für diesen Staat eintreten, ihn mitgestalten oder zumindest innerlich bejahen, dass Demokratie von jeder Generation neu erlernt wird und sich jede Generation aufs Neue in der Demokratie bewährt.

1.3 GRUNDLAGEN DER POLITISCHEN BILDUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

„Im Anfang war Adenauer“ – diese Feststellung, die Arnulf Baring seiner Studie über die Entstehung der Kanzlerdemokratie als Titel voranstellte, um den prägenden Einfluss des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland bei der Suche nach modifizierten, stabilisierenden und krisenfesten Formen einer „wehrhaften Demokratie“ pointiert zum Aus-druck zu bringen, trifft letztlich auch auf die Grundlagen der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu:¹⁶

„Als Stiftung, die den Namen des ersten deutschen Bundeskanzlers trägt, orientiert sie sich in ihren Bildungsveranstaltungen an den aus dem christlich-demokratischen Hintergrund erwachsenen Wertvorstellungen, politischen Ideen und Weichenstellungen, die für Konrad Adenauer bei der Gestaltung der Politik in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich waren. Die Weiterentwicklung dieser Werte und Ideen ist für sie Auftrag und Verpflichtung für die Zukunft.“¹⁷

Es ist ein bleibendes Verdienst Konrad Adenauers, mit seinen politischen Weichenstellungen eine unwiderrufliche Abkehr von den deutschen „Sonderwegen“ des 19. und von der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzogen zu haben. Sein politisches Programm bedeutete eine entschiedene Absage an das totalitäre Staats- und Machtverständnis sowohl der untergegangenen nationalsozialistischen Diktatur als auch der kommunistischen bzw. (real-)sozialistischen Diktaturen, die damals die freie Welt bedrohten. Adenauers Politik gründete auf einem von der christlichen Naturrechtslehre geprägten ethischen Fundament. Sein Verständnis von der Demokratie erschöpfte sich für ihn nicht in der parlamentarischen Regierungsform oder der Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit. Sie war ihm zugleich eine Weltanschauung, die in der christlichen Auffassung von der Würde und den unveräußerlichen Rechten jedes Menschen wurzelte.

Dieses Menschenbild Adenauers verlangte ordnungspolitische Entscheidungen, die die Bundesrepublik Deutschland bis heute grundlegend prägen und zu denen es nach seiner Staatsauffassung keine Alternativen gab. Hierzu gehören die repräsentative parlamentarische Demokratie mit den im Grundgesetz festgeschriebenen Grenzen der politischen Machtausübung, die besondere Rolle der Parteien, das Prinzip der politischen Kontrolle, die Praxis parlamentarischer Mehrheitsentscheidungen und der verbrieft Schutz der Minderheit. Eine wichtige Grundlage für den sozialen Frieden und die politische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland legte er – gemeinsam mit Ludwig Erhard – mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft.¹⁸ In ihr spiegelt sich die christlich-demokratische Auffassung von Wirtschaft wider, weil sie durch die Synthese von rechts- und sozialstaatlichen Ordnungsprinzipien den Erfordernissen nach gesellschaftlicher Solidarität Rechnung trägt.

Die innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen Adenauers hatten zum Ziel, die Bundesrepublik Deutschland fest in die Werte- und Bündnisgemeinschaft der westlichen Demokratien einzubinden. Damit waren sowohl die Integration in die NATO als auch die Verankerung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft untrennbar verbunden. Letztere bot in den Augen des Kanzlers eine sichere Gewähr für eine dauerhafte und friedliche politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Zu den persönlichen Anliegen Adenauers zählten die Aussöhnung mit dem ehemaligen „Erbfeind“ Frankreich und die Verständigung mit Israel; hierbei hat er sich bleibende außenpolitische Verdienste erworben. Der von ihm ebenfalls angestrebte friedliche Dialog mit Polen scheiterte allerdings an den Vorbehalten der kommunistischen Machthaber in Warschau und am Veto Moskaus.

Adenauers Programm passte gut in die geistige, gesellschaftliche und politische Landschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. In der deutschen wie in den Bevölkerungen anderer europäischer Länder gab es damals eine große Bereitschaft zu ethischer Erneuerung und zur Rückbesinnung auf christliche Grundsätze. Zudem artikulierte sich damals unter Politikern, Intellektuellen, aber auch in der Bevölkerung und vor allem bei den Jugendlichen ein starkes Verlangen nach einer Rekonstruktion Europas und seiner Werte.

„Erstmals in der Geschichte Europas begann sich eine einheitliche Meinung über den Wert der freiheitlichen Demokratie und die Gemeinsamkeit europäischer Interessen zu bilden. Dies geschah zwar vor dem Hintergrund einer tiefen Erschöpfung und Krisenstimmung [...] Aber die Erfahrungen der Diktatur [...] schufen zugleich Voraussetzungen für eine demokratische Europapolitik. [...] Auch die geistigen und normativen Entscheidungen dieses Jahrzehnts [...] bezeugen die Entstehung eines gemeineuropäischen und gemeindemokratischen Politikverständnisses, das ungleich stärker und allgemeiner als das bisherige politische Denken vom Primat der Freiheit und Menschenwürde, von der Bedeutung eines Ausgleichs individueller und sozialer Rechte, vom unverbrüchlichen Wert der pluralistischen Demokratie [...] durchdrungen war.“^{19 20}

Eine Schlüsselrolle beim Wiederaufbau der Demokratie und bei der westeuropäischen Einigungspolitik nahmen die christlich-demokratischen Parteien ein, die nach 1945 in den ehemaligen Diktaturländern Deutschland und Italien, aber auch in anderen europäischen Ländern entstanden. Diese Parteien griffen meist auf ältere Traditionen der christlich-sozialen Bewegungen zurück, ihre neue Stärke aber bestand in ihrem überkonfessionellen Charakter. Ihr Selbstverständnis als christliche Sammel- bzw. Integrationsparteien beruhte auf einer veränderten Einstellung der Kirchen, die sich nach den Erfahrungen der Diktatur zu einer Bejahung der (weltanschaulich) pluralen Demokratie durchgerungen hatten. Auch die Christlich Demokratische Union (CDU) und die Christlich-Soziale Union (CSU) schlugen 1945 den Weg zu einer christlichen Volkspartei ohne konfessionelle Begrenzung ein: „Er sollte die demokratische Integration des Neubeginns gewährleisten, und wie er sich in den Stunden nationalsozialistischer Verfolgung bewährt hatte, sollte er vor zukünftiger Diktatur schützen.“²¹

Aufgrund der von ihr praktizierten politischen Anwendung der christlichen Ethik auf die moralischen und sozialen Bedürfnisse der Nachkriegsgesellschaft war die Union unter pragmatischen Gesichtspunkten, die Kompromisse eingeschlossen, für alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung wählbar. Wie wichtig dies für die Menschen damals war, ist an den Wahlentscheidungen der Bundesbürger zugunsten der CDU/CSU während der 1950er und 1960er Jahre deutlich abzulesen. Schließlich zwangen die Erfolge der Christdemokraten auch die SPD, sich zu einer Volkspartei zu entwickeln; sie wurde erst in den 1960er Jahren zu einer echten Konkurrenzpartei für die Union, *nachdem* sie 1959 mit dem Godesberger Programm ideologischen Ballast abgeworfen und die von Adenauer geschaffenen politischen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland, vor allem aber dessen außenpolitische Westorientierung, akzeptiert hatte.²²

Die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur Demokratie vollzog sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem vor dem Hintergrund einer „Entzauberung“ rechter und linker Ideologien, die durch die Erfahrung mit der nationalsozialistischen Diktatur und durch die Drohungen des Sowjet-Kommunismus bewirkt wurde.²³ Gewiss förderten das sog. deutsche „Wirtschaftswunder“, der wirtschaftliche Aufschwung zu bislang ungekanntem Wohlstand und die zunehmende soziale Sicherheit die Akzeptanz der Demokratie. Allerdings hinkte die demokratische Bewusst-

seinsbildung hinter den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen hinterher. Die Bemühungen um eine *breitenwirksame* (philosophische bzw. moralische) Fundierung der freiheitlich-demokratischen Politik blieben hinter pragmatischen Orientierungen zurück, die – wie sich spätestens 1968 zeigen sollte – auf Dauer nicht tragfähig sein konnten. Die Kehrseite der Entideologisierung bestand in einer tendenziellen Entpolitisierung, einem Rückzug in das Private bzw. auf das Individuelle, wie sie beispielsweise in den Ohne-mich-Parolen der Nachkriegsjahre zum Ausdruck kam.

Vor diesem Hintergrund muss die Entstehung der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ im Jahr 1956, aus der die Politische Akademie Eichholz und 1964 die Konrad-Adenauer-Stiftung hervorgingen, gesehen werden. Ihre Gründer gehörten zu den engagierten Persönlichkeiten in der Union und ihrem Umfeld. Sie gingen der Frage nach, wie die Demokratie gefestigt und dauerhaft verankert werden könnte.²⁴ Sie erkannten die Gefahren des egozentrischen, von geistigem Nihilismus und Individualismus gefärbten Denkens, dessen tiefste Ursache sie in einer Verhaltensänderung des vom nationalsozialistischen Zwangsstaat überbeanspruchten Individuums sahen. Um die neue soziale und politische Ordnung auch in Zukunft gegenüber radikalen Kräften sichern zu können, sollte die Zahl derer in der Bundesrepublik Deutschland vermehrt werden, die bewusst Träger und Vermittler einer im christlich-demokratischen Geiste gegründeten rechtsstaatlichen Ordnung sein wollten und konnten. Mittels einer zeitgemäßen sozialen und politischen „Aufklärungs- und Schulungsarbeit“ wollte man „das christlich-soziale Ideengut [...] an die breiten Massen heranbringen“, die Bürger über die Grundsätze christlich-demokratischer Politik informieren und ihnen zur Orientierung entsprechende Antworten auf die „sozialen und politischen Fragen unserer Tage“ vermitteln.²⁵ Auch Konrad Adenauer war der Auffassung, dass eine wirklichkeitsnahe soziale und Politische Bildung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger dringend erforderlich war und hat deshalb die beschriebenen Bestrebungen nachhaltig unterstützt.²⁶

Die Bundesrepublik Deutschland ist im weiteren Verlauf ihrer Geschichte auf dem Kurs geblieben, den ihr Konrad Adenauer durch seine politischen Weichenstellungen vorgegeben hat. Die von ihm geschaffenen Grundlagen haben sich im Laufe mehrerer Jahrzehnte als so tragfähig erwiesen, dass die rechtliche und politische Verfassung der Bundesrepublik auch die des vereinten Deutschlands werden konnte. Dass die staatliche

Einheit Deutschlands unter Beibehaltung der Westbindung und unter freiheitlichen und demokratischen Vorzeichen erreicht werden konnte, ist eine späte Rechtfertigung der Adenauer'schen Westintegration. Doch auch unabhängig davon bleibt Adenauers Name mit der Schaffung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen verbunden, auf denen die Bundesrepublik Deutschland heute noch beruht.

Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit der Gründung der Politischen Akademie Eichholz im Jahre 1957 begleitet. Sie hat sich dabei immer zum Politikverständnis der christlich-demokratischen Bewegung bekannt und sich insbesondere an den normativen Fundamenten der Politik ihres Namensgebers und den daraus resultierenden Auffassungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft orientiert. Ihr wichtigster Kooperationspartner ist die ihr nahestehende Christlich Demokratische Union Deutschlands. Allerdings kann und darf sie nach ihrem Selbstverständnis und nach der geltenden Rechtslage keine Parteiarbeit leisten. Indem die Politische Bildung der KAS die christlich-demokratischen Werte in der pluralen Gesellschaft fördert, trägt sie zur Identifikation der Bürger mit der freiheitlichen Grundordnung unseres Gemeinwesens bei. Zu den bleibenden Leitmotiven der Bildungsarbeit gehören deshalb die Verankerung und Stärkung der parlamentarischen Demokratie, die Bewahrung des Rechtsstaats und die Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft.

Seit ihrem Bestehen bietet die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung der Politik ein Forum und unterstützt so den Gedankenaustausch zwischen Bürgern und Politikern. Sie informiert über Grundsätze und Ziele christlich-demokratischer Politik, ohne dabei kontroverse Standpunkte und Positionen in der aktuellen Diskussion auszublenzen. Sie fördert Orientierung und Verständigung über wichtige politische Themen, indem sie gesellschaftliche Gruppen und Personen aus Politik, Wissenschaft, Kirchen, Wirtschaft und Kultur zur Diskussion zusammenführt. Mit dieser Brückenfunktion trägt die Politische Bildung zur demokratischen Gesprächskultur in unserer Gesellschaft, zur geistigen Integration und somit – seit 1989 – auch zur inneren Einigung in Deutschland bei. Sie fördert damit den demokratischen Konsens, ohne den unsere Gesellschaftsordnung nicht lebensfähig ist. In einer sich stetig wandelnden Welt gibt die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung Orientierungshilfen auf christlich-demokratischer Grundlage, sie stellt überschau-

bare Gesamtzusammenhänge her, klärt über die Risiken *und* Chancen aktueller Entwicklungen auf und motiviert zu sozialem und politischem Engagement.

- 1| *Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Deutschen Bundestag am 10. Dezember 1991, Drucksache 12/1773, Einleitung.*
- 2| *Vgl. Friedrich Oetinger, Wendepunkt der politischen Erziehung, Partnerschaft als pädagogische Aufgabe, Stuttgart 1951; und Theodor Litt, Die politische Selbsterziehung des deutschen Volkes, Bonn 1953.*
- 3| *Karl Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, München 1985, S. 219.*
- 4| *Vgl. Hermann Giesecke, Didaktik der politischen Bildung, München 1965.*
- 5| *Vgl. Rolf Schmiederer, Zur Kritik der politischen Bildung. Ein Beitrag zur Soziologie und Didaktik des politischen Unterrichts, Frankfurt/Main 1971.*
- 6| *Bernhard Sutor, Didaktik des politischen Unterrichts. Eine Theorie der politischen Bildung, Paderborn 1971; und Ders., Grundgesetz und politische Bildung. Ein Beitrag zur Wiedergewinnung eines Minimalkonsenses im Streit um den Politikunterricht (Hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung), Hannover 1976. Vgl. auch Manfred Hättich, Demokratie als Herrschaftsordnung, Köln 1967; und Ders., Rationalität als Ziel politischer Bildung, München 1977.*
- 7| *Als eine wichtige Grundlage der politischen Bildung wird bis heute der sog. „Beutelsbacher Konsens“ (1. Überwältigungsverbot, 2. Kontroversgebot, 2. Ziel der Interessenkompetenz) anerkannt; vgl. dazu: Siegfried Schele/Herbert Schneider (Hrsg.), Reicht der Beutelsbacher Konsens?, Schwalbach/Ts. 1996.*
- 8| *Vgl. Manfred Hättich, Bernhard Sutor u. a., Politische Bildung in der Demokratie. Grundlagen, Ziele und Folgerungen für die Schule (Hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von H.-J. Vein und P. Weilemann), Mele 1990.*
- 9| *Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart 1952; Ders., Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln 1960; und Ders., Die totalitäre Erfahrung, München 1987.*
- 10| *Zitiert nach Konrad Adenauer, Reden 1917–1967. Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 82–106, Zitate: S. 89, 92 und 93.*
- 11| *Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1: 1945–1953, 5. Auflage, Stuttgart 1983, S. 44.*
- 12| *Konrad Adenauer, Reden, a. a. O., S. 86.*
- 13| *Vgl. Bernd Faulenbach, Überwindung des „deutschen Sonderweges“? Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, vom 11. Dezember 1998, S. 11–23, Zitat: S. 12. Mit der deutschen Entwicklung des 19. Jahrhunderts als „Sonderweg“ haben sich eingehend Hans-Ulrich Wehler (Deutsche Gesellschaftsgeschichte, bisher 3 Bände, München 1987–1995) und Themas Nipperdey (Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, und ders., Deutsche Geschichte 1866–1918, 2 Bände, München 1992) auseinandergesetzt.*

- 14| Ernst Fraenkel, *Historische Vorbelastungen des Deutschen Parlamentarismus, in: Deutschland und die westlichen Demokratien, erw. Auflage, Frankfurt am Main 1991, S. 23–47.*
- 15| Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien, a. a. O., S. 280.*
- 16| Arnulf Baring, „Im Anfang war Adenauer“. *Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, 2. Auflage, München 1982.*
- 17| Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), *Für Verantwortung und Gemeinwohl. Die Aufgaben der politischen Bildung. Ein Positionspapier, Eichholz 1998, S. 6.*
- 18| Ludwig Erhard, *Wohlstand für alle (1957), 3. Auflage, Düsseldorf 1990.*
- 19| *Von 1945 bis 1950, Anm. d. Verf.*
- 20| Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien, a. a. O., S. 272 f.*
- 21| Winfried Becker, *Die CDU im demokratischen Neubeginn 1945/46. Motive der Gründung und parteipolitischer Standort, in: Günther Rüter (Hrsg.) Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegung in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung (= Bd. 216 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung), 3. unveränderte Auflage, Bonn 1989, S. 333–360; Zitat: S. 354, vgl. auch Günter Buchstab, Klaus Getto (Hrsg.), die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten (= Bd. 254/255 Geschichte und Staat), 2. Auflage, München 1990.*
- 22| Vgl. ebd., S. 288, und Kurt Sontheimer, *Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik, München 1991, S. 98.*
- 23| Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien, a. a. O., S. 287.*
- 24| Vgl. Maria Magdalena Wermes, *Die CDU/CSU und die politische Bildung – Entwicklung und Konzeption seit 1945 (Diss.), Bonn 1984.*
- 25| Vgl. Joseph Joos, *Wagnis und Erfolg. Zwei Jahre „Politisch-soziale Korrespondenz“, in: Politisch-soziale Korrespondenz. Organ der Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung. V., Nr. 24 (III. Jahrgang) vom 15.12.1954, S. 6 f.*
- 26| Vgl. Konrad Adenauer, *Die Probe ist bestanden. Neujahrswunsch des Bundeskanzlers für die „Politisch-soziale Korrespondenz“, in: PSK, Nr. 1 (III. Jahrgang) vom 01.01.1954, S. 3.*

2. GRÜNDUNGS- UND AUFBAUPHASE (1955–1960)

2.1 DIE „GESELLSCHAFT FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE BILDUNGSARBEIT“

Die „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“, die den Anfang der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung markiert, verdankte ihre Entstehung der Initiative engagierter Unionspolitiker. Theoretische Vorüberlegungen, „staatsbürgerliche Bildungsarbeit im Geiste christlich-demokratischer Prinzipien zu beginnen“, gab es bereits seit Anfang der 1950er Jahre.¹² Hieran beteiligten sich u. a. Hermann Ehlers, der 1956 viel zu früh verstorbene Vorsitzende des evangelischen CDU-Arbeitskreises, Robert Tillmanns, sein Nachfolger Franz Meyers, der damalige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Heinrich Krone, und einige andere Bundestagsabgeordnete der Unionsparteien, nicht zuletzt aber auch Bundeskanzler Konrad Adenauer selbst.

In der CDU war seit dem Beginn der zweiten Legislaturperiode ihrer Regierungsverantwortung im Herbst 1953 immer wieder über die Notwendigkeit einer „Ausbildungs- und Schulungsstätte“ zur Förderung des politischen Nachwuchses diskutiert worden.³ Die Partei Adenauers hatte 1949 als junge und unfertige, in unterschiedliche politische, soziale, konfessionelle und landsmannschaftliche Gruppen föderal zergliederte Organisation auf Bundes- und Landes-

ebene quasi aus dem Stand heraus politische Verantwortung übernommen. Auch in den darauf folgenden Jahren mussten die Bemühungen um eine Verbesserung der innerparteilichen Organisation und die inhaltliche Programmarbeit immer wieder hinter den praktischen Anforderungen der Regierungspolitik zurückstehen. Nach der erfolgreich bestandenen Bundestagswahl von 1953 aber wuchs die Dringlichkeit, „aus der Union mehr zu machen als eine Partei, die nur zur Durchführung von Wahlen aktiv wird.“ Sie sollte „eine lebendige und eigenständige Funktion nicht nur im organisatorischen und publizistischen, sondern auch im politischen Raum gewinnen.“⁴

Welche Erwartungen wurden vor diesem Hintergrund von der Partei an eine „Ausbildungs- und Schulungsstätte“ gestellt? Auf einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 3. Juli 1955 in Bonn beschrieb der damalige CDU-Bundesgeschäftsführer, Bruno Heck, in einem Referat über organisatorische Aufgaben der CDU ausführlich die Aufgaben, die eine solche Bildungsstätte wahrnehmen sollte:⁵

„Was die Partei dringend braucht, ist ein Zentrum für politische Schulungs- und Bildungsarbeit. Die Zusammenarbeit mit einem solchen Zentrum wird die Wochenendschulung in den Landes- und Kreisverbänden wesentlich fördern können. Ein solches Zentrum für politische Schulungs- und Bildungsarbeit müsste m. E. vier Aufgaben bekommen:

1. Die Ausbildung und Weiterbildung der hauptamtlichen Kräfte der Partei;
2. die systematische Schulung und Bildung des politischen Nachwuchses. [...] Ich glaube aber, man sollte [...] die Frage stellen, ob denn von der Bundespartei auch genügend getan wurde, die Junge Union, die doch der Partei letzten Endes den politischen Nachwuchs bringt, genügend zu fördern und sich auch mit den hierzu erforderlichen finanziellen Aufwendungen darum zu bemühen, dass der jungen Generation [...] das notwendige Wissen vermittelt wird. Hier liegt eine Aufgabe, die bisher weitgehend versäumt wurde und die mit aller Intensität in Angriff genommen werden sollte.
3. Die Durchführung von politischen Bildungskursen nach einzelnen Fachgebieten;

4. die Durchführung von Wochenendtagungen, wie sie etwa bisher bei evangelischen und katholischen Akademien veranstaltet werden, allerdings hier auf überkonfessioneller Grundlage.

Ich gehe dabei von folgender Erwägung aus: In dem uns zugeordneten christlichen Raum stehen nahezu für alle Fachgebiete ausgezeichnete und vorzügliche Kräfte zur Verfügung (...) Diese Kräfte zeigen aber wenig Neigung, im normalen Raum der Parteiorganisation auf Orts- und Kreisebene tätig zu sein, und man muss wohl zugestehen, dass sich die Organe der Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisebene zu wenig um diese Persönlichkeiten bemüht und noch keine Formen entwickelt haben, diese Kräfte in geeigneter Form anzusprechen und für die Arbeit der Partei nutzbar zu machen. Ich verspreche mir von der Durchführung akademieähnlicher Wochenendtagungen mit Persönlichkeiten erster Qualität sehr viel, allerdings nicht nur, dass diese Persönlichkeiten damit näher an die Partei herangeführt werden; ich glaube vielmehr, dass darüber hinaus die Partei durch eine solche Mitarbeit von vorzüglichen Kräften erheblich gewinnen könnte.“

Die Parteiführung bzw. die CDU-Bundesgeschäftsstelle war also zunächst vor allem daran interessiert, ihre hauptamtlichen Mitarbeiter an der Basis, insbesondere die Kreisgeschäftsführer, systematisch und langfristig auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Eine solche Schulung hatte bislang aus finanziellen Gründen nicht stattfinden können.

Eine besondere Notwendigkeit sah man darin, die Parteimitglieder fortlaufend über die Politik der Regierung und der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu informieren „und ihre politische Weiterbildung nach Möglichkeit so [zu] fördern, dass sie im Gespräch mit Andersdenkenden in der Lage sind, die offizielle Politik zu vertreten.“⁶ Außerdem lag es im Interesse der Partei, Nachwuchs für die politische Arbeit heranzubilden und fachlich sowie politisch versierte Persönlichkeiten im gesellschaftlichen Umfeld der Union für die Arbeit mit und in der Partei zu gewinnen. Daher war es naheliegend, die Veranstaltungen einer solchen Bildungsstätte dazu zu nutzen, die Grundlagen und Ziele der CDU zu thematisieren und die politischen Maßnahmen und Intentionen von Regierung und

Fraktion der Bevölkerung verständlich zu machen.⁷ Deshalb sollten die Bildungsangebote über die Parteiklientel hinaus grundsätzlich allen qualifizierten und politisch interessierten Bürgern offenstehen.

Die organisatorischen Vorbereitungen zur Errichtung eines „Bildungs- und Schulungszentrums“ wurden alsbald von Bruno Heck und Staatsminister a.D. Franz Meyers vorangetrieben. Schwierigkeiten ergaben sich zunächst bei der Suche nach einem für diesen Zweck geeigneten Haus, das in der unmittelbaren Nähe von Bonn, also nicht weit von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, liegen sollte. Nachdem einige Objekte in Remagen und Bad-Godesberg aus der engeren Wahl ausgeschieden waren, wurden 1955 erste Verkaufsverhandlungen mit August Karl von Joest, dem Besitzer des in der Gemarkung Urfeld bei Wesseling gelegenen Landsitzes „Schloss Eichholz“ aufgenommen.

Weitaus gravierendere Probleme ergaben sich daraus, dass die CDU sich selbst und ihre Arbeit hauptsächlich aus Spenden finanzierte, die z. B. aus der Wirtschaft, insbesondere aus der Industrie über die „Staatsbürgerliche Vereinigung e.V.“ und andere sog. Fördervereine an die Partei flossen. Schon in der ersten Legislaturperiode war im Bundestag darüber diskutiert worden, die Parteien als Träger des politischen Willens (Art. 21 GG) nach dem Vorbild der Körperschaften öffentlichen Rechts durch Staatszuschüsse finanziell unabhängig zu machen. Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien wurden aber erst seit 1959 bereitgestellt, nachdem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe im Jahr zuvor in einem Urteil zur Parteienfinanzierung Stellung genommen hatte. Deshalb mussten sich die Initiatoren der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ wegen der damals noch unklaren Rechtslage einer Hilfskonstruktion bedienen: Am 20. Dezember 1955 gründeten sie diese Gesellschaft „allein und ausschließlich zum Zweck der Erwerbung des Hauses Eichholz“, um zwei Tage später mit August Karl von Joest den Vertrag über den Ankauf des Landsitzes abschließen zu können.⁸ Kraft dieser Übereinkunft gingen das Gebäude und ein 1,5 Hektar großes Grundstück am 1. Januar 1956 in den Besitz des „Trägervereins“ über.

An der Gründungsversammlung der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ im Abgeordnetenbüro des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Heinrich Krone MdB, nahmen außer diesem der damalige CDU-Bundesschatzmeister, Ernst

Bach, der persönliche Referent Adenauers und spätere Vorsitzende des CDU-Bundesparteigerichts (1964–1996), Heinrich Barth, der CDU-Bundesgeschäftsführer Bruno Heck und sein Stellvertreter, Konrad Kraske, teil. Des Weiteren waren der Bankier Robert Pferdmeiges MdB anwesend, der als einer der Mitbegründer der CDU seit 1949 Bundestagsabgeordneter war und darüber hinaus als einflussreicher Finanz- und Wirtschaftsberater von Bundeskanzler Adenauer galt, sowie der damalige Präsident des Oberverwaltungsgerichts in Rheinland-Pfalz, Adolf Süsterhenn, und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Richard Stücklen MdB. Die Herren kamen überein, dass die zu errichtende Bildungsstätte sich insbesondere um die „staatsbürgerliche Erziehung auf christlicher Grundlage“ bemühen und diese durch die Herausgabe von Publikationen unterstützen sollte.⁹ Ein geschäftsführender Vorstand wurde beauftragt, die weiteren Arbeiten voranzutreiben. Dieser bestand aus dem Ersten Vorsitzenden Bruno Heck, seinem Stellvertreter Konrad Kraske und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Heinrich Krone, der das Amt des Schriftführers übernahm.

Nachdem am 27. Januar 1956 die „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ unter der Nummer 1327 in das Vereinsregister beim Bonner Amtsgericht eingetragen worden war, wurden in den folgenden Monaten in Eichholz die notwendigen Umbaumaßnahmen und die Einrichtung der Bildungsstätte vorgenommen. Die Staatsbürgerliche Vereinigung, die bereits für den Erwerb des Hauses DM 300.000,00 bereitgestellt hatte, unterstützte diese Arbeiten mit weiteren DM 300.000,00. Der Umbau konnte bereits Anfang September 1956 abgeschlossen werden. Dahingegen verzögerte sich die Einrichtung der Bildungsstätte wegen des notwendig gewordenen Einbaus einer Ölheizung, wodurch das in einer vorläufigen Finanzplanung zur Verfügung gestellte Budget nicht unerheblich überschritten werden musste.¹⁰

Die Geschäftsführung der Bildungsstätte hatte am 1. März 1956 den damaligen Bundesgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU, Fritz Leser, übernommen. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter, dem Soziologen Rüdiger Altmann, der ihn seit dem 1. Oktober 1956 unterstützte, konzipierte er (in Abstimmung mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle) die Programme der ersten Veranstaltungen in Eichholz, sodass bereits einige Monate vor der offiziellen Eröffnung des Hauses mit der Bildungsarbeit begonnen werden konnte.¹¹

Am 3. Dezember 1956 begann das erste Seminar, eine sog. Informationstagung, auf der über „Die Sozialpolitik aus der Sicht des Arbeitnehmers“ und über „Die Situation im Ostblock und ihre Konsequenzen für die deutsche Frage“ – also über Themen aus unterschiedlichen Politikfeldern – referiert wurde. Außerdem beantwortete ein Offizier aus dem Bundesverteidigungsministerium in einem Informationsgespräch wehrpolitische Fragen. Unter den Referenten befand sich u. a. der damalige Bundestagsabgeordnete und spätere Präsident des Europäischen Parlaments, Egon Klebsch. Der Teilnehmerkreis setzte sich zusammen aus 47 an politischen Fragen interessierten jungen Erwachsenen, die hauptsächlich aus dem norddeutschen Raum angereist waren. Neben dieser ersten Tagung fanden im Dezember 1956 noch fünf weitere, meist ein- bis zweitägige Bildungsveranstaltungen statt. Gleich zu Beginn des Jahres 1957 wurde die Arbeit mit Konferenzen, Tagungen und Seminaren fortgesetzt.

2.2 DIE ERÖFFNUNG DER POLITISCHEN AKADEMIE EICHHOLZ DURCH BUNDESKANZLER KONRAD ADENAUER

Die Politische Akademie Eichholz wurde am 12. April 1957 feierlich eröffnet. Diese Bezeichnung scheint sich allmählich durchgesetzt zu haben und am Tag der Eröffnung bereits üblich gewesen zu sein, jedenfalls ist sie schon lange vor der Umbenennung des Trägervereins am 26. April 1958 in verschiedenen Dokumenten verwendet worden. Die Umbenennung ist möglicherweise auf eine Entscheidung von Bundeskanzler Adenauer und dem damaligen Bundesinnenminister Gerhard Schröder zurückzuführen.¹² Die tieferen Gründe dürften jedoch in den damaligen Auseinandersetzungen um die Parteienfinanzierung und die geplanten Haushaltsmittel zur Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien liegen: „Bei der Bezeichnung ‘Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit’ erschien der Bezug zur CDU zu eindeutig, wohingegen ‚Politische Akademie Eichholz‘ neutral war.“¹³

Zur Eröffnung am 12. April 1957 erschienen neben einer Vielzahl von Vertretern des öffentlichen Lebens ca. 90 in- und ausländische Journalisten. Nach der Begrüßung durch Staatsminister a.D. Franz Meyer hielt indes Bundeskanzler Konrad Adenauer eine kurze Eröffnungsansprache, in der er zunächst dem Bauherrn und dem Architekten für den Umbau des Hauses und dem Freiburger Ordinarius für Politische Wissenschaft, Arnold Bergstraesser, für die inhaltliche Betreuung der Bildungsarbeit

dankte.¹⁴ Anschließend referierte er über die ideellen Grundlagen der CDU, die die verschiedenen sozialen, konfessionellen und landsmannschaftlichen Gruppen in ihr zu einer Einheit verbinden.

Die Bestimmung der Politischen Akademie Eichholz liege darin, in Zukunft dafür zu sorgen, die Werte der christlich-demokratischen Bewegung in der Partei stets lebendig und im Bewusstsein der Bevölkerung gegenwärtig zu halten.¹⁵ In dem darauffolgenden Festvortrag ging der damalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, auf die von Adenauer genannten ideellen Grundlagen detaillierter ein:¹⁶

„Geistige Gemeinschaft, Zusammengehen, Brüderlichkeit verlangen Gerechtigkeit in unserer modernen Gesellschaft. Um es an einem Beispiel klarzumachen: Die Verteilung des Sozialproduktes darf weder ausschließlich nach sozialen, noch nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden, sie muss vielmehr die Lösung eines ethischen Problems sein. Dieses Problem wird aber nicht durch Kompromisse und Kämpfe der Interessenten, sondern nur durch die Autorität von Gesetzen, die den sittlichen Normen zugrunde liegen, gelöst werden können. Von dem Standpunkt christlicher Ethik aus wollen auch die Probleme staatlicher Autorität, der Gesetzgebung für Ehe und Familie, für das Privateigentum und seine soziale Funktion, der sozialen Partnerschaft und des sozialen Klimas in unserer Wirtschaft angesprochen werden. In dem Zusammenschluss katholischer und evangelischer Christen, die lange genug in der deutschen Geschichte gegeneinander gestanden haben, und die erst in der gemeinsamen Not der Unterdrückung [*durch den Nationalsozialismus; der Verf.*] zusammenfanden, hat sich gezeigt, welche gemeinschaftsbildende Kraft der Verwurzelung in der christlichen Ethik auf dem Wege zu einer neuen politischen und sozialen Ordnung innewohnt.“

Im Rahmen seines Festvortrages gab von Hassel auch gleichermaßen eine geistige Leitlinie für die bildungspolitischen Aufgaben der Akademie vor:¹⁷

„Wir dürfen nicht müde werden, an der aufbauenden Synthese von Rechten und Pflichten des Staatsbürgers mitzuwirken, wobei wir durch unser Bekenntnis zur staatsfreien Sphäre,

wie sie durch die verfassungsmäßig geschützten Grundrechte gewährleistet ist, davor bewahrt sind, jemals die Grenzen zum totalen Staat zu überschreiten. Diese tiefgegründete und politisch wirksam gewordene Konzeption vom sozialen und demokratischen Rechtsstaat macht die eigentlich sammelnde Kraft der christlichen Demokratie aus.“

Allerdings bestimmten nicht ausschließlich feierliche Reden und staatsphilosophische Betrachtungen die Eröffnung der Politischen Akademie. Denn zugleich wurden bei dieser Gelegenheit die enge Verbindung zwischen Politik und Politischer Bildung, die die Arbeit in Eichholz bis heute prägt, offenkundig. Den Anlass dafür bot das sog. „Göttinger Manifest“, mit dem sich just an diesem Tag 18 führende deutsche Atomwissenschaftler an die Öffentlichkeit gewandt hatten, um vor einer Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu warnen. In ihrer Erklärung vertraten sie die Ansicht, dass sich ein kleines Land wie die Bundesrepublik Deutschland am besten schützen und dem Weltfrieden dienen könne, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtete.

Der Bundeskanzler, der sich Augenzeugenberichten (Gerhard Schröder, Kai-Uwe von Hassel) zufolge darüber zutiefst beunruhigt und sichtlich verärgert gezeigt hatte, nutzte eine unmittelbar im Anschluss an die Eröffnungsfeierlichkeiten in Eichholz stattfindende Pressekonferenz zu einer Stellungnahme. In dieser versicherte er der Öffentlichkeit, „dass die Bundesregierung und die Regierungskoalition alles tun, um das Deutsche Volk, für das sie verantwortlich ist, vor den Folgen eines Atomkrieges zu schützen.“¹⁸ Adenauer sah in dem „Göttinger Manifest“ und seinen möglichen Auswirkungen auf die öffentliche Meinung eine Gefährdung nicht nur des westdeutschen Wehrbeitrages im transatlantischen Bündnis, sondern auch eine Beeinträchtigung für ein erfolgreiches Abschneiden der Regierungskoalition bei den bevorstehenden Bundestagswahlen im Herbst 1957.¹⁹ Dennoch errangen CDU und CSU bei den Wahlen zum Dritten Deutschen Bundestag mit 50,2 Prozent der Stimmen gemeinsam die absolute Mehrheit.

2.3 AUFGABEN UND ZIELE DER POLITISCHEN AKADEMIE EICHHOLZ E.V.

In der Aufbauphase der Politischen Akademie Eichholz gab es eine Vielzahl von Schwierigkeiten zu überwinden. Nur wenige Zeitgenossen wussten etwas mit dem Begriff der Politischen Bildung anzufangen. Das politische Leben und die politische Kultur hatten nach dem Zusammenbruch im Mai 1945 vielfach an die Verhältnisse der Weimarer Republik angeknüpft. Dies galt insbesondere für den Politikunterricht, unter dem die Mehrheit der damaligen Lehrer in aller Regel eine recht autoritäre Vermittlung staatsbürgerlichen Wissens verstand. Die kritische oder gar kontroverse Diskussion eines politischen Themas war nach ihrem Selbstverständnis als Unterrichtsmethode ebenso wenig geeignet wie die Möglichkeit, den Lernenden die Chance zu einer freien Meinungsbildung zu eröffnen.

In der Union selbst waren die Meinungen über Notwendigkeit, Sinn und Zweck von Politischer Bildung von Skepsis bestimmt. Wie konnten den Mandats- und Funktionsträgern an der Parteibasis und darüber hinaus auch der breiten Bevölkerung, das Wesen der Demokratie nahe gebracht, demokratische politische Spielregeln vermittelt und entsprechende Verhaltensweisen eingeübt werden? Musste man hierzu eigens eine neue Bildungsstätte auf christdemokratischer Grundlage errichten oder sollte man zu diesem Zweck nicht besser auf die bereits bestehenden evangelischen und katholischen Akademien zurückgreifen? Ließen sich die Begegnungen zwischen Christentum und Politik in den konfessionellen Bildungsstätten der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Standesorganisationen nicht viel effizienter gestalten? Die Traditionen der politischen Bildungsarbeit lagen jedenfalls mehr im Arbeitermilieu und im kirchlich-konfessionellen Bereich. „Wie die Union aus den politisch-christlich-sozialen, den konservativen und den naturrechtlich-liberalen Traditionen erst zusammenwachsen musste, so galt es, diese verschiedenen politischen Ausformungen christlich geprägter Humanität in ein gemeinsames bildungspolitisches Konzept einzubringen.“²⁰

Andere Kritiker in der Union meinten, dass die Aufgaben einer Politischen Bildung auf christlich-demokratischer Grundlage angesichts der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik Deutschland und der CDU auf entsprechende Stätten und Einrichtungen in den verschiedenen Ländern übertragen werden müssten. Und selbst diejenigen, die die Idee einer

politischen Akademie befürworteten, stritten darüber, ob diese selbstständig und unabhängig Politische Bildung vermitteln dürfe oder ob sie nicht besser die Funktion einer der CDU direkt unterstellten „Partei-schulungsstätte“ wahrnehmen sollte. In den folgenden Jahren war es vor allem dem stetigen Engagement und der Fürsprache Bruno Hecks, Kai-Uwe von Hassels, dem damaligen Bundesinnenminister Gerhard Schröder und dem späteren Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier zu verdanken, dass sich die Politische Akademie Eichholz als eine eindeutig an christlich-demokratischer Politik orientierte und zugleich parteiunabhängige Einrichtung der Politischen Bildung etablieren konnte. Angesichts dieser Vielzahl von ungeklärten und umstrittenen Fragen zielten die Bemühungen der Politischen Akademie Eichholz während der ersten Jahre ihres Bestehens darauf ab, diese im gesellschaftspolitischen Umfeld der Union zu etablieren und bekannt zu machen, einen Stamm fachkundiger nebenamtlicher Dozenten zu gewinnen und die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit zu festzulegen.

Am 31. März 1958 erlangte die Politische Akademie Eichholz erstmals staatliche Anerkennung: Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen teilte in einem Bescheid mit, dass die Akademie „gemäß Paragraph 7 des Gesetzes über die Zuschussgewährung an Volkshochschulen und entsprechende Volksbildungseinrichtungen (vom 10. März 1953; der Verf.), als Heimvolkshochschule“ anerkannt worden sei.²¹ Damit waren eine finanzielle Unterstützung aus dem nordrhein-westfälischen Landeshaushalt verbunden und zugleich die rechtlich-organisatorischen Voraussetzungen für eine kontinuierliche Fortführung der Bildungsarbeit gewährleistet. Eine weitere Absicherung dieses Status bedeutete die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Trägervereins durch das Finanzamt Bonn, die im Juli 1958 erfolgte.

Am 26. April 1958 entschieden sich die Mitglieder des Trägervereins auf ihrer Jahreshauptversammlung, diesen in Politische Akademie Eichholz e.V. umzubenennen. In der Satzung des Vereins, die am selben Tag beschlossen wurde, heißt es unter Paragraph 2, Zweck des Vereins:²²

„Der Verein [...] verfolgt ausschließlich und unmittelbar als gemeinnützigen Zweck das Ziel, die demokratische und staatsbürgerliche Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage zu fördern.

Er wird zu diesem Zwecke:

- a) insbesondere in der Politischen Akademie Eichholz Tagungen und ein- und mehrwöchige Kurse und Seminare veranstalten;
- b) die internationale Verständigung, insbesondere die europäische Einigung, durch Einladung ausländischer Gruppen und Unterstützung von Auslandsreisen fördern;
- c) begabten und charakterlich geeigneten jungen Menschen den Zugang zu einer wissenschaftlichen Ausbildung erschließen.“

Damit wären die Aufgaben und Ziele der politischen Akademie erstmals offiziell festgeschrieben worden. Als erster Vorsitzender wurde der Freiburger Ordinarius für Politische Wissenschaft, Arnold Bergstraesser, gewählt, unter dessen Einfluss es zu einer theoretischen und normativen Grundlegung der politischen Bildungsarbeit kam.²³ Sein Stellvertreter wurde der neue CDU-Bundesgeschäftsführer, Konrad Kraske, der in der Folgezeit für die gezielte Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter und Funktionsträger der Union (z. B. sog. Informationstagungen für Mandats- und Funktionsträger der Partei, „Wahlkampfkurse“ u. a. m.) mitverantwortlich zeichnete und die Akademieleitung bei der Werbung von Kurs-Teilnehmern aus den CDU-Parteiverbänden organisatorisch unterstützte.²⁴

2.4 ERSTE VERSUCHE EINER INHALTLICHEN SYSTEMATISIERUNG DER BILDUNGSARBEIT

Nach dem Beginn der Bildungsarbeit im Dezember 1956 erlangte die Politische Akademie Eichholz unter den Tagungsstätten, die sich in der Bundesrepublik Deutschland der „staatsbürgerlichen Erziehung“ widmeten, allmählich größere Bekanntheit und Anerkennung. Ihre Tagungen, Kurse und Seminare, die jeweils für die Dauer von zwei bis maximal fünf Wochen mit kleinen Teilnehmergruppen durchgeführt wurden, waren in der Anfangszeit fast ausnahmslos denselben Themen gewidmet. Das Programm umfasste regelmäßig folgende Schwerpunkte:

„Die Entwicklung Deutschlands seit 1945 und das Problem der Wiedervereinigung; die Entwicklung des deutschen Parteiwesens; Bedeutung und Struktur der christlich-demokratischen und der christlich-sozialen Bewegung; die sozialdemokratische

Bewegung; Grundfragen moderner Organisationen; die deutsche Außenpolitik und die internationalen Beziehungen der Gegenwart; Wirtschafts- und Sozialgeschichte; Wirtschafts- und Sozialpolitik.“²⁵

Mit dieser Themenkombination wollte man einen Überblick über die politische Situation Deutschlands und seine geschichtliche Entwicklung vermitteln, zu einer intensiven Beschäftigung mit den geistigen Grundlagen christlich-demokratischer Politik anregen und über die Möglichkeiten politischen Handelns informieren. Inhaltlich und in didaktisch-methodischer Hinsicht setzte man in bewusster Abgrenzung zur „ideologischen Schulung“ des Dritten Reiches ganz auf die „sachliche Unter richtung“, die zwar in ihren „Grundzügen christlich und demokratisch orientiert“, aber keineswegs „parteipolitisch [auf die Union, der Verf.] begrenzt“ sein sollte. Deshalb wurde besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass die Referenten und Dozenten „ausnahmslos Fachleute“ waren, die „in den Stoffgebieten, in denen sie vortragen, selbst tätig sind.“²⁶ Außerdem mussten diese auch eine methodische Ausbildung nachweisen, um eine möglichst objektive Darstellung von Themen gewährleisten und die kritischen Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zutreffend und angemessen beantworten zu können.

Einen großen Anteil an der inhaltlichen Entwicklung des Bildungsprogramms hatte der Soziologe und Publizist Rüdiger Altmann, der seit dem 1. Juni 1958 in Personalunion die Aufgaben des Geschäftsführers und des Leiters der Politischen Akademie Eichholz wahrnahm. Ihm ging es vor allem um die Vermittlung „exakte(r) Kenntnisse von Theorie und Praxis der Politik.“²⁷ Unter seiner Leitung wurde der gesamte in der bisherigen Bildungsarbeit behandelte Stoff systematisch und inhaltlich strukturiert, indem wesentliche Fragenkomplexe wichtiger Politikfelder zu insgesamt drei großen „Generalthemen“ zusammengefasst wurden.

Das erste Generalthema „Deutschland, die christliche Demokratie und das XX. Jahrhundert“ umfasste die historische Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Deutschland sowie die Sozialgeschichte seit der industriellen Revolution. Nach einer Betrachtung des deutschen Parteienwesens und der Arbeiterbewegung folgte die Erörterung aktueller sozial- und wirtschaftspolitischer Fragen, Probleme der Wiedervereinigung, der internationalen Politik und insbesondere der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Anschließend bildeten die politischen Organisationen und die

praktischen Möglichkeiten einer Mitarbeit in der Demokratie inhaltliche Schwerpunkte. Die Veranstaltungen, die unter diesem ersten Generalthema standen, waren hauptsächlich darauf angelegt, Informationen und Sachkenntnisse zu vermitteln.

Die Tagungen des zweiten Generalthemas „Mensch – Gesellschaft – Organisation“ zielten darauf ab, der damals weitverbreiteten – nach der „totalitären Erfahrung“ des Dritten Reiches erklärlichen – Politikabstinenz und Parteienverdrossenheit entgegenzuwirken. Diese Seminare thematisierten die Verfassungen und Strukturen der modernen Industriegesellschaften und behandelten die Grundsätze und Techniken der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in demokratischen Verfassungsstaaten. Ein wichtiger Schwerpunkt war in diesem Zusammenhang die Erläuterung des Wesens der Demokratie und deren zwingendes Angewiesensein auf die Bereitschaft der Bürger zur Übernahme von politischer Mitverantwortung. Bei der Vermittlung von Kenntnissen über unser demokratisches Gemeinwesen dienten die kommunistischen Diktaturen im sowjetischen Machtbereich als negative Gegenbeispiele. Abschließend wurde die Fortentwicklung des Vereins- und Verbände wesens, der sozialen und wirtschaftlichen Vereinigungen, der Gemeinden bis hin zur europäischen Integration als organisatorische Zukunftsaufgaben dargestellt.

Das dritte Generalthema war den Medien und ihrem Einfluss auf die öffentliche Meinung gewidmet. In sog. publizistischen Seminaren konnten sich die Teilnehmer mit dem modernen Pressewesen vertraut machen. Neben einer Einführung in die Sprache und Arbeitsweise der Zeitungsmacher erhielten sie die Gelegenheit, sich in praktischen Übungen selbst Fähigkeiten der Pressearbeit anzuzeigen. Das Ziel solcher Tagungen war allerdings nicht etwa die Ausbildung von Journalisten; vielmehr sollten den Teilnehmern Mittel und Wege aufgezeigt werden, sich in ihrem individuellen Wirkungsbereich an der öffentlichen Meinungsbildung zu beteiligen. Redaktionsbesuche bei Presse und Rundfunk, Gespräche beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn und Vorträge über „Vertrauenswerbung und Propaganda“ rundeten das Programm ab.²⁸

Die selbstverantwortliche Handhabung der demokratischen Spielregeln im politischen Raum, d. h. Demokratie also nicht nur bei Wahlen, sondern als täglich von *jedem* Bürger auszuübende „Regierung durch öffentliche Meinung“, war in den Aufbaujahren der Politischen Akademie Eichholz

eines der wichtigsten Leitmotive ihrer verantwortlichen Mitarbeiter. Dies setzte voraus, dass die Akademie selbst unabhängig war und ihr Bildungsangebot grundsätzlich für jedermann ungeachtet der Parteizugehörigkeit bzw. der parteipolitischen Präferenz offenstand.

Allerdings hat Altmann während seiner Amtszeit über die oben beschriebene Systematisierung der inhaltlichen Arbeit hinaus „ehrgeizige bildungspolitische Intentionen“ verfolgt.²⁹ Altmann selbst hat seine eigenen Vorstellungen für die Bildungsarbeit folgendermaßen beschrieben: In Distanz zum Charakter einer Heimvolkshochschule wollte er eine Art Think Tank in Eichholz betreiben und die Politische Akademie zu einem intellektuellen Zentrum der CDU ausbauen. Altmann beabsichtigte damit, die politische Theoriefähigkeit der CDU kontinuierlich zu fördern und zu stärken. Unter der Prämisse einer „wissenschaftsgerechten Orientierung und Auseinandersetzung mit der Politik“ sollten die Schwerpunkte der Bildungsarbeit in Eichholz in einer geistigen Auseinandersetzung mit den Ideologien des Sozialismus und Liberalismus, in der Entwicklung einer Theorie der politischen Organisationen (Zusammenwirken der Parteien, Verbände und Institutionen) mit Blick auf die Möglichkeiten einer Elitenbildung und in einer gezielten Auswahl und Schulung des politischen und wissenschaftlichen Nachwuchses bestehen.“ Altmann wollte vor allem zu einer „Rationalisierung der politischen Aufgaben“ beitragen und eine fortlaufende „institutionenkundliche Analyse der Leistungsfähigkeit der CDU als Partei“ gewährleisten, um für die politische Arbeit der Unionspartei(en) Verbesserungsvorschläge entwickeln und bereithalten zu können.³⁰

Während seiner kurzen Amtszeit ist es zwischen Altmann und der CDU-Bundesgeschäftsstelle hinsichtlich der Aufgaben, Ziele und inhaltlichen Konzeption der Bildungsarbeit der Politischen Akademie zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Es gab einen offenkundigen Interessenkonflikt. Die anspruchsvollen und ehrgeizigen bildungspolitischen Intentionen Altmanns waren mit den – damals nahezu ausschließlich – auf die praktischen Belange der Parteiarbeit (Schulung der Funktions- und Mandatsträger der Partei, z. B. der Kreisgeschäftsführer u.ä. mehr) ausgerichteten Wünschen und Ansprüchen der Bundesgeschäftsstelle an die Bildungsarbeit der Politischen Akademie Eichholz nur schwer in Einklang zu bringen. Rückblickend spricht vieles für die Vermutung, dass Altmann von den Initiatoren der Politischen Akademie, wenn überhaupt, nur denkbar vage Vorgaben für die inhaltliche Ausgestaltung der Bildungsarbeit erhalten hatte. Die an intellektuellen und universitären

Maßstäben orientierten Pläne Altmanns mussten – angesichts des Mangels an hinreichend geschulten Mandats- und Funktionsträgern an der Parteibasis – weit über die Absicht der Gründer der Politischen Akademie hinausgehen. Zumindest aber haben die damaligen Auseinandersetzungen (und darin dürfte auch das Verdienst Altmanns für die Politische Bildung in Eichholz liegen) eine Klärung für die künftige Konzeption der Bildungsarbeit erbracht: Diese sollte fortan vorrangig auf die Vermittlung praxisorientierter Kenntnisse und die Befähigung für die Übernahme eines politischen Amtes durch engagierte Bürger ausgerichtet sein.

- 1| *Eichholz-Brief*, 4/1966, S. 17.
- 2| Vgl. hierzu die entsprechenden Jahrgänge der *Politisch-sozialen Korrespondenz. Organ der Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und Meinungsbildung e.V.*, Bonn 1953 ff. (Die Zeitschrift wurde 1970 eingestellt.)
- 3| Vgl. Günther Buchstab (Bearbeiter), Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, Düsseldorf 1990, S. 388, 396 f., 487, 557, 563–565, 780, 883.
- 4| Hans-Otto Kleinmann, *Geschichte der CDU 1945–1982* (Hrsg. von Günther Buchstab), Stuttgart 1993, S. 205.
- 5| *Protokolle des CDU-Bundesvorstandes*, a. a. O., S. 564 f.
- 6| *Protokolle des CDU-Bundesvorstandes*, a. a. O., S. 557
- 7| Vgl. ebd.
- 8| Dr. Konrad Kraske, damals stellvertretender CDU-Bundesgeschäftsführer und stellvertretender Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstandes der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ in einem Interview mit dem Verf. am 25.06.1997.
- 9| Vgl. *Eichholz-Brief* 4/1966, S. 17.
- 10| Dr. Bruno Heck in einem Brief vom 3. September 1956 an Dr. Robert Pferdenges MdB; ACDP: VII-001.101/1.
- 11| Bundesinnenminister Gerhard Schröder war auf Altmann als Mitbegründer des RCDS-Organs „Civis“ aufmerksam geworden und warb ihn für die Arbeit in Eichholz; Aussage Dr. Altmanns in einem Interview mit dem Verfasser am 24.07.1997.
- 12| So die Einschätzung Dr. Rüdiger Altmanns, Interview mit dem Verf. vom 24.07.1997.
- 13| Dr. Konrad Kraske, Interview mit dem Verf. vom 25. Juni 1997.
- 14| Prof. Dr. Arnold Bergstraesser, 1896–1964, Kulturhistoriker und Politikwissenschaftler; seit 1928 Professor für Staatswissenschaft und Auslandskunde an der Universität Heidelberg, emigrierte 1937 in die USA, kehrte 1950 nach Deutschland zurück und war seit 1954 Professor für wissenschaftliche Politik und Soziologie an der Universität Freiburg i. Br. Bergstraesser gilt als (Mit-)Begründer einer auf den essentialistischen bzw. normativen Politikbegriff aufbauenden Politikwissenschaft; vgl. hierzu: Walter Schlangen, *Theorie der Politik*, Stuttgart u. a. 1974, S. 58 ff. Bergstraesser und einige seiner Schüler, vor allem Manfred Hättich, haben die wissenschaftliche Grundlegung der politischen Bildungsarbeit der Politischen Akademie Eichholz von Anfang an begleitet; vgl. auch Anm. 23.

- 15| Nach einer Tonbandaufzeichnung der Eröffnungsrede Adenauers.
- 16| Zitiert nach Eichholz-Brief 4/1966, S. 21 f.
- 17| Ebda. S. 22.
- 18| Aus einer Aufzeichnung der Pressekonferenz, die am 12.04.1957 vom Zeitfunk München gesendet wurde; vgl. Abschrift des Sendetextes, in: Archiv Stiftung-Bundeskanzler-Adenauer Haus, StBKAH 11/16.21 1957/1.
- 19| Vgl. Protest der deutschen Atomforscher, in: General-Anzeiger vom 13./14.04.1957 und Adenauers Schachspiel mit den Atomwaffen, in: Die Zeit vom 25.04.1997.
- 20| Bruno Heck, 25 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung – es begann mit der Politischen Akademie Eichholz, in: Eichholz-Brief 4/1981, S. 52.
- 21| Vgl. Giso Deussen, Konrad-Adenauer-Stiftung (= Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 47), 7. Aufl., Düsseldorf 1981, S. 28.
- 22| Satzung der Politischen Akademie Eichholz e.V. vom 26.04.1958, in: ACDP: 1-028-025/8.
- 23| Vgl. dazu: Arnold Bergstraesser, Politik in Wissenschaft und Bildung. Schriften und Reden, 2. erweiterte Auflage, Freiburg i. Br. 1966; besonders relevant ist der Abschnitt IV „Politik und Bildung“, S. 263–348. Auch die Politische Akademie Tutzing und die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung wurden in ihrer inhaltlichen Konzeption wesentlich von Bergstraesser geprägt. Die enge Verbindung, die er zwischen der politischen Wissenschaft und der politischen Bildung sah, wird durch die enge Anbindung der Bildungsstätte Haus Wiesneck an sein Institut an der Freiburger Universität belegt. An der Politischen Akademie Eichholz (PAE) waren viele seiner Schüler regelmäßig als Dozenten tätig, so etwa Hans-Peter Schwarz, Dieter Oberndörfer, Manfred Hättich und Hans Maier; auch der spätere Leiter der PAE, Bernhard Gebauer, war Schüler Bergstraessers. Zum Wirken Bergstraessers vgl. den Nachruf von Joachim H. Iwan, Schöpfer und Nestor der politischen Bildung. Arnold Bergstraesser zum Gedenken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Februar 1964, und: Kurt-Georg Kiesinger, in memoriam Arnold Bergstraesser, in: Arnold Bergstraesser – Weltpolitik als Wissenschaft, geschichtliches Bewusstsein und politische Entscheidung, hrsg. von Dieter Oberndörfer, Opladen/Köln 1965, S. 17 ff. sowie: Dieter Oberndörfer, Arnold Bergstraesser und die Anfänge der wissenschaftlichen Politik und Soziologie an der Universität Freiburg – frühe Begegnungen mit Heinrich Popitz als akademischer Lehrer, in: Festschrift für Heinrich Popitz, Freiburg i. Br. 1989.
- 24| Dieser und ähnliche Begriffe wurden bei Diskussionen des CDU-Parteivorstandes über die Inhalte und Ziele der Bildungsarbeit in Eichholz benutzt; vgl. Günther Buchstab (Bearb.), Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961, Düsseldorf 1994, S. 920 ff.
- 25| Eichholz-Brief 4/1966, S. 22.
- 26| Bulletin Nr. 164, a. a. O., S. 1661.
- 27| Ebda.
- 28| Vgl. Bulletin Nr. 164, a. a. O., S. 1661.
- 29| Dr. Konrad Kraske, Interview mit dem Verf. am 25. Juni 1997.
- 30| Dr. Rüdiger Altmann, Interview mit dem Verf. am 24. Juli 1997.

3. DIFFERENZIERUNGS- UND QUALIFIZIERUNGSPHASE (1960–1969/72)

3.1 UNABHÄNGIGE BILDUNGSEINRICHTUNG ODER PARTEISCHULUNGSSTÄTTE?

Die Politische Akademie Eichholz hat sich von ihrer Gründung an aus formalrechtlichen, finanziellen, aber auch aus politischen Gründen nicht als eine „Parteischule im engeren Sinne“ verstanden.¹ Da die Akademie aber nach dem Willen ihrer Initiatoren und aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus Politische Bildung auf christlich-demokratischer Grundlage betreiben wollte, hat sie mit ihrer Bildungsarbeit – innerhalb der rechtlich vorgegebenen Grenzen – im Sinne der Christlich Demokratischen Union gewirkt. Die Arbeit der Akademie war durch ein grundsätzliches, leitmotivisches Bestreben bestimmt, einen Beitrag zu den ordnungspolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland aus christ-demokratischer Sicht zu leisten. Insgesamt können die Aktivitäten der PAE als ein Versuch angesehen werden, die Freiheit der Bildung und die Nähe zur CDU miteinander zu verbinden.

Nach den Auseinandersetzungen zwischen der CDU-Bundesgeschäftsstelle und Akademieleiter Altmann kam es unter dessen Nachfolger Peter Malt (ab 1. April 1960) zu einer zukunftsweisenden Verständigung mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle.² Es wurde eine partnerschaftliche Zusam-

menarbeit verabredet, wobei außer Frage stand, dass die Politische Akademie auch in Zukunft unabhängig sein würde und eine an der politischen Realität orientierte, also praxisnahe Politische Bildung vermitteln sollte. Die Aufgaben und Ziele der Akademie bestanden fortan darin, über christlich-demokratische Politik zu informieren und im Kontext zu sozial- und liberaldemokratischen Lösungsvorschlägen Leitlinien zur differenzierten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu erörtern.

Wie sich die „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ mit der CDU gestaltete, kann an zwei Beispielen aufgezeigt werden. So fand am 5. Dezember 1959 in Eichholz eine Arbeitstagung der Politischen Akademie zum Thema „Wandlungen des Sozialismus“ statt, an der führende CDU-Vertreter teilnahmen und in deren Verlauf das Godesberger Programm der SPD analysiert und diskutiert wurde. Ziel dieser Zusammenkunft war es, so Professor Bergstraesser in seiner Einführungsrede, sich „innerhalb der Christlich Demokratischen Union und ihrer Schwesterpartei, der CSU“, über die Auffassungen des politischen Gegners“ eine Meinung zu bilden und Überlegungen anzustellen, „wie man sich denn gegenüber diesem neuen Programm und der sich aus ihm ergebenden politischen Konsequenz unsererseits zu verhalten hat.“³

Ein weiteres Beispiel der Zusammenarbeit sind die „Wahlkampf-ausbildungslehrgänge“, die in den zwölf Monaten vor der Bundestagswahl 1961 in Eichholz in großer Zahl und dicht gedrängter Folge stattfanden.⁴ An diesen Kursen nahmen in Absprache mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle aus jedem Wahlkreis jeweils ein Wahlkreisgeschäftsführer und fünf weitere aktive CDU-Mitarbeiter teil. Die Landesgeschäftsführer waren gehalten, geeignete Teilnehmer aus allen Wahlkreisen an die Bundesgeschäftsstelle oder nach Eichholz zu melden, wobei es manchmal vorkam, dass von dort die Eignung der benannten Kandidaten durch die Einholung von Referenzen nochmals überprüft wurde.

Diese Tagungen, die entweder wöchentlich oder an Wochenenden stattfanden, dienten der wahlpolitischen Analyse der jeweils durch die Anwesenden vertretenen Wahlkreise, der detaillierten Information über wahlrelevante Politikfelder durch Bundestagsabgeordnete und kompetente Mitarbeiter der Unionsfraktion, einer Einführung in die Technik der Wahlkampf-führung und einer Argumentationsschulung.⁵ Auch im Wahljahr 1965 haben solche „Wahlkampfkurse“, wenn auch in weit geringerer

Zahl, stattgefunden. Die rechtliche Grundlage für Veranstaltungen dieser Art entzog endgültig das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1966, das die Finanzierung politischer Bildungsmaßnahmen der Parteien aus öffentlichen Mitteln verbot.

In der Folgezeit waren die Gremien der Partei und viele ihrer Mandats- und Funktionsträger anlässlich von Konferenzen und Arbeitstagungen in Eichholz häufig zu Gast. Im Verlauf der 1960er Jahre fanden zahlreiche politische Lehrgänge für hauptamtliche CDU-Mitarbeiter statt, in denen diese – u. a. durch Berichterstatter aus der Fraktion und durch Bundestagsabgeordnete – über aktuelle politische Entwicklungen informiert wurden. Die Akademie „hat [...] alle ihre Veranstaltungen mit Wirkung in zwei Richtungen auf die Parteibedürfnisse hin konzipiert.“⁶

- „1. In Richtung auf die gesamte Öffentlichkeit im Umkreis der christlich-demokratischen Bewegung zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Partei und zur Schaffung von Voraussetzungen zur Intensivierung des politischen Willens bildungsprozesses im Sinne der Partei.
2. In die Partei selbst hinein, indem sie sozusagen innere Öffentlichkeitsarbeit im Dienste der Bundespartei in die Landesverbände und Vereinigungen betrieben hat; also ein Informations- und Erfahrungsaustausch für den partei-internen politischen Willensbildungsprozess.“⁷

Dies bedeutete, dass die gesamte Arbeit der Akademie im Spannungsfeld „offener“ Politischer Bildung und parteipolitischer Schulung stattfand. Die Bildungsveranstaltungen thematisierten die Lösungsvorschläge der Christdemokraten zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Politik. Die Politische Akademie Eichholz stellte sich als ein Forum für die innerparteiliche Diskussion und Selbstverständigung zur Verfügung, indem sie Mitgliedern, Mandats- und Funktionsträgern von der Parteibasis die einmalige Gelegenheit bot, sich mit den Führungsspitzen der Union über Grundlagen, Prinzipien und Ziele christdemokratischer Politik auszutauschen. Neben der aktuellen Orientierung über die politische Praxis leisteten die Seminare und Tagungen auch einen (indirekten) Beitrag zur Konsensbildung und zur demokratischen politischen Kultur in der Partei.

Wichtig ist, dass es sich dabei nie um exklusive Veranstaltungen für Parteimitglieder, sondern um „offene“ Politische Bildung für alle interessierten Bürger handelte. Ein Abgleiten der politischen Bildungsarbeit in eine Parteikaderschulung wurde zudem dadurch verhindert, dass die Politische Akademie, wie jede andere Bildungsstätte in der Bundesrepublik Deutschland, in einem Bedingungs- und Spannungsfeld stand, das sich sowohl aus den Themen der jeweils aktuellen politischen Diskussion, aus den vorgegebenen organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten als auch aus den Erwartungen und Anforderungen der Teilnehmer ergab.

3.2 DAS KONZEPT DER FUNKTIONSBEZOGENEN POLITISCHEN BILDUNGSARBEIT

Die Orientierung an der politischen Praxis wurde unter der Leitung Peter Molt zum bestimmenden Grundsatz der politischen Bildungsarbeit. Sie verfolgte das Ziel, über aktuelle Fragen und Aufgaben der Politik zu informieren, Orientierungshilfen über komplizierte politische Sachverhalte zu vermitteln und zu politischem Engagement zu motivieren. Deshalb ging es in den Veranstaltungen der Politischen Akademie Eichholz vor allem darum, die Möglichkeiten aktiver politischer Betätigung deutlich zu machen und die zu ihrer Nutzung notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Politische Bildung wurde allerdings nie als Politikersatz, sondern immer als notwendige Voraussetzung eines rationalen Meinungs- und Willensbildungsprozesses verstanden, der zum politischen und sozialen Engagement führen soll.

Von diesen Grundsätzen ausgehend erarbeitete Molt in Zusammenarbeit mit Dr. Bernhard Gebauer, der ihn seit dem 1. Oktober 1960 als Assistent und seit dem 1. Januar 1961 als Studienleiter unterstützte, das *Konzept funktionsbezogener politischer Bildungsarbeit*.⁸ Dabei stand von Anfang an die Frage im Mittelpunkt, welche Teilnehmer nach Eichholz eingeladen und welche Bildungsinhalte ihnen vermittelt werden sollten, damit sie ihre Funktion als aktive Bürger in Staat und Gesellschaft besser erfüllen können. Aus dieser Fragestellung resultiert die Notwendigkeit einer Zielgruppendefinition und anschließend der Konzeption geeigneter Veranstaltungsformen. Ergebnis der Überlegungen war, dass zukünftig vor allem drei große Zielgruppen im Mittelpunkt der Bildungsarbeit stehen würden:

„Die an einer relevanten Stelle unseres Staates stehenden Funktionsträger, wie z. B. Politiker auf den verschiedenen Ebenen, Beamte, Verbands- und Parteifunktionäre; für die demokratische Formung der öffentlichen Meinung wichtige Kreise wie Journalisten, Lehrer, Geistliche beider Konfessionen; schließlich junge Männer und Frauen, die – bereit zum Engagement – sich solide Grundkenntnisse der Politik aneignen wollten.“⁹

Für die ersten beiden Gruppen wurde ein Programm von Studien- und Fachtagungen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten aus der Innen- und Außenpolitik entwickelt, für die dritte Gruppe das politische Seminar.¹⁰

Das nach den oben skizzierten grundsätzlichen Überlegungen konzipierte Seminarprogramm erforderte natürlich auch besondere *Arbeitsmethoden* und *-formen*, die heute selbstverständlich erscheinen, damals aber durchaus unüblich waren. Molt und Gebauer ließen sich von der Überzeugung leiten, dass ihre Arbeit nur dann Erfolg haben könnte, „wenn man sich frei machte von einem in der Erwachsenenbildung viel zu oft noch praktizierten Lehrer-Schüler-Verhältnis.“¹¹ Ganz bewusst sollte vermieden werden, Lehrinhalte autoritär bzw. „frontal“ zu verkünden. Die Referenten nahmen stattdessen die Rolle von Experten ein, die die notwendigen Grundlagen und Hintergrundinformationen zur Meinungsbildung vermittelten. Darüber hinaus erhielt jeder einzelne Teilnehmer in Gesprächen „am runden Tisch“ die Möglichkeit, sich selbst ein Urteil zu bilden und eigene Meinungen in die Diskussion einzubringen.

Mit dem Konzept der funktionsbezogenen Politischen Bildung war eine erste Grundlage geschaffen, auf der die politische Bildungsarbeit in den folgenden Jahren aufbauen konnte. Bis auf den heutigen Tag wurden kontinuierlich neue Veranstaltungsformen entwickelt und weitere Zielgruppen erschlossen. Hilfreich für die Akademiearbeit zu Beginn der 1960er Jahre war, dass viele der Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer bereits einen wichtigen Schritt zum mündigen Staatsbürger geleistet hatten: In aller Regel waren sie politisch stark interessiert und zu einem beachtlichen Teil bereits in der Politik engagiert. Als bald kamen auch immer zahlreiche Interessenten aus dem sog. vorpolitischen Raum nach Eichholz, so dass die Kapazität der Akademie rasch erschöpft und ein Erweiterungsbau notwendig wurde. Ab Februar 1963 stand ein Anbau mit

modernen Tagungsräumen und Gästezimmern zur Verfügung, der die Verwirklichung des Programms in größerem Umfang erst ermöglichte.

Sehr bald erfolgte eine inhaltlich-thematische Differenzierung und damit einhergehend die Entwicklung neuer Veranstaltungsformen. Man versuchte auf diese Weise dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Rahmenbedingungen und Themen wichtiger Problemkreise der deutschen Innen- und Außenpolitik einem raschen Wandel unterworfen waren. Ständig strebten die Mitarbeiter der Politischen Akademie Eichholz danach, in ihren Bildungsveranstaltungen möglichst zeitnah zur aktuellen politischen Entwicklung zutreffende Informationen über neue Fakten und akzeptable politische Orientierungen vermitteln zu können. Zugleich wuchs aber auch die Nachfrage nach Bildungsveranstaltungen, die sich mit grundsätzlichen Fragen der Politik beschäftigten, wie etwa der Entwicklung des sozialen Rechtsstaates, der Demokratiereform, der Fortentwicklung des Bildungswesens etc. Gewissermaßen als Ankündigung der gesellschaftlichen Erschütterungen im Zusammenhang mit den Studentenprotesten 1968 wuchs das Bedürfnis der Tagungsteilnehmer, über die politischen Alltagsfragen hinaus, zukünftige Entwicklungsperspektiven der Bundesrepublik Deutschland, etwa im Hinblick auf neue Formen der politischen Mitbestimmung, zu diskutieren.

Diesem Umstand versuchte man zu begegnen, indem die Akademie mit den *Hochschulseminaren* für das junge akademische Publikum ein Forum für die Erörterung von politischen Grundsatzfragen und zentralen Fragen der Innen- und Außenpolitik schuf. Darauf aufbauend sollte auch ein von der Polemik des politischen Tagesgeschäfts freier Informationsaustausch zwischen Politikern, kompetenten Fachleuten aus der staatlichen Verwaltung und aus Verbänden, Journalisten und der interessierten Öffentlichkeit ermöglicht werden. Zu diesem Zweck fanden seit 1964 mehrere *wissenschaftliche Arbeitstagungen* über prinzipielle Fragen der demokratischen Ordnung und ihrer Fortentwicklung, der Gesellschaftspolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik und über Probleme der Informations- und Bildungspolitik statt. Diese Aktivitäten wurden noch verstärkt, nachdem die Politische Akademie Eichholz im Oktober 1964 in der Konrad-Adenauer-Stiftung für Politische Bildung und Studienförderung e.V. aufgegangen war und die neuen Vorsitzenden, die Staatssekretäre a.D. Thedieck und Prof. Dr. Müller-Armack, sich um diese Bereiche in besonderer Weise kümmerten.¹²

Um eine praxisorientierte politische Bildungsarbeit zu gewährleisten, haben der Vorstand, die Leitung der Politischen Akademie Eichholz und die wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeiter seit Beginn der 1960er Jahre ein umfangreiches Programmangebot an Lehrgängen, Seminaren und Tagungen erarbeitet. Besonders unter der Federführung von Bernhard Gebauer, der am 1. Februar 1966 Nachfolger von Peter Molt wurde und bis zum 30. August 1981 Leiter der Politischen Akademie Eichholz blieb, war die Politische Bildung ständig darum bemüht, den Dialog mit den nebenamtlich tätigen Referenten und Dozenten zu pflegen und mit den Kollegen anderer Bildungseinrichtungen die fachwissenschaftliche Diskussion zu begleiten bzw. deren Know-how in die eigene methodisch-didaktische und konzeptionelle Arbeit miteinzubeziehen. Im Sommer 1964 war „zur Förderung des gegenseitigen Erfahrungsaustauschs und des engeren Kontaktes in der politischen Bildungsarbeit“ in Eichholz die „Vereinigung demokratischer Bildungswerke“ gegründet worden, der neben der PAE die Akademie für Sozialkunde und Politik e.V. in Seligenstadt, die Karl-Arnold-Bildungsstätte e.V. in Bad Godesberg, die Jakob-Kaiser-Stiftung e.V. in Königswinter und der Verein Robert-Tillmann-Haus in Berlin angehörten.¹³ In Zusammenarbeit mit dieser Vereinigung, aber auch mit anderen Trägern und Institutionen der politischen Erwachsenenbildung, z. B. der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, veranstaltete die Politische Akademie Eichholz Studienkonferenzen und Dozententagungen, an denen zahlreiche Vertreter aus den verschiedensten Bereichen der staatlichen und freien Bildungsarbeit teilnahmen.

Darüber hinaus war es ein Anliegen der Akademieleitung, sich im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in verschiedenen Gremien, wie etwa dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., an der öffentlichen Diskussion über die Entwicklung, Probleme und Aufgaben der Politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland zu beteiligen. Auf diese Weise konnte sich die Politische Akademie Eichholz im Laufe der Jahre einen guten Ruf unter den Einrichtungen der Politischen Bildung erwerben. Dies zeigte sich vor allem in den 1970er Jahren, als die PAE im Zusammenhang mit der Curriculum-Diskussion auf ihre theoretischen, methodischen und didaktischen Vorarbeiten zurückgreifen und ihre Kompetenz unter Beweis stellen konnte.¹⁴

3.3 DIE EUROPÄISCHE BILDUNGSARBEIT DER POLITISCHEN AKADEMIE EICHHOLZ

Vor dem Hintergrund der noch an ihrem Anfang stehenden europäischen Integration und der zunehmenden Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit der Welt gewann seit dem Beginn der 1960er Jahre die „Europäisierung der politischen Bildungsarbeit“ zunehmend an Bedeutung.¹⁵ Fachtagungen über Fragen der europäischen Zusammenarbeit waren seit 1962 ein fester Bestandteil des Veranstaltungsangebotes der Politischen Akademie Eichholz. Diese thematisierten die Perspektiven der Integration, die Funktionsweise der europäischen Organisationen und Institutionen und die Aufgaben der europäischen Sozial-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Die Seminare beinhalteten zweitägige Studienfahrten nach Luxemburg und Brüssel, die der Veranschaulichung und Vertiefung der Themen dienten. Die PAE organisierte diese Tagungen in Zusammenarbeit mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle und dem Verbindungsbüro der Europäischen Gemeinschaft in Bonn vor allem für Funktions- und Mandatsträger, Referenten und andere Multiplikatoren, die die Informationen in den Landesverbänden an die Parteibasis weitergeben sollten.¹⁶

Bildungsveranstaltungen zur europäischen Einigungspolitik wurden aber auch mit Teilnehmern und Gästen aus dem europäischen Ausland durchgeführt. Seit 1962 fanden in Eichholz unter der Leitung von Heinz Pettenberg internationale Hochschulseminare und zahlreiche einwöchige bilaterale Informationstagungen mit Teilnehmern und Dozenten aus mehreren europäischen Ländern statt.¹⁷ Dabei wurden nicht nur die Fragen der bilateralen und supranationalen Beziehungen miteinander erörtert, sondern auch ein vertieftes Verständnis für die spezifischen innen- und außenpolitischen Probleme der Nachbarstaaten Deutschlands gefördert. Auf diese Weise leistete die Politische Akademie Eichholz einen Beitrag zur Entwicklung europäischen Bewusstseins und zur Unterstützung der europäischen Integrationsbestrebungen.

Diese Veranstaltungen organisierte die PAE in Zusammenarbeit mit den Bildungsinstituten der europäischen christlich-demokratischen Schwesterparteien und mit dem internationalen christlich-demokratischen Studienzentrum in Rom. Die Teilnehmer waren meist junge Nachwuchspolitiker aus Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien und Österreich. Unter den Referenten befanden sich neben international

anerkannten Wissenschaftlern und hochrangigen Sachverständigen oft auch prominente christdemokratische Politiker, u. a. der spätere Präsident Italiens, Francesco Cossiga, der Ministerpräsident Belgiens, Leo Tine-mans, und der spätere österreichische Außenminister, Alois Mock.¹⁸ In inhaltlicher und thematischer Hinsicht bildete, neben den Fragen der nationalen und europäischen Politik, die Behandlung christlich-demokratischer Prinzipien einen eindeutigen Schwerpunkt. Auf diesem Wege hoffte man – vor allem im Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung –, langfristig einen Beitrag zu einer intensiven internationalen Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien Europas leisten zu können.¹⁹

In diesem Zusammenhang erlangte das zwischen 1962–1968 alljährlich im Sommer veranstaltete „Internationale Hochschulseminar“ einen besonderen Stellenwert. Es richtete sich an junge Nachwuchswissenschaftler und Studenten – eine Zielgruppe, bei der christlich-demokratisches Gedankengut in der damaligen Zeit keinen großen Anklang fand. Im Rahmen dieser Veranstaltungen wurden regelmäßig aktuelle politische Themen mit einem Kreis internationaler Fachleute auf hohem Niveau diskutiert. Während des ersten internationalen Hochschulseminars 1962 setzten sich die Teilnehmer u. a. mit der politischen Kultur und der Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland auseinander und diskutierten die Aufgaben und Funktionen Politischer Bildung in einer Demokratie.²⁰ In den folgenden Jahren wurden die Grundsätze und Ziele der christlich-demokratischen Bewegung in Europa, die Zukunft der europäischen Integration sowie Strukturen und Probleme der internationalen Zusammenarbeit behandelt.²¹ Seit Ende der 1960er Jahre fanden die „Internationalen Hochschulseminare“ auch in anderen europäischen Ländern, vor allem in Italien und Österreich, statt.

Die Politische Akademie Eichholz hat es nicht versäumt, im Rahmen ihrer internationalen europäischen Bildungsarbeit die besondere Problematik der geteilten deutschen Nation in der Mitte Europas zu thematisieren. Zu diesem Zweck fanden jährlich etwa zwanzig einwöchige Informations- und Diskussionsseminare statt, die seit dem Mauerbau im August 1962 jährlich in Berlin durchgeführt wurden. Ziel dieser Veranstaltungen war es, den europäischen Nachbarn deutschlandpolitische Themen nahezu-bringen und darauf hinzuweisen, dass die Überwindung der deutschen Teilung nicht nur im Interesse der Deutschen lag, sondern sie zu den zentralen Grundbedingungen für eine europäische Friedensordnung

zählte, die wiederum eine wichtige Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in der Welt war. In den 1980er Jahren hat diese Arbeit die 1982 gegründete Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung fortgeführt.²²

3.4 DIE SYSTEMATISCHE NACHWUCHSARBEIT

Mit dem Beginn der Bildungsarbeit in Eichholz gewann die Aus- und Fortbildung des politischen Nachwuchses einen großen Stellenwert innerhalb des Bildungsangebotes. Für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich die für ihr eigenes politisches Engagement erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben wollten, wurden mehrstufige, aufeinander aufbauende Kurse entwickelt. Diese systematische Fortbildung gehört bis auf den heutigen Tag zum Kern der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die zweitägigen Kurse basieren auf einem systematischen Lehrplan, der sich an der akademischen politikwissenschaftlichen bzw. volkswirtschaftlichen Ausbildung orientiert. Die Nachwuchsseminare wurden seit 1961 in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Beiräten konzipiert und kontinuierlich fortentwickelt. Sie fächerten sich bis zu Beginn der 1970er Jahre in drei verschiedene Reihen auf: a) das Politische Seminar, b) das Volkswirtschaftliche bzw. Wirtschaftspolitische Seminar (seit 01.01.1974) und c) die Studien örtlicher und regionaler Selbstverwaltung, aus der 1974 das Kommunalpolitische Seminar hervorging.²³ Seit 1997 ergänzt das Europapolitische Seminar das Angebot und das Politische Seminar wurde komplett in das Bildungszentrum Wendgraben verlagert.²⁴

Neben der bereits erwähnten Systematik waren allen drei Seminaren die Methodik und daraus resultierend die besonderen Anforderungen an die Bereitschaft der Teilnehmer zu intensiver Mitarbeit gemeinsam. Zur Vertiefung des Stoffes dienten Arbeitsgruppen, Lehrgespräche und Planspiele. Bis zu Beginn der 1980er Jahre wurde das vermittelte Wissen durch Klausuren überprüft; deren Bestehen erst zur Teilnahme an der nächsten Seminarstufe berechtigte. Absolventen, die an allen Seminarstufen erfolgreich teilgenommen hatten, bekommen seit jeher ein Abschlusszertifikat.²⁵

a) Das Politische Seminar

Das Politische Seminar wurde 1961 eingerichtet. Es bestand damals aus einem Grund-, einem Aufbau-, einem Haupt- und einem abschließenden Oberseminar und zog sich über einen Zeitraum von insgesamt sieben Wochen. Das Seminar richtete sich ursprünglich und in erster Linie an die Mitglieder der Unionsparteien, die entweder bereits in unteren und mittleren Führungspositionen aktiv waren oder sich auf eine solche Position vorbereiteten. Darüber hinaus stand das Politische Seminar jedem Interessierten offen, der sich selbst aktiv politisch betätigen wollte. Ziel des Politischen Seminars insgesamt war es, grundlegende Kenntnisse in wichtigen Politikbereichen zu vermitteln, die Fähigkeit zu politischer Analyse und politischen Urteilen zu fördern und nicht zuletzt auch zu nachhaltigem politischem Engagement zu motivieren.

Zu diesem Zweck wurden im *Grundseminar* die grundgesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Demokratie als Staatsordnung und Lebensform – also theoretische und praktische Aspekte der Demokratie in Deutschland –, und die Rechtsstellung und Funktionen politischer Parteien im demokratischen Staat behandelt. Das *Aufbauseminar* legte seinen Schwerpunkt auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik und war insgesamt darauf ausgerichtet, die wechselseitige Verflechtung dieser innenpolitischen Bereiche zu verdeutlichen und zu einem Denken im gesellschaftspolitischen Zusammenhang anzuregen. Das *Hauptseminar* widmete sich der europäischen und internationalen Politik im weitesten Sinne. Hierbei ging es darum, Verständnis für die Zusammenhänge und wichtigsten Probleme der Weltpolitik zu wecken und zu zeigen, dass das Gemeinwohl „als Orientierungsprinzip politischen Denkens“ nicht nur für das eigene Gemeinwesen, sondern für die Menschheit insgesamt Geltung beansprucht.²⁶ Im *Oberseminar* standen die politischen Parteien und ihre programmatischen Grundsätze, Ideologien sowie politischer Extremismus, die Medien, politische Meinungsforschung und Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund. Abgerundet wurde das Programm durch praktische Übungen in den Bereichen Pressearbeit und Rhetorik, die in Ansätzen bereits Bestandteil der vorhergehenden Seminarstufen waren.

Den hier nur in ihren Arbeitsschwerpunkten dargestellten Seminarstufen lag ein pädagogisches Konzept zugrunde, in dessen Mittelpunkt die Vermittlung eines Politikverständnisses im Sinne einer letztlich in der

Würde des Menschen begründeten „Ordnung der Freiheit“ und in einer „Kultur demokratischen Handelns“ stand.²⁷²⁸ Demzufolge wurden der durch die christlich-humanistische Ethik normativ begründete und durch das Grundgesetz institutionell verankerte demokratische Verfassungsstaat und seine Prinzipien zum Ausgangspunkt des politischen Denkens und Handelns in allen wichtigen innen- und außenpolitischen Problemfeldern. Dabei ging es letztlich um die Vermittlung und Einübung grundlegender Voraussetzungen der Demokratie: Respekt vor ethischen Maßstäben im politischen Prozess, die Bereitschaft, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren und das Eingeständnis, dass keiner im Besitz der absoluten Wahrheit ist.

Das Politische Seminar findet in der oben skizzierten Form bis auf den heutigen Tag statt. Selbstverständlich wurden und werden die Inhalte und Methoden von den Seminarleitern in Zusammenarbeit mit den Referenten kontinuierlich überprüft, aktualisiert und modifiziert, wobei auch Wünsche und Kritik von Teilnehmern berücksichtigt werden.²⁹ Im Prinzip aber sind Zielsetzungen und Struktur des Politischen Seminars über die Jahre gleich geblieben. Nach wie vor gehört es zum Kernbestand des Bildungsangebotes und umfasst gegenwärtig eine Grundstufe, die Aufbaustufen I–III und eine Abschlussstufe. Im Laufe der Jahre haben sich viele erfolgreiche Kommunal- und Landespolitiker die Grundlagen ihres „Handwerks“ in Eichholz erworben. Zu den Prominentesten unter ihnen zählen der baden-württembergische Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel und die ehemalige Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth.

b) Das Volkswirtschaftliche Seminar

1967 wurde das Volkswirtschaftliche Seminar gegründet. Es setzte sich aus vier didaktisch und methodisch aufeinander aufbauenden Stufen zusammen, die sieben bzw. seit Anfang der 1970er Jahre fünf Wochen dauerten. Vor dem Hintergrund „zunehmende(r) Krisenanzeichen, wachsende(r) Staatsaktivitäten, steigende(r) gesellschaftspolitische(r) Ansprüche, eskalierende(r) Zweifel an der Fähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme lösen zu können“ und einer „immer heftigere(n) Kritik aus dem neomarxistischen Lager“ wollte die Politische Akademie Eichholz den Teilnehmern ihrer Bildungsveranstaltungen „die Befähigung [...] vermitteln, diese wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Veränderungen [...] geistig zu durchdringen und zu analysieren, für die auftretenden Probleme Lösun-

gen zu erarbeiten, sie zu bewerten und an ihrer Umsetzung gestaltend mitzuwirken.“³⁰

Das Volkswirtschaftliche Seminar wurde zunächst als eine Ergänzung zum Politischen Seminar angesehen, das „volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische wie sozialpolitische Grundkenntnisse vermitteln“ sollte.³¹ Es wandte sich an interessierte Laien und engagierte Nachwuchspolitiker, die sich auf diesem Wege theoretisches und praktisches Rüstzeug aneignen wollten. Den Teilnehmern sollte vor allem das Spannungsverhältnis von ökonomischen Sachzwängen, individuellen und gesellschaftlichen bzw. politischen Interessen und den wertorientierten Entscheidungsalternativen innerhalb des Ordnungssystems der Sozialen Marktwirtschaft transparent gemacht werden. Bei den Interessenten wurden kommunikative und kreative Fähigkeiten und die Bereitschaft zu Kompromissen und Engagement vorausgesetzt, um die zur Analyse von Problemen und zur Erarbeitung von Lösungsalternativen erforderlichen Fertigkeiten möglichst effektiv einüben und so eine solide Grundlage für die Partizipation in den behandelten Politikfeldern erarbeiten zu können.³²

Das *Einführungsseminar* vermittelte zunächst die wichtigsten Basisinformationen zum Themenfeld Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Unvereinbarkeit von politischem Totalitarismus und wirtschaftlicher Demokratie lag. Als Orientierungswissen für die nachfolgenden Aufbauseminare wurden die Grundbedingungen und Funktionsweisen des Wirtschaftskreislaufes in der Sozialen Marktwirtschaft behandelt. Wichtige Themen waren das Sozialprodukt, die Produktionsfaktoren und ihre Märkte, das „magische“ Zielviereck, die öffentliche Finanzwirtschaft und die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik. Aktuelle Konjunkturanalysen rundeten das Programm ab.

Das anschließende *Mittelseminar I* war der Wirtschaftsordnungspolitik gewidmet, wobei zwei Schwerpunkte den Lehrplan bestimmten: Der erstere stand unter dem Leitthema „Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft“, das die Erörterung von struktur- und wettbewerbspolitischen Konzeptionen und Zielen umfasst. Den zweiten Schwerpunkt bildete der „Systemvergleich“ zwischen den kapitalistischen Marktwirtschaften des demokratischen Westens und den sozialistischen Planwirtschaftssystemen der damaligen kommunistischen Diktaturen.

Das *Mittelseminar II* befasste sich vorwiegend mit internationalen Wirtschaftsbeziehungen und thematisierte u. a. Probleme der internationalen Wirtschaftsintegration am Beispiel der EG, die internationale Währungsordnung und „Entwicklungspolitik als Weltinnenpolitik“. Parallel dazu wurden Planspiele durchgeführt und wirtschaftspolitische Einzelprobleme (z. B. Bedingungen und Grenzen des Wachstums, organisierte Interessen und wirtschaftspolitische Willensbildung) analysiert.

Im Rahmen des *Abschlussseminars* bildeten das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, Aspekte einer künftigen europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (inkl. einer Fahrt nach Brüssel) sowie die programmatische Entwicklung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland feste Programmpunkte. Die vierte Seminarstufe war inhaltlich ganz bewusst kaum vorstrukturiert, weil sie Raum für die Behandlung aktueller wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Probleme bieten sollte. Am Ende des zweiwöchigen Abschlussseminars erhielten die Teilnehmer ein Zertifikat. Außerdem war es den Absolventen möglich, durch den Besuch der mehrmals im Jahr stattfindenden wirtschaftspolitischen Fachtagungen den Kontakt zur Politischen Akademie aufrechtzuerhalten und ihre wirtschaftspolitische Weiterbildung fortzuführen.

Dem Volkswirtschaftlichen bzw. Wirtschaftspolitischen Seminar lag von Anfang an eine ähnliche pädagogische Konzeption zugrunde wie dem Politischen Seminar. Bis auf den heutigen Tag weiß sich das Wirtschaftspolitische Seminar dem gesellschaftspolitischen Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und seinen ethischen Prinzipien verpflichtet. Die Inhalte und Methoden wurden und werden kontinuierlich von den Seminarleitern in Zusammenarbeit mit dem Kollegium und den Referenten (aus Verbänden, Industrie, der Wirtschaftspolitik und von Universitäten) überprüft und aktualisiert, wobei auch Anregungen und Kritik der Teilnehmerinnen und Teilnehmer regelmäßig Berücksichtigung findet.

1973 wurde das Volkswirtschaftliche Seminar in Wirtschaftspolitisches Seminar umbenannt. So sollte stärker zum Ausdruck gebracht werden, „dass es sich bei diesen Seminaren nicht um Fachveranstaltungen handelt, die zweitrangig auch ‚politisch‘ wären, sondern um Teilbereiche der Politik.“³³ An der Grundstruktur des Wirtschaftspolitischen Seminars hat sich im Laufe der Jahre kaum etwas verändert. Gegenwärtig umfasst es ein Einführungsseminar, zwei Mittelseminare und ein Abschlussseminar, die jeweils einwöchig sind. Die Inhalte orientieren sich z. Z. an den aktuellen Problem- und Fragestellungen, die durch die ökonomischen und

sozialpolitischen Aufgaben des deutschen Einigungsprozesses, die fortschreitende wirtschaftliche Integration Europas, die Herausforderung durch die asiatischen Volkswirtschaften, den globalen Strukturwandel und die Suche nach einer Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen vorgegeben sind.

c) Das Kommunalpolitische Seminar

Das Kommunalpolitische Seminar hat eine lange Vorgeschichte, die bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre zurückreicht.³⁴ Erste Bildungsveranstaltungen zu sozial- und kommunalpolitischen Themen fanden bereits mit Beginn der Arbeit in Eichholz in sog. Außentagungen in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und verschiedenen Unterorganisationen der CDU, z. B. der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), in mehreren Bundesländern statt. Dieses kommunalpolitische Bildungsprogramm wurde im Verlauf der 1960er Jahre kontinuierlich erweitert, wobei die inhaltlichen Schwerpunkte auf ausgesuchten Problembereichen (Bau- und Wohnrecht, Finanzverfassung der Gemeinden, Probleme der Stadt- und Dorferneuerung, der Raumordnung, Regionalplanung usw.) lagen. Auch die Politische Akademie Eichholz selbst führte kommunalpolitische Konferenzen und Fachtagungen zu bestimmten Themen durch: z. B. zu den „Auswirkungen der Steuergesetzgebung in der Kommunalpolitik“, zur „Finanzreform in den Stadtstaaten“ oder zu den „Problemen der kreisfreien Städte“.³⁵

Die Bedeutung der gesellschaftspolitischen Funktion der kommunalen Ebene war in Deutschland lange unterschätzt worden. Dies änderte sich jedoch völlig aufgrund der Entwicklungen im Verlauf der 1960er Jahre, als es auf der kommunalen Ebene zu einer allmählichen Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger kam. Daraus ergab sich auch ein gesteigertes Bedürfnis nach kommunalpolitischer Bildung. Die Parteien hatten erkannt, dass sie im macht- und damit auch gesellschaftspolitischen Wettbewerb nur dann bestehen können, wenn sie in der Lage waren, qualifiziertes politisches Personal zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus hatten viele Bürger die Erfahrung gemacht, dass sie, um ihre Chancen auf Mitgestaltung optimal wahrnehmen zu können, zu wenig über die Gestaltungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen auf der kommunalen Ebene informiert waren. Auch die Kommunalverwaltungen hatten letztlich ein Interesse an sachverständigen Bürgern als Entscheidungsträger in den kommunalen Vertretungsorganen.

Darum bot die Politische Akademie Eichholz seit Anfang 1969 in zunächst drei, später in vier Stufen ein einwöchiges systematisches kommunalpolitisches Seminarprogramm unter dem Titel „Studien örtlicher und regionaler Selbstverwaltung“ an. Ziel des Seminars war es, „sowohl in die theoretischen Grundlagen als auch in den praktischen Vollzug politischer Arbeit auf lokaler und regionaler Ebene einzuführen.“³⁶ Hinsichtlich der inhaltlichen Konzeption wurde versucht, sich von der herkömmlichen, betont historisch-juristischen Betrachtungsweise der Kommunalpolitik zu lösen und sich stattdessen überwiegend mit wichtigen politologisch-soziologischen Aspekten der politischen Wirklichkeit auseinanderzusetzen.

Seine bis auf den heutigen Tag gültige inhaltliche Konzeption erlangte das kommunalpolitische Bildungsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung 1973 mit der Umbenennung der Studien örtlicher und regionaler Selbstverwaltung in Kommunalpolitisches Seminar. Es besteht aus vier jeweils einwöchigen Studienstufen und richtet sich an Personen, die sich fundierte kommunalpolitische Kenntnisse aneignen wollen, um sich auf ein Mandat vorzubereiten oder sich nachträglich das notwendige Rüstzeug erwerben möchten, um im Stadtrat oder Kreistag effizienter mitarbeiten zu können. Eine dritte Gruppe ist die von kommunalen Beamten, die die *kommunalpolitische* Seite ihres Berufes besser kennenlernen wollen. Diese Zielgruppen erwarten vom Kommunalpolitischen Seminar die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten, die sie in die Lage versetzen, die Prozesse der Willensbildung und Entscheidungsfindung auf der kommunalen Ebene besser zu verstehen, zu beeinflussen und mitzugestalten. Diese klare Erwartungshaltung bestimmt bis heute die Lernziele und -inhalte des Seminars. In der ersten Stufe, den *Grundstudien*, lernen die Teilnehmer, die Chancen bei der Politikgestaltung auf Durchsetzung des eigenen und des Gruppenwillens innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen der Gemeinde realistisch einzuschätzen. Um dies zu erreichen, werden Kenntnisse über den föderalen Aufbau der Bundesrepublik, die verfassungsrechtliche Stellung der Gemeinden und deren verwaltungsrechtliches Instrumentarium, über die Zusammenarbeit von Rat, Verwaltung und Bürgern und über die Grundzüge der Geschäftsordnung vermittelt. Weitere wichtige Themen sind Einblicke in die Sozialpolitik, in das Haushaltsrecht und die kommunale Konjunkturpolitik. Außerdem werden Anleitungen und Hinweise zur Pressearbeit und Durchführung von Pressekonferenzen gegeben.

Ziel der *Aufbaustudien I* ist es, dass die Teilnehmer lernen, die Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik realistisch einzuschätzen. Zu diesem Zweck werden die Rechtsstellung der Kreise und kreisfreien Städte, die Ziele der Raumordnungspolitik und die Funktion eines Flächennutzungsplanes thematisiert und die Möglichkeiten der Kontrolle kommunaler Haushaltspläne erörtert. Die *Aufbaustufe II* soll die Teilnehmer dazu befähigen, das gesetzliche Instrumentarium kritisch auf seine Anwendungsmöglichkeiten hin zu überprüfen und zur Realisierung gesellschaftspolitischer Ziele anzuwenden. Neben der Finanzverfassung in der Bundesrepublik Deutschland, dem kommunalen Satzungs-, Beitrags- und Gebührenrecht und Grundsätzen der Infrastrukturpolitik werden in dieser Stufe auch praktische Probleme der Parteiarbeit, des Wahlkampfes und die Anwendungsmöglichkeiten von Werbemitteln erörtert.

Die *Hauptstudien* sind darauf ausgerichtet, die Teilnehmer zu einer aktiven Anwendung der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in der kommunalpolitischen Arbeit anzuleiten. Dabei stehen moderne Methoden der Organisation und Führung im Entscheidungsfindungsprozess und die Analyse der kommunalpolitischen Konzeptionen von CDU, SPD und FDP im Mittelpunkt. Das Planspiel „Ratssitzung“ und praktische Übungen zur Arbeit in den Fraktionen bzw. Ausschüssen, zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Rhetorik- und Argumentationstrainings runden das Programm ab.

Diese Grundstruktur des Kommunalpolitischen Seminars wurde bis heute im Prinzip beibehalten. Gegenwärtig besteht es aus den *Grundstudien*, die eine Einführung in die Politik in der Gemeinde geben, aus den *Aufbaustudien I*, die Haushalt und Finanzen behandeln, den *Aufbaustudien II*, die den Zukunftsaufgaben für Planen und Bauen gewidmet sind, und den *Hauptstudien*, die sich insbesondere auf die „Vermarktung“ von Politik, also auf die Methoden der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren. Auch für das Kommunalpolitische Seminar gilt, dass die Programminhalte und die angewandten Methoden kontinuierlich einer Überprüfung durch den Seminarleiter und die Referenten unterzogen werden.

3.5 DIE POLITISCHE BILDUNG UND DIE GRÜNDUNG NEUER INSTITUTE

Die Politische Akademie Eichholz ist die „Urzelle“, aus der alle späteren Einrichtungen der Stiftung hervorgegangen sind.³⁷ Bereits in der Satzung der Politischen Akademie Eichholz e.V. vom 26. April 1958 waren neben der politischen Bildungsarbeit weitere Aufgabenfelder festgelegt worden. Hierzu zählten „die internationale Verständigung, insbesondere die europäische Einigung, durch Einladung ausländischer Gruppen und Unterstützung von Auslandsreisen (zu) fördern“ und „begabten und charakterlich geeigneten jungen Menschen den Zugang zu einer wissenschaftlichen Ausbildung (zu) erschließen.“ In der Satzung der Konrad-Adenauer-Stiftung für Politische Bildung und Studienförderung e.V. vom 13. Oktober 1964 wurde noch die Durchführung „wissenschaftliche(r) Studien“ als weiterer Vereinszweck eingefügt.

In den Anfangsjahren der Akademie versuchte man, den Aufgaben der internationalen Verständigung und der Studentenförderung mit den Methoden der Politischen Bildung gerecht zu werden. Allmählich ergab sich aber aus organisatorischen, inhaltlichen und letztlich auch aus Gründen der begrenzten Kapazitäten in Eichholz die Notwendigkeit, neue Institute zu gründen und diese räumlich auszulagern. Sie wurden erst 1976 in dem neu erbauten Hauptgebäude der Stiftung in Sankt Augustin wieder unter einem Dach zusammengeführt. Entstehungsgeschichte, Aufgaben und Ziele des „Instituts für Internationale Solidarität“, des „Instituts für Begabtenförderung“, des „Wissenschaftlichen Instituts“ und des „Instituts für Kommunalwissenschaften“ sollen im Folgenden skizziert werden, um zu verdeutlichen, dass die heutige Struktur der Konrad-Adenauer-Stiftung kontinuierlich mit den politischen Aufgaben und Herausforderungen der Zeit gewachsen ist, ihre Ursprünge und Wurzeln aber in der Politischen Akademie Eichholz hat. Letzteres wird noch durch die Tatsache unterstrichen, dass bei der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit der heutigen Arbeitsbereiche die Politische Bildung immer wieder als zentrale und grundlegende Aufgabe der Stiftung in Erscheinung tritt.

a) Das „Institut für Internationale Solidarität“

Die Politische Akademie Eichholz hat unmittelbar nach ihrer Gründung auch Kontakte zu Entwicklungsländern in Lateinamerika, Afrika und Asien geknüpft und in der Folgezeit kontinuierlich ausgebaut. Um diese Arbeit besser organisieren und koordinieren zu können, wurde im Februar 1962 das Institut für Internationale Solidarität (IIS) innerhalb der Politischen Akademie Eichholz gegründet und 1964 in die Konrad-Adenauer-Stiftung für Politische Bildung und Studienförderung e.V. rechtlich eingegliedert.³⁸ Das IIS hatte laut Institutsstatut die Aufgabe, alle Maßnahmen zu unterstützen, die als Entwicklungspolitik aus christlicher Verantwortung galten.³⁹ Um das theoretische und praktische Fundament einer deutschen (und europäischen) Entwicklungspolitik zu legen, führte das IIS auch wissenschaftliche Untersuchungen durch, die in einer Schriftenreihe des Eichholz-Verlags unter dem Titel „Wissenschaftliche Beiträge zur Außen- und Entwicklungspolitik“ erschienen.⁴⁰

Eine vorrangige Aufgabe sah das IIS darin, den Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und ausländischen Experten zu fördern. Zu diesem Zweck wurden Vorträge vermittelt, Delegationen entsandt und langfristige Projekte der Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Wirtschaftshilfe in lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländern betreut. In einigen Ländern Süd- und Mittelamerikas führte das IIS einjährige Fortbildungsprogramme für Fachkräfte landwirtschaftlicher Genossenschaften, der Wohnungsbaugenossenschaften, der Sozialarbeit und des Hörfunk- und Fernsehwesens durch. Ergänzt wurden die Kurse mit einer landeskundlichen Studienreise durch die Bundesrepublik, die auch Besuche an politischen Brennpunkten (Berlin, innerdeutsche Grenze) einschlossen.⁴¹

Das IIS versuchte auch, an der Verbesserung des Deutschlandbildes der in der Bundesrepublik studierenden Ausländer mitzuwirken. Hierzu wurde eigens ein Förderprogramm mit Seminaren zur Politischen Bildung für Studierende aus Übersee an wissenschaftlichen Hochschulen eingerichtet. Um die angebahnten Kontakte zu pflegen, wurde für die lateinamerikanischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland das Mitteilungsblatt *Correo de Estudiantes* herausgegeben.⁴² Für Studierende aus Entwicklungsländern, die nach der Beendigung ihres Studiums eine Tätigkeit in der Verwaltung ihres Heimatlandes aufnehmen wollten, gab

es eigens ein „Kommunalprogramm“, in dessen Verlauf die Teilnehmer sechswöchige Praktika in deutschen Kommunalverwaltungen absolvieren konnten.⁴³

Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Organisation von Begegnungen und Seminaren, die dem Informations- und Gedankenaustausch mit Multiplikatoren, politischen Persönlichkeiten und wichtigen Vertretern des kulturellen Lebens aus den Entwicklungsländern dienen sollten. Hierbei beschränkte sich das Engagement nicht nur auf die Förderung der Entwicklungs- und Bildungshilfe privater und kultureller Initiativen, sondern umfasste auch die Unterstützung der Demokratisierungsbestrebungen in diesen Ländern.⁴⁴ Im Rahmen dieser Bemühungen war die Kontaktpflege zu christdemokratischen Parteien, christlichen Gewerkschaften und den Kirchen von großer Bedeutung.⁴⁵

In den Anfangsjahren des IIS konzentrierte sich dessen Arbeit auf Lateinamerika und eine Reihe von afrikanischen und asiatischen Ländern. Später kamen Außenstellen in den USA, in einigen Ländern Westeuropas und seit Mitte der 1980er Jahre vor allem in Osteuropa hinzu. Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Teilung Deutschlands und Europas steht der Bereich internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung vor neuen Herausforderungen. Neben der traditionellen Projektarbeit zur Demokratieförderung und zum Aufbau freiheitlicher politischer Ordnungen in der Welt, die zugleich als ein Beitrag zur internationalen Sicherheitspolitik verstanden wird, ist es seit 1989/90 Aufgabe der Stiftung und insbesondere der Internationalen Zusammenarbeit

„die veränderte Rolle Deutschlands in der Welt darzustellen, im Ausland um Verständnis für die Probleme zu werben, die sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Lasten im Gefolge der Vollendung der deutschen Einheit ergeben haben und deutlich zu machen, dass das geeinte Deutschland sich weiterhin für den Frieden in der Welt einsetzt.“⁴⁶

Hierbei ist es selbstverständlich, dass die internationale Zusammenarbeit und die Politische Bildung im Inland wie im Ausland bereichsübergreifend unterstützen und zusammenarbeiten.

b) Das „Institut für Begabtenförderung“

Zu den grundlegenden Aufgaben der Politischen Akademie Eichholz gehörte es von Anfang an, „begabten und charakterlich geeigneten jungen Menschen den Zugang zu einer wissenschaftlichen Ausbildung zu erschließen.“⁴⁷ Angesichts wachsender Studierendenzahlen und eines gestiegenen Stellenwertes der akademischen Ausbildung in der Gesellschaft hatte die Bedeutung einer Förderung besonders begabter junger Menschen seit dem Beginn der 1960er Jahre zugenommen. Darum begann die Konrad-Adenauer-Stiftung für Politische Bildung und Studienförderung e.V., die diese Aufgabe bereits bei ihrer Gründung 1964 durch ihre Namensgebung besonders hervorgehoben hatte, im Jahre 1965 mit dem Aufbau eines Begabtenförderungswerkes.

Nach ersten Vorbereitungen im Jahre 1964 konstituierte sich am 18. Februar 1965 ein Beirat der „Abteilung Studienförderung“, dem zwei Kultusminister, mehrere Wissenschaftler, einige Bundestags- und Landtagsabgeordnete und Geistliche angehörten. Dieser Beirat sollte dem Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung beratend zur Seite stehen und die Richtlinien der Studienförderung erarbeiten.⁴⁸ Das Gremium legte gemeinsam mit der Stiftungsleitung als Ziel der Studienförderung fest, besonders begabte, christlich orientierte und politisch interessierte Studierende aller Fachrichtungen in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung zu fördern und zugleich „qualifizierten Führungsnachwuchs für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, des Bildungswesens, der Wissenschaft und für internationale Organisationen“ heranzubilden. Die Stipendiaten sollten befähigt werden, in großen gesellschaftspolitischen Zusammenhängen zu denken und gestaltend zu handeln. Um dieses universelle Bildungsziel zu erreichen, wurde ein „ideelles“ Förderprogramm konzipiert, dessen Ziel in der Vermittlung einer „demokratische(n) staatsbürgerliche(n) Bildung auf christlicher Grundlage“ bestand. Die Stiftung legte deshalb Wert darauf, „ihren Stipendiaten [...] die Möglichkeit zu geben, im Kreise gleichgesinnter Kommilitonen einen fachlichen und politischen Gedankenaustausch zu pflegen“ und ihnen ein Bildungsprogramm anzubieten, dass ihren „fachlichen Horizont“ erweiterte:⁴⁹

„Hier werden die großen Verbindungslinien aufgezeigt, die Menschen als agierende Wesen auf allen Gebieten in den Mittelpunkt gerückt und die soziale Bezogenheit allen Seins deutlich gemacht. Hier muss die Verantwortung für das Ganze, die gesell-

schaftliche Gesamtverantwortung spürbar werden, damit der Einzelne ein ungebrochenes Verhältnis findet zur Gesamtheit von Natur und Wissenschaft, von Staat und Gesellschaft, von menschlichem Sein und geistig kulturellen Kräften.“⁵⁰

Diese grundsätzliche Überlegung bildete die Leitlinie der gesamten Arbeit der Studienförderung und stellte zugleich ein wesentliches Kriterium für die Auswahl der Studenten dar, die neben guten fachlichen Leistungen eine ausgeprägte Begabung im Sinne einer „Gesamtheit der geistig-seelischen Leistungsdisposition“ aufweisen sollten, um in die Studienförderung aufgenommen zu werden.⁵¹ Das Förderprogramm selbst umfasste neben der finanziellen Förderung und einem regelmäßigen Büchergeld die obligatorische Teilnahme an mindestens drei dreiwöchigen Ferienakademien in Eichholz, die Teilnahme an Studiengruppen unter Leitung von Vertrauensdozenten an den jeweiligen Studienorten und die „Gemeinschaft mit ausländischen Studenten.“⁵² Darüber hinaus war die Stiftung bereit, ihre Förderung auf ein einjähriges Auslandsstudium auszudehnen und bei der Vermittlung von Praktika in sozialen und politischen Bereichen behilflich zu sein.

Auf dieser Grundlage hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Förderung begabter Studenten kontinuierlich weitergeführt. Bis auf den heutigen Tag orientiert sie sich dabei an einem Verständnis vom Menschen, das durch die Wert- und Ordnungsvorstellung der christlich-demokratischen Bewegung geprägt ist. Diesem Auftrag wird sie durch das studienbegleitende Seminarprogramm als Kernstück der ideellen Förderung gerecht, wobei gegenwärtig die Grundlagen der Demokratie in Deutschland, die Einigung Europas, Deutschlands globale Mitverantwortung, die Vollendung der deutschen Einheit, Zukunftsfragen der gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung sowie Grundfragen der beruflichen Orientierung die thematischen Schwerpunkte bilden.⁵³

c) Das „Wissenschaftliche Institut“

Während einer wissenschaftlichen Arbeitstagung der Politischen Akademie Eichholz, die am 6./7. Juli 1964 unter dem Titel „Wissenschaft und praktische Politik“ stattfand, stellte der damalige geschäftsführende Vorsitzende der CDU und CDU-Landesvorsitzende Nordrhein-Westfalens, Minister a.D. Josef Hermann Dufhues, in einem Referat die Notwendigkeit heraus, den Gedankenaustausch zwischen Wissenschaftlern und Poli-

kern zu intensivieren. Um diesen möglichst wirkungsvoll zu gestalten, schlug er die Errichtung eines Studienzentrums vor, dessen Aufgabe es sein sollte, wichtige Fragen der Politik mit wissenschaftlichen Methoden zu untersuchen und Lösungsmöglichkeiten für die praktische Politik aufzuzeigen.

Diese Anregung ist von der Mitgliederversammlung und vom Vorstand der am 13. Oktober 1964 gegründeten Konrad-Adenauer-Stiftung für Politische Bildung und Studienförderung e.V. aufgegriffen worden, denn in der am selben Tag verabschiedeten Satzung wurde ergänzend zu den bisherigen Aufgaben des Trägervereins die Durchführung „wissenschaftliche(r) Untersuchungen“ als weiterer Vereinszweck eingefügt. Bis die Idee eines Studienzentrums verwirklicht wurde, dauerte es dann allerdings noch einige Jahre. Stattdessen wurden in Eichholz zunächst die wissenschaftlichen Arbeitstagungen fortgesetzt. Deren Ziel bestand darin, einen vorurteilsfreien Gedanken- und Informationsaustausch zwischen Politikern, Wissenschaftlern und kompetenten Fachleuten über prinzipielle Fragen der demokratischen Ordnung und ihrer Fortentwicklung zu ermöglichen. Diese Veranstaltungsreihe griff aktuelle politische Grundsatzen auf, thematisierte neue politische Trends und analysierte deren Auswirkungen auf das politische System der Bundesrepublik. So fanden z. B. Tagungen über „Wege zu einer modernen Gesellschaftspolitik“ (Oktober 1966) und die „Probleme einer Wahlrechtsreform“ (März 1967) statt. Im April 1967 diskutierten Wissenschaftler und Politiker über „Nation – Nationalbewusstsein – Nationalismus“ und problematisierten dabei auch sich andeutende neue rechte bzw. rechtsradikale Tendenzen der Bevölkerung.

Allerdings zeigte sich im Verlauf dieser Veranstaltungsreihe, dass man auf diese Weise der Intention von Dufhues nicht gerecht werden konnte. Es wurde allgemein als Mangel empfunden, dass z. B. kein umfangreiches empirisches Grundlagenmaterial über die Trends in der öffentlichen Meinung vorlag, um empirisch abgesicherte Thesen und damit tragfähige Zukunftsperspektiven für die politische Praxis entwickeln zu können. Aus diesem Grund richtete die Stiftung am 1. Oktober 1967 das „Wissenschaftliche Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung“ (WIKAS) ein, das auf Vorarbeiten des damaligen Grundlagenreferats der CDU-Bundesgeschäftsstelle aufbaute.⁵⁴ Das WIKAS sollte fortan mit allen Mitteln der empirischen Sozialforschung, der politischen Wissenschaften, der Soziologie, der Dokumentation und der Statistik alle Grundlagenkenntnisse

beschaffen, um auf diese Weise eine wissenschaftliche Politikberatung zu ermöglichen. Die gewonnenen Informationen sollten zugleich auch für die Bildungsarbeit der Politischen Akademie Eichholz, für die Organisation und inhaltliche Konzeption der Studienförderung und für die internationale Beratungstätigkeit des Instituts für Internationale Solidarität zur Verfügung gestellt werden.

Die Themen der ersten Forschungsvorhaben des WIKAS ergaben sich aus den damals aktuellen Fragen und Problemstellungen der Politik. Neben der Wahlforschung und der politischen Motiv- und Meinungsforschung waren u. a. die Perspektiven der politischen Teilhabe und Mitbestimmung in der Demokratie, die Zukunft der sich ändernden deutschen Ostpolitik, Probleme der Entwicklungspolitik und der Wahlrechtsreform Gegenstand von Forschungsprojekten.⁵⁵ Die rasch vorangetriebene Intensivierung und Systematisierung der Arbeit fand ihren Ausdruck in einer Namensänderung, die am 27. Oktober 1970 vom Vorstand der Stiftung beschlossen wurde: Aus dem „Wissenschaftlichen Institut“ wurde das „Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut“ (SFK). Dieses verstand sich als eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die aber in ihrer Struktur und Arbeitsweise dem Vorbild deutscher Universitätsinstitute folgte.

Eine erneute Namensänderung wurde 1992 im Rahmen der Strukturreform der Stiftung vorgenommen. Inzwischen umfassen die Arbeitsschwerpunkte des Bereichs Forschung und Beratung (FuB) neben der empirischen Parteien- und politischen Werte- und Verhaltensforschung die Wirtschafts- und Sozialforschung, Kommunalpolitik, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik. Darüber hinaus sind auch die Zusammenhänge von internationaler Wirtschaftspolitik, Ökologie- und Technologieentwicklung und der Themenkreis „Frauen und Politik“ Gegenstand der inhaltlichen Arbeit. Die Ergebnisse finden ihren Niederschlag in eigenen Schriftenreihen, Dokumentationen, zahlreichen Beiträgen in deutschen und internationalen Fachzeitschriften und Kolloquien zur Innen- und Außenpolitik. Sie tragen zum politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess bei und unterstützen zugleich die politische Bildungsarbeit und die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.⁵⁶

d) Das „Institut für Kommunalwissenschaften“

Seit dem Beginn der 1960er Jahre nahm das Interesse der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland an dem politischen Geschehen in den Stadt- und Gemeinderäten zu. Kommunalpolitik war nicht mehr länger ausschließlich eine Angelegenheit verdienter Honoratioren. Häufiger als zuvor engagierten sich Bürger, um als ehrenamtliche Mandats- und Funktionsträger bei den Entscheidungen der kommunalen Selbstverwaltung mitbestimmen zu können. Auch in den Strategien der Parteien gewann die Kommunalpolitik zunehmend an Bedeutung. Für die CDU hatte Konrad Adenauer in seiner letzten großen Rede vor dem Bundesparteitag in Bonn (21./23. März 1966) ihren besonderen Stellenwert hervorgehoben: „Gerade die Arbeit in der Gemeinde ist besonders wichtig, weil hier der Wähler unmittelbar sieht, was die Führung leistet und was sie nicht leistet.“⁵⁷ Auf diesen aus eigener Erfahrung gesprochenen Satz des ehemaligen Kölner Oberbürgermeisters und ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland besann sich die Union vor allem nach der von ihr verlorenen Bundestagswahl von 1969. Im Bund und in den Ländern würde sie nur dann wieder eine Führungsrolle übernehmen können, wenn die Regierungspositionen auch auf der kommunalen Ebene abgesichert waren.⁵⁸

Die Erfahrungen der 1960er Jahre hatten gezeigt, dass es einer aufmerksamen Arbeit der Parteien vor Ort und einer engagierten kommunalen Selbstverwaltung bedurfte, um kommunalpolitische Fragestellungen richtig verstehen, zutreffend beurteilen und hinreichend beantworten zu können. Um zur Lösung dieser Aufgaben wissenschaftlich fundierte Vorschläge unterbreiten zu können, wurde 1967 vom Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung das „Institut für kommunalpolitische Bildung und Forschung“ (IkBF) ins Leben gerufen. Das Institut begann zunächst damit, die kommunalpolitische Bildungsarbeit zu intensivieren und in Anlehnung an das Politische und Volkswirtschaftliche Seminar ein drittes, mehrstufiges Nachwuchsseminar zu entwickeln. Ein anderer wesentlicher Teil der Arbeit bestand darin, sozioempirische Untersuchungen und vergleichende Analysen durchzuführen, um Grundlagenmaterial für eine wissenschaftlich orientierte Kommunalpolitik zu erwerben.

Weil die wissenschaftliche Forschungstätigkeit innerhalb des IkBF immer mehr an Bedeutung gewann, wurde dieser Aufgabenbereich auf Beschluss des Vorstandes am 1. Januar 1971 durch die Gründung des

„Instituts für Kommunalwissenschaften“ (IKF) innerhalb der Konrad-Adenauer-Stiftung verselbstständigt. Während die kommunalpolitische Bildungsarbeit weiterhin Teil der Politischen Akademie Eichholz blieb, beschäftigte sich das neue Institut fortan unter der Leitung von Franz Schuster mit einer Vielzahl von neuen Forschungsschwerpunkten: Grenzen des städtischen Wachstums, Umweltschutz und Umweltplanung, Maßnahmen der Reform des Bodenrechts, Wohnungs- und Siedlungswesen, Verwaltungsreform und Stadtplanung. Nach eingehenden wissenschaftlichen Untersuchungen dieser praktischen kommunalpolitischen Fragestellungen erarbeitete das IFK unter Beteiligung zahlreicher Wissenschaftler aus dem universitären und außeruniversitären Bereich anwendbare Lösungsvorschläge. Mit diesen Studien konnte das Institut in der Tages- und Fachpresse, in der wissenschaftlichen und in der politischen Diskussion eine beachtliche Resonanz erzielen.⁵⁹

Während einer mehrjährigen Aufbauphase erweiterte das Institut für Kommunalwissenschaften seine Mittlerfunktion zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Neben der Forschungstätigkeit wurden seit Mitte der 1970er Jahre die Anstrengungen zum Ausbau seiner Beratungstätigkeit und zur Unterstützung der kommunalpolitischen Bildungsarbeit der Politischen Akademie Eichholz und der Bildungswerke verstärkt.

„Damit wurde das Institut auf die Säulen Forschung, Beratung und Bildung gestellt. Alle drei Funktionsbereiche sollen sich gegenseitig ergänzen, d. h. die Forschungsergebnisse sollen in die Beratungs- und Bildungsarbeit einfließen und umgekehrt. Auf diese Weise hofft das Institut, seine Arbeit in der Praxis wissenschaftlich fundieren und seine Forschung praxisnah gestalten zu können.“⁶⁰

Neben den bereits genannten Forschungsschwerpunkten kamen in der Arbeit des Instituts im Verlauf der 1980er Jahre weitere wichtige Themen hinzu, so z. B. die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an den kommunalen Verwaltungsaufgaben, die Bürgerinitiativen als Problem von Staat und Gesellschaft, die Integration ausländischer Arbeitnehmer, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Aufgaben der kommunalen Kulturpolitik, die Reform des sozialen Wohnungsbaus und der Wohnungsmarktwirtschaft, der Einsatz neuer Medien in der Kommunalverwaltung. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden europäischen Einigung und eines zunehmenden globalen Problembewusst-

seins rückten seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auch internationale Aspekte der Kommunalpolitik in den Mittelpunkt der Arbeit des IFK.⁶¹

Seit 1990 konzentrierten sich Aktivitäten des Instituts für Kommunalwissenschaften fast ausschließlich auf den Strukturwandel und den Wiederaufbau der Städte und Gemeinden in den neuen Bundesländern. 1990 war das Institut an der Einführung der Kommunalverfassung und des Ländereinführungsgesetzes beteiligt. Seit 1991 unterstützte es den Aufbau rechtsstaatlicher Kommunalverwaltungen, führte Weiterbildungs- und Beratungsseminare durch und versorgte die Kommunen in den neuen Bundesländern mit wichtiger Fachliteratur, die um eine siebenbändige Schriftenreihe des Instituts ergänzt wurde.⁶²

Als die Konrad-Adenauer-Stiftung angesichts wachsender Herausforderungen 1992 im Rahmen einer Strukturreform eine Konzentration ihrer Aufgaben vornahm, wurde das Institut für Kommunalwissenschaften in eine Hauptabteilung „Kommunalwissenschaften“ umgewandelt und in den Arbeitsbereich „Forschung und Beratung“ eingegliedert. Seitdem sind neben den „klassischen“ Aufgaben der Kommunalpolitik Themenkomplexe wie Rechtspolitik, innere Sicherheit, Parteiarbeit vor Ort und neue Formen bürgerschaftlichen Engagements in den Mittelpunkt gerückt.

- 1| *Vorlage von Dr. Bernhard Gebauer für Dr. Wörner MdB, die Tätigkeit der Politischen Akademie Eichholz betreffend, vom 2. Oktober 1968.*
- 2| *Nach Dr. Bernhard Gebauer in einem Interview mit dem Verf. am 16.09.1997.*
- 3| *Zitiert nach dem stenografischen Bericht der Tagung des Vereins Politische Akademie e.V. am 05.12.1959; vgl. auch UiD Nr. 49 vom 10.12.1959 und Nr. 50 vom 17.12.1959.*
- 4| *Kai-Uwe von Hassel auf der Sitzung des CDU-Parteivorstandes am 6. April 1961, in: Günter Buchstab (Bearb.), Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961, Düsseldorf 994, S. 920.*
- 5| *Vgl. Konzepte und Programme der Wahlkampfurse und den dazugehörigen Schriftverkehr zwischen der Akademieleitung, der CDU-Bundesgeschäftsstelle und den Landes- und Kreisverbänden, in: ACDP 111-002-268/1.*
- 6| *Vorlage Dr. Gebauer für Dr. Wörner vom 2. Oktober 1968.*
- 7| *Vorlage Dr. Gebauer für Dr. Wörner vom 2. Oktober 1968.*
- 8| *Zum Folgenden vgl. Peter Molt, Aufgaben und Probleme unserer Bildungsarbeit, in: Eichholz-Brief 4/1966, S. 29 f.*
- 9| *Ebda, S. 29.*
- 10| *Zum Politischen Seminar s. Kapitel 3.3, Abschnitt a).*
- 11| *Peter Molt, a. a. O., S. 30.*

- 12| Der Trägerverein hatte sich auf Anregung von Josef Hermann Dufhues und mit Zustimmung Konrad Adenauers am 13.10.1964 umbenannt; vgl. Eichholz-Brief 2/1964, S. 10, Eichholz-Brief 3/1964, S. 29, und UiD Nr. 41 vom 10.01.1963.
- 13| Vgl. Eichholz-Brief 2/1964, S. 17.
- 14| Vgl. Kapitel 4.2.
- 15| Molt, a. a. O., S. 31.
- 16| Vgl. hierzu entsprechende Programme und den dazugehörigen Schriftverkehr in: ACDP 111-012-1205.
- 17| Hierzu finden sich zahlreiche Berichte im Eichholz-Brief, z. B. in EB 1/1965, S. 28; ES 3/1965, S. 20; EB 3/1966, S. 12 ff.; EB 4/1966, S. 14 usw.
- 18| Vgl. Peter Molt, *Die ersten Jahre der Konrad-Adenauer-Stiftung [unveröffentlichte, maschinenschriftliche Ausarbeitung: o. O., o. J. (1990)]*, S. 16.
- 19| Vgl. hierzu: Karl Josef Hahn, *Internationale Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien*, in: Eichholz-Brief 1/1967, S. 4–18.
- 20| Vgl. Arnold Bergstraesser, *Historische und traditionelle Belastungen des politischen Bewusstseins und des politischen Lebens der Bundesrepublik Deutschland*, in: Eichholz-Brief 3/1964, S. 4–26.
- 21| Vgl. Peter Molt, *Aufgaben und Probleme unserer Bildungsarbeit*, in: Eichholz-Brief 4/1966, S. 54 f.
- 22| Vgl. Kapitel 5.1.
- 23| *Die drei Seminare sind ausführlich dargestellt in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Moderne Formen politischer Erwachsenenbildung. Drei Curriculum-Ansätze in der Bewährung, Bonn 1975, S. 65-123.*
- 24| Vgl. Kapitel 6.2.
- 25| *In den 1960er und 1970er Jahren wurden die Abschlusszeugnisse von Mitgliedern des Stiftungsvorstandes oder von Vertretern der Seminarbeiräte ausgehändigt; vgl. z. B. Eichholz-Brief 4/1967, S. 14.*
- 26| Norbert Chauvistré, *Das Politische Seminar*, in: *Moderne Formen politischer Erwachsenenbildung, a. a. O., S. 76.*
- 27| Hans Erler, *Die Ordnung der Freiheit – Zur pädagogischen Konzeption des Politischen Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung, o. O., o. J.*
- 28| *Ebd., S. 9.*
- 29| Vgl. hierzu Eichholz-Brief 4/1969, S. 15 und Eichholz-Brief 2/1972, S. 14-21.
- 30| Manfred von Krüchten, *Das Wirtschaftspolitische Seminar*, in: *Moderne Formen politischer Erwachsenenbildung, a. a. O., S. 82-100; hier: S. 83.*
- 31| Eichholz-Brief 1/1967, S. 20.
- 32| *Zur Konzeption des „Volkswirtschaftlichen Seminars“ vgl. auch: Klaus Weigelt, Das Volkswirtschaftliche Seminar der Politischen Akademie Eichholz, in: Eichholz-Brief 4/1971, S. 28-29.*
- 33| *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1973, S. 10.*
- 34| Vgl. hierzu Eggert von Petersdorff, *Das Kommunalpolitische Seminar, in: Moderne Formen politischer Erwachsenenbildung, a. a. O., S. 101-124.*
- 35| Vgl. z. B. Eichholz-Brief 1/1965, S. 30; 2/1965, S. 16; 4/1967, S. 15.
- 36| Eichholz-Brief 1/1970, S. 19.
- 37| So Ottfried Hennig, *Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, in einer Ansprache anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „Vierzig Jahre Politische Bildung in Eichholz“ am 15. Mai 1997 in Schloss Eichholz, Redemanuskript S. 2.*
- 38| Vgl. Eichholz-Brief 3/1964, S. 28.
- 39| *Statut des Instituts für Internationale Solidarität in der Fassung vom 24.08.1965, in: Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1966/1967, Anhang 7.*
- 40| Vgl. Eichholz-Brief 1/1964, S. 12 ff.
- 41| Vgl. Eichholz-Brief 2/1967, S. 13.

- 42| Vgl. Eichholz-Brief 4/1966, S. 15.
- 43| *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1966/67, a. a. O., S. 7.*
- 44| Vgl. DuO Nr. 43 vom 01.03.1962.
- 45| *So besuchte unter Mitwirkung des 118 Dr. Rafael Calderas, Präsident der Organisation der Christlich-demokratischen Partei Lateinamerikas, den 13. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf, vgl. Eichholz-Brief 1/1965, S. 26.*
- 46| *Jahresbericht 1995 der Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 24.*
- 47| *Satzung der Politischen Akademie Eichholz in der Fassung vom 26.04.1958 (§ 3, Abs. c).*
- 48| Vgl. Eichholz-Brief 1/1965, S. 29.
- 49| *Förderrichtlinien, in: Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1965/66, Anhang 4, S. 2.*
- 50| *Studienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: Eichholz-Brief 2/1966, S. 12.*
- 51| *Studienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ein Jahr Aufbauarbeit, in: Eichholz-Brief 2/1966, S. 12.*
- 52| Vgl. *Förderungsrichtlinien, a. a. O.*
- 53| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1996, S. 58.*
- 54| Vgl. Peter Molt, *Die ersten Jahre der Konrad-Adenauer-Stiftung, o. O., o. J., S. 23.*
- 55| Vgl. *das Interview mit Gerhard Elschner, dem damaligen Leiter des WIKAS, in: Eichholz-Brief 4/1967, S. 16 f.*
- 56| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1996, S. 8 ff.*
- 57| *Zitiert nach: Aufgaben praktischer Kommunalpolitik, Heft 1: Grundlagen, hrsg. vom Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung, Recklinghausen 1983, S. VII.*
- 58| Vgl. Hans-Otto Kleinmann, *Geschichte der CDU 1945-1982, a. a. O., S. 285.*
- 59| Vgl. H. J. Koch, *Kommunalpolitische Bildung und Forschung, in Eichholz-Brief 4/1970, S. 16-17; vgl. auch die Konzept- und Programmwürfe in: ACDP IV-002-050/1; vgl. Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1973, S. 33 ff., 1974, S. 67 ff.*
- 60| *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1977, S. 71.*
- 61| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1986, S. 69; 1987, S. 72.*
- 62| *Günter Dill/Horst Kanitz (Hrsg.), Grundlagen praktischer Kommunalpolitik (Sammelwerk in Teilbänden, 2. völlig überarbeitete Auflage, Sankt Augustin 1994.*

4. PROFESSIONALISIERUNGSPHASE (1969–1981)

Mit den Regierungswechseln von Konrad Adenauer zu Ludwig Erhard und anschließend zur Großen Koalition von CDU/CSU und SPD hatte die Bundesrepublik Deutschland eine demokratische Bewährungsprobe auf klassisch parlamentarische Weise gemeistert. Die Bonner Demokratie schien sich bewährt zu haben, der Gegensatz zu den immer wieder pessimistisch und warnend beschworenen Zuständen der Weimarer Republik war unverkennbar.¹ Dennoch entstand für viele Beobachter der Eindruck, als vollziehe sich gerade jetzt „eine Deformierung der politischen Struktur, des Parlamentarismus wie des Parteiensystems und der Demokratie selbst.“² Obwohl die Große Koalition Sachverstand, Handlungsfähigkeit und Kompetenz bewies, führte das allzu große Übergewicht der Regierungskoalition gegenüber der kleinen FDP-Opposition zu einer erheblichen Belastung für die Demokratie.

Die Schwäche der Opposition ermöglichte der rechtsextremen NPD in einigen Bundesländern kurzfristige Erfolge und begünstigte das Vordringen einer linksextremen Außerparlamentarischen Opposition (APO). Die Studentenproteste, die sich zunächst gegen die Zustände an den deutschen Hochschulen richteten, vermochten sich medial Gehör zu verschaffen, weil sie eine Gegenkultur formierten. Die Studierenden kritisierten vor allem die tragenden Institutionen des Grundgesetzes und diskreditierten das Regierungssystem als bloß formale Demokratie. Im Gegensatz zu ihren auf wirt-

schaftliche Prosperität und geordnete Verhältnisse fixierten Eltern, wuchs bei den Jugendlichen das Bedürfnis nach ideeller Kritik und veränderten Wertvorstellungen. Sie brandmarkten – unterstützt von intellektuellen Wortführern – die unzureichende „Bewältigung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit und richteten ihre Anklage gegen die Eltern- und Lehrergeneration und gegen das *Establishment* der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.

Die Diskussion um die Demokratie verschärfte sich „zum Infragestellen des ‚Systems‘ der Bundesrepublik, zur radikalen Systemkritik oder gar zur Forderung nach ‚Systemüberwindung‘.“³ Mit dem Hinweis auf die „unbewältigte“ Hypothek des Nationalsozialismus stellten die Wortführer der Studierenden sogar die Institutionen und Organe der parlamentarischen Demokratie unter den Verdacht eines neuen Faschismus. Vor diesem Hintergrund löste die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Mai 1968 vehemente Proteste der APO, Straßenschlachten mit der Polizei und nachhaltige Störungen im Universitätsbetrieb aus.

Die Auswirkungen der Studentenbewegung, die Zunahme marxistischer und neomarxistischer Ansätze vor allem in den Sozialwissenschaften und die Ablösung der CDU/CSU aus der Regierungsverantwortung durch die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt im Oktober 1969 bewirkten insgesamt eine innenpolitische Ideologisierung. Neben dem neuen ost- und deutschlandpolitischen Kurs hatte in der Innenpolitik vor allem die Bildungsreform eine polarisierende Wirkung, der sich auch die Politische Bildung nicht entziehen konnte. Die Kontroversen um ihre Zielkonzeptionen waren bestimmt durch die Gegensätze zwischen „konservativen“ und „progressiven“, „linken“ und „rechten“, „emanzipatorischen“ und „rationalen“ Positionen. So forderte z. B. Ralf Schmiederer, dass Politische Bildung Teil eines gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses zum Abbau überflüssiger und damit irrationaler Herrschaft beitragen müsse.⁴ Bernhard Sutor setzte dem entgegen, dass das allgemeine Ziel der Politischen Bildung in der Demokratie nicht in der Herrschaftskritik bestehe, sondern darin, den Menschen zur Rationalität des Urteilens über soziale und politische Sachverhalte zu befähigen.⁵

Die Reformpolitik der Regierung Brandt fand nicht nur im hartnäckigen Widerstand der CDU/CSU-Opposition im Bundestag und im Bundesrat ihre Grenzen. Der Ölpreisschock, die Auswirkungen der weltweiten Rezession und der Zusammenbruch der internationalen Währungsordnung

setzten ihr spätestens Mitte der 1970er Jahre ein Ende. Der geschäftsmäßig reibungslose Übergang zur Regierung Schmidt/Genscher im Mai 1974 konnte kaum darüber hinwegtäuschen, dass nun „eine Ära des permanenten Krisenmanagements angebrochen war.“⁶ Die Innenpolitik der folgenden Jahre blieb angesichts der Rohstoffverknappung und der Energiekrise durch das Ringen um wirtschaftliche Stabilität bestimmt. Trotz restriktiver Geld- und Finanzpolitik und staatlicher Investitions- und Stützungsprogramme konnten Rezession und Inflation nicht eingedämmt werden, so dass die Arbeitslosigkeit beständig stieg.

Diese krisenhaften Entwicklungen waren begleitet von gesellschaftlichen Veränderungen, die als Folge „antiautoritärer“ Tendenzen in fast allen sozialen Bereichen zunehmend Probleme der geistigen Orientierung bereiteten. Immer häufiger wurden der Zerfall bisheriger Werte und Tugenden, schwindender Leistungswille und übertriebenes Anspruchsdenken im Wohlfahrtsstaat beklagt, so dass sich der Wunsch nach einer „Tendenzwende“ zunehmend bemerkbar machte. Gleichzeitig entwickelten sich seit dem Ende der 1970er Jahre, vom politischen Engagement der Studentenbewegung herrührend, neue politische Kräfte, die neben den etablierten Parteien ihre Interessen und Ziele mit wachsendem Erfolg in Bürgerinitiativen artikulierten. Das Wettrüsten in Ost und West und die auf den forcierten Bau von Atomkraftwerken orientierte Energiepolitik der Bundesregierung förderten das Zusammenrücken der Friedens-, Ökologie-, Frauen- und Antiatombewegungen, die sich als Gegenkräfte zu den etablierten Parteien bzw. zur professionellen Politik verstanden.⁷ Angesichts dieser Entwicklungen verschärften sich die Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zwischen den Koalitionspartnern und in der SPD selbst. Zudem geriet die Regierungskoalition durch den Aufstieg der „Alternativen“ und „Grünen“ und schließlich auch durch eine lautstarke Friedensbewegung zunehmend in Bedrängnis.

Als die CDU/CSU nach der Bundestagswahl 1969 auf der Bundesebene die Regierungsmehrheit verlor, hatte dies auch Konsequenzen für die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Politische Bildung. Nach einer kurzen Phase der Neuorientierung stellte sie sich inhaltlich und organisatorisch darauf ein, über die Politik der Christdemokraten *in der Opposition* zu informieren. Die Politische Bildung leistete in dieser Zeit mit ihren Seminaren und Informationsveranstaltungen einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der Oppositionspolitik der Union. Dabei wurden die Auseinandersetzungen mit den Maßnahmen und Zielen des politischen Gegners in der Politischen Bildung noch schärfer und prononcierter als bisher.

Aufgrund der zunehmenden extremistischen und terroristischen Herausforderungen, denen sich die freiheitlich demokratische Ordnung des Grundgesetzes infolge der 1968er Protestbewegung und der APO gegenüberübersah, rückten die grundsätzlichen ordnungspolitischen Fragestellungen in Staat und Gesellschaft noch stärker in den Vordergrund.⁸ Zwar gab es im Begrifflichen in der öffentlichen Meinung nach wie vor einen weitreichenden Konsens. Aber hinsichtlich der Ausgestaltung sozialen und politischen Handelns und vor allem hinsichtlich der Werte und Grundlagen der parlamentarischen Demokratie und des freiheitlichen Gemeinwesens war eine zunehmende Verunsicherung und Desorientierung festzustellen. Dies hatte wiederum zur Folge, dass die Nachfrage nach grundsätzlichen und programmatischen Orientierungshilfen stieg, was sich auch in wachsenden Teilnehmerzahlen niederschlug.⁹

Angesichts dieser Entwicklungen schien es sinnvoll zu sein, für eine bessere Breitenwirkung der Politischen Bildung im „vorpolitischen Raum“ zu sorgen.¹⁰ Um hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, entschieden der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung und die Leitung der PAE, nicht zuletzt auch angesichts der begrenzten räumlichen und personellen Kapazitäten in Eichholz, *Außenstellen* einzurichten und eine *Regionalstruktur* aufzubauen. Diese Außenstellen der Konrad-Adenauer-Stiftung, die es inzwischen in jedem Bundesland mit Ausnahme Bayerns und Schleswig-Holsteins gibt, führen in ihrem Einzugsgebiet vor Ort politische Bildungsveranstaltungen durch, die neben aktuellen bundespolitisch relevanten Fragen auch die spezifischen kommunal- und landespolitischen Aspekte der jeweiligen Region thematisch berücksichtigen.

Begünstigt wurde der Ausbau der Regionalstruktur durch Weiterbildungsgesetze, die in der ersten Hälfte der 1970er Jahre in vielen Bundesländern verabschiedet wurden. Diese Gesetze waren die Folge einer gesellschaftspolitischen Grundströmung, die bereits in den 1960ern vor einer drohenden „Bildungskatastrophe“ gewarnt und mit der Forderung nach einem „Bürgerrecht auf Bildung“ für eine aktive Bildungspolitik geworben hatten.¹¹ Deren Protagonisten, die Bildung nicht nur als Mittel der Demokratisierung, sondern zugleich auch als eine Investition für die Zukunft verstanden, strebten eine Neustrukturierung des gesamten Bildungswesens an, weil das bestehende den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft nicht mehr gewachsen zu sein schien.

1970 fasste der Deutsche Bildungsrat die Forderungen der Reformen in seinem „Strukturplan für das deutsche Bildungswesen“ zusammen. Dort hieß es u. a.: „Es ist notwendig, die *institutionalisierte Weiterbildung* als einen ergänzenden nachschulischen, umfassenden Bildungsbereich einzurichten.“¹² Die Erwachsenenbildung sollte fortan zusammengefasst mit der beruflichen Umschulung und Fortbildung unter dem Fachbegriff „Weiterbildung“ (neben Schule, Universität und Berufsausbildung) den vierten Bereich des Bildungswesens in öffentlicher Verantwortung bilden. In den Jahren von 1970–1975 verabschiedeten die meisten Bundesländer entsprechende Weiterbildungsgesetze, die die Bedeutung der Erwachsenen- und damit auch der Politischen Bildung unterstrichen, in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern aber auch staatliche Eingriffe und Reglementierungen nach sich zogen.¹³

Auch in Nordrhein-Westfalen wurde 1975 ein Weiterbildungsgesetz verabschiedet, und zwar mit dem Ziel, ein „bedarfsdeckendes Angebot auf Lehrveranstaltungen zur Weiterbildung“ (§ 4) sicherzustellen.¹⁴ Das Weiterbildungsgesetz enthält neben Strukturregelungen umfangreiche Förderungsverpflichtungen, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes auch der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung zugute gekommen sind. Da das Gesetz den Bereich der Politischen Bildung ausdrücklich mit zu den Aufgaben der Weiterbildung zählt (§ 3), hatte die Politische Akademie Eichholz als anerkannte Einrichtung der Weiterbildung „Anspruch auf Bezuschussung durch das Land“ (§ 24). So konnte sie fortan mit einer festen finanziellen Grundlage für die Arbeitsplanung rechnen, die im Wesentlichen die Mitfinanzierung des hauptberuflichen Personals (pädagogische und wissenschaftliche Mitarbeiter) und der Umfang der Bildungsleistungen (gemessen in Teilnehmertagen), aber auch notwendige Investitionskosten und Zuschüsse zu den Teilnehmerkosten beinhaltete. Dies ermöglichte zunächst den Aufbau einer Regionalstruktur, d. h. die Einrichtung von Bildungswerken in Nordrhein-Westfalen und später auch in anderen Bundesländern.

Darüber hinaus wirkten sich die Weiterbildungsgesetze positiv auf die Bemühungen um eine kontinuierliche Verbesserung der pädagogischen Qualität (Professionalisierung) aus. Die Politische Akademie Eichholz hatte Anfang der 1970er Jahre mit einer Überprüfung der Grundsätze, Inhalte und Methoden der politischen Bildungsarbeit begonnen, weil die praxisbezogene Information und der Erfahrungsaustausch allein offensichtlich nicht mehr ausreichten, um die Teilnehmer zu einem politischen

Engagement zu motivieren. Deshalb beteiligte sich die Politische Akademie während der 1970er Jahre intensiv an der *Curriculum-Diskussion*, die einer inhaltlichen und theoretischen Selbstvergewisserung der politischen Bildung diente und zu ihrer Professionalisierung beitrug. Dabei hatte sich die PAE auch mit „Systemüberwindern“ in der politischen Bildung auseinanderzusetzen. Diese strebten nach der „universalste(n) gesellschaftspolitische(n) Forderung unserer Zeit“, nämlich einer umfassenden „Demokratisierung aller Lebensbereiche“, um so den Boden für eine zukünftige plebiszitäre demokratische Ordnung zu bereiten.¹⁵

4.1 DIE ANFÄNGE DER REGIONALSTRUKTUR DER POLITISCHEN BILDUNG UND DIE EINRICHTUNG VON AUSSENSTELLEN (SEIT 1971)

Im Sommer 1971 errichtete die Politische Akademie Eichholz in Dortmund eine Außenstelle für Westfalen-Lippe, um in diesem Teil Nordrhein-Westfalens „politische Bildungsarbeit langfristig und basisorientiert aufzubauen.“¹⁶ Ein Jahr später, im Juni 1972, bezog die Außenstelle ihren Sitz in Dortmund, um sich in einer Aufbauphase von mehreren Jahren „zu einem wesentlichen und integrierten Bestandteil der Politischen Bildung in diesem Lande“ zu entwickeln.¹⁷

Mit dieser Außenstelle begann die Konrad-Adenauer-Stiftung, eine *Regionalstruktur* der Politischen Bildung zu schaffen. Den zunehmenden Anforderungen an die Stiftung und der wachsenden Nachfrage nach politischen Bildungsveranstaltungen hatte der Vorstand in den Jahren zuvor bereits durch eine größere Anzahl von kommunal- und bildungspolitischen Außentagungen (mit Schwerpunkten in Südwestdeutschland und Nordrhein-Westfalen) nachzukommen versucht. Erste Schritte zu einem erweiterten Angebot örtlicher und regionaler Bildungsveranstaltungen wurden durch „Kooperationsabsprachen“ mit der Hermann-Ehlers-Stiftung in den norddeutschen Bundesländern und Stadtstaaten und der Hanns-Seidel-Stiftung in Bayern unternommen.

In Eichholz selbst war im Januar 1970 durch die Fertigstellung zweier Hörsäle, eines Konferenzraumes, weiterer Büros und von dreißig Gästezimmern die Teilnehmerkapazität um 30 Prozent vergrößert worden.¹⁸ Aber diese Maßnahmen waren längst nicht ausreichend, so dass man noch im selben Jahr an die Errichtung weiterer Außenstellen dachte.¹⁹ 1972 wurde eine Außenstelle in der Karl-Arnold-Bildungsstätte

in Bonn-Bad Godesberg eingerichtet, die sich besonders auf die Arbeit mit politisch interessierten Schülern spezialisierte. Gemeinsam mit der Schülerunion, der Jungen Union und den Schülermitverwaltungen (SMV) entwickelte die PAE ein Bildungsprogramm, das vor allem aus Wochenendveranstaltungen bestand, die sowohl in organisatorischer als auch inhaltlicher Hinsicht zielgruppengerecht, d. h. unter besonderer Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Schüler, konzipiert wurden. Im Mittelpunkt der Seminararbeit standen vor allem bildungspolitische Fragen und wichtige Aspekte des Schulalltags.

Diese Tagungen fanden auch dezentral in den anderen Bundesländern statt. Außerdem veröffentlichte die Außenstelle Bonn-Bad Godesberg gemeinsam mit der Karl-Arnold-Bildungsstätte seit 1974 einen Schülerpressedienst („Schülerpresse aktuell“). Dieser Pressedienst erfreut sich bis auf den heutigen Tag großer Beliebtheit unter Multiplikatoren im Jugendpressebereich. Gegenwärtig werden regelmäßig ca. 5.400 Exemplare dieser Publikation von Schüler-, Jugend- und Studentenzeitungen bzw. von deren verantwortlichen Redakteuren sowie diversen Jugendorganisationen, Lehrern und Vereinen bezogen.²⁰

Die Arbeit der Außenstellen wurde kontinuierlich erweitert, intensiviert und durch die Erschließung neuer Zielgruppen differenziert. Die Aktivitäten konzentrierten sich vor allem auf die nicht an eine Partei gebundenen, aber politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger. Die Zahl der Außenstellen wuchs: Jeweils unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit wurden 1974 in Freiburg, 1975 in Mainz und ebenfalls 1975 – im Vorfeld der 1976 stattfindenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg – in Stuttgart ein Büro eröffnet.²¹ Auch die Landespolitik zeigte großes Interesse an der örtlichen und regionalen Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, was sich u. a. daran ablesen lässt, dass die Eröffnungsreden in Stuttgart von dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger und in Mainz von dem damaligen rheinland-pfälzischen Kultusminister Bernhard Vogel gehalten wurden. Ein Hinweis auf die Wertschätzung durch die Politik ist z. B. darin erkennbar, dass die Bildungsarbeit „in Südbaden [...] auch mit Unterstützung im politischen Bereich durch Staatssekretär Erwin Teufel gründlich vorbereitet“ wurde.²² Weitere Außenstellen wurden 1977 in Marburg und 1978 in Saarbrücken errichtet.

Die Verstärkung und Ausdehnung der Bildungsarbeit erforderte eine intensivere Koordination auf Länderebene. Zu diesem Zweck hatte die Leitung der Politischen Akademie Eichholz bereits in der Erprobungsphase Günther Rüter, der seit dem 1. September 1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter der PAE war, als „Tutor“ bzw. „Projektleiter der praxisbezogenen politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen“ mit der Organisation der Zusammenarbeit zwischen den Außenstellen Westfalen-Lippe, Bonn-Bad Godesberg und der Politischen Akademie Eichholz betraut.²³ In dieser Funktion war er u. a. zuständig für die Programm- und Finanzkoordination, die Fortbildung der Außenstellen-Referenten und für die Erstellung von Lehrmaterialien.

Als auf Beschluss des Vorstandes die gesamte Außenstellenarbeit im Juni 1975 organisatorisch zum Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammengefasst wurde, avancierte Rüter zu dessen Leiter. Von diesem Zeitpunkt an sollten die Außenstellen „regionale Ansprechpartner für alle im Zusammenhang mit der Bildungsarbeit der Stiftung stehenden Fragen sein, [...] die Konrad-Adenauer-Stiftung durch ihr politisches und kulturelles Bildungsangebot“ bekannt machen und „Daten für eine christlich demokratische Politik in der öffentlichen Meinung setzen.“²⁴ Zum Selbstverständnis und zur Zielsetzung des Bildungswerkes wurde Folgendes festgelegt:

„Das Bildungswerk versucht über seine Außenstellen, in einer Informationsüberflusssgesellschaft durch Informationsverarbeitung einen Beitrag zur politischen Integration zu liefern und damit das Wechselspiel einer freiheitlichen Gesellschaft zwischen Konsens und Konflikt in der politischen Bildung verständlich zu machen und einzuüben.“²⁵

Diese Integrationsleistung wurde auch im politischen Vorfeld bzw. „vorpolitischen Raum“ angestrebt. Im Verlauf der theoretischen Vorüberlegungen war man zu der Überzeugung gekommen, dass sich die Angebote der Politischen Bildung bislang zu sehr auf die CDU-Mitglieder konzentriert hatten und dass diese „Parteiorientierung“ zu wenig genutzte „Chancen zur Erschließung eines erweiterten Selbstverständnisses der politischen Bildungsarbeit“ bot:

„Die Stiftung kann zum Bindeglied zwischen vorpolitischem Raum und der Partei werden. Sie kann aus ihrem gesellschafts-politischen Engagement und bildungspolitischen Auftrag gleichermaßen die Aufgabe ableiten, Forum der Vermittlung von Einzel-, Gruppen und gesamtgesellschaftlichem Interesse zu sein. Der Anspruch, diese Vermittlung in einem um Sachlichkeit und Gründlichkeit, Toleranz und Grundsatztreue bemühten Klima vorzunehmen, kann für Partei- und Interessenvertreter aus dem vorpolitischen Raum zur Hilfestellung bei gesellschaftspolitisch relevanten Entscheidungen werden. Diese Hilfestellung muss in einem weiteren Schritt der Aufgabenerweiterung nicht nur Gruppen, Verbänden oder Interessenvertretern, sondern auch jedem Individuum, das vor solchen Entscheidungen steht, eröffnet werden.“

Die politische Bildungsarbeit werde so auch selbst ihrem Anliegen gerecht, der Information und Diskussion das Engagement folgen zu lassen. Sie könne ihren Teilnehmern den Weg in die politische Betätigung nicht nur theoretisch weisen, sondern die praktische Erfahrung politischer Handlungen und evtl. sogar von Entscheidungsprozessen „mitliefern“.²⁶

4.2 DAS ZIELGRUPPENKONZEPT DER POLITISCHEN BILDUNG UND DIE EINFÜHRUNG NEUER VERANSTALTUNGSFORMEN

Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für die Bildungsangebote des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung zu interessieren, entwickelten die Politische Akademie Eichholz und die Außenstellen einen breit angelegten Themenkatalog und ein Konzept zur „Zielgruppenarbeit“.²⁷ Die Zielgruppen konnten organisierte Vereinigungen, aber auch alters-, geschlechts- und interessengebunden sein, ein besonderes Interesse an politischen Grundlagenseminaren, an speziellen politischen Problemen oder an der Schulung individueller Fähigkeiten haben. Dieses Zielgruppenkonzept entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einem Erfolgsrezept für die „Breitenarbeit“ im vorpolitischen Raum, weil man bei den Interessenten die Bereitschaft voraussetzen konnte, dass sie sich mit christlich-demokratischen Wertorientierungen und politischen Lösungsvorschlägen vertraut machen wollten.

Besonders interessante Aufgaben und Perspektiven ergaben sich für die Politische Bildung durch die Arbeit mit organisierten Gruppen und Verbänden. Wenn es dabei gelang, diese Partner mit christlich-demokratischen Politikgrundsätzen vertraut zu machen und damit die gruppen- bzw. verbandsinternen Diskussionen anzuregen, so konnte dadurch prinzipiell das staatsbürgerliche Engagement und insbesondere das Verständnis für die Politik der Union gefördert werden. Voraussetzung für eine solche Kooperation war das Vertrauen der Partei in diese Arbeit und der persönliche Kontakt der Organisatoren mit den Zielgruppenvertretern.

Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der Zielgruppenarbeit boten sich verschiedene Möglichkeiten an: Es konnten gruppenspezifische Themen behandelt werden oder Fragen und Probleme, die für die entsprechenden Kooperationspartner bislang unbekannt waren, in Zukunft aber relevant werden konnten. Entsprechend der inhaltlichen Konzeption war dabei auch die Form der „Parteipräsenz“, d. h. die Diskussion christlich-demokratischer Positionen zu bestimmten Fragen der aktuellen Politik als fester Bestandteil des Veranstaltungsprogramms einzuführen. So bot sich etwa bei Seminaren zur Thematik des Regierungs- und Parteiensystems der Einsatz eines qualifizierten Referenten aus den Reihen der Union an, wobei gegebenenfalls den Referentenwünschen der Zielgruppen entsprochen werden konnte. Sehr oft wurden dabei auch gegensätzliche Stellungnahmen angeboten, um die Teilnehmer zu einer kontroversen Diskussion zu ermutigen und dazu, eigene Überlegungen einzubringen.

Mit speziellen, d. h. zielgruppenspezifischen Bildungsangeboten versuchte man auch die politisch wenig Interessierten oder Gleichgültigen anzusprechen. Diese Bürger sollten mit einem vielgestaltigen, aktuellen und Grundlagen vermittelndem Programm auf ihre persönliche politische Betroffenheit aufmerksam gemacht und zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen motiviert werden. Deshalb gehörte die Kommunalpolitik von Anfang an zu den wichtigsten Themenfeldern der Außenstellenarbeit. Mit den seit Mitte der 1960er Jahre gestiegenen Möglichkeiten einer Mitwirkung in der Kommunalpolitik war unter den interessierten Bürgern das Bedürfnis gewachsen, sich mit den Aufgaben der Kreise, Städte und Gemeinden und insbesondere mit der inneren Kommunalverfassung, dem

kommunalen Haushaltsrecht und Bauwesen aktiv auseinanderzusetzen. Da die Beteiligung an den Kommunalwahlen und an kommunalen Entscheidungsprozessen im Rat oder im Kreistag nicht ohne Sachkompetenz zu bewältigen war, knüpfte das Bildungsangebot der Außenstellen an diese direkte Betroffenheit der Bürger an.

Hervorzuheben sind die Tagungen, die die Rolle der Parteien in der repräsentativen Demokratie thematisierten. In diesem Zusammenhang begleitete die Politische Bildung auch die in den 1970er Jahren kontrovers geführte Grundwertediskussion. Die SPD hatte 1975 in ihrem „Orientierungsrahmen 85“ Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte des von ihr propagierten demokratischen Sozialismus reklamiert und diese Werte in den Dienst einer politischen Machbarkeitsideologie zu stellen versucht. Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung nahm dies zum Anlass, in einer Reihe von Veranstaltungen klarzustellen, dass die aus der abendländlichen Kultur hervorgegangenen Grundwerte nicht der Politik einer Partei, sondern dem Gemeinwesen im Ganzen dienen sollten. Dabei wurde auf die Mütter und Väter des Grundgesetzes verwiesen, die davon ausgegangen waren, dass die gesellschaftliche Ordnung in einer freiheitlichen Demokratie nicht ohne einen Minimalkonsens über unverbrüchliche Grundwerte auskommen könne, diese selbst aber von den tages- und sachpolitischen Gegensätzen der Parteien losgelöst sahen. Die Außenstellen leisteten dabei im Rahmen der öffentlichen Debatte einen wichtigen Beitrag zur Information und Orientierung der Bürger, die es diesen ermöglichte, der Planungsgläubigkeit und dem politisch-ideologischen Anspruch der SPD „aus einer schlechten eine gute Gesellschaft machen zu können“ entgegenzutreten.²⁸

Mit der steigenden Arbeitslosenzahl und der wachsenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte gerieten Grundfragen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in den Brennpunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen und damit auch in das Zentrum der Außenstellenarbeit. Kaum ein Bereich der Politischen Bildung hat in den 1970er Jahren einen solchen Zuspruch gefunden wie die Tagungen zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Andere thematische Schwerpunkte ergaben sich oft aus dem aktuellen politischen Geschehen, so z. B. die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979. Dabei versuchte das Bildungswerk mit seinen Seminaren und Tagungen Grundlagen für eine sachliche Auseinandersetzung mit der europäischen Gemeinschaftspolitik zu vermitteln, Vorurteile und oberflächliche Argumente abzubauen und illu-

sionslos Chancen und Risiken der Direktwahl offenzulegen. Dies schien den Verantwortlichen der geeignete Weg zu sein, langfristig für die Integration Europas zu werben und möglichen Enttäuschungen vorzubauen. Weitere wichtige Themen der Bildungsarbeit, die sich aus den politischen Entwicklungen der 1970er Jahre ergaben, waren z. B. die „Zukunftschancen der jungen Generation“, „Wehrhafte Demokratie überwindet den Terrorismus“, Fragen der „Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa“ und „Menschenrechte in Ost und West.“

Unter der Zielsetzung, möglichst viele Bürger für die Politische Bildung zu interessieren, entwickelte das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Reihe neuer Veranstaltungsformen, die die Außenstellen durchführten.²⁹ Zu diesen zählten u. a. *öffentlichkeitswirksame Abendveranstaltungen*, auf denen bekannte Politiker und andere prominente Personen des öffentlichen Lebens zu aktuellen Themen sprachen und ausländische Gäste der Öffentlichkeit ihre Positionen zu wichtigen Themen vorstellten.³⁰ Auch unterschiedliche Bereiche des kulturellen Lebens (z. B. Literatur, Theater, Film etc.) wurden erörtert und auf ihre gesellschaftspolitische Relevanz hin untersucht. Diese Veranstaltungen waren oft herausragende Ereignisse, so dass die Medien zur Berichterstattung angeregt wurden und dadurch eine große Wirkung in der Öffentlichkeit erzielt werden konnte.

Um die Bürger über das politische Geschehen in der Region bzw. auf der Landesebene zu informieren, führten die Außenstellen ergänzend zum Angebot der in der Region ansässigen Volkshochschulen *Abendveranstaltungen* zu aktuellen Themen aus dem jeweiligen lokalen Bereich durch. Indem Persönlichkeiten und Experten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein regionales Forum geboten wurde, konnte die Politische Bildung sowohl bei der Bevölkerung als auch unter Politikern an Popularität gewinnen.

Den Kernbestand des Bildungsangebotes der Außenstellen bildeten die *Grundstudien*. Diese richteten sich an Funktions- und Mandatsträger aus der Kommunal- und Landespolitik, an politische Gruppen und Vereinigungen (z. B. Unterorganisationen der CDU, wie etwa die Kommunalpolitische Vereinigung), darüber hinaus aber auch an jeden interessierten Bürger. Im Rahmen der Grundstudien wurden die Grundlagen unseres Gesellschafts- und Regierungssystems in den Bereichen Wirtschaft, Kommunalpolitik und Verfassungs- und Sozialordnung vermittelt. Weil

politisch und sozial verantwortliches Handeln u. a. auch voraussetzt, rhetorische Elemente erkennen, bewerten und ggf. selbst einsetzen zu können, wurden ergänzend zu diesem Bildungsangebot *Rhetorikkurse* durchgeführt, in deren Verlauf die Grundlagen der politischen Kommunikation dargestellt und die Fähigkeit des reinen Redens eingeübt wurde.

Seit Mitte der 1970er Jahre wurden die Grundstudien zu einer zusammenhängenden Veranstaltungsreihe ausgebaut, die unter dem Titel „Politische Praxis zwischen Entscheidung und Kontrolle“ in verschiedenen Kreisen mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen stattfanden. Im Verlauf von zwölf Abendveranstaltungen zuzüglich zweier Wochenendtagungen wurden Grundlagenkenntnisse über die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, die Programmatik der Parteien, Methoden des Politikmanagements und rhetorische Fertigkeiten vermittelt. Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die von Anfang bis Ende mitwirkten, wurde abschließend von einem für die jeweilige Region zuständigen Bundes- oder Landtagsabgeordneten ein „Zertifikat“ des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgehändigt.

Auf *Fachtagungen* erörterten Experten aktuelle politische Themen. Die Politische Bildung versuchte, die Inhalte über den Kreis der Teilnehmer hinaus einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, indem zu diesen Veranstaltungen in erster Linie Multiplikatoren eingeladen wurden. Diese konnten in ihren je eigenen Wirkungsbereichen die Ergebnisse der Tagungen weitergeben und zur Diskussion stellen. Bei der Themenauswahl wurde auch versucht, den Interessen und Bedürfnissen der in der Region ansässigen Gruppen, Vereinigungen und Verbände zu entsprechen. Diese Fachtagungen sollten zudem jedem Teilnehmer die Möglichkeit eröffnen, seinen eigenen politischen Standpunkt zu finden, zu festigen oder zu korrigieren.³¹ Veranstaltet wurden sie gelegentlich auch als sog. „Objekttagungen“ vor Ort in Altenwohnstätten, Schulprojekten, Rehabilitationszentren und Modellkindergärten. Dabei führten die Vertreter entsprechender Interessensgruppen, Berufsverbände und Vereine mit den zuständigen Fachreferenten der Union einen Meinungs- und Gedankenaustausch, dessen Resultate wiederum die innerparteiliche Diskussion anregten.

Von der Presse als „Novum in Deutschland“ bewertet wurden sogenannte *Fachkonferenzen*. Auf ihnen trafen z. B. vom Präsidenten des Bundesamtes für Zivildienst bis hin zu den Landräten verschiedener Kreise

alle politischen Ebenen, die mit Katastrophenschutz befasst sind, mit Parlamentariern und Vertretern der freien Träger zusammen, um eine Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung der Argumente aller Betroffenen und Mitwirkenden vorzunehmen. Ähnliche Fachkonferenzen wurden zu Themen aus den Bereichen der Sportförderung, der inneren Sicherheit, der beruflichen Bildung etc. durchgeführt.

Im Rahmen der deutschlandpolitischen Bildungsveranstaltungen bis 1989 sind besonders hervorzuheben die sog. *Systemvergleichstagungen*, die von den Außenstellen in großer Zahl durchgeführt wurden. Diese Tagungen setzten sich in komparatistischer Weise mit den unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen in den beiden deutschen Staaten auseinander. Sie standen ganz im Gegensatz zu dem in der damaligen politikwissenschaftlichen Deutschlandforschung vorherrschenden systemimmanenten Ansatz und der deutschlandpolitischen Rhetorik der SPD, die die DDR als einen gleichberechtigten und der Bundesrepublik Deutschland vergleichbaren Staat behandelten.³² Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung versuchte stattdessen, beide Systeme in einer wertbezogenen, von den Normen des Grundgesetzes ausgehenden Analyse zu charakterisieren und die Unterschiede, insbesondere den diktatorischen Charakter der DDR, hervorzuheben.

Mit diesen Veranstaltungen versuchte man, den unzureichenden Kenntnissen in der Bevölkerung über den eigenen Staat und über den anderen Teil Deutschlands zu begegnen. Besonders in den 1970er Jahren schien die DDR für viele westdeutsche Bürger ein weithin fremdes Land zu sein. Die Systemvergleichstagungen behandelten Themen wie „Soziale Marktwirtschaft – sozialistische Planwirtschaft“, „Systemvergleich DGB – FOGS“, „Wettkampf der Systeme“ usw., die bei vielen Interessenten guten Anklang fanden. Darüber hinaus wurden z. B. die „Rolle der Kirchen in Ost und West“, „Umweltprobleme und ihre Lösungsversuche in beiden deutschen Staaten“, „die Bundesrepublik Deutschland und die DDR in der internationalen Politik“, „Berufs- und Selbstverständnis westdeutscher und DDR-Journalisten“ und viele andere Themenkomplexe der deutsch-deutschen Wirklichkeit behandelt.

Zusätzlich zu den beschriebenen Aktivitäten führte das Bildungswerk zahlreiche Vortragsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Seminare zum Gedenken an Konrad Adenauer und sein politisches Werk durch, um die Bürgerinnen und Bürger über das Leben und Wirken dieses

Staatsmannes und über die Weiterführung seiner Politik zu informieren. Im Mittelpunkt standen dabei die Schwierigkeiten beim Aufbau des deutschen Parteiensystems nach dem Untergang der Hitler-Diktatur unter besonderer Berücksichtigung der Motive, die zur Gründung der Union als Volkspartei der Mitte geführt hatten. Darüber hinaus wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eindrucksvoll die Jahre des Wiederaufbaus und die Anfänge des westdeutschen Staates geschildert. Dieses Angebot stieß in der Bevölkerung auf sehr großes Interesse, so dass anlässlich des hundertsten Geburtstages des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1976 der Dokumentarfilm „100 Jahre Konrad Adenauer“ aufgrund der großen Nachfrage bundesweit mehr als fünfhundertmal von den Außenstellen gezeigt wurde.

Insgesamt verfolgen die Bildungsveranstaltungen der Außenstellen bis heute das grundsätzliche Ziel, einem breiten Publikum christlich-demokratische Politikziele in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftspolitischen Lebens bekannt zu machen. Die Teilnehmer sollen dazu motiviert werden, ihre eigenen Meinungen und Ansichten zur Diskussion zu stellen und an der Gestaltung der vielfältigen politischen, kulturellen und sozialen Aufgaben verantwortlich mitzuwirken. Auf diese Weise leisten die Bildungswerke bis auf den heutigen Tag einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung im vorpolitischen Raum.³³

4.3 DIE KONZEPTIONELLE WEITERENTWICKLUNG DER POLITISCHEN BILDUNG UND DIE CURRICULUM- DISKUSSION

Die 1970er Jahre waren für die Politische Akademie Eichholz und das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung hinsichtlich der Ausdifferenzierung von Veranstaltungsformen, Zielgruppen und didaktischen Konzepten ein ereignisreiches Jahrzehnt. Diese inhaltliche und methodische Weiterentwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund wissenschaftsimmanenter und innenpolitischer Konflikte, in deren Verlauf es zu einer Polarisierung unter den Theoretikern und Fachdidaktikern der Politischen Bildung kam.

Als die politischen Institutionen in Bund und Ländern angesichts der Studentenproteste die Politische Bildung verstärkt förderten, entbrannte ein Streit um deren *Inhalte*. Nun standen nicht mehr – wie in vergangenen Jahren – das „Ob“ und „Wie“ im Mittelpunkt, sondern die Diskus-

sionen entzündeten sich an der Frage, *welche* Politische Bildung gefördert werden sollte. Durch die Studentenproteste sahen sich nämlich neben den Politikern auch die politischen Pädagogen und Didaktiker veranlasst, zu dieser „stärkste(n) Herausforderung für die politische Bildung“ Stellung zu nehmen und dadurch selbst politisch zu werden.³⁴

Der zunächst wissenschaftsimmanent ausgetragene Streit wurde alsbald auch auf die innenpolitische Konfliktebene ausgedehnt. Dies geschah, indem die CDU/CSU versuchte, den emanzipatorischen Bestrebungen von neomarxistisch orientierten Vertretern der „kritischen Theorie“ in der Politischen Bildung auf der Länderebene – z. B. im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die hessischen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre und die nordrhein-westfälischen Richtlinien für den politischen Unterricht von 1972 – Einhalt zu gebieten.³⁵ Die Konfrontation der „Lager-Didaktiker“ eskalierte, weil die radikalen „Anti-Kapitalisten“ die Fragen, die sie den Schülern stellten, für sich ohnehin längst beantwortet hatten und es nur noch darauf anzukommen schien, Methoden zu finden, mit denen sich das „richtige“ Bewusstsein in die Köpfe der Jugendlichen einpflanzen ließ.³⁶ Man konnte sich daher kaum des Eindrucks erwehren, dass diese Pädagogen sich selbst als „Systemverbesserer“ verstanden und die Politische Bildung „zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ instrumentalisierten, um eine „Demokratisierung“ bzw. Fundamentalpolitisierung aller Lebensbereiche zu erreichen.³⁷

Besonders deutlich trat dies anlässlich der Curriculum-Diskussion in den 1970er Jahren zutage. Diese nahm ihren Anfang auf einem Kongress in Bonn (1. bis 3. Februar 1973), zu dem der Arbeitsausschuss für Politische Bildung, ein informelles Gremium von Vertretern der Parteien, der partei- und gewerkschaftsnahen Stiftungen, des deutschen Volkshochschulverbandes und anderer Einrichtungen der Politischen Bildung, eingeladen hatte. Der Kongress endete mit einem Aufruf an die freien Träger der Politischen Bildung, Curricula zu entwickeln. Die staatlichen Institutionen wurden aufgefordert, diese Arbeit zu fördern.³⁸

Bei den Beratungen während des Kongresses hatte der instrumentelle Charakter des Curriculums außer Frage gestanden: Es diene der „Optimierung“ von Lernprozessen und sei ein Verfahren zur Präzisierung von Lernzielen, zur Ermittlung optimaler Strategien und Methoden der Politischen Bildung und zur möglichst zuverlässigen Überprüfung (Evaluation) von Lerninhalten. Dies bedeutete, „dass Curricula sowohl im pluralisti-

schen als auch im antagonistischen Sinne“ angewandt werden konnten. Ein solches Instrument konnte nicht nur für jedes Lernziel eingesetzt werden, sondern sehr oft entpuppte sich das Curriculum – beispielsweise im Verständnis von Gewerkschaftern – als ein Verfahren, mit dem unter vordergründig technokratischen Gesichtspunkten (z. B. der „Organisation von Lernprozessen“ und der „Operationalisierung von Zielen“) implizit eine ideologisierte Weltbetrachtung zur einseitigen Stabilisierung von Gruppeninteressen vermittelt werden konnte.³⁹

Dieser – aus normativen und ethischen Gründen – letztlich „*inhumane Konfliktansatz*“ konnte von der Politischen Akademie Eichholz nicht akzeptiert werden.⁴⁰ Zwar beteiligte sie sich an der curricularen Diskussion, zumal sie hierzu in ihrer eigenen politischen Bildungsarbeit, insbesondere im Rahmen des Politischen, Wirtschaftspolitischen und Kommunalpolitischen Seminars wichtige Vorarbeiten geleistet hatte, die den Kriterien des Curriculums entsprachen.⁴¹ Allerdings tat sie dies auf der Grundlage ihrer christlich-demokratischen Wertebasis, auf deren Konsequenzen für die Praxis der politischen Bildungsarbeit der damalige Leiter der Politischen Akademie Eichholz, Bernhard Gebauer, ausdrücklich hinwies: Nicht jede Form der politischen Bildungsarbeit sei den Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft angemessen. Ein Garant dieser pädagogischen Norm sei der Auftrag der Politischen Akademie Eichholz, der eine Bildungsarbeit auf christlich-demokratischer Grundlage impliziere.

„Denn: Christliche Demokraten negieren einen weltanschaulichen Dogmatismus, der konforme Kollektivbedürfnisse des Menschen propagiert. Sie distanzieren sich von den deduktiven Behauptungen jener Ideologen, ein Patentrezept für das individuelle Glück des Einzelnen und zugleich aller zu besitzen. Christliche Demokraten gehen nicht von der falschen und inhumanen These aus, dass die Bedürfnisse aller Menschen gleich und damit der Wille des Volkes einheitlich seien ...

Ein dogmatisches Bildungsziel im Sinne eines für alle verbindlichen konformen Bildes vom Menschen in der Gesellschaft darf es nicht geben. Jeder Versuch, hier eine Monokultur anzustreben, würde den möglichen Konsens aller Demokraten verhindern.“⁴²

Trotz dieses fundamentalen Gegensatzes zu den linken Initiatoren wollte die Politische Akademie Eichholz die Curriculum-Diskussion nicht den „Systemüberwindern“ überlassen, zumal der Curriculum-Begriff von den Zuschussgebern in den sozialdemokratisch regierten Ländern mit bestimmten politischen Erwartungen übernommen worden war. Außerdem war die PAE in einigen wichtigen Organisationen auf Bundes- und Landesebene tätig, wo sie weiterhin zur notwendigen Kooperation der verschiedenen Träger der Politischen Bildung beitragen wollte.⁴³

In der Vergangenheit waren die Lerninhalte und Vermittlungsmethoden der PAE kontinuierlich überprüft und verbessert worden. Auf diese Weise hatte das Mitarbeiterkollegium der Akademie im Laufe der Jahre mit einem großen Kreis kompetenter Referenten und Dozenten aus allen Bereichen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass alle Themen, die in den Bildungsveranstaltungen untersucht und diskutiert wurden, auch tatsächlich kontrovers und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Meinungen und Interessen behandelt werden konnten.

Im Kernbereich der Politischen Akademie, also im Rahmen der langfristig angelegten Nachwuchsseminare (Politisches Seminar, Wirtschaftspolitisches Seminar und Kommunalpolitisches Seminar), war die ständige Beratung der Bildungsarbeit durch die Einrichtung wissenschaftlicher Beiräte gewährleistet. Darüber hinaus hatten der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung und die pädagogisch-wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie eine Reihe von Anstrengungen unternommen, um die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen von Kollegen anderer Institutionen in den Entwicklungsprozess der Akademiearbeit zu integrieren und andererseits die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse der Akademie allen Dozenten und interessierten Kollegen befreundeter Bildungseinrichtungen vermitteln zu können. Zu diesem Zweck wurden u. a. mehrmals im Jahr wissenschaftliche Fortbildungen für die nebenamtlichen Dozenten der Akademie und der Außenstellen des KAS-Bildungswerkes durchgeführt.

Auch von der am 22. Juli 1974 gegründeten Arbeitsgruppe „Politische Bildung/Weiterbildung“, die sich aus Vertretern von Bildungsstätten, Verbänden, Behörden und Politik zusammensetzte, erhielt die Politische Akademie Eichholz ständig fachkundigen Rat von Experten aus der politi-

schen Erwachsenenbildung. Gemeinsam mit diesen Kollegen beteiligte sie sich an der allgemeinen Qualifizierung politischer Bildungsangebote, an der öffentlichen bildungspolitischen Diskussion und an der Durchsetzung qualifizierender Maßnahmen für eine sachgerechte politische Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. So wurden in den einzelnen Kommissionen dieser Arbeitsgruppe u. a. ein Katalog über Zielvorstellungen der Politischen Bildung und ein Curriculumansatz als Grundlage zur Ausbildung von Erwachsenenbildnern erarbeitet und für weiterführende Diskussionen ein politisches Konzept zur Weiterbildung vorbereitet.⁴⁴

Hierbei gelang der PAE durch die didaktische Analyse ihrer eigenen Arbeit der Nachweis, dass sie die öffentliche Diskussion ihrer eigenen Praxis nicht scheuen musste. Sie konnte zeigen, dass bereits für das Politische Seminar, das Wirtschaftspolitische und das Kommunalpolitische Seminar nachahmenswerte Modelle für „curricular orientierte“ Veranstaltungstypen zur Verfügung standen.⁴⁵ Die theoretische Tragfähigkeit des am Prinzip der Offenheit orientierten Ansatzes der Politischen Akademie Eichholz konnte auch im Rahmen eines von der Bundeszentrale und der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für politische Bildung finanziell unterstützten Curriculum-Projekts zum Thema „Wirtschaft und Gesellschaft“ unter Beweis gestellt und im Jahre 1977 durch die Erstellung eines einwöchigen Lernprogramms abgeschlossen werden.^{46/47} 1984 folgte eine umfangreiche Zusammenstellung von Grundlagen, Unterrichtsmodellen, Quellen und Arbeitshilfen für die Planung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen zum Thema „Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland.“⁴⁸

Dabei wurde festgestellt, dass durch die ständige Verbesserung und den Ausbau der Seminarprogramme und die Verfeinerung der angewandten Methoden im Laufe der Zeit bereits Curricula *entstanden* waren. Dies bedeutete, dass die theoretischen Grundlagen der Veranstaltungen der Politischen Akademie Eichholz nicht erst durch die Curriculum-Theorie erfunden werden mussten, sondern durch diese nachträglich auf den Begriff gebracht werden konnten. Dabei wurde auch der Gegensatz zwischen „curricular fundierten Bildungseinheiten“, die auf der Grundlage curricular-theoretischer Prinzipien konstruiert wurden, und „curricular orientierten Seminaren“ deutlich.⁴⁹ Bei den ersteren konnte die

Gefahr der Parteilichkeit bzw. ideologischen Befangenheit nicht ausgeschlossen werden.⁵⁰

Der Veranstaltungstyp „Curricular orientiertes Seminar“ dahingegen bot die Gewähr dafür, dass die Legitimität der unterschiedlichen Interessen der Teilnehmer und deren Freiheit, Wertentscheidungen (auf der Basis des Grundgesetzes) treffen zu können, nicht infrage gestellt wurden. Rückblickend kann die von der Politischen Akademie Eichholz gezogene Bilanz der Curriculum-Diskussion, dass diese Form von Bildungsveranstaltungen „im Felde außerschulischer politischer Erwachsenenbildung eine größere Aussicht auf dauerhafte Durchsetzung haben (wird), als der Versuch, umfangreiche Curricula zu erstellen“, nur bestätigt werden.⁵¹

Auch nachdem die Politische Akademie Eichholz die theoretische Tragfähigkeit ihrer Bildungsveranstaltungen unter Beweis gestellt hatte, waren die didaktische Planung und Analyse der Lehr- und Lernprozesse in ihren Tagungen und Seminaren weiterhin wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit.⁵² Die Ergebnisse wurden in den „Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz“ abgedruckt, um sie einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. Die Intention der „Materialien“ war es in erster Linie, Handreichungen zur Verfügung zu stellen, die die Teilnehmer der Bildungsveranstaltungen der Politischen Akademie Eichholz und ihrer nordrhein-westfälischen Außenstellen in die Lage versetzen sollten, sich zur Vorbereitung auf die Seminare und Tagungen bzw. veranstaltungsbegleitend relativ schnell eine Orientierung über bestimmte politische Themen verschaffen zu können. Die unter didaktischen und methodischen Gesichtspunkten erstellten Dokumentationen sollten aber auch den politisch Informierten zu einer Vertiefung der behandelten Themenbereiche anregen. Sie enthielten deshalb u. a. Auszüge aus Parteiprogrammen, wichtige Aussagen von Politikern, Stellungnahmen der Wissenschaft und regelmäßig auch Auswahlbibliographien, die einen Überblick über die wichtigsten aktuellen Publikationen zum Thema ermöglichten.

Natürlich dienten die „Materialien“ auch den haupt- und nebenamtlichen Mitarbeitern als Arbeitsgrundlage für die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen. Alle Materialsammlungen waren wichtige Bausteine bei der Entwicklung des mittel- und langfristigen Bildungskonzeptes der Politischen Akademie Eichholz und fanden in anderen Einrichtungen der

politischen Erwachsenenbildung häufig Verwendung. Außerdem wurden sie Wissenschaftlern, Parlamentariern, Bildungsinstituten und Universitätsbibliotheken zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise beteiligte sich die Politische Akademie Eichholz im Rahmen der politischen Bildungsarbeit wirksam an der Reformdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland.

4.4 DIE POSITIONSPAPIERE ZUR POLITISCHEN ERWACHSENENBILDUNG (1978) UND ZUR AUSSERSCHULISCHEN JUGENDBILDUNG (1981)

1974 hatte sich im Rahmen der Akademiearbeit die Arbeitsgruppe „Politische Bildung/Erwachsenenbildung“ konstituiert, der neben Wissenschaftlern und hauptamtlichen Praktikern der Erwachsenenbildung auch Politiker und Vertreter von Verbänden angehörten. Diese Arbeitsgruppe sah ihre zentrale Aufgabe in der Unterstützung der politischen Bildungsarbeit, und zwar vorrangig in den christlich-demokratisch bzw. freiheitlich-sozial orientierten Bildungsstätten. Die Politische Akademie Eichholz erhielt durch dieses Gremium wertvolle Hinweise und wissenschaftliche Begleitung, die der kontinuierlichen Weiterentwicklung ihrer didaktischen Konzeptionen und inhaltlichen Aufgabenfelder zugutekam.

Neben der Beteiligung an der Curriculum-Diskussion beschäftigte sich die Arbeitsgruppe „Politische Bildung/Weiterbildung“ u. a. mit Fragen der gesetzlichen Verankerung des Anspruchs auf Bildungsurlaub, mit Tendenzen und Perspektiven in den Weiterbildungsgesetzen der Länder, mit der Erarbeitung von Grundsätzen einer praxisorientierten Ausbildung von Erwachsenenbildnern sowie mit der Erörterung von Möglichkeiten, neue Zielgruppen für die politische Erwachsenenbildung zu gewinnen.

Als eine der wichtigsten Aufgaben sahen es die Mitglieder der Arbeitsgruppe an, auf eine Verständigung und neue Konsensbildung in der politischen Erwachsenenbildung hinzuarbeiten. In der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hatte es im Zusammenhang mit besonderen politischen Ereignissen und in der Folge krisenhafter Situationen immer wieder heftige Kritik an den ausgebliebenen Wirkungen bzw. Fehlentwicklungen in der Politischen Bildung gegeben. Als Beispiele seien hier genannt: die Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung Westdeutschlands in den 1950er Jahren, die Nazi-Schmierereien am Ende der 1950er und die Wahlerfolge der NPD Mitte der 1960er

Jahre, die 1968er Studentenrevolte, der Generationskonflikt und der Gewaltterrorismus in den 1970er Jahren. Aber im Gegensatz zu den 1950er und 1960er Jahren, als es noch einen weitreichenden Konsens über die Ziele und Aufgaben der Politischen Bildung gab, wurde spätestens 1968 klar, dass nunmehr auch ihre bisherige Funktion von linken Pädagogen und Theoretikern infrage gestellt wurde. Statt politischer Information und Orientierung, Wertevermittlung, Förderung von Gemeinsinn und gesellschaftspolitischer Mitverantwortung, propagierten diese die *Vermittlung kritischen Bewusstseins als die Aufgabe* der Politischen Bildung. Die Vertreter dieser Richtung versprachen sich vor allem „emanzipatorische“ Wirkungen und die Überwindung überflüssiger und damit irrationaler Herrschaftsverhältnisse, wodurch die Politische Bildung aber auch einen gegen die bestehende Rechtsordnung, den Staat und die Gesellschaft gerichteten polemischen Charakter erhielt.⁵³

Angesichts der verhärteten Fronten trat die Arbeitsgruppe „Politische Bildung/Weiterbildung“ im Dezember 1978 mit einem Positionspapier zur politischen Erwachsenenbildung an die Öffentlichkeit. Es wurde zunächst in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der Wochenzeitung *Das Parlament* veröffentlicht.⁵⁴ Anschließend wurde es im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von dem damaligen CDU-Generalsekretär, Dr. Heiner Geißler, und im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung vom bayrischen Staatsminister, Dr. Fritz Pirkl, in einer eigenen Publikation herausgegeben.⁵⁵

Die Arbeitsgruppe, die diese Schrift unter dem Vorsitz der damaligen bildungspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ursula Benedix, und unter Beteiligung des Vorsitzenden des CDU-Bundesfachausschusses für Bildungspolitik, Werner Scherer, des Leiters der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Professor Manfred Hättich, und anderen Theoretikern und Praktikern der Politischen Bildung, wie etwa Professor Heinrich Oberreuter, erarbeitet hatte, erregte mit ihrem Positionspapier Aufsehen. Zum einen wurde es in Fach-, aber auch in Politikerkreisen als Novum empfunden, weil sowohl die Unionsparteien als auch die christlich-demokratisch orientierten Erwachsenenbildner, eine intensive Auseinandersetzung mit bildungspolitischen Fragen allzu häufig der SPD bzw. linken Theoretikern überlassen hatten. Zum anderen war es vor dem Hintergrund der scharfen Auseinandersetzungen zwischen der CDU und der CSU um den Kreuther Beschluss erstaunlich, dass sich christlich-demokratische *und* christlich-soziale Politiker sowie

diesem politischen Lager zugehörige bzw. nahestehende Theoretiker und Praktiker der Politischen Bildung zusammengefunden hatten, um gemeinsame Grundlagen und Zielprojektionen aufzuzeigen und zu zentralen Problemen der politischen Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland Stellung zu nehmen.⁵⁶

Der Zweck des Positionspapiers wurde dahingehend definiert, dass die Diskussion und Verständigung über Ziele, zentrale Aufgaben, Inhalte und Methoden der Politischen Bildung neuer Impulse bedürfe, und zwar *im Sinne der durch das Grundgesetz vorgegebenen Rechtsordnung*. Das Positionspapier sei der Versuch, einen Beitrag zu einer „neuen Konsensbildung über die und in der politischen Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland“ zu leisten. Es solle dazu beitragen, erneut „einen demokratischen Grundkonsens der Bürger zu finden“.⁵⁷ Um dieses Ziel erreichen zu können, sollte die Politische Bildung nach Auffassung der Autoren im Spannungsfeld zwischen Bürgern und Politik eine *stabilisierende und integrierende Funktion* wahrnehmen. Politische Bildung sei für Staat und Gesellschaft gleichermaßen sinnvoll, wenn sie zwischen den Bürgern und der Politik bzw. den Politikern vermittele und einen offenen Dialog ermögliche, in dem beide Partner als Beteiligte an gemeinsamen Aufgaben arbeiten könnten.

Politische Bildung habe dem einzelnen Bürger zu dienen, indem sie seinen Bedürfnissen nach Information, Orientierung und Identifikation entgegenkomme. Dadurch könne sie dauerhaft „an der Rationalisierung der politischen Kommunikationsprozesse“ mitwirken und so einen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der politischen Gesamtordnung leisten.⁵⁸ Vor allem in einer Situation politischer Konfrontation und Polarisierung müsse der zunehmenden Distanz vieler Bürger zu den politischen Institutionen entgegengewirkt werden, indem die Politische Bildung diese – in kritischer Distanz *und* Loyalität zur politischen Ordnung – analysiere und sich darüber hinaus jeglicher Politisierung des gesellschaftlichen Lebens enthalte.

Um nicht missverstanden zu werden, sprachen sich die Verfasser dafür aus, dass das Gesamtangebot der politischen Erwachsenenbildung den differenzierten Erwartungen und Interessen der Bürger gerecht werden müsse. Deshalb dürften alle Ziele Politischer Bildung, sofern sie sich innerhalb der durch das Grundgesetz vorgegebenen Rechtsnormen bewegten, vertreten werden. Solange es sich um verfassungskonforme

Bildungsmaßnahmen handele, sollten im Interesse der Angebotsvielfalt und in Anerkennung der Lernzielautonomie der Veranstalter keine Beschränkungen erfolgen. Eindeutig gegen die Rechtsordnung gerichtete Veranstaltungen dürften allerdings nicht nur nicht gefördert, sondern den Trägerinstitutionen müsse auch die öffentliche Anerkennung entzogen werden. Denn auch bei freien Trägern, die staatliche Mittel in Anspruch nähmen, müsse ein Mindestmaß an loyalen Verhalten und an Übereinstimmung mit den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen des Grundgesetzes vorausgesetzt werden.⁵⁹

Mit eben dieser Intention und Zielsetzung erarbeitete die Arbeitsgruppe „Politische Bildung/Weiterbildung“ der Politischen Akademie Eichholz in den folgenden Jahren – erneut unter der Leitung von Ursula Benedix MdB – ein Positionspapier zum Thema „Außerschulische Jugendbildung – Wesen und Aufgaben“.⁶⁰ Anlass waren die Folgewirkungen der 1968er Protestbewegung, die bei großen Teilen der jungen Generation ein Klima der Verweigerung und Gegnerschaft gegenüber dem parlamentarisch-demokratischen System erzeugt hatten. Die Folgen dieser Widerstandshaltung gegenüber demokratisch legitimer Herrschaft waren Lethargie, Resignation und demokratische Handlungsunfähigkeit, die letztlich auch der Gewalt und dem Terror der 1970er Jahre Vorschub leisteten. Der innere Frieden der Bundesrepublik Deutschland und die Freiheit der Bürger schienen so ernstlich bedroht, dass man in der Politischen Bildung nach Möglichkeiten suchte, „die geistige Befestigung des freiheitlichen Rechtsstaates“ zu verbessern.⁶¹

Bei den Diskussionen über die Ursachen der Jugendunruhen standen die Schulen, die Politische Bildung und die außerschulische Jugendbildung a priori im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik.⁶² Deshalb erstellte der Arbeitskreis „Politische Bildung/Weiterbildung“ unter der Federführung des damaligen Geschäftsführers des Arbeitskreises katholischer Bildungsstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Johannes Tessmer, ein Positionspapier, das zu den Aufgaben und Zielen der Jugendbildung aus christlich-demokratischer Sicht Stellung nahm und zugleich „eine Art Kompendium über den gesamten Bereich der außerschulischen Jugendbildung darstellt(e).“⁶³

Die Autoren gingen von dem Gedanken aus, dass eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung von den nachwachsenden Generationen durch rationale Orientierung und Einsicht ständig neu erworben

werden müsse. Eine an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit orientierte außerschulische Jugendbildung sei neben Familie, Schule, beruflicher und Politischer Bildung eine wichtige Ergänzung, die die Bereitschaft und Fähigkeit junger Menschen fördern könne, ihre Rollen und Aufgaben in Gesellschaft, Staat und Politik bewusst und verantwortlich wahrzunehmen. Außerschulische Jugendbildung sei letztlich nach ihrem Beitrag zu bewerten, den sie dazu leiste, dass junge Menschen ihre persönliche Zukunft in einer freiheitlichen Gesellschaft sähen.⁶⁴ Deshalb bestehe ein öffentliches Interesse daran, dass der Staat die Jugendbildung fördere, denn diese sei geeignet, Jugendlichen Werte und Ziele zur Orientierung bei der Suche nach Antworten auf ihre Sinnfragen anzubieten, sie zu sozialer und politischer Kompetenz zu befähigen und ihnen Perspektiven für ihr Handeln in der Gesellschaft aufzuzeigen.

Das Positionspapier regte zu einer Belebung der jugendpolitischen Diskussion innerhalb der Unionsparteien sowie im gesamten politischen Spektrum der Bundesrepublik an.⁶⁵ Seinen theoretischen Ausführungen entsprachen die praktischen Aktivitäten in der Bildungsarbeit sowohl der Politischen Akademie Eichholz als auch der Außenstellen des KAS-Bildungswerkes. Seit Mitte der 1970er Jahre versuchte man mit einer eigens dazu entwickelten Veranstaltungsreihe, den „Seminaren für junge Erwachsene“, das politische Interesse möglichst vieler Jugendlicher zu wecken. Die Palette der Veranstaltungsangebote war breit angelegt. Sie umfasste neben Informationsforen zu Studium und Berufswahl sowie Workshops für Schülerzeitungsredakteure auch Seminare und Tagungen zu Themen wie: „Rockmusik und Gesellschaftskritik“, „Unsere Umwelt im Blickfeld“, „Jugend im Wissenskonflikt – Wehrdienst, ja oder nein?“ oder „Terror oder friedlicher Protest? – Zur Protestbewegung der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland.“ Das übergreifende Ziel war, mit Jugendlichen über Themen zu diskutieren, die für ihre Lebensgestaltung wichtig waren. Auf diesem Wege wollte man auch in einen Gedankenaustausch darüber eintreten, „ob es denn nicht richtig sei, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes zu bejahen und sich dafür auch zu engagieren.“⁶⁶ Entsprechendes Grundlagenwissen würde z. B. in methodisch-didaktischer Hinsicht in jugendgerecht konzipierten Seminaren zu Themen „Wie funktioniert das? Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland“ oder „Wirtschaft für Anfänger“ vermittelt.

- 1] Paul Lücke, *Ist Bonn doch Weimar?* Frankfurt a.M. 1968.
- 2] Karl Dietrich Bracher, *Die Bewährung der Zweiten Republik*, in: Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969* (= *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 4, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest und Eberhard Jäckel), Stuttgart 1984, S. 12.
- 3] Karl Dietrich Bracher, a. a. O., S. 9; zur Strategie der „Systemüberwindung“, vgl. Helmut Schelsky, *Systemüberwindung, Demokratisierung, Gewaltenteilung. Grundsatzkonflikte der Bundesregierung*, München 1973, S. 19 ff.
- 4] Ralf Schmiederer, *Zur Kritik der politischen Bildung*, Frankfurt a. M. 1972.
- 5] Bernhard Sutor, *Neue Grundlegung politischer Bildung*. 2 Bde., 3. Auflage, Paderborn 1984.
- 6] Wolfgang Benz, *Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1989*, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989*, München 1989, S. 48–68; Zitat: S. 62.
- 7] Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 1986.
- 8] Gerd Langguth, *Protestbewegung – Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die neue Linke seit 1968*, Köln 1983.
- 9] Gespräch mit Dr. Bernhard Gebauer am 16.09.1997. Vgl. auch den *Tätigkeitsbericht der PAE für das Jahr 1968, der eine Steigerung der Teilnehmerzahlen im Haus um 30 %, bei Außentagungen um 100 % ausweist* (Kopie i. Besitz des Verf.).
- 10] Günther Rütter, *Bildungsarbeit im vorpolitischen Raum – ein Weg zur aktiven Öffentlichkeit*, in: *Eichholz-Brief 3/1975*, S. 29–31.
- 11] Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*, Olten 1964; Ralf Dahrendorf, *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*, Hamburg 1964.
- 12] *Strukturplan für das deutsche Bildungswesen des Deutschen Bildungsrates vom 13.02.1970*, zitiert nach: Oskar Anweiler u. a. (Hrsg.), *Bildungspolitik in Deutschland 1945 1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband*, Opladen 1992, S. 297.
- 13] Christian Bockemühl, *Ordnungsmodelle der Erwachsenenbildung. Ein Vergleich der verschiedenen Landesgesetze*, in: Lothar Beinke u. a. (Hrsg.), *Zukunftsaufgaben der Weiterbildung* (= *Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung*, Band 169), Bonn 1980, S. 61–72.
- 14] *Erstes Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz – WbG) vom 1. Januar 1975*, in der *Fassung der Bekanntmachung vom 7. Mai 1982*, in: *Gemeinsames Amtsblatt des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 7/1982*, S. 255–259.
- 15] Wilhelm Hennis, *Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs*, Köln/Opladen 1970. *Zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Begriff vgl.: Ders., Die missverständene Demokratie. Demokratie – Verfassung – Parlament. Studien zu deutschen Problemen*, Freiburg i. Br. 1973; Achim Hellwig, *Demokratisierung als gesellschaftliches Ordnungsprinzip* (= *Sozialwissenschaftliche Studien zur Politik*, Bd. 3 der Veröffentlichungen des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung), Bonn 1973; Hans Buchheim, *Der demokratische Verfassungsstaat und das Problem der Demokratisierung der Gesellschaft*, Hannover 1973, und Warnfried Dettling, *Demokratisierung. Wege und Irrwege*, Köln 1974.

- 16| Günther Rinsche im Vorwort des Programms der Außenstelle Westfalen-Lippe für die 1. Jahreshälfte 1974.
- 17| Vgl. Volker Schäfer, Vier Jahre Außenstelle Westfalen-Lippe, in: Eichholz-Brief 2/1975, S. 30.
- 18| Vgl. Eichholz-Brief 1/1970, S. 23.
- 19| Vgl. Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1970, S. 3.
- 20| Vgl. Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1975, S. 38 ff.
- 21| Vgl. Eichholz-Brief 2/1974, S. 46 und Eichholz-Brief 1/1976, S. 20 ff.
- 22| Helmut Rau, Im Aufbau begriffen, in: Eichholz-Brief 4/1975, S. 21.
- 23| Vgl. Eichholz-Brief 4/1974, S. 22.
- 24| Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1975, S. 37.
- 25| Ebd.
- 26| Helmut Rau, Politische Bildungsarbeit in einer gesellschaftspolitischen Stiftung. Gedanken zu Selbstverständnis, Zielsetzung und Verwirklichung, in: Eichholz-Brief 3/1976, S. 54.
- 27| Helmut Rau, Politische Bildungsarbeit ..., a. a. O., S. 55.
- 28| Günther Rüter, Politische Bildung für den Bürger, in: Eichholz-Brief 2/1978, S. 41.
- 29| Zum Folgenden vgl. den Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1975, S. 37 f. und den Jahresbericht 1979, S. 36.
- 30| Vgl. hierzu die Übersicht in: Günther Rüter, Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung stellt sich vor, in: Eichholz-Brief 1/1977, S. 27.
- 31| Vgl. Günther Rüter, Vor der Wahl. Politische Bildung nötiger denn je, in: Eichholz-Brief 2/1976, S. 36.
- 32| Vgl. Peter Christian Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen. Ein politischer Essay, München 1974.
- 33| Vgl. Günther Rüter, Vor der Wahl ..., a. a. O., S. 37.
- 34| Felix Messerschmidt, 25 Jahre politische Bildung im Wandel, in: Theodor Pfitzer (Hrsg.), Bürger im Staat. Politische Bildung im Wandel, Stuttgart 1971, S. 35.
- 35| Vgl. Bernhard Sutor, Politische Bildung als Politikum – Ein unbewältigtes Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/88 vom 16.12.1988, S. 13–27.
- 36| Walter Gagel, Zur Krise der politischen Bildung. Versuch einer Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 32/97 vom 01.08.1997, S. 6.
- 37| Hans-Georg Wehling, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 174.
- 38| Hans-Georg Wehling, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 174. Vgl. Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.), 2. Kongress für politische Bildung 1973, Bonn 1973, S. 144–145.
- 39| Vgl. Klaus Weigelt, Der Zweite Kongress der politischen Bildung, in: Eichholz-Brief 1/1973, S. 26 f.
- 40| Klaus Weigelt, a. a. O., S. 26.
- 41| Vgl. Bernhard Gebauer, Norbert Chauvisstré u. a., Moderne Formen der Erwachsenenbildung. Drei Curriculum-Ansätze in der Bewährung, Bonn 1975.
- 42| Ebd. S. 7 f.
- 43| Vereinigung politischer Bildungswerke e. V., Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., Arbeitsausschuss Politische Bildung, Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien in NRW.
- 44| Vereinigung politischer Bildungswerke e. V., Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., Arbeitsausschuss Politische Bildung, Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien in NRW. Vgl. die Berichte über die entsprechenden Expertentagungen in der Politischen Akademie Eichholz, in: Eichholz-Brief 4/1973, S. 27 und Eichholz-Brief 4/1974, S. 23–25.

- 45| Vgl. die Beiträge von Norbert Chauvisstré, Manfred v. Krüchten und Eggert v. Peterdorff, in: Moderne Formen politischer Erwachsenenbildung, a. a. O., S. 65–123.
- 46| Vgl. Wolfgang Reeder, Curriculum-Arbeit zwischen Theorie und Praxis. Das Curriculum-Projekt „Wirtschaft und Gesellschaft“ in der Arbeit der Politischen Akademie Eichholz, in: Eichholz-Brief 3/1976, S. 57–65.
- 47| Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Wirtschaft-Staat-Gesellschaft als Gegenstand politischer Bildung. Grundlagen, Materialien und Unterrichtsmodelle für die Erwachsenenbildung, Grafenau 1979.
- 48| Günther Rüter (Hrsg.), Geschichte der christlich-demokratischen und der christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung (= Band 216 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung), 3. Auflage, Bonn 1989.
- 49| Vgl. Alfons Otto Schorb, Curriculare Orientierung im offenen Bildungsbereich, Beilage zum Eichholzbrief 1/1976.
- 50| Vgl. Bernhard Sutor/Hermann Giesecke, Zur Parteilichkeit politischer Bildung, in: Materialien zur politischen Bildung, 2. Jg., Heft 4/1974, S. 85 ff.
- 51| Alfons Otto Schorb, a. a. O., S. 12.
- 52| Vgl. Bernhard Gebauer, Theorie und Praxis in der Bildungsarbeit der Politischen Akademie Eichholz, Arbeitspapier vom 04.05.1976.
- 53| Rolf Schmiederer, a. a. O.
- 54| Nr. B 48/78 vom 02.12.1978.
- 55| Konrad-Adenauer-Stiftung/Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), Politische Erwachsenenbildung. Ein Positionspapier, Eichholz 1978.
- 56| Vgl. dazu: Hans-Otto Kleinmann, Geschichte der CDU 1945–1982. Hrsg. von Günther Buchstab, Stuttgart 1993, S. 401–404.
- 57| Ursula Benedix MdB während der Pressekonferenz am 11.12.1978, auf der das Positionspapier der Öffentlichkeit vorgestellt wurde; vgl. Pressemitteilung Nr. 17 der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 12.12.1978.
- 58| Positionspapier „Politische Erwachsenenbildung“, a. a. O., S. 11.
- 59| Vgl. Positionspapier „Politische Erwachsenenbildung, a. a. O., S. 13 ff. und S. 30 ff.
- 60| Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Außerschulische Jugendbildung – Wesen und Aufgaben. Ein Positionspapier, Eichholz 1981.
- 61| So Roman Herzog in seinem Schlusswort auf einer wissenschaftlichen Fachtagung der CDU zum Thema „Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen“ in Bonn, 29/30. November 1977.
- 62| Der Deutsche Bundestag hatte sogar eine Enquetekommission zu diesem Fragenkomplex eingesetzt; vgl. Bericht der Enquetekommission „Jugendprotest“, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bonn 1983.
- 63| Außerschulische Jugendbildung, a. a. O., S. 3.
- 64| Vgl. ebd., S. 5–7.
- 65| Der 30. CDU-Bundesparteitag in Hamburg (02.–05.11.1981) verabschiedete die Grundsätze „Mit der Jugend. Unser Land braucht einen neuen Anfang.“
- 66| Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1981, S. 22.

5. POLITISCHE BILDUNG UND POLITIK (1981–1989/90)

Nach den didaktischen Kontroversen und ideologisch aufgeladenen Auseinandersetzungen um die obersten Ziele der Politischen Bildung in den 1970er Jahren war die Fachdiskussion spätestens seit dem Beginn der 1980er Jahre von Versuchen geprägt, in der Politischen Bildung einen produktiven wissenschaftlichen Diskurs wiederzubeleben.¹ Das Ergebnis dieser Bemühungen war eine weitverbreitete und allgemeine Akzeptanz des sogenannten Beutelsbacher Konsenses über das Selbstverständnis einer demokratischen Politischen Bildung. Der Konsens beruhte im Wesentlichen auf drei Grundsätzen:

1. Das „Überwältigungsverbot“ gegenüber Teilnehmerinnen und Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen;
2. die Forderung, dass alles, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch im Unterricht kontrovers erscheinen muss und
3. das Ziel, die Lernenden in die Lage zu versetzen, eine politische Situation und ihre eigenen Interessen zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.²

In der Politischen Bildung der Bundesrepublik Deutschland begann nun eine Phase der Pluralisierung, Modifikation und Aufsplitterung vorhandener Konzeptionen in eine Vielzahl von miteinander konkurrierenden methodisch-didaktischen Ansätzen. Neben den Bemühungen um eine Bilanzierung und Sicherung des erreichten Standes der Theoriebildung war eine stärkere Hinwendung zu den Praxisproblemen des politischen Unterrichts unverkennbar.

Bemerkenswert sind die vielfältigen Versuche der Politischen Bildung seit dem Beginn der 1980er Jahre, auf *neue gesellschaftliche Entwicklungen* zu reagieren. Besonders gravierend waren die sozialen Veränderungen und der damit einhergehende, bereits seit den 1960er Jahren zu beobachtende Wertewandel, die zunehmende Individualisierung, die Auflösung traditioneller gesellschaftlicher Milieus und die Entstehung neuer Lebensstile. Dies alles hatte u. a. zur Folge, dass vor allem in der außerschulischen Politischen Bildung die klassischen institutionenkundliche und am politischen Entscheidungsprozess orientierten Themenstellungen zunehmend von (subjektiveren) Betrachtungen der „Lebenswelt“ verdrängt wurden. So bildete z. B. die sog. *Friedenserziehung* – vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss, einer damit einhergehenden hochgradigen Mobilisierung der Friedensbewegung und den von ihr praktizierten Techniken des „zivilen Ungehorsams“ – einen wichtigen Schwerpunkt der didaktischen Diskussionen. Der Konfliktgegenstand war allerdings nicht mehr (wie in den 1970er Jahren) eine „andere“ Gesellschaft, sondern der demokratische Entscheidungsprozess, wobei auch nach den „Grenzen der Mehrheitsdemokratie“ gefragt wurde.³ Angesichts einer Vielzahl bislang ungewohnter Formen politischer Meinungsäußerungen und Protestaktionen und einer Gründungswelle von lokalen Bürgerinitiativen erlangten neue politische Themen wie z. B. Ökologie, Frieden, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Dritte-Welt-Problematik und Nord-Süd-Konflikt immer mehr öffentliche Aufmerksamkeit. Aus diesen Entwicklungen ergaben sich für die Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland neue und wichtige Fragen:

- Welcher Stellenwert sollte einer Worterziehung in der Politischen Bildung zukommen?
- Wie verhält sich das Ziel einer rationalen politischen Urteilsbildung zu den emotionalen Bedingungen politischen Lernens?

- Welche neuen Felder politischen Lernens eröffnet der Wandel in Gesellschaft, Naturwissenschaft und Technik?
- Welche neuen Impulse erhält die Politische Bildung aus den neuen sozialen Bewegungen?
- Welche Kompetenzen muss die Politische Bildung in der „industriellen Risikogesellschaft“ vermitteln und welche Herausforderungen ergeben sich daraus für sie? ⁴

Noch viel stärker als die Politische Bildung mussten sich die etablierten Parteien mit Fragen hinsichtlich des Bestandes und der Weiterentwicklung der Demokratie auseinandersetzen. Um ihre gesellschaftliche Integrationskraft verstärken zu können, hatte sich die CDU in der Opposition während der 1970er Jahre unter der Führung ihres Bundesvorsitzenden Helmut Kohl im Zuge einer programmatischen Erneuerung zu einer liberalen, konservativen und sozialen *Volkspartei* entwickelt. Als solche wollte sie „unterschiedliche Standpunkte, durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden.“ Mit ihrem Bekenntnis zum christlichen Menschenbild, zu den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie zur Sozialen Marktwirtschaft verfolgte die CDU die Absicht, „alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes“ anzusprechen.⁵

Auf ihrem 29. Bundesparteitag, der unter dem Motto „Wir arbeiten für eine menschliche Zukunft“ vom 9. bis 10. März 1981 in Mannheim stattfand, verabschiedete die CDU ein Programm mit dem Titel „Aufgaben der achtziger Jahre“, in dem die Themen für die politische Arbeit vorgegeben wurden.⁶ Hierzu zählten Fragen des wirtschaftlichen Aufschwungs, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Energieversorgung, Haushaltskonsolidierung und die aus der neuerlichen Verschärfung des Ost-West-Konfliktes resultierenden Aufgaben, insbesondere die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, die Wahrung der Menschenrechte in Ost und West und die Sicherung der Demokratie in der Welt. Darüber hinaus wollte sich die Partei verstärkt mit zentralen Fragen der Zukunftsgestaltung auseinandersetzen, vor allem mit den Perspektiven der europäischen Einigungspolitik, den Möglichkeiten einer Entwicklungspolitik unter den Bedingungen des sog. Nord-Süd-Konfliktes, einer vernünftigen Gestaltung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie, der Wahlfreiheit von Frauen und Männern in Familie und Beruf und den Zukunftschancen der Jugend.

Aus diesem Arbeitsprogramm war der Anspruch der CDU auf geistig-politische Führung und Grundorientierung deutlich herauszulesen. Gemeinsam mit ihrer Schwesterpartei CSU wurde sie zur Wortführerin einer geistigen, konzeptionellen, auf den moralischen Grundlagen und bürgerlichen Tugenden der Republik gegründeten und von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragenen Erneuerung. Von der SPD/FDP-Regierungskoalition konnte eine solche Politik nicht mehr geleistet werden. Da es gegen die Ziele der Regierung Schmidt nicht nur vonseiten der Unionspartei, sondern auch in der FDP und selbst in der SPD erhebliche Widerstände gab, wurde die sozial-liberale Koalition am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt und von einer neuen Regierung unter Helmut Kohl abgelöst. Die vorzeitigen Bundestagswahlen vom März 1983 bestätigten diesen Machtwechsel. Dem neuen Bundeskanzler war es gelungen, mit seinem Versprechen einer „geistig-moralischen Erneuerung“ und einer Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen, mit der die Union an „die Tradition des Neuanfangs von 1949“ und „die Politik der erfolgreichen Weichenstellungen Adenauers“ anknüpfen konnte.⁷

Ein wichtiges innenpolitisches Thema der Regierungspolitik in der ersten Hälfte der 1980er Jahre war die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft, in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre rückten wieder die Sozial- und Gesellschaftspolitik stärker in den Vordergrund.

Daraus resultierten wichtige Themenstellungen für die politische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Bildungsveranstaltungen lassen sich auch anhand der programmatischen Arbeit der CDU nachvollziehen. Wichtige Meilensteine waren hierbei die Stuttgarter Leitsätze von 1984 über „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“, die sich mit dem Strukturwandel und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der (west-)deutschen Wirtschaft, mit der Einführung moderner Technologien und Fragen des Umweltschutzes beschäftigten. 1985 folgten die Essener Leitsätze für eine „neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“, die die Gleichrangigkeit von Berufstätigkeit sowie Hausfrauentätigkeit und Familie für die Frau postulierten und für eine Politik warben, die für Frauen beides vereinbar macht und sie nicht vor die Alternative eines Entweder-oder stellt. Auch auf den Parteitagen 1988 in Wiesbaden und 1989 in Bremen standen brisante innen- und gesellschaftspolitische Fragen im Zentrum, so etwa die Probleme der Gentechnologie, des

Schutzes des ungeborenen menschlichen Lebens und eines menschenwürdigen Sterbens. Die Ergebnisse wurden unter dem Titel „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ zusammengefasst.⁸ Einen zweiten, für die Regierungspolitik und die politische Bildungsarbeit gleichermaßen ungemein wichtigen Themenschwerpunkt stellte – neben der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik – insbesondere die Deutschlandpolitik dar. Die Christdemokraten hatten im Gegensatz zur SPD immer an der Einheit der deutschen Nation und einer deutschen Staatsbürgerschaft festgehalten. Im Anschluss an die Maximen der Adenauer'schen Europa- und Deutschlandpolitik sollte die deutsche Einheit gemeinsam mit den Partnern und Nachbarn Deutschlands im europäischen Rahmen in friedlicher Weise vollzogen werden. Aufgrund dieser Einbettung der deutschen Frage in den Zusammenhang der europäischen Einigungspolitik war es für die Partei ebenso wie für die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung wichtig, die Fragen der Geschichte, des Staates und der Nation als zentrale europäische Zukunftsaufgaben zu thematisieren. Dies war ein wichtiger Beitrag für die Erlangung der staatlichen Einheit, wie sie als Folge der Friedlichen Revolution von 1989/90 erreicht wurde.⁹

5.1 DIE NEUORDNUNG DER POLITISCHEN BILDUNGSARBEIT UND DIE POLITISCHE AKADEMIE

Im Herbst 1981 erfolgte auf Beschluss des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Neuordnung der Politischen Bildung. Die bis zu diesem Zeitpunkt bestehende Arbeitsteilung zwischen dem Bildungswerk der Stiftung und der bisherigen Politischen Akademie Eichholz wurde aufgehoben und ein großer Teil der Aufgaben der PAE wurde der Heimvolkshochschule Eichholz übertragen. Diese wurde nun zentrale Bildungsstätte des Bildungswerkes, führte die bundesweit angelegte politische Zielgruppen- und Breitenarbeit fort und veranstaltete Grundlagenkurse, Seminare und Fachtagungen.¹⁰ Die Institutsleitung des Bildungswerkes mit der Heimvolkshochschule Eichholz, den insgesamt acht regionalen Außenstellen und der Verbindungsstelle Berlin übernahm Günther Rütter. Der bisherige Leiter der Politischen Akademie Eichholz, Bernhard Gebauer, wurde neuer Leiter der Außenstelle in Wien. Armin D. Pawlik folgte ihm im Amt des Leiters der Heimvolkshochschule Eichholz.

Um in Zukunft zielgerichteter und in größerem Ausmaß als bisher hochrangige Fachleute, Experten und Funktionselemente zu einem wissenschaftlich orientierten Dialog über wichtige politische Fragen zusammenführen zu können und auch den vorpolitischen wissenschaftlichen Raum intensiver zu erschließen, wurde am 1. September 1981 die Politische Akademie (PA) der Konrad-Adenauer-Stiftung gegründet. Personell und in der Fortführung von einzelnen Segmenten der Bildungsarbeit bestand Kontinuität zu der seit 1956 bestehenden Politischen Akademie Eichholz. Die PA nahm am 1. Januar 1982 offiziell ihre Arbeit auf und war für „die Planung und Durchführung von Fachkonferenzen, Akademien und Symposien“ zuständig.¹¹ Die Leitung der neu strukturierten Politischen Akademie übernahm Klaus Weigelt, der zuvor Auslandsmitarbeiter der Stiftung in Venezuela und vor dieser Verwendung Stellvertreter des bisherigen Akademieleiters Gebauer gewesen war.

Im Verlauf der 1980er Jahre entwickelte sich die Politische Akademie zu einem Forum der Begegnung, des Dialogs und der Beratung zwischen Gesprächspartnern aus Politik, Wissenschaft, Kirche, Kultur, Publizistik, Wirtschaft und Verwaltung. Durch wissenschafts- und sachorientierte Arbeits- und Veranstaltungsformen und gezielte Referenten- und Teilnehmerauswahl konnten für die angestrebte politische Grundlagenarbeit Personenkreise angesprochen werden, die durch Maßnahmen der politischen Erwachsenenbildung oder durch Forschungsaktivitäten allein nicht zu erreichen waren. Durch die Veranstaltungen der Politischen Akademie gelang es der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit hochrangigen Fachleuten kontinuierlich zusammenzuarbeiten, Herausforderungen der Zeit aufzugreifen und damit wichtige Themen in der öffentlichen Diskussion zu besetzen. Auf diese Weise konnte sie dazu beitragen, auf wichtige politische Fragen zukunftsweisende Antworten zu finden und nicht zuletzt durch ihre Publikationstätigkeit Denkanstöße zu vermitteln, die in das gesellschaftliche Klima und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland hineinwirkten.

Zu den Hauptaufgaben der Politischen Akademie gehörten die Beteiligung an wissenschaftlicher „Zeitdiagnose“, die Erarbeitung von politischen „Entscheidungshilfen“ sowie die „Mitwirkung an politischer Planung“.^{12 13 14} Dabei waren die drei Arbeitsgruppen der PA nur äußerlich differenziert. In der Realität waren sie eng miteinander vernetzt, so dass die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung und die Durchführung von Veranstaltungen direkt aufeinander bezogen waren. Die dazu not-

wendige konzeptionelle Arbeit wurde in der *Arbeitsgruppe „Planung“* geleistet. Ausgerichtet an den Leitideen der christlich-demokratischen Bewegung und den Grundpositionen der parlamentarischen Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft beinhaltete ihr Auftrag die intensive Beobachtung und wissenschaftliche Analyse politischer Entwicklungen und die Früherkennung relevanter Zukunftsthemen.

Um den daraus resultierenden politischen Handlungsbedarf klären und zukunftsorientierte Problemlösungsvorschläge erarbeiten zu können, richtete die Arbeitsgruppe sog. Akademiekreise ein, in denen eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern und Fachleuten stattfand. Mit diesen Experten wurde die PA im Laufe der 1980er Jahre in den Arbeitsfeldern „Wirtschafts- und Finanzpolitik“, „Sozialpolitik“, „Politik und Ethik“, „Rechts- und Innenpolitik“, „Kultur und Bildung“ und „Deutschland- und Europapolitik“ tätig. Diese Arbeitsfelder standen unter „integrierenden ordnungspolitischen Leitgedanken“, die neben ihrer Funktion als Orientierung für die inhaltliche Arbeit dazu dienten, die Veranstaltungstätigkeit der Akademie zu strukturieren und Schwerpunkte in der Publikationstätigkeit zu setzen.¹⁵

So basierte die Arbeit im Bereich „Wirtschaft und Finanzpolitik“ auf konzeptionellen Ideen zur Erneuerung und Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Zu den erkenntnisleitenden Maximen gehörten ordnungspolitische Klarheit und die Verringerung interventionistischer Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen, die Integration von Ökonomie und Ethik, die Stärkung der Eigenverantwortung und privaten Vorsorge, der Abbau wettbewerbshindernder Vorschriften zugunsten von mehr Wachstum sowie die Förderung der individuellen Leistungsbereitschaft.

Im Arbeitsbereich „Sozialpolitik“ ging man davon aus, dass für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft auf flexible Lösungen bei der Gestaltung der sozialen Ordnung notwendig seien. Im Zentrum der Überlegungen standen vor allem Probleme der Regierbarkeit, d. h. die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Staates, der Abbau von Besitzständen, die Bevölkerungsentwicklung und ihre Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Vermittlung und Legitimierung sozialpolitischer Entscheidungen.

Dem Verhältnis zwischen Theologie und Politik und dem Zusammenhang zwischen christlichem Glauben und der politischen Bewertung von Sachverhalten kam in der Arbeit der Politischen Akademie ein besonderer Stellenwert zu. So orientierte sich der Bereich „Politik und Ethik“ an der Leitfrage, welche ethischen Prinzipien in bestimmten, häufig besonders umstrittenen Politikfeldern Berücksichtigung finden sollten. Dies gilt vor allem für Fragen der Gentechnologie, die Debatte um den Beginn und das Ende menschlichen Lebens und die Wirtschaftsethik. Unter dem Gesichtspunkt der Verknüpfung von christlicher Ethik und Politik wurden auch die Situation der „Menschenrechte in Ost und West“ und der Einfluss der New Age-Bewegung auf die politische, kulturelle und gesellschaftliche Bewusstseinslage in der Bundesrepublik Deutschland analysiert.¹⁶

Die Aufgaben des Arbeitsbereiches „Rechts- und Innenpolitik“ bestanden darin, die Ursachen der aktuellen Gefährdung des Rechtsstaates zu klären. Dabei ging es nicht nur um extreme Rechtsverletzungen, Kriminalitätsbekämpfung und die Phänomene ansteigender Aggression und Gewaltbereitschaft, sondern auch um die im Alltag zu beobachtenden Formen schwindenden Rechtsbewusstseins infolge inkonsequenter bzw. für den Bürger nicht mehr nachvollziehbarer Rechtsanwendung. Im Zentrum der Arbeit standen die Politikbereiche Rechts-, Innen- und Medienpolitik.

Im Arbeitsbereich „Kultur und Bildung“ lag ein deutlicher Schwerpunkt auf der Bildungspolitik, wobei Schule, Hochschule und Weiterbildung in einem umfassenden Sinne als integrierter Verbund betrachtet wurden. Angesichts des wirtschaftlichen, arbeitsweltlichen und technologischen Wandels erarbeitete die Akademie zusammen mit führenden Experten Beiträge für eine an Leitbegriffen wie Allgemeinbildung, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb orientierte zukunftsgerichtete Bildungspolitik.

Die Arbeit im Bereich „Deutschland- und Europapolitik“ basierte auf der Überlegung, dass die Einheit der Nation nur wieder zu erreichen wäre, wenn bei den europäischen Nachbarn Verständnis für die Besonderheit der deutschen Lage erzeugt werden könnte. Ein wichtiger Leitgedanke war, dass die europäische Einheit als integrierter Prozess verstanden werden musste, um auf diese Weise die eigenen deutschlandpolitischen Positionen auf der Tagesordnung der internationalen Politik zu halten. Die Europäische Gemeinschaft wurde in diesem Zusammenhang als Modell

für das friedliche Zusammenleben der Völker Europas betrachtet, dessen Anziehungskraft im Laufe der 1980er Jahre auch zunehmend stärker auf die Gesellschaften in den kommunistischen Diktaturen Mittel- und Osteuropas ausstrahlte.

Allerdings war die deutschland- und europapolitische Arbeit auch nach innen an die eigene Bevölkerung gerichtet, um ihr die Überwindung der Teilung Deutschlands als einen historischen Prozess begreiflich zu machen, der Geduld und Ausdauer verlangte. Hierbei versuchte die Politische Akademie historische Perspektiven, die Wahrung von Rechtspositionen und die ideengeschichtliche Vision eines ungeteilten Europa mit der Einschätzung realer Möglichkeiten im Sinn einer operativen Deutschlandpolitik zu verbinden. So wurden Expertengespräche zur „Förderung des ostdeutschen Kulturerbes und das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes“ veranstaltet, um die Erinnerung an die „geistige Geografie“ früherer deutscher Siedlungsgebiete wachzuhalten und zugleich – durch kulturelle und historische Bezüge – Brücken nach Mittel- und Osteuropa zu schlagen.

Zu den von der Arbeitsgruppe „Planung“ entwickelten Schwerpunktthemen führte die *Arbeitsgruppe Fachkongresse* öffentlichkeitswirksame Fachkongresse und -konferenzen, Akademien, Symposien und Akademievortragsreihen durch. Ihr Auftrag bestand darin, politische Fragen in das Zentrum des öffentlichen Bewusstseins zu rücken und Denkanstöße für die politische Arbeit zu geben. Die Ergebnisse wurden durch ergänzende Publikationen im Rahmen der Reihe „Studien zur politischen Bildung“, „Forschungsberichte der KAS“, in Einzelpublikationen, Arbeitsheften und schließlich in Vorträgen und Beiträgen der PA der Öffentlichkeit vorgestellt, deren redaktionelle Betreuung ebenfalls in der Zuständigkeit der Arbeitsgruppe lag.

Die Fachkongresse zielten auf ein größeres Publikum und gaben vornehmlich führenden Politikern Gelegenheit, ihr politisches Handeln und ihre Lösungsangebote darzustellen und zu begründen. Der erste Fachkongress fand 1982 zum Thema „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern – Arbeit – Wachstum – Umwelt“ mit 364 Teilnehmern statt. In den darauffolgenden Jahren wurden Themen wie „Recht und Sicherheit“, „Umweltschutz – eine Zukunftsstrategie“, „Umverteilung von Arbeit – ein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit?“ und „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern – soziale Sicherung, Vermögen, Familie“ behandelt.¹⁷ 1985 wurden unter dem Titel „Verantwortung für die Jugend – Erziehung im demokratischen

Staat“ und unter Beteiligung von Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesministerin Rita Süßmuth und zahlreichen Wissenschaftlern Anstöße für eine Erneuerung der Schulpolitik formuliert.¹⁸ 1988 eröffnete CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den Fachkongress „Neue Strukturen für mehr Beschäftigung. 35-Stunden-Woche – ein geeigneter Weg?“ mit einer Grundsatzrede. Das Ziel dieser Veranstaltung war die Erarbeitung von Leitlinien für mehr Beschäftigung in der Arbeitswelt und bei der Gestaltung der beruflichen Weiterbildung.

Die Fachkonferenzen sollten einem größeren Kreis von Fachleuten die Möglichkeit geben, wichtige Themen zu erörtern und neue theoretische Ansätze zu überprüfen. Hierbei standen aktuelle wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitische ebenso wie grundsätzliche und normative Fragen im Mittelpunkt des Interesses. Die Themen lauteten „Führung und Elite in Wirtschaft und Gesellschaft“ (1982), „Leitbilder moderner Gesellschaft und Gemeinwohlorientierung“ (1983), „Christliche Existenz heute – 50 Jahre Barmer Theologische Erklärung“ (1984), „Führung und Verantwortung des Unternehmers in Politik und Gesellschaft“ (1985) und „Defizite in der Umweltpolitik – Probleme und Lösungsmöglichkeiten“ (1988).

Unter dem Titel „Die Tagesordnung der Zukunft“ eröffnete die Politische Akademie 1986 im Reichstagsgebäude in Berlin eine Reihe von Fachkongressen mit großer und hochkarätiger Beteiligung von Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Publizistik. Der Kongress „Humaner Fortschritt – sicheres Leben“, auf dem Bundeskanzler Kohl eine vielbeachtete Grundsatzrede hielt, behandelte die vier Themenkreise „Freiheit in Verantwortung: Arbeit, Freizeit, Lebensgestaltung“, „Arbeit in Solidarität: Technologie, Arbeitswelt, Menschenbild“, „Leben in Gesundheit: Kulturlandschaft, Wohnwelt, wirtschaftlicher Wandel“ und „Sicherheit in atlantischer Partnerschaft: Freiheit, Friede, Zukunft“.¹⁹ Auch in den darauffolgenden Jahren widmeten sich diese Veranstaltungen grundlegenden Fragen zukünftiger gesellschaftlicher und politischer Entwicklung. So diskutierten im März 1988, ebenfalls im Reichstagsgebäude in Berlin, namhafte Wissenschaftler und Politiker den Zusammenhang von „Freiheit – Recht – Moral“. Die Ergebnisse des Kongresses wurden noch im selben Jahr in Buchform der Öffentlichkeit vorgestellt.²⁰ Die Folgekongresse „Bildung und Erziehung: Grundlage humaner Zukunftsgestaltung“ (1989) und „Föderalismus in Deutschland und Europa“ (1991) liegen ebenfalls publiziert vor.²¹

Zu den traditionellen Veranstaltungen der Politischen Akademie gehörten die sog. „Sommerakademien“. Die erste Sommerakademie fand 1982 unter dem damals in der öffentlichen Diskussion zu wenig beachteten Thema „Heimat und Nation – Zur Geschichte und Identität der Deutschen“ statt.²² Auch in den nachfolgenden Jahren waren die viertägigen, immer in Eichholz durchgeführten Veranstaltungen grundsätzlichen, normativen und ordnungspolitischen Fragen gewidmet, wie etwa „Werte, Leitbilder, Tugenden“ (1983), „Heimat, Tradition, Geschichtsbewusstsein“ (1985), „Ehe und Familie vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels“ (1987), „Soziales Denken in der jüngeren Geschichte“ (1989), „Staatsrepräsentation“ (1990) oder „Leitbilder christlicher Weltverantwortung“ (1991).^{23 24} Diese Sommerakademien waren immer mit einer hochkarätigen Dichterlesung verbunden.

Eine vielbeachtete Veranstaltungsreihe im Arbeitsbereich „Kultur und Bildung“ waren die mehrtägigen Hochschullehrergespräche, die seit 1983 traditionell in der dritten Septemberwoche stattfanden und insbesondere Professoren, aber auch Vertreter von Wissenschaftsorganisationen und -verbänden ansprachen. Sie widmeten sich Themen wie „Leistung, Wettbewerb, Begabtenförderung – Hochschulpolitik für die Zukunft“ (1985), „Zeitdiagnose – geistige Orientierung – Ethik. Leistungen und Grenzen der Geistes- und Sozialwissenschaften“ (1986), „Allgemeinbildung – zur Renaissance eines notwendigen Begriffs“ (1987) und „Gesellschaftlicher Wandel und die Rolle der Hochschule“ (1988). Seit 1989 thematisierten die Hochschullehrergespräche Fragen des Neuaufbaus und der Struktur der Universitätslandschaft in den neuen Ländern.²⁵ In diesen Kontext gehören auch die „Wartburg-Gespräche zur Bildungspolitik“, die sich von 1990 bis heute Grundsatzfragen christlich-demokratischer Bildungspolitik widmen, sowie mehrfach Tagungen zur Rolle der Frauen im Wissenschaftssystem.²⁶

Die dritte Arbeitsgruppe innerhalb der Politischen Akademie, die Arbeitsgruppe „*Internationale europäische Tagungen*“, führte jährlich etwa zwanzig bilaterale Informationsseminare mit führenden Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik des europäischen Auslandes durch. Das Ziel dieser Veranstaltungen bestand darin, mit den Gästen aus den europäischen Nachbarländern im Dialog deutschlandpolitische Themen zu erörtern und bewusst zu machen, dass mit Deutschland auch Europa geteilt war. Um diese Problematik noch zu verdeutlichen, fanden diese Seminare in Berlin statt. Ab 1984 wurden einigen Veranstaltungen Pro-

gramme an der innerdeutschen Grenze (z. B. in Lübeck, Goslar, Hof, Wunsiedel und Bad Königshofen) vorgeschaltet. Seit 1986 fanden im Rahmen dieser Seminare auch Transittourfahrten durch die DDR und zweiseitige Studienaufenthalte in Weimar, Erfurt und Leipzig statt. Die Gespräche mit Politikern und Mandatsträgern an der innerdeutschen Grenze und in Berlin mit Repräsentanten von Abgeordnetenhaus und Senat führte bei den Gästen zu einer intensiven Einsicht in die Realitäten der deutschen Teilung. Auch das Verständnis für die Einbettung der Deutschen Frage in den europäischen Einigungsprozess konnte so gefördert werden.

Die Veranstaltungsreihe „Europäische Gespräche zur deutschen Frage“ griff die fünfzehnjährige Praxis der europäischen Berlitagegenstände wieder auf. Sie ergänzten die bilateralen Informationstagungen in Berlin durch einen multilateralen Gedankenaustausch über die politischen Folgen der deutschen Teilung. Im Rahmen dieser Veranstaltungen wurden Fragen der europäischen Geschichte, einer europäischen Identität sowie der Vereinbarkeit von europäischer Einigung und deutscher Wiedervereinigung diskutiert. 1982 nahmen erstmals 31 Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Publizisten aus acht Nationen an einer solchen Veranstaltung zum Thema „Die deutsche Teilung und Europa“ teil. Sie hatten dabei Gelegenheit, sich in Gesprächen mit den Staatssekretären Peter Lorenz und Ottfried Hennig und im Rahmen eines Empfangs im Berliner Rathaus mit dem Regierenden Bürgermeister, Richard von Weizsäcker, über die Situation der geteilten Hauptstadt zu informieren.

Ergänzt wurden in den folgenden Jahren die „Europäischen Gespräche“ durch internationale Fachkonferenzen mit Teilnehmern aus aller Welt, zunehmend auch aus den mittel- und osteuropäischen Ländern. 1983 fand in Rom unter dem Titel „*Laborem exercens*“ eine Begegnung von Politikern und Wissenschaftlern aus Lateinamerika und Europa statt, die der Frage nachgingen, wie die päpstliche Enzyklika in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen fruchtbar gemacht werden könnte. Höhepunkt des Programms war eine Privataudienz bei Johannes Paul II.²⁷ 1984 lautete das Thema „Einheit in Vielfalt – Europas historische Aufgabe“ –, hier wurde über die notwendige Konkretisierung der europäischen politischen Zusammenarbeit, über Fragen nach Inhalt und Grenzen einer europäischen Identität und über die Aufgaben der auswärtigen Kulturpolitik diskutiert.

Seit Mitte der 1980er Jahre gestaltete sich die Zusammenarbeit der Politischen Akademie besonders intensiv mit Partnern in Polen. 1985 setzten sich namhafte deutsche und polnische Sozial- und Wissenschaftswissenschaftler und führende Sozialethiker auf einer Fachkonferenz mit der Rezeption der Enzyklika „*Laborem exercens*“ in Deutschland und Polen auseinander. Dabei erörterten sie die Möglichkeiten der Realisierung der arbeits- und gesellschaftsethischen Intentionen dieses päpstlichen Lehrschreibens in ihren Ländern. Auch im Jahr darauf standen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Lichte der christlichen Sozialethik im Mittelpunkt einer deutsch-polnischen Fachkonferenz, die die Politische Akademie und das Internationale Institut der KAS in Kooperation mit der Katholischen Universität Lublin zum Thema „Entwicklung und Subsidiarität“ in Kazimierz an der Weichsel durchführten.²⁸

Die auf Europa bezogene Tätigkeit beinhaltete auch die Arbeit mit Besuchern aus den USA und Kanada. Die Veranstaltungsreihe der deutsch-amerikanischen Symposien hatte zum Ziel, durch gezielte Dialogprogramme für pädagogisch-wissenschaftliche Fachkräfte der gegenseitigen Verständigung zu dienen. Sie richtete sich insbesondere an Lehrer aus den USA und Kanada auf der einen und an deutsche Wissenschaftler und Politiker auf der anderen Seite. 1983 wurden in Berlin anlässlich des 300. Jahrestages der deutschen Einwanderung nach Amerika und angesichts des wachsenden Antiamerikanismus in der Bundesrepublik Deutschland Zukunftsorientierungen für das deutsch-amerikanische Verhältnis erarbeitet. In den folgenden Jahren standen Fragen der Wissensvermittlung über die beiden Partnerländer in Lehrbüchern, Probleme der Lehrerausbildung und Kulturarbeit, das Deutschland- und Amerikabild in Presse- und Fernsehen und der Vergleich der Schul- und Bildungssysteme im Mittelpunkt der Gespräche. Auch nach der Vollendung der Deutschen Einheit 1990 wurden die internationalen europäischen Tagungen fortgesetzt. Mit Politikern und Journalisten aus ganz Europa und anderen Ländern der Erde werden bis heute zentrale Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch der Wirtschafts- und Sozialordnung des vereinten Deutschland in Form eines intensiven Dialogs diskutiert.

Die Epochenwende von 1989/90 stellte die Politische Akademie vor neue Herausforderungen. Die Arbeit, in die fortan auch die neuen Länder einbezogen wurden, richtete sich nun auf drei Leitthemen: die „Soziale Marktwirtschaft im Aufwind: Ordnungspolitik und Staatshandeln“,

„Geistige Grundlagen stärken: Ethos, Recht, Kultur“ und „Die Einheit Europas fördern“. Dazu gehörte auch die Einrichtung internationaler Philosophengespräche in Cadenabbia, die sich geistesgeschichtlichen Entwicklungen in Europa widmeten und die ebenfalls bis heute fortgeführt werden. Mit dem Inkrafttreten der Strukturreform der Konrad-Adenauer-Stiftung im August 1992 verlegte die Politische Akademie ihren Sitz nach Sankt Augustin und gehört seitdem als Hauptabteilung zum Bereich Forschung und Beratung.²⁹

Im Sommer 1998 wurde die Politische Akademie vollständig nach Berlin verlagert. Als Forum der Stiftung für den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft über zentrale Fragen der Zeit und der Zukunft besteht ihre Aufgabe vor allem darin, die fortschreitende Interdependenz von innenpolitischen und europäischen bzw. internationalen Entwicklungen sowie die immer stärkere Verflechtung von Politik und Ökonomie zu thematisieren und in einem interdisziplinären Dialog programmatische Handlungsoptionen zu entwickeln.³⁰

5.2 ARBEITSSCHWERPUNKTE UND ARBEITSFORMEN DER POLITISCHEN BILDUNGSARBEIT WÄHREND DER 1980ER JAHRE

Das im Herbst 1981 neu strukturierte Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte seinen Sitz in Eichholz und verfügte neben der Heimvolkshochschule über insgesamt acht Außenstellen.³¹ Die Außenstellen führten ihre Veranstaltungen sehr häufig in Kooperation mit Partnern im vorpolitischen Raum durch. Hierzu zählten u. a. Kirchen, Gewerkschaften, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz, Vereine, Berufs- und Standesorganisationen. Die Bildungsangebote während der 1980er Jahre umfassten folgende Veranstaltungsformen und Themenschwerpunkte:

- *Weiterbildung für Verantwortliche im politischen Bereich* (insbesondere für Kommunalpolitiker, mit Kommunikations- und Rhetoriktrainings, Anleitungen zur Pressearbeit vor Ort, Informationen zur Jugendarbeit und zum kommunalen Bau- und Planungsrecht);
- *Fachtagungen und Grundlagenseminare* (z. B. zur Deutschland-, Europa- und Entwicklungspolitik, zur Kommunal-, Partei- und Kulturpolitik, Ethik und Politik);

- *Seminare für junge Erwachsene* (z. B. zur Problematik von Umwelt und Frieden, jugendlichen Protestbewegungen und politischem Extremismus, Wehr- und Zivildienst, Rockmusik und Gesellschaftskritik);
- *Seminare über aktuelle politische Fragen* (zu fast allen Themen, die in der Medienberichterstattung Schlagzeilen machten, so z. B. aus den Bereichen der Sicherheits-, Verteidigungs- und Friedenspolitik oder zur Frage der Menschenrechte in Ost und West unter besonderer Berücksichtigung der durch die maßgeblich von der „Charta 77“ und der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ ausgelösten Demokratiebestrebungen in den mittelosteuropäischen Staaten);
- *Seminare zur deutschen „Geschichte und Gegenwart“* und
- *Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen* (Foren für die Vermittlung und Diskussion besonderer politischer Positionen mit maßgeblichen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft oder Verbänden; Themen waren u. a.: Friedens- und Sicherheitspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Kontinuität und Wandel in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, die Finanzkrise in der Europäischen Gemeinschaft, Gen-Forschung, technologischer Fortschritt und Ethik).

Die Bildungsarbeit der Heimvolkshochschule Eichholz blieb weiterhin bundesweit angelegt. Zum Kernbestand ihres Bildungsangebotes gehörten nach wie vor die vierstufigen, systematisch aufeinander aufbauenden Grundlagenseminare: *das Politische, das Wirtschaftspolitische* und *das Kommunalpolitische Seminar*.

Einen großen Stellenwert hatten die *Fachtagungen*, mit denen einem wachsenden Bedürfnis vieler gesellschaftlicher Gruppen nach Veranstaltungen entsprochen wurde, die berufliche und politische Weiterbildung miteinander verknüpften und somit eine Verbindung von Theorie und Praxis der Politischen Bildung und beruflicher Arbeit ermöglichten. In den Fachtagungen, die sich an einen fachspezifisch orientierten Teilnehmerkreis wandten, behandelten Wissenschaftler und Parlamentarier, Fachreferenten gesellschaftlicher Organisationen und staatlicher Institutionen sowie Experten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens die politischen Dimensionen von Sachproblemen, die als aktuelle politische Aufgaben von besonderer Relevanz waren. Dabei war es ein wesentliches Ziel, die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen nachzuvollziehen und neue die Diskussionen bereichernde Impulse zu setzen. Fachtagungen, die an die Teilnehmer besondere Anforderungen (fachliche und berufliche Voraussetzungen) stellten, wurden für eine Vielzahl von

Zielgruppen veranstaltet, z. B. für Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr, Angehörige der Polizei, für Juristen, Lehrer, Elternbeiräte, Theologen, Journalisten oder Kommunalpolitiker. Darüber hinaus wurden auch Fachtagungen zur Entwicklungspolitik, zur Deutschlandpolitik, zur deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit und zur europäischen Einigungspolitik, jeweils unter Beteiligung prominenter Politiker, durchgeführt.

Zu den *neuen Veranstaltungsformen* in der Zielgruppenarbeit zählten die *Sommerseminare*, die beispielsweise Fragen zur Bedeutung neuer Massenkommunikationsmittel oder moderner technischer Neuerungen, die für eine Arbeitswelt der Zukunft Relevanz hatten, zum Gegenstand hatten.³² Die Sommerseminare richteten sich an unterschiedliche Zielgruppen, an ältere Mitbürger, Familien, Schüler, Studenten und Auszubildende. Als Themen standen tagespolitische Fragen im Mittelpunkt, insbesondere Aspekte des beruflichen und schulischen Alltags, der Studienwahl und der Studienfinanzierung, die besondere Situation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und „Fragen an die deutsche Geschichte“.

Die neuen Medien, vor allem aber die Herstellung von Zeitungen standen im Mittelpunkt von Veranstaltungen, die sich an Jugend- und Schülerzeitungsredakteure und politisch interessierte Schülerorganisationen richteten. Die Seminare und Tagungen in diesem Sektor gliederten sich in *Jugendpressearbeit* und *Bildungsarbeit mit Schülern*, die bereits seit 1974 in Zusammenarbeit mit der Karl-Arnold-Stiftung in Bad Godesberg durchgeführt wurden. Die von der *Politischen Bildung* der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene Publikation „Schülerpresse aktuell“ entwickelte sich während der 1980er Jahre auf dem Jugendpressemarkt zu einem der am meisten nachgefragten Hilfsmittel, mit dem Tausende von politisch interessierten Schülern und jungen Erwachsenen Monat für Monat erreicht wurden. Im Rahmen der *Bildungsarbeit mit Schülern* fanden in Eichholz neben Seminaren zu bildungspolitischen Themen und Rhetorikkursen für Schülersprecherkandidaten auch Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen statt. Diese Tagungen waren vor allem von erlebnispädagogischen Gesichtspunkten und durch Plan- und Rollenspiele bestimmt.

Zu den neu entwickelten Veranstaltungsformen gehörten auch die *Eichholzwochen*, die Reihe *Abitur – und was danach?*, die Tagungen für *Mitbürger über 60 Jahre* und die Tagungen für *gewerbliche Arbeitnehmer*.

Die *Eichholzwochen* wurden für Teilnehmerinnen und Teilnehmer konzipiert, die erstmals an einer Veranstaltung der Politischen Bildung teilnahmen. Die *Eichholzwochen* boten eine erste Orientierung über grundsätzliche und aktuelle Fragen der Politik in der Bundesrepublik Deutschland und über ihr Parteiensystem. Neben der Informationsvermittlung standen vielfältige Anregungen für ein eigenes politisches Engagement im Mittelpunkt dieses Veranstaltungstyps.

Die Reihe *Abitur – und was danach?* bot Abiturienten Informationen und Entscheidungshilfen zum Thema „Studium oder Berufswahl“ an. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben im Rahmen dieses – bis heute stark nachgefragten Informationsangebotes – Gelegenheit, sich über bildungs- und arbeitsmarktpolitische Sachverhalte, Ausbildungs- bzw. Studienmöglichkeiten und die Vergabe von Stipendien zu orientieren.

Die Tagungen für *Mitbürger über 60 Jahre* eröffneten Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit, sich über grundsätzliche und aktuelle politische Fragen zu informieren. Diskutiert wurden neben der besonderen Situation der älteren Menschen in der Bundesrepublik Fragen zur Deutschlandpolitik, zur europäischen Einigungspolitik und der internationalen Solidarität. Ein besonderes Anliegen des Bildungswerkes war es dabei, im Rahmen dieser Veranstaltungen die Lebens- und Berufserfahrungen, das Wissen und die Urteilskraft der älteren Generation zu berücksichtigen.

Mit den Tagungsangeboten für *gewerbliche Arbeitnehmer* trug das Bildungswerk der Tatsache einer seit vielen Jahren bestehenden starken Unterrepräsentierung dieser Zielgruppe in der (politischen) Weiterbildung Rechnung. Neben der Erörterung grundsätzlicher und aktueller politischer Themen wurden in diesen Veranstaltungen von vornherein die Zeit und die Möglichkeit zum politischen Gespräch und zum persönlichen Erfahrungsaustausch eingeplant – etwas, wozu im Arbeitsalltag kaum Gelegenheit besteht.

Des Weiteren wurden seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre unter Beteiligung namhafter Künstler, Journalisten, Politiker, Wissenschaftler und Publizisten *Kongresse* durchgeführt, so erstmals 1988 in Eichholz

zum Thema „Neue Medien – neue Chancen“. Damals diskutierten u. a. Professor Dr. Klaus Schrape, Rudi Carrell, Godehard Schramm, Dr. Helmut Thoma und Professor Dr. Otto Roegele in Vorträgen und Podiumsgesprächen über die Zukunft des Medienmarktes und die daraus resultierenden Aufgaben für die Politik.³³

Die *Eichholzer Informationsforen* griffen in der Öffentlichkeit besonders umstrittene Fragen der Politik auf und trugen damit dem Umstand Rechnung, dass es für den interessierten Bürger angesichts der Medien- und Informationsvielfalt zunehmend schwieriger wurde, das weite Spektrum der Analysen und Meinungen zu überschauen und einen eigenen, abgewogenen Standort zu definieren. Das Ziel dieser Veranstaltungen war es, die politischen Kontroversen anschaulich und auf das Wesentliche konzentriert wiederzugeben. Zu diesem Zweck diskutierten Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien, Journalisten, Vertreter von Verbänden und Interessengruppen in Vorträgen, Podiumsgesprächen und Arbeitsgruppen ihre Forschungsergebnisse, Recherchen und die daraus resultierenden politischen Positionen. Dabei wurden Themen aus dem aktuellen Zeitgeschehen und politische Zukunftsfragen behandelt, so z. B. die Herausforderung einer gerechten Steuerreform, die Perspektiven eines gemeinsamen europäischen Marktes, Chancen und Risiken der Gentechnologie, Umweltschutz in der Sozialen Marktwirtschaft, Zukunftsperspektiven des Industriestandortes Deutschland und der Entwicklungspolitik.³⁴

5.3 EXKURS: DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHTSURTEIL VON 1986

Seitdem sich mit dem Beginn der 1980er Jahre immer stärker neue politische Strömungen und Bewegungen in der Öffentlichkeit zu Wort meldeten, die meist in lokal verankerten Bürgerinitiativen mit basisdemokratischem Politikverständnis organisiert waren, mussten sich die etablierten Parteien ebenso wie die Politische Bildung verstärkt mit Fragen der Fortentwicklung der Demokratie auseinandersetzen. Nachdem im Januar 1980 in Karlsruhe die Partei „Die Grünen“ gegründet worden war, wurde diese Frage auch Gegenstand von Auseinandersetzungen auf der bundespolitischen Ebene.³⁵ Je mehr die „Grünen“ es verstanden, ihren anfänglichen politischen Aktionismus in parlamentarische Repräsentanz umzusetzen, desto weniger konnten sie als eine vorübergehende Zufallserscheinung eingeschätzt werden, zumal eine wachsende Zahl von

Bürgern dieser neuen Partei – u. a. aufgrund „schichtenspezifisch gewandelter Werthaltungen“ zuneigten.³⁶

In ihren Bemühungen um politische Anerkennung und Gleichbehandlung versuchten die „Grünen“ 1983 mittels einer Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht, ein Verbot der „Vergabe öffentlicher Mittel zur Förderung politischer Bildungsarbeit an parteinahe Stiftungen“ durchzusetzen.³⁷ Bereits in den ersten Jahren ihrer bundespolitischen Existenz hatten die „Grünen“ immer wieder argumentiert, dass die etablierten Parteien die Stiftungen vor allem deshalb aufgebaut hätten, um über diese ihre Parteiaufgaben aus öffentlichen Mitteln mit einem möglichst geringen Maß an parlamentarischer Kontrolle und Transparenz finanzieren zu können. Sie behaupteten, dass die politischen Stiftungen mit ihren öffentlichen Sondermitteln den großen Parteien als „Geldwaschanlagen“ und Reservefonds dienten, weil sie ihren Finanzbedarf kaum mit den Mitgliedsbeiträgen und Spenden decken könnten. Zudem unterstellten die „Grünen“, dass die Aktivitäten der Stiftungen und insbesondere deren politische Bildungsarbeit vornehmlich den etablierten Parteien in ihrem Wettbewerb um die Macht zugutekämen, wodurch diese einen unrechtmäßigen Vorteil gegenüber außerparlamentarischen Bewegungen, Partei-neugründungen und Bürgerinitiativen hätten. Dieser Umstand und die Art der „indirekten Parteienfinanzierung“ wären quasi dazu geeignet, den Status quo des Parteienspektrums festzuschreiben und neue Konkurrenzparteien schon im Vorfeld der politischen Auseinandersetzungen niederzuhalten.³⁸

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland war die Förderung der Politischen Bildung durch öffentliche Mittel im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Rechtmäßigkeit der Parteienfinanzierung immer wieder kontrovers diskutiert worden. 1958 wurde die unbeschränkte steuerliche Absetzbarkeit von Parteispenden für verfassungswidrig erklärt. In seinem Urteil vom 19. Juli 1966 verbot das Bundesverfassungsgericht die (überwiegende) Staatsfinanzierung der Parteien. Gleichzeitig wurde auch die Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien untersagt, weil nach der Sachlage zur Zeit der Entscheidung eine „hinreichend sichere Abgrenzung“ zwischen Wahlkampf und allgemeiner Partearbeit einerseits und der politischen Bildungsarbeit andererseits nicht gegeben gewesen sei.³⁹

Dieses Urteil hatte zur Folge, dass seit 1967 aus dem Bundeshaushalt Finanzmittel, sog. Globalmittel zur Förderung der politischen Bildungsarbeit bereitgestellt wurden, die an die parteinahen Stiftungen flossen. Quasi unter Berufung auf diese Entscheidung von 1966 wies das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 14. Juli 1986 die Organklage der „Grünen“ zurück und bekräftigte die zwanzig Jahre zuvor getroffene Regelung. Als wesentliche Begründung hierfür führte das Gericht an, dass die Stiftungen „ihre satzungsgemäßen Aufgaben in hinreichender organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von den ihnen nahestehenden Parteien“ erfüllten. Eine verdeckte Parteienfinanzierung werde dadurch nicht bewirkt. Außerdem verfolgten „die Tätigkeiten der politischen Parteien und der Stiftungen [...] verschiedene, voneinander abgrenzbare Ziele.“ Die politische Bildungsarbeit der Stiftungen habe sich weitgehend verselbstständigt und einen hohen Grad an Offenheit gewonnen, so dass einer Vergabe öffentlicher Mittel zu deren Förderung aus verfassungsrechtlicher Sicht nichts im Wege stünde.⁴⁰

Mit dieser Entscheidung wurde die seit 1967 geltende Praxis der Zuweisung von Globalzuschüssen an die parteinahen Stiftungen verfassungsrechtlich sanktioniert. Darüber hinaus kommt dem Urteil von 1986 besondere Bedeutung zu, weil es wichtige Aussagen über die *verfassungsrechtlichen Leitlinien* der Stiftungen (Unabhängigkeit von den Parteien in rechtlicher, organisatorischer und personeller Hinsicht, geistige Offenheit und Eigenverantwortlichkeit) enthält und den besonderen Stellenwert der politischen Bildungsarbeit in der pluralistischen Demokratie hervorhebt. Dabei verwandte das Bundesverfassungsgericht große Sorgfalt darauf, die Abgrenzung der Stiftungen von den Parteien eindeutig zu definieren: Die Stiftungen leisteten den Parteien weder Wahlkampfhilfe noch unterstützen sie diese – z. B. durch Personal – direkt. Die gleichzeitige Besetzung von Führungspositionen in den Stiftungen und den jeweils nahestehenden Parteien durch identische Personen schloss das Gericht aus. Bei der Trennung bzw. Unterscheidung der Aufgaben und Funktionen von Stiftungen und Parteien waren die Richter im Wesentlichen der Argumentation des Bonner Staatsrechtlers Josef Isensee gefolgt; dieser hatte in einer von ihm bereits 1984 verfassten Stellungnahme der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. zum Organstreitverfahren u. a. ausgeführt:

„Zwischen Stiftung und Partei besteht Parallelität der program-
matischen, weltanschaulichen Grundausrichtung, nicht aber
Identität der Aufgaben... [...] Die politischen Stiftungen stehen
außerhalb des Wahlwettbewerbs... [...] Die politischen Stiftungen
wirken nicht selbst und unmittelbar an der politischen Willensbil-
dung mit. Sie bewegen sich in deren Vorfeld. Sie bereiten den
intellektuellen Boden, auf dem politische Willensbildung statt-
findet. Politische Bildung ist Voraussetzung, nicht Teil der politi-
schen Willensbildung. Die politischen Stiftungen haben also einen
ganz eigenständigen Aufgabenkreis, der mit dem der Parteien
nicht identisch ist. Ihr Wirkungsfeld ist nicht die Vita activa
der Parteipolitik, sondern die Vita contemplativa der politischen
Erkenntnis. [...] Ihre Bildungsarbeit unterscheidet sich von der
Wahlwerbung [...] Sie können ihre Themen unabhängig von
politischen Rücksichten und Bedürfnissen wählen. Ihre Arbeit
folgt nicht dem Zwang der tagespolitischen Aktualität. Sie kann
langfristige Perspektiven gewinnen. Der Bildungsauftrag ist
angelegt auf wissenschaftliche Begründung, die ihrem Anspruch
nach den „parteilichen“ Standpunkt transzendieren soll.“⁴¹

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Argumentation weitestgehend
übernommen. In Bezug auf die politische Bildungsarbeit haben die Rich-
ter in ihrem Urteil aber noch dezidiert zwischen den Befugnissen von
Parteien und Stiftungen unterschieden. Zwar werde es in § 1 Abs. 2
des Parteiengesetzes als eine Aufgabe der Parteien ausgewiesen, „die
Politische Bildung anzuregen und zu vertiefen, die aktive Teilnahme am
politischen Leben zu fördern und zur Übernahme öffentlicher Verantwor-
tung befähigte Bürger heranzubilden.“⁴² Dies geschehe allerdings unter
der Zielsetzung, auf Landes- und Bundesebene auf die politische Willens-
bildung Einfluss zu nehmen und an der Vertretung des Volkes in Land-
tagen bzw. im Bundestag mitzuwirken. Politische Bildung würde von den
Parteien vor allem dann vermittelt, wenn es darum gehe, Mitglieder zu
informieren, neue Anhänger zu gewinnen, Funktions- und Mandatsträger
heranzubilden und Ähnliches mehr. Die genannten Maßnahmen kämen
erfahrungsgemäß meistens nur dann zur Anwendung, wenn die Parteien
sich um die Billigung und aktive Unterstützung der Bürger bemühten.
Von einer Verpflichtung der Parteien zur Politischen Bildung in einem
engeren Sinne könne allerdings nicht die Rede sein. Dahingegen

„sollen [die Stiftungen] die Beschäftigung der Bürger mit poli-
tischen Sachverhalten anregen und den Rahmen bieten für
eine – allen interessierten Bürgern zugängliche – offene Dis-
kussion politischer Fragen. Dadurch wird das Interesse an einer
aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen und politischen
Lebens geweckt und das dazu nötige Rüstzeug vermittelt.“⁴³

Das Bundesverfassungsgericht ging also bei seiner Urteilsfindung davon
aus, dass Demokratie eine feste Verankerung im Bewusstsein der Bürger
braucht. Unverkennbar hatten die Verfassungsrichter ihrer Argumentation
die Auffassung zugrunde gelegt, dass ein solches Demokratiebewusstsein
mit Politischer Bildung am ehesten aufgebaut und konsolidiert werden
könne. Sie begründeten dies mit der Feststellung, dass Politische Bildung
mit den Institutionen vertraut machen und den Umgang mit ihnen lehren
kann und zu gesellschaftlichem Engagement, zur Übernahme von politi-
scher Verantwortung und aktivem Mitgestalten zu animieren in der Lage
ist. In der Vermittlung von Politischer Bildung, die den politischen Grund-
strömungen in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung trug, sah das
oberste Gericht offenkundig die Wurzeln und den zentralen Auftrag der
politischen Stiftungen.

Das Urteil beschrieb die verfassungsrechtlichen Leitlinien der partei-
nahen Stiftungen in eindrucksvoller Weise. Der Nutzen ihrer politischen
Bildungsarbeit für die Verankerung der pluralen Demokratie im Bewusst-
sein der Bürger wurde ausdrücklich gewürdigt. In einer Zeit der Parteien-
und Politikverdrossenheit bedeutete dies für die politischen Stiftungen
eine Bestätigung und eine Ermutigung zugleich, ihre Arbeit in bewährter
Weise fortzuführen. Auch die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-
Stiftung konnte sich in ihrem Selbstverständnis, in ihren Zielsetzungen
und in ihrer praktischen Arbeit bestärkt fühlen.

5.4 DEUTSCHLANDPOLITIK: ARBEITSSCHWERPUNKTE DER POLITISCHEN BILDUNGSARBEIT DER 1980ER JAHRE

Seit Beginn ihres Bestehens war die Frage nach der Einheit Deutschlands
ein zentrales Thema der politischen Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-
Stiftung. In Übereinstimmung mit der Präambel des Grundgesetzes
vom 23. Mai 1949 – „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in
freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu voll-
enden“ – wurde die Zielsetzung, mit den Mitteln der Politischen Bildung

das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen wachzuhalten, als eine Aufgabe von verfassungsmäßigem Rang angesehen. Die zentralen Beweggründe hierfür waren, die Frage nach der Einheit der deutschen Nation vor allem um die Freiheit der Menschen in der DDR willen lebendig zu halten. So sollte die Grundlage einer auf die Überwindung der deutschen Teilung abzielenden Politik gefördert werden, es sollten die negativen Folgen der Teilung für die Menschen gelindert und langfristig ein Beitrag zu einer friedlichen Vereinigung Deutschlands in einem freien Europa geleistet werden.⁴⁴

Allerdings fiel es seit dem Ende der 1960er Jahre immer schwerer, die deutsche Frage im politischen Bewusstsein der Öffentlichkeit wachzuhalten. Unter den fortdauernden Bedingungen der deutschen Teilung wurde es als problematisch empfunden, von der *Einheit der Nation* bzw. von *nationaler Identität* zu sprechen.⁴⁵ In der Tat hatte sich die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung, „was die Pflege ihres Staatsbewusstseins anging, in der schwierigen Lage (befunden), ihre Vorläufigkeit herausstellen und dauernd über sich selbst hinausweisen zu müssen.“⁴⁶ Zudem war für diejenigen, die es mit der Treuhänderrolle der Bundesrepublik für die Freiheit aller Deutschen ernst meinten, nicht die Nation bzw. der Nationalstaat der zentrale Gedanke, sondern *die freiheitliche politische Ordnung des Grundgesetzes*. Die Freiheit ging der nationalstaatlichen Einheit voraus, der herzustellenden Einheit musste die Freiheit als Gestaltungsprinzip zugrunde liegen. Die Freiheit durfte also nicht um der Einheit willen aufs Spiel gesetzt werden –, das hätte gegen Geist und Text des Grundgesetzes verstoßen.⁴⁷

Im Zusammenhang mit der neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition und dem Abschluss des „Vertrag(es) über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ (21. Dezember 1972) nahm die Anzahl derer zu, die die Frage nach einer Überwindung der Teilung und einer gemeinsamen nationalen Zukunft der Deutschen als überholt betrachteten und die DDR als einen der Bundesrepublik gleichwertigen Staat ansahen. Diese als „realpolitisch“ apostrophierte Haltung wurde meist von politisch links eingestellten Vertretern der Medien und von DDR-Forschern geteilt, die die Analyse der außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik beider deutscher Staaten nach der *systemimmanenten Methode* betrieben.

Der mit Abstand einflussreichste Verfechter dieser Richtung war Peter Christian Ludz. Unter seiner wissenschaftlichen Leitung wurden die „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation“ und das 1975 erstmals im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen veröffentlichte „DDR-Handbuch“ inhaltlich, methodisch und politisch geprägt.^{48 49} Die systemimmanenten Beschreibungen und Analysen von Ludz konnten der Wirklichkeit in der SED-Diktatur allerdings nicht gerecht werden, weil er ordnungspolitische Fragestellungen grundsätzlich ausblendete.⁵⁰ Vor allem aber verzichtete Ludz entweder ganz auf eine kritische Untersuchung des DDR-Herrschaftssystems oder er erfasste dieses nur im Rahmen der vom Ostberliner Regime selbst gesetzten ideologischen Begründung seiner Existenz und Wirkungsweisen.

Obwohl namhafte Politologen und Juristen in fundierten Analysen das totalitäre Wesen der SED-Diktatur in der DDR aufgezeigt hatten, waren derartige Positionen nicht nur bei Wissenschaftlern und Journalisten verbreitet, sondern auch ein fundamentaler Bestandteil der SPD-Deutschlandpolitik.⁵¹ Die Schriften von Ludz und anderen Vertretern der systemimmanenten DDR-Forschung entfalteten große Wirkung. Denn sie entsprachen dem damals vorherrschenden, von der 1968er Generation geprägten Zeitgeist, der den grundlegenden Unterschied zwischen den politischen Systemen von Demokratie und Diktatur bagatellierte und gleichzeitig um das „richtige Demokratieverständnis“ rang.^{52 53} Folglich plädierte Ludz in seinem Buch *Deutschlands doppelte Zukunft* auch für die Erhaltung des Status quo: Angesichts der gemeinsamen Verantwortung der DDR und der Bundesrepublik für die Erhaltung des Friedens in Europa sollten „Entspannung und Normalisierung [...] Vorrang haben [...] vor der Wiedervereinigung Deutschlands.“^{54 55} Weil der Begriff sowohl der Staatsnation ebenso wie der der Kulturnation „ihres Inhalts entleert“ und mit „historische(n) Belastungen, Romantizismen und Irrationalismen“ behaftet seien, dürfe mit ihnen „Keine Option auf ein wiedervereinigtes oder auch nur durch besondere Bande zusammengehaltenes Deutschland begründet werden.“^{56 57}

In der Tat glaubten immer weniger Bürger daran, dass die staatliche Einheit der deutschen Nation jemals wieder hergestellt werden könne.⁵⁸ Viele interpretierten den Abschluss des Grundlagenvertrages mit der DDR vom 21. Dezember 1972 bewusst oder auch unreflektiert als eine *Festschreibung des ‚Status quo‘*, obwohl es um dessen Inhalte und

Bedeutung heftige politische Auseinandersetzungen gegeben hatte, denen eine unmissverständliche Klarstellung vonseiten des Bundesverfassungsgerichts gefolgt war.⁵⁹ In dem Urteil hieß es u. a.:

„Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.“⁶⁰

Wie aber sollte der Anspruch auf eine Vereinigung der Deutschen im Innern wachgehalten werden, wenn repräsentativen Umfragen zufolge bereits weit mehr als die Hälfte der 19- bis 28-jährigen Westdeutschen die DDR und die Bundesrepublik als zwei Staaten und zwei Nationen ansahen?⁶¹

Bundespräsident Walter Scheel stellte in seiner Rede zum 17. Juni 1978 fest, dass „viele unserer Schüler kaum etwas über Deutschland wissen“ und erhob anschließend die unmissverständliche Forderung: „Die Lehrer dieses Landes haben sich an die Verfassung zu halten, und die Länderregierungen haben die Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Es darf nicht geschehen, dass die deutsche Einheit durch unsere eigene Nachlässigkeit und Gedankenlosigkeit verspielt wird.“⁶² Wenige Monate später, im November 1978, beschloss die Kultusministerkonferenz in Bonn neue Richtlinien zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht, die dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland Rechnung trugen.⁶³

Als im Februar 1979 in der Politischen Akademie Eichholz eine Tagung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ stattfand, klagten die Lehrer unter den Teilnehmern: „Unsere Schüler fragen, aber oft können wir nicht antworten.“ Übereinstimmend kritisierten sie den unzureichenden Anteil deutscher Zeitgeschichte im Schulunterricht und in der Lehrerbildung an den Hochschulen, zudem fehle es an brauchbaren Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien.⁶⁴ Die Teilnehmer der Tagung in Eichholz meinten übereinstimmend, dass man von einer Umsetzung der Richtlinien noch weit entfernt sei, weil es noch keine entsprechenden Lehrpläne, Lehr-

bücher und Stundentafeln gebe. Die dürren Hinweise der Kultusminister für die Umsetzung der Richtlinien in der Unterrichtspraxis seien kaum geeignet, etwas zum Besseren zu bewirken. „Eine Fülle von Einzelmaßnahmen im kommunikativen Bereich“ müsse dem Beschluss der Kultusminister folgen, hatte der anwesende Präsident des Gesamtdeutschen Instituts – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen, Detlef Kühn, gefordert. Andere Tagungsteilnehmer vertraten die Meinung, dass weniger engagierte Lehrer und Schüler den Beschluss der Kultusministerkonferenz eher lethargisch aufnehmen würden, wenn ihnen nicht Lehr- und Lernmaterial, Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten „mundgerecht“ angeboten würden.⁶⁵

Diese Situation war für die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung Anlass genug, die deutsche Frage in den 1980er Jahren zu einem besonderen Schwerpunkt ihrer Bildungsarbeit vor allem in ihren Bildungswerken zu entwickeln. In den zahlreichen Veranstaltungen wurden Einblicke in die gesellschaftliche Wirklichkeit, das Wirtschaftssystem der DDR und den Herrschaftsapparat der SED-Diktatur vermittelt. Der in der deutschen Frage virulente Gegensatz der politischen Systeme in Ost und West bildete ein wichtiges Leitmotiv, weil es den Verantwortlichen vor allem darauf ankam, die fundamentalen Unterschiede zwischen freiheitlichen, liberalen Demokratien und diktatorischen Herrschaftsformen zu verdeutlichen.

Nachdem die Koalition der Mitte unter Bundeskanzler Helmut Kohl seit 1982 die Deutschlandpolitik wieder auf feste und berechenbare Fundamente gestellt und mit Nachdruck die Zielvorgaben des Grundgesetzes und seiner Präambel unterstrichen hatte, stand die weitere Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen wieder unter einer klaren Perspektive: Die europäische Einigungspolitik war für sie die „einzig sinnvolle Antwort auf die offene deutsche Frage“. Europa würde der Rahmen sein, in dem „im Zuge eines dynamischen Prozesses“ die Einheit in Freiheit für alle Deutschen wiedererlangt werden sollte.⁶⁶

Der neuen Regierung lag vor allem daran, die innerdeutschen Beziehungen positiv weiterzuentwickeln und auszugestalten. Sie setzte alles daran, um mehr Menschlichkeit und erlebbare Zusammengehörigkeit unter den Deutschen zu ermöglichen. Folglich sah sie es daher als eine wichtige Aufgabe ihrer Deutschlandpolitik an, durch eine sensible, niemanden bevormundende oder vereinnahmende deutschlandpolitische

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit aktiv zur Bewahrung des Bewusstseins der nationalen Einheit beizutragen. Durch eine großzügige Bereitstellung von Fördermitteln versuchte die Regierung Kohl einem zunehmenden Interesse insbesondere der jüngeren Generation an Informationen, an Text- und Bildmaterial zur deutschen Frage, aber auch in wachsendem Maße mittels Informationsreisen in die DDR gerecht zu werden.⁶⁷

Damit verbesserten sich die politischen Rahmenbedingungen für die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wie der politischen Stiftung insgesamt. Allerdings kann festgestellt werden, dass die deutschlandpolitischen Unterschiede zwischen den Unionsparteien und der SPD ihre Entsprechung in den deutschlandpolitischen Bildungsaktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung fanden. Dies wurde deutlich anlässlich einer Fachtagung zur deutschlandpolitischen Bildungsarbeit, die die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen am 10./11. Oktober 1985 in Königswinter durchführten.

In seinem Referat „Zur innerdeutschen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung“ ging der damalige Leiter der FES-Abteilung Politische Bildung, Siegbert Heid, wie selbstverständlich von der deutschen Zweistaatlichkeit aus. Die Frage der Einheit der Nation und das Unrechtssystem der DDR blendete er in seinen Ausführungen nahezu komplett aus; stattdessen stellte er die Verantwortung der beiden deutschen Staaten für die Erhaltung des Friedens in Europa und die Durchführung von innerdeutschen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zur Unterstützung der Entspannungspolitik in den Vordergrund.⁶⁸

Im Gegensatz dazu stellte Günther Rüter in seinem Tagesbeitrag für die Konrad-Adenauer-Stiftung fest, dass deren deutschlandpolitische Bildungsarbeit am Wert der Freiheit für alle Deutschen und am grundgesetzlich vorgegebenen Auftrag, die staatliche und nationale Einheit der Deutschen in freier Selbstbestimmung zu vollenden, orientiert sei.⁶⁹ Dabei waren Staat und Nation als wesentliche Lebensbezüge keine Werte an sich: Sie blieben rückgebunden an die Idee der Freiheit der Person, denn hierin hatten – wie es der Vorsitzende der Konrad-

Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, an anderer Stelle in einer Rede vor dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ formulierte – Politische Bildung, die deutsche Frage und Deutschlandpolitik [...] ihren gemeinsamen Bezugspunkt.⁷⁰ Im Unterschied zur FES behandelten die deutschlandpolitischen Bildungsveranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung eingehend das Herrschaftssystem der SED-Diktatur und den Alltag in der DDR, um die Lebenssituation der Ostdeutschen möglichst realistisch behandeln und vermitteln zu können. Dank der unter der Regierung Kohl durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen reichlich zur Verfügung gestellten Mittel entwickelte sich die deutschlandpolitische Bildung innerhalb der KAS zu einem Kernbereich der Stiftungsarbeit. Die Konzeption der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit beruhte im Wesentlichen auf zwei Grundsätzen:

- „1. Politische Bildung muss deutlich machen, dass die Lösung der nationalen Frage an die grundlegenden Wertbezüge unserer Verfassung gebunden ist. Sie bekennt sich daher zum Verfassungspatriotismus als pädagogisches Lernziel.
2. Politische Bildung wird die deutsche Frage nicht eindimensional betrachten, sondern stets ihre Vielschichtigkeit, ihre zugleich historischen, sozialpsychologischen europäischen und weltpolitischen Bezüge herausstellen.“⁷¹

Die deutschlandpolitische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung konzentrierte sich auf die Darstellung der deutschen Frage als eines – zur Zukunft hin offenen – historischen Prozesses, der nicht erst mit der Teilung 1945 begann, sondern die deutsche Geschichte in Europa seit Beginn des 19. Jahrhunderts mit umfasste. Auch die staats- und völkerrechtlichen Dimensionen der deutschen Frage im Sinne ihrer rechtlichen Offenheit bildeten einen wichtigen Themenschwerpunkt. Außerdem wurde die deutsche Frage immer unter Berücksichtigung ihrer europäischen und weltpolitischen Dimensionen behandelt, um deren Einbettung in die internationalen Bezüge zu verdeutlichen. Dabei wurde immer darauf hingewiesen, dass eine Überwindung der Teilung im Rahmen einer europäischen Lösung für die Bundesrepublik Deutschland absolute Priorität hatte. Und nicht zuletzt stand außer Frage, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen nur durch konkrete Begegnungen und durch gegenseitiges Kennenlernen aufrechterhalten werden konnte. Deshalb wurde die „Bewusstseinsbildung, die die Gemeinsamkeit der Deutschen

herausarbeitet und erlebbar macht, ohne das Trennende zu verschweigen“, als wesentliche Aufgabe der deutschlandpolitischen Bildung aufgefasst. Dieser Aufgabe zu entsprechen hieß,

„sich mit dem politischen System der DDR und seiner Ideologie auseinanderzusetzen, sich für die Menschen in der DDR zu interessieren, sich über ihre alltägliche Lebenswirklichkeit, über ihre Erfahrungen und Sorgen und Nöte zu informieren, [...] mit Zeitzeugen, die in der DDR gelebt haben oder leben, das Gespräch zu suchen, [...] den kulturellen Gemeinsamkeiten und gesellschaftlichen Spiegelungen in den Arbeiten etwa der DDR-Literatur und Filmemacher nachzugehen, [...] Studienfahrten zu organisieren und persönliche Einsichten und Erfahrungen und Kontakte und Begegnungen zu ermöglichen.“⁷²

Bei der Konzeption von Bildungsveranstaltungen zu diesem Themenbereich war das Bestreben, die deutsche Problematik für die Teilnehmer persönlich erlebbar zu machen, von zentraler Bedeutung.⁷³ So fanden seit Anfang der 1980er Jahre in Orten nahe der innerdeutschen Grenze *einwöchige Seminare für Schülerinnen und Schüler* statt, deren Programm einen Tagesbesuch in der DDR beinhaltete. Themenschwerpunkte waren das politische und ökonomische System der DDR, die Arbeitswelt, das Erziehungs- und Schulsystem, die Situation der Jugendlichen und die Rolle der Kirchen.

Besonders eindringlich und authentisch konnte die Geschichte der deutschen Teilung seit 1945 im Rahmen von *Dialogveranstaltungen für junge Erwachsene* vermittelt werden, indem diese die Gelegenheit erhielten, Zeitzeugen nach ihrem persönlichen Erleben der Geschehnisse zu befragen.

Anregungen zur Umsetzung deutschlandpolitischer Fragen im Schulunterricht vermittelten vor allem die *Fachtagungen für Lehrerinnen und Lehrer*, die aktuelle Ergebnisse der DDR-Forschung, neue Entwicklungstendenzen der Literatur, den Wandel des offiziellen Geschichtsverständnisses in der DDR und ähnliche Themen mehr behandelten.

Tiefere Einblicke in den Alltag im anderen Teil Deutschlands vermittelten *Studienfahrten in die DDR*, die vor allem für Journalisten und Lehrer durchgeführt wurden; sie ermöglichten persönliche Begegnungen und

Gespräche, die nicht nur manches Vorurteil gegenüber der sog. ostdeutschen „Nischengesellschaft“ korrigierten, sondern die Teilnehmer auch zu tieferem Nachdenken anregten. Trotz massiver Einschränkungen entstanden im Verlaufe dieser Aufenthalte menschliche Beziehungen zwischen den Bundes- und den DDR-Bürgern, die über die Begegnungen hinaus Bestand hatten. Auf diese Weise konnte ein (wenn auch nicht messbarer, so jedoch sicherlich nicht unbedeutender) Beitrag zu Veränderungen „jenseits staatlicher Organisationsformen“ geleistet werden.⁷⁴ Bei *Seminaren und Tagungen in Berlin* standen die besondere Lage Berlins und die internationalen Aspekte der deutschen Frage als Themen im Vordergrund. Diese Veranstaltungen hatte die Politische Bildung bereits seit Anfang der 1960er Jahre und vielfach auch mit ausländischen Gästen durchgeführt.

Das Seminar- und Tagungsangebot wurde ergänzt durch *Autorenlesungen und Lesereisen* mit Schriftstellern, die aus der DDR stammten bzw. dort lebten. Die Beschäftigung mit der DDR-Literatur eröffnete vor allem Einblicke in geistige Entwicklungstendenzen und Strömungen in der DDR-Gesellschaft, die offiziellen Verlautbarungen kaum zu entnehmen waren. Vor allem diese Veranstaltungen ermöglichten auf der kulturellen Ebene direkte Gespräche.⁷⁵

Den „Alltag in der DDR“ dokumentierte eine 1988 von Mitarbeitern der Politischen Bildung erarbeitete Wanderausstellung, die in zahlreichen Schulen und öffentlichen Einrichtungen einem breiten interessierten Publikum zugänglich gemacht wurde. Die Ausstellung visualisierte – ausgehend von einer Darstellung des politischen Systems, seiner ideologischen Grundlagen und Herrschaftsmechanismen – zentrale Lebens- und Erfahrungsbereiche der DDR-Bürger: das Schul- und Erziehungswesen, den Arbeitsalltag, das Versorgungs- und Sozialsystem, Freizeitgestaltung, Umweltprobleme, die Rolle der Kirchen usw. Ein Begleitband erläuterte die Ausstellung und ergänzte die Exponate um wichtige Detailinformationen.⁷⁶

An dem deutschlandpolitischen Bildungsangebot nahmen zwischen 1980 und 1989 mehr als 65.000 Menschen teil. Vor allem Schüler und Jugendliche wurden durch diese Seminare erstmals mit der Problematik der deutschen Frage konfrontiert. Besonders mit den mehr als 200 Lehrerfachtagungen in Verbindung mit mehrtägigen Studienaufenthalten in der DDR dürfte die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung einen

erheblichen Beitrag geleistet haben zum besseren Verständnis und Miteinander zwischen den Menschen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Ebenso zur Auseinandersetzung mit den Lebensumständen im anderen Teil Deutschlands und letztlich auch dazu, dass die deutsche Frage im Bewusstsein der Bürger im Westen und im Osten offengehalten werden konnte.

5.5 DIE „FRIEDLICHE REVOLUTION“ IN DER DDR 1989/90: POLITISCHE BILDUNG UND DEMOKRATISCHE TRANS- FORMATION

Trotz ihrer vielfältigen deutschlandpolitischen Aktivitäten wurde auch die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung von den Ereignissen der Friedlichen Revolution in den Herbstmonaten des Jahres 1989 überrascht. Die Fluchtwelle aus der DDR seit Anfang August, die Demonstrationen in Leipzig, Dresden und anderen Städten, und schließlich die Öffnung der Mauer in Berlin am 9. November 1989 schufen eine von vielen gänzlich unerwartete und völlig neue politische Situation in Deutschland. Dennoch gelang es der KAS und dem Institut für Politische Bildung (IPB) sehr kurzfristig, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. Die Friedliche Revolution in der DDR und der Prozess zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands bestimmten die Bildungsarbeit 1990 eindeutig.⁷⁷ Um dies zu ermöglichen, stellte das IPB in den alten Bundesländern – insbesondere auf regionaler Ebene – viele Aufgaben zurück.⁷⁸

Bereits im November 1989 waren im Auftrag des KAS-Vorsitzenden, Bernhard Vogel, Vorbereitungen zur Entsendung eines „DDR-Teams“ getroffen worden. Dieses Team setzte sich aus fünf Mitarbeitern verschiedener Stiftungsinstitute zusammen und erhielt den Auftrag, koordinierend vor Ort dafür zu sorgen, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung möglichst wirkungsvoll beim Aufbau einer freiheitlichen Gesellschaft und demokratischer politischer Strukturen in der DDR beitragen könne.⁷⁹ Dabei ging es in der Hauptsache darum, die sich formierenden demokratischen Kräfte durch Politikberatung und materielle Hilfsgüter (wie Bürobedarf, Fotokopierer, Schreibmaschinen etc.) zu unterstützen und die DDR-Bevölkerung durch Informations- und Aufklärungsarbeit in ihrem Streben nach politischer Freiheit zu bestärken.⁸⁰ Diese Maßnahmen sollten in enger Zusammenarbeit mit den Bildungswerken durchgeführt werden, wobei das DDR-Gebiet in bestimmte Zuständigkeitsbereiche untergliedert wurde, auf die die einzelnen Bildungswerke (BWK) ihre

Aktivitäten konzentrierten. So war das BWK Ravensburg für die Region Leipzig zuständig, das BWK Freiburg für Dresden, das BWK Karlsruhe für Halle, das BWK Saarbrücken für Cottbus, das BWK Mainz für Erfurt usw.⁸¹ Darüber hinaus war vorgesehen, das „DDR-Team“ durch die Verbindungsstelle Berlin der Konrad-Adenauer-Stiftung logistisch zu unterstützen und in absehbarer Zeit in Leipzig ein Bildungswerk mit einer Nebenstelle in Rostock oder Schwerin zu errichten.

Als das DDR-Team am 1. Februar 1990 in der DDR tätig wurde, konnte es bereits auf die Arbeitsergebnisse anderer Stiftungsinstitute zurückgreifen. So hatte das Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung bereits im Dezember 1989 eine Analyse „Nichtkommunistische Parteien und Gruppierungen in der DDR“ erstellt, die in den folgenden Monaten mehrfach fortgeschrieben werden musste und anlässlich der Volkammerwahlen am 18. März 1990 in großer Auflage in der Reihe DDR-Report publiziert wurde.⁸² Eine weitere wichtige Grundlage war die vom Institut für Politische Bildung erarbeitete „Landkarte der DDR“, die aus mehreren Aktenordnern mit Adressenmaterial von demokratischen Gruppen und Persönlichkeiten bestand, die man z. T. im Rahmen der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit der 1980er Jahre kennengelernt hatte und von denen man annahm, dass sie an Gesprächen, Bildungsveranstaltungen, Politikberatung und überhaupt an einer Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung interessiert sein könnten. Darüber hinaus entsandte im Januar 1990 das IPB, „das mit der koordinierenden Federführung für Programme in der DDR“ beauftragt worden war, 30 feste und freie Mitarbeiter in die 14 Bezirke der DDR, um sich ein Bild von den dramatischen Veränderungen zu machen, runde Tische zu besuchen, Kontakte zu nichtkommunistischen Gruppen und Persönlichkeiten aufzunehmen und „den Bedarf an Bildungs- und Informationsprogrammen zu erkunden.“⁸³

Zu dieser Zeit nahmen bereits viele Bürgerinnen und Bürger der DDR an Veranstaltungen der Politischen Bildung in Eichholz und der Bildungswerke in der Bundesrepublik teil. Das IPB hatte für das erste Halbjahr 1990 ein neues Bildungsprogramm zum „Innerdeutschen Dialog“ vorbereitet.⁸⁴ Dieses Programm richtete sich zunächst und vor allem an Multiplikatoren aus der DDR, also an neue demokratische politische Funktions- und zukünftige Mandatsträger sowie an Zielgruppen aus den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Medien und Kultur und stieß auf eine überwältigende Resonanz. Allein in 1990 konnten ca. 17.000 Menschen

aus beiden Teilen Deutschlands zum politischen Gespräch zusammengeführt werden, um diesen nach langen Jahren der Trennung erstmals wieder einen gegenseitigen Erfahrungs- und Gedankenaustausch im Rahmen persönlicher Begegnungen zu ermöglichen. Den Schwerpunkt des innerdeutschen Dialogprogramms bildeten politische Grundlagen-seminare, Trainings zur politischen Praxis und zur politischen Kommunikation. Außerdem wurden im Rahmen dieser Begegnungsseminare Konzepte und Wege zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands diskutiert. Nicht zuletzt bestand eine wichtige Zielsetzung des „Innerdeutschen Dialogs“ darin, zwischen den Ost- und Westdeutschen ein Gespräch über die gemeinsamen Zukunftsperspektiven anzuregen und damit den inneren Einigungsprozess zu fördern.

Um den politischen Transformationsprozess möglichst effektiv und vor Ort unterstützen zu können, wurden die Kontakte zu den sich formierenden neuen politischen Kräften in der DDR dazu genutzt, in den ostdeutschen Städten und Gemeinden zahlreiche regionale Projekte durchzuführen und erste Grundlagen für den Aufbau eines bürgernahen Bildungsprogramms zu schaffen. Wenig später wurden auch entsprechende Bildungsveranstaltungen in der DDR durchgeführt. Das Ziel dieser Seminare bestand in erster Linie darin, Grundlagen der parlamentarischen Demokratie, der Sozialen Marktwirtschaft und des Rechtsstaates zu vermitteln. Die Durchführungen dieser Veranstaltungen wurden u. a. mit Sondermitteln des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen finanziert, die speziell für politische Bildungsangebote in den neuen Ländern bewilligt worden waren.⁸⁵ Das sog. „DDR-Team“, das die beschriebenen Maßnahmen in der Übergangsphase des Jahres 1990 in enger Zusammenarbeit mit den Bildungswerken und in Absprache mit den demokratischen Kräften in der DDR plante und durchführte, nahm am 1. Februar 1990 seine Arbeit in der Berliner Verbindungsstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung auf. Dieses Büro, das seit der Öffnung der Mauer für ganz Berlin zuständig war, hatte die regionale Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe logistisch zu unterstützen, denn die Mitarbeiter des Teams unterteilten das Gebiet der DDR unmittelbar nach ihrer Ankunft in Zuständigkeitsbereiche ein, deren Namen und Grenzen sich an den historischen Ländern orientierten. Fortan koordinierten sie in den späteren „neuen“ bzw. „jungen“ Ländern Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg Anfragen aus der DDR, organisierten Informations- und Bildungsveranstaltungen, leisteten und vermittelten Politikberatung, z. B. hinsichtlich der Planung,

Organisation und Durchführung von Wahlkämpfen, und sorgten für die flächendeckende Verbreitung von Informationsmaterialien, die an Infoständen auf den Marktplätzen vieler Städte und Gemeinden der DDR verteilt wurden.⁸⁶

Ein wichtiger Aspekt der Aufgaben des DDR-Teams bestand auch darin, nach Persönlichkeiten Ausschau zu halten, die sich für eine zukünftige Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und mit der CDU interessierten. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche Gespräche nicht nur mit der Ost-CDU, sondern auch mit Vertretern der DDR-Opposition und insbesondere mit dem „Demokratischen Aufbruch“ geführt, die u. a. auch darauf abzielten, für die bevorstehenden Wahlen aktionsfähige Partei-bedürfnisse zu schmieden. So konzentrierten sich die Bemühungen vor den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 darauf, den „Demokratischen Aufbruch (DA)“ zu einem Beitritt zur „Allianz für Deutschland“ zu bewegen.⁸⁷ Die Arbeit des DDR-Teams kann insofern auch als eine flankierende Maßnahme der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den im Januar 1990 einsetzenden Bemühungen der Bundes-CDU gesehen werden, die Zusammenarbeit „mit ihr nahestehenden Parteien und oppositionellen Gruppierungen in der DDR auf Länderebene“ zu organisieren. Dabei wurde nicht nur die Ost-CDU, sondern vor allem auch der DA unterstützt. Diese Aktivitäten wurden nach regionalen Gesichtspunkten durch die westdeutschen CDU-Landesverbände organisiert. Während die Bundesgeschäftsstelle in Bonn die Anfragen aus der DDR koordinierte und Politikberatung vermittelte. Neben dem CDU-Wirtschaftsrat hatte sich auch die Konrad-Adenauer-Stiftung bereit erklärt, diese Maßnahmen durch die Organisation von „Schulungen und Seminare(n) zu speziellen Themen“ zu unterstützen.⁸⁸

Als sich nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 klarere Perspektiven für die weitere Entwicklung abzeichneten, wurde das innerdeutsche Dialogprogramm durch Seminare und Tagungen zu Themen aus allen Bereichen der Politik, Gesellschaft und Wirtschaft erweitert. Als Ziel stand im Vordergrund, die künftigen gemeinsamen Herausforderungen des vereinten Deutschlands zu erörtern. Darüber hinaus begann das IPB mit dem Aufbau eines regionalen Veranstaltungsangebots in der DDR. Neben der Vermittlung von Grundlagenwissen über den freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat und die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland bildeten hierbei Veranstaltungen zum Thema „Wege zur deutschen Einheit“ einen wichtigen Schwerpunkt.

Parallel zu den weiteren Weichenstellungen des deutschen Einigungsprozesses (Einführung der Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion am 1. Juli 1990 und die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990) schuf die Konrad-Adenauer-Stiftung neue institutionelle Rahmenbedingungen, um ihre politische Bildungsarbeit organisatorisch auf die neuen Länder ausdehnen zu können. So konnten in Leipzig ab August 1990 und in Rostock ab September 1990 neu eingerichtete Bildungswerke vor Ort bürgernahe Politische Bildung anbieten. Allerdings hatte die Stiftungsleitung bald erkannt, dass diese beiden Bildungswerke „wegen der besonders aktiven Nachfrage nach unseren Programmen [...] in der DDR bald nicht mehr ausreichen werden“, so dass 1991 in Berlin und 1992 in Erfurt weitere Bildungswerke eröffnet wurden.⁸⁹ Außerdem wurde Ende 1991 Schloss Wendgräben bei Magdeburg erworben, das der Stiftung neben Schloss Eichholz als zweite zentrale Bildungsstätte dienen sollte.

Mit diesen neuen institutionellen Rahmenbedingungen wurde sichergestellt, dass die Bildungswerke im Westen wieder ihren eigentlichen Aufgaben in den jeweiligen Regionen nachkommen konnten. Nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurde das innerdeutsche Dialogprogramm mit den bereits genannten inhaltlichen Schwerpunkten weiter ausgebaut. Auch die regionalen Veranstaltungsangebote in den neuen Bundesländern wurden nun erweitert, wobei Parteidemokratie und Parlamentarismus, Föderalismus und Rechtsstaatlichkeit, Grundlagen und Funktionsweise einer ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft und ausgewählte Fragen der deutschen Zeitgeschichte wichtige Schwerpunkte bildeten. Des Weiteren gewannen Themen wie Selbstverständnis und Rolle der Bundesrepublik Deutschlands in Europa, die Zukunft der europäischen Integration, Deutschlands Beitrag zur internationalen Friedensordnung und seine Verantwortung für die Menschen in den Entwicklungsländern wieder mehr Gewicht in der Bildungsarbeit.

Die Erfahrungen mit den innerdeutschen Dialogveranstaltungen zeigten, dass die Menschen in den neuen Bundesländern nach über vierzig Jahren politischer Indoktrination durch die SED einen beträchtlichen Bedarf an Orientierungswissen hatten. Außerdem ließ sich unschwer erkennen, dass nach dem Untergang der kommunistischen Diktatur das Erlernen von Verhaltensweisen, wie sie das Leben in einer pluralistischen Demokratie und einer freien Marktwirtschaft erforderten, nicht in kurzer Zeit

vonstattengehen würde. Vor allem die vergangenheitsbedingte Ungleichzeitigkeit der Bedürfnisse und Fragen, die jeweils verschiedene Wahrnehmung und Bewertung von Problemen und die unterschiedlichen Bedeutungsinhalte, die z. B. politische Leitbegriffe wie „Demokratie“ oder „Gerechtigkeit“ im Bewusstsein der Teilnehmer hatten, ließen ahnen, dass die Integration der Ost- und Westdeutschen zu einer neuen „Solidar- und Verantwortungsgemeinschaft“ eine dauerhafte Aufgabe sein würde.⁹⁰

Andererseits war unübersehbar, dass bereits Begegnungen von kurzer Dauer geeignet waren, wechselseitige Vorurteile und tradierte Vorbehalte abzubauen. Das gegenseitige Kennenlernen in persönlichen Gesprächen ermöglichte den authentischen Erfahrungsaustausch und trug erkennbar dazu bei, ein besseres Verständnis für die Probleme des jeweils anderen zu schaffen. Das IPB sah deshalb eine wichtige Aufgabe darin, einen Beitrag zur Verständigung über die Dringlichkeit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben sowie die Art und Weise ihrer Bewältigung zu leisten und die Bereitschaft der Bürger in Ost und West zur Unterstützung der dazu notwendigen Maßnahmen zu stärken. Auf diese Weise sollte die rationale und emotionale Bejahung der deutschen Einheit gefördert werden. Wohl wissend, dass diese mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik „als Gemeinschaftsaufgabe aller Deutschen [...] erst richtig begonnen“ hatte.⁹¹

Dem gemeinsamen Dialog zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses maß man deshalb – neben der weiterhin notwendigen Beratung, Hilfe und Orientierung für die politische Praxis – besonderes Gewicht bei. Deshalb wurde in Schloss Eichholz 1991 mit den „Deutschlandgesprächen“ ein neues Forum eingerichtet, auf dem Repräsentanten aus der ostdeutschen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur vor westdeutschem Publikum ihre Beobachtungen zur politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern vortragen und ihre Prognosen für den weiteren inneren Einigungsprozess zur Diskussion stellen konnten. Die Bildungswerke in den neuen Bundesländern boten den Bürgerinnen und Bürgern mit einer Vielzahl verschiedener Veranstaltungen, Foren zur Orientierung und Selbstverständigung an. Dabei wurden u. a. die zahlreichen Facetten des ostdeutschen Umbruchs, die Probleme einer angemessenen Aufklärung der DDR-Vergangenheit und Auseinandersetzung mit dem linken wie mit dem rechten Totalitarismus, ebenso wie die Rolle und Ziele der SED-Nachfolgepartei PDS diskutiert.

Bei der Thematisierung dieser Fragen zeigte sich, wie sich unter dem Druck der ökonomischen und psychosozialen Belastungen der Transformation manche teilungsbedingten Mentalitätsunterschiede, Verhaltensformen und Denkweisen (zumindest zeitweilig) eher zu verschärfen als zu verringern schienen.⁹² Deshalb sieht die Politische Bildung die Förderung und Verankerung einer neuen, d. h. *gesamtdesischen* demokratischen politischen Kultur bis heute als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an.

- 1| Vgl. Walter Gagel, *Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989*, 2. Aufl., Opladen 1995, S. 281 ff.
- 2| Vgl. Hans-Georg Wehling, *Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch*, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.), *Das Konsensproblem in der politischen Bildung*, Stuttgart 1977, S. 178–180.
- 3| Bernd Guggenberger/Claus Offe (Hrsg.), *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, Opladen 1984. Vgl. auch Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Umbrüche in der Industriegesellschaft, Herausforderungen für die politische Bildung* (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 284), Bonn 1990.
- 4| Bernd Guggenberger/Claus Offe (Hrsg.), *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, Opladen 1984. Vgl. auch Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Umbrüche in der Industriegesellschaft. Herausforderungen für die politische Bildung* (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 284), Bonn 1990.
- 5| Vgl. die Präambel des ersten Grundsatzprogramms der CDU von 1978, in: Bruno Heck (Hrsg.), *die CDU und ihr Programm*, Meile 1979, S. 178.
- 6| Vgl. Hans-Otto Kleinmann, *Geschichte der CDU 1945–1982*, hrsg. v. Günther Buchstab, Stuttgart 1993, S. 444.
- 7| Hans-Otto Kleinmann, *Geschichte der CDU*, a. a. O., S. 460.
- 8| Vgl. Helmut Kohl, *Der Kurs der CDU. Reden und Aufsätze der CDU*, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993, S. 21.
- 9| Vgl. ebd., S. 32 f.
- 10| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1981*, S. 6 und S. 19; zur Darstellung der inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte und der Arbeitsreformen s. Kapitel 5.2.
- 11| *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1981*, S. 6.
- 12| *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1986*, S. 13.
- 13| *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1987*, S. 53.
- 14| *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1988*, S. 51.
- 15| Ebd.
- 16| Hierzu veranstaltete die Politische Akademie im Juni 1988 eine Fachkonferenz; vgl. Rudolf Uertz (Hrsg.), *Menschenrechte in Ost und West* (= Studien zur politischen Bildung Bd. 16, Hrsg., im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von Klaus Weigelt, Politische Akademie), Mainz 1989.
- 17| Vgl. Klaus Weigelt (Hrsg.), *Die Soziale Marktwirtschaft erneuern. Arbeit – Soziale Sicherung – Familie* (= Studien zur politischen Bildung Bd. 12), Mainz 1986.
- 18| Bruno Heck (Hrsg.), *Verantwortung für die Jugend. Erziehung im demokratischen Staat* (= Studien zur politischen Bildung, Bd. 15), Mainz 1987.

- 19| Klaus Weigelt (Hrsg.), *Die Tagesordnung der Zukunft*, Bonn 1986.
- 20| Klaus Weigelt (Hrsg.), *Freiheit – Recht – Moral*, Bonn 1988.
- 21| Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.), *Bildung und Erziehung. Grundlagen humaner Zukunftsgestaltung*, Bonn 1991; Ders., Klaus Weigelt (Hrsg.), *Föderalismus in Deutschland und Europa*, Köln 1993.
- 22| Klaus Weigelt (Hrsg.), *Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen* (= Studien zur politischen Bildung, Bd. 7), Mainz 1984.
- 23| Klaus Weigelt (Hrsg.), *Werte, Leitbilder, Tugenden. Zur Erneuerung politischer Kultur* (= Studien zur politischen Bildung, Bd. 8), Mainz 1985.
- 24| Klaus Weigelt (Hrsg.), *Heimat – Tradition – Geschichtsbewusstsein* (= Studien zur politischen Bildung, Bd. 11), Mainz 1986.
- 25| Vgl. Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.), *Die Zukunft von Forschung und Lehre in den neuen Ländern, Vorträge und Beiträge der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Heft 20*, Bonn 1992.
- 26| Vgl. hierzu: Günther Buchstab, Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.), *Grundlagen und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik* (= Beiträge zur Bildungspolitik, Heft 1), Bonn 1992.
- 27| Vgl. *Veranstaltungsprogramm der Politischen Akademie 1984*, S. 3.
- 28| Vgl. Josef Thesing/Klaus Weigelt (Hrsg.), *Entwicklung und Subsidiarität. Deutsch-polnisches Gespräch über Wirtschaft und Gesellschaft im Lichte der christlichen Sozialethik*, Melle 1986.
- 29| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1992*, S. 12.
- 30| Vgl. *Einblicke 4/1998*, S. 4f und Newsletter. *Information aus Forschung & Beratung 4/1998*, S. 1.
- 31| Dortmund (für Westfalen-Lippe), Wesseling (für Rheinland; mit Sitz in Eichholz), Bonn-Düsseldorf (für Abend- und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen insgesamt; ebenfalls mit Sitz in Eichholz), Mainz (für Rheinland-Pfalz), Freiburg und Stuttgart (für Baden-Württemberg), Marburg (für Hessen) und Saarbrücken (für das Saarland), außerdem die sog. Verbindungsstelle Berlin (für West-Berlin); vgl. Kap. 4.1.
- 32| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1982*, S. 27.
- 33| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1988*, S. 42.
- 34| Vgl. die *Jahresberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung für 1988*, S. 42 f., für 1989, S. 26 und für 1990, S. 48.
- 35| Vgl. Hans-Joachim Veen/Jürgen Hoffmann, *Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre. Profil und Defizite einer fast etablierten Partei*, Bonn 1992, S. 17.
- 36| Klaus Gotto/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Die Grünen – Partei wider Willen* (= Studien zur politischen Bildung, Bd. 9), Mainz 1984, S. 7.
- 37| Vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1986, in: *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts*, 73. Band, Tübingen 1987, S. 2 ff. (= BVerfGE 73, S. 2 ff.).
- 38| Vgl. dazu Peter Lösche, *Wovon leben die Parteien?*, Frankfurt a. M. 1984, S. 76 ff. und Götrik Wewer, *Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb*, Opladen 1987, S. 42 ff. und 459 ff.
- 39| Vgl. BVerfGE 20, S. 112.
- 40| Vgl. BVerfGE 73, S. 31.
- 41| *Stellungnahme der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. zu dem Organstreitverfahren der Bundespartei „Die Grünen“*, maschinenschriftliches Exemplar vom 6. März 1984, S. 87 und 90 f. Vgl. auch die entsprechenden Ausführungen in BVerfGE 73, S. 31–37.
- 42| BVerfGE 73, S. 33 f.
- 43| BVerfGE 73, S. 33.
- 44| Vgl. Bruno Heck, *Europa und die deutsche Frage*, in: Ders., *Grundlagen und Wandel. Aufsätze und Reden 1976–1986*, Osnabrück 1987, S. 135–148.

- 45| Vgl. Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität der Deutschen*, München 1983, und Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Was ist deutsch? Die Unvermeidlichkeit, eine Nation zu sein*, München 1980.
- 46| Manfred Hättich, *Nationalbewusstsein und Staatsbewusstsein in der pluralistischen Gesellschaft*, Mainz 1966, S. 7.
- 47| Vgl. Dolf Stamberger, *Verfassungspatriotismus (Schriften, Bd. 10)*, Frankfurt a. M. 1990
- 48| Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971, 1972 und 1974*.
- 49| Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *wissenschaftliche Leitung: P. C. Ludz unter Mitwirkung von J. Kuppe*, Köln 1975.
- 50| Vgl. u. a.: *Die DDR zwischen Ost und West. Politische Analysen 1961 bis 1976*, 3. Aufl., München 1977; *Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung*, 3. Aufl., Köln 1970.
- 51| Vgl. u. a.: Karl Dietrich Bracher, *Der umstrittene Totalitarismus: Erfahrungen und Aktualität*, in: Manfred Funke (Hrsg.), *Totalitarismus – Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen*, Düsseldorf 1978, S. 81–101.
- 52| Vgl. hierzu Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin/Frankfurt a. M. 1992, S. 428 ff.
- 53| Helmut Schelsky, *Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung*, Opladen 1973.
- 54| Peter Christian Ludz, *Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen. Ein politischer Essay*, München 1974.
- 55| Ebd., S. 18.
- 56| Ebd., S. 107
- 57| Ebd., S. 103.
- 58| Elisabeth Noelle-Neumann, *Im Wartesaal der Geschichte. Bleibt das Bewusstsein der deutschen Einheit lebendig?*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Nachdenken über Deutschland*, Köln 1985, S. 133–146.
- 59| Vgl. dazu Karlheinz Nieclauß, *Kontroverse Deutschlandpolitik. Die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland über den Grundlagenvertrag mit der DDR*, Bonn 1976.
- 60| Sog. Grundvertragsurteil vom 31. Juli 1973, in: BVerfGE 36, S. 1.
- 61| Vgl. Matthias Wissmann, *Wie sieht die Jugend die deutsche Nation?*, in: Eichholz-Brief 2/1981, S. 1–7.
- 62| Walter Scheel, *Zur 25. Wiederkehr des 17. Juni 1953*, in: *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 66 vom 20. Juni 1978, S. 625–629, hier: S. 629.
- 63| Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), *Die deutsche Frage im Unterricht (= Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 23.11.1978)*, Neuwied 1979.
- 64| Vgl. Brigitte Mohr, *Auch die Lehrer wissen zu wenig über Deutschland. Eine Tagung in Eichholz über die Empfehlung der Kultusminister zur Behandlung der deutschen Frage*, in: FAZ vom 27. Februar 1979.
- 65| Brigitte Mohr, a. a. O.
- 66| Vgl. Dorothee Wilms, *Die Präambel und die innerdeutschen Beziehungen*, in: Dieter Haack u. a. (Hrsg.), *Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes*, S. 99–108, hier: S. 106 ff.
- 67| Vgl. Heinrich Windelen, *Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und Schwerpunkte der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit*, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Fachtagung zur deutschlandpolitischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen am 10./11. Oktober 1985 in Königswinter/Margarethenhof*, Bonn 1986, S. 27–44.

- 68| Siegbert Heid, *Zur innerdeutschen Bildungspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung*, in: *Fachtagung ...*, a. a. O., S. 45–51.
- 69| Günther Rüter, *Die einigende Kraft der Freiheitsidee. Die deutschlandpolitische Pädagogik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Selbstverständnis, politische Rahmenbedingungen, Themenfelder*, in: *Fachtagung ...*, a. a. O., S. 60–70.
- 70| Bernhard Vogel, *Politische Bildung und Deutschlandpolitik (Vortrag vom 03.07.1989 auf der Jahresarbeitstagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ in Berlin)*, in: *Politik und Kultur* 05.11.1989, S. 12–27, hier: S. 20 f.
- 71| Bernhard Vogel, a. a. O., S. 23.
- 72| Bernhard Vogel, a. a. O., S. 25 f.
- 73| Vgl. *Jahresberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung* 1983, S. 27; 1984, S. 28; 1985, S. 29 f.; 1986, S. 34 f.; 1987, S. 40 f.; 1988, S. 38 f.; 1989, S. 26 f.
- 74| Vgl. Helmut Rau, *Hin- und Hergerissen. Gruppenreisen durch die DDR*, in: *Eichholz-Brief* 3/1983, S. 49–53.
- 75| Vgl. Gerd Langguth, *„Sich verstehen – voneinander lernen – zusammenfinden“*. Die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: *Deutschland-Archiv* 2/1994, S. 163–168, hier: S. 164.
- 76| Günther Rüter (Hrsg.), *Alltag in der DDR (Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung)*, Melle 1988.
- 77| *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung* 1990, S. 45.
- 78| Vgl. Institut für Politische Bildung (Hrsg.), *Vor neuen Herausforderungen. Die Arbeit des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung im deutschen und europäischen Einigungsprozess*, Eichholz 1995, S. 7.
- 79| Die Mitglieder des Teams waren: Wolfgang Hilberer (bis dahin Leiter des Bildungswerks Saarbrücken des IPB der KAS), Claudius Schlumberger und Josef Gruber (beide Mitarbeiter des Internationalen Instituts), Dr. Matthias Zehnder (Mitarbeiter des Instituts für Kommunalwissenschaften) und Helmut Klappheck (Mitarbeiter der „Pfalz Akademie“, zuvor Landesgeschäftsführer der Jungen Union Rheinland-Pfalz); Klappheck wurde im Sommer 1990 durch Friedhelm B. Meyer zu Natrup (Mitarbeiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts) abgelöst. Die genannten Personen verfügten über Erfahrungen in der politischen Bildung und in der Politikpraxis.
- 80| Die Konrad-Adenauer-Stiftung hatte ebenso wie die übrigen parteinahen Stiftungen (mit Ausnahme der Regenbogen-Stiftung der „Grünen“) beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen „Zuwendungsanträge für materielle Hilfe in der DDR zum Aufbau demokratischer Strukturen gestellt und sich bereit erklärt, ihre personellen und organisatorischen Kapazitäten unentgeltlich für diese Demokratiehilfe zur Verwirklichung der deutschen Einheit einzusetzen.“ Diese Soforthilfe wurde in Absprache „...mit den Vertretern der Parteien, denen die Stiftungen nahestehen...“ und dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages kurzfristig bereitgestellt. Pressemitteilung des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Walter Priesnitz, vom 15.03.1990.
- 81| Telefonische Auskunft von Wolfgang Hilberer, dem ehem. Leiter des „DDR-Teams“.

- 82| Vgl. *Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politische Bildung (Hrsg.), Nichtkommunistische Parteien und Gruppierungen in der DDR. Bd. 1: Struktur und Zielvorstellungen, Bd. 2: Dokumentenanhang, Sankt Augustin 1990; Peter R. Weilemann/Friedhelm B. Meyer zu Natrup/Marcel Bulla/Wolfgang Pfeiler/Ulrich Schüller, Parteien im Aufbruch. Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR (= Deutschland-Report Nr. 8), hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2. akt. Auflage (mit den Ergebnissen der Volkskammerwahl vom 18. März 1990), Melle, April 1990.*
- 83| Lothar Kraft, *Wegen Umbau geöffnet. Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der DDR*, in: *IJK-Kurier*, Februar/März 1990.
- 84| *Institut für Politische Bildung (Hrsg.), Innerdeutscher Dialog. Veranstaltungen für politisch interessierte Bürger aus beiden Teilen Deutschlands*, Wesseling 1990.
- 85| Vgl. unten, Kapitel 6.2.
- 86| *Verteilt wurden insbesondere Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich schwerpunktmäßig mit der neuen Entwicklung in Deutschland und Europa befassten, so z. B. der „Eichholz-Brief“ und „Die Politische Meinung“. Darüber hinaus kamen hauptsächlich Broschüren zum Einsatz, die auch in den Veranstaltungen der politischen Bildung als Lehrmaterial verwendet wurden, z. B.: Wolfgang Reeder, Die Moral der Marktwirtschaft (hrsg. von Klaus Weigelt im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung), Wesseling 1991; Cornelia Leich, Rechtsstaat – was ist das? Zu den Grundlagen unseres Zusammenlebens (hrsg. von Klaus Weigelt im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung), Wesseling 1991.*
- 87| *Telefonische Auskunft von Wolfgang Hilberer.*
- 88| Vgl. *dpa-Pressemeldung vom 10.01.1990.*
- 89| Lothar Kraft, *a. a. O.*, S. 4.
- 90| Christian Meier, *Die Nation, die keine sein will*, München 1991, S. 45.
- 91| Günther Rüter, *Politische Bildung und politische Kultur im vereinigten Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Ausgabe vom 20. August 1992, S. 3.
- 92| Vgl. Günther Rüter, *Politische Bildung, politische Kultur und innere Einheit*, in: *Deutschland Archiv* 7/1995, S. 685–701.

6. DIE POLITISCHE BILDUNG SEIT DEM EPOCHENWECHSEL VON 1989

Mit dem Scheitern der real-sozialistischen Diktaturen in Mittelosteuropa, dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der wiedererlangten staatlichen Einheit Deutschlands ist die europäische Geschichte, die jahrzehntelang unter der Last des Kalten Krieges festgefroren schien, wieder in Gang gekommen. Wie im Zeitraffertempo durchlebten die Menschen „in jenen schon legendären 14 Monaten zwischen dem 19. August 1989 und dem 2. Oktober 1990“ einen dynamischen und tiefgreifenden Prozess, der das Ende des Ost-West-Konfliktes, die seit langem ersehnte Beseitigung des Eisernen Vorhangs und die Beendigung der europäischen und deutschen Teilung hervorbrachte.¹ Die dramatischen Veränderungen, die der „Epochenwechsel“ von 1989/90 bewirkte, führten zu einem historisch beispiellosen Wandel der Grundlagen und Leitgedanken der internationalen und europäischen Politik.²³ Dadurch ergaben sich auch für die deutsche Außenpolitik völlig veränderte Rahmenbedingungen. Neu war zudem, dass sich das vereinte Deutschland gegenüber den Risiken, die mit dem Ende der bipolaren Ordnung entstanden waren, *auf der Basis der vollen Souveränität* bewähren musste.⁴

Das (außen-)politische Gewicht und die Mitverantwortung der Deutschen für den Frieden, die Sicherung der Demokratie, für die Wahrung der Menschenrechte und für eine nachhaltige Entwicklung in der Welt waren durch die Vereinigung

gewachsen. Deshalb stellte sich zunächst vor allem die Frage nach Deutschlands Selbstverständnis und seiner zukünftigen Rolle in der internationalen Politik. Weil durch den Wegfall der alten machtpolitischen Systemgrenzen die globale Vernetzung vieler Aufgaben noch deutlicher als vor 1989 sichtbar geworden und die deutschen Interessen vielfach mit denen seiner Nachbarn und Partner verknüpft sind, sollte die neue Außenpolitik prinzipiell auf weltweite Partnerschaft, enge Kooperation und friedlichen Interessenausgleich ausgerichtet sein.

Für die Regierung Kohl stand fest, dass es auch nach der Einheit Deutschlands keine vernünftige Alternative zu einer festen politischen Einbindung Deutschlands in Europa gab.⁵ Bundeskanzler Kohl ließ keinen Zweifel daran, dass die Deutschen als zuverlässige Partner an der Vollendung des europäischen Binnenmarktes, der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und am Aufbau einer politischen Union in Europa mitwirken wollten.⁶

Den mittelosteuropäischen Reformstaaten sagte die deutsche Regierung Unterstützung bei den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen zu sowie Hilfe bei der Heranführung an die Europäische Gemeinschaft mit dem Ziel einer späteren Integration.

Darüber hinaus wollten die Deutschen gemeinsam mit den Partnern in den Bündnissen ihrer gewachsenen internationalen Verantwortung gerecht werden und zur Gestaltung der Welt von morgen beitragen. Wichtige Aspekte und Ziele der deutschen Außenpolitik bildeten die Fortsetzung und Pflege der transatlantischen Beziehungen, die Stärkung der Vereinten Nationen und der OSZE, der Ausbau der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit, Unterstützung für die Entwicklungsländer und die Förderung der Menschenrechte.⁷

In der Innenpolitik wurden die Deutschen mit der Notwendigkeit umfassender Neuorientierungen konfrontiert. Zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen zeitgeschichtlichen Erfahrungen und verschiedenen Zukunftserwartungen mussten nach über vierzigjähriger Trennung zu einer neuen Verantwortungs- und Solidargemeinschaft zusammengeführt werden. Die institutionelle und gesellschaftliche Verankerung der Demokratie und der Aufbau einer Sozialen Marktwirtschaft zählten zweifelsohne zu den vordringlichsten Aufgaben der Politik. Gleichzeitig war es im

Interesse einer „Stärkung unserer freiheitlichen Demokratie“ und einer „innere(n) Vereinigung unseres Volkes“ notwendig, sich mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur in Deutschland bewusst als einer *gemeinsamen* Vergangenheit auseinanderzusetzen.⁸

Die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Aufgaben des inneren Einigungsprozesses erforderten eine tiefgreifende Modernisierung der deutschen Wirtschafts- und Sozialstrukturen. Innere Reformen, wie z. B. der Umbau des Sozialstaates, waren durch die stärker werdende internationale Konkurrenz des Wirtschaftsstandortes Deutschland notwendig geworden. Dies bedeutete für die zusammenwachsenden Gesellschaften in Ost- und Westdeutschland zusätzliche Belastungen, die umso schwerer wogen, je mehr die Grundlagen des gemeinschaftlichen Lebens durch Wertewandel, fortschreitende Individualisierung der Lebensstile und durch eine negative demographische Entwicklung infrage gestellt wurden. Insofern war es neben den dringlichen Reformvorhaben eine wichtige Aufgabe der Innenpolitik, die Leistungsgrenzen des Staates aufzuzeigen und für eine Stärkung des Gemeinwohls, von Verantwortungsbereitschaft und Solidarität zu werben.⁹

Aus den skizzierten Veränderungen von 1989/90 haben sich auch für die Politische Bildung neue Herausforderungen ergeben. In einer immer unübersichtlicher werdenden Welt waren Aufklärung und Orientierungen für die Gegenwart und Zukunft dringend erforderlich. Deshalb forderte die Bundesregierung in ihrem „Bericht zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“ von 1991 u. a., dass sich Politische Bildung „im Unterschied zur Vergangenheit [...] in den 1990er Jahren stärker mit aktuellen politischen Problemen und mit Zukunftsfragen“ beschäftigen müsse:

„Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen technologischer Entwicklungen müssen ebenso behandelt und problematisiert werden wie ökologische Aspekte. Vor allem aber muss im Mittelpunkt der politischen Bildungsarbeit die politische und gesellschaftliche Integration im vereinigten Deutschland stehen. Nach dem Niederreißen der Mauer und nach der Vereinigung Deutschlands muss Politische Bildung ihren Beitrag dazu leisten, dass aus den bisherigen Teilen Deutschlands ein geistiges und gesellschaftliches Miteinander wird.“¹⁰

Der Bericht der Bundesregierung folgte hieraus, dass eine der wichtigsten Aufgaben der Politischen Bildung darin bestünde, zum Gelingen des inneren Einigungsprozesses beizutragen. Dazu sei es notwendig, für wichtige Politikbereiche Orientierungen auf demokratischer Grundlage zu vermitteln und eine kritische Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur und der deutschen Teilung zu unterstützen.

Dieser Forderung trug die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung ohnehin schon Rechnung, weil es seit der Herstellung der staatlichen Einheit am 3. Oktober 1990 ein vorrangiges Ziel ihrer Bildungsveranstaltungen war, den Bürgern im vereinten Deutschland die Aufgaben und Herausforderungen des inneren Einigungsprozesses zu verdeutlichen und ihnen gleichzeitig Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen.

In ihrer Stellungnahme vom 15. Juli 1991 zum Bericht der Bundesregierung konnte die Konrad-Adenauer-Stiftung darauf verweisen, dass das innerdeutsche Dialogprogramm in den neuen Bundesländern erweitert worden war.¹¹ Dies war geschehen durch Veranstaltungen zu Themen wie Parteiendemokratie und Parlamentarismus, Föderalismus und Rechtsstaatlichkeit, Grundlagen und Funktionsweise einer ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft, Rolle und Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen und internationalen Politik. Darüber hinaus wurden in den neuen Bundesländern bzw. für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den neuen Bundesländern Veranstaltungen zur Vermittlung von politischem Grund- und Orientierungswissen sowie Trainingsprogramme zur parlamentarischen Praxis und politischen Kommunikation durchgeführt.

In einer Bilanz der bisherigen Erfahrungen erläuterte die KAS, dass bei den Bürgern der neuen Bundesländer „nach 40 Jahren politischer Indoktrination und Demütigung durch den Repressionsapparat der SED [...] ein beträchtlicher Bedarf an Information und Orientierung“ bestünde, die es ihnen ermöglichen sollte, „sich unter den Bedingungen des vereinigten Deutschlands zurechtzufinden.“ Der Übergang vom „überkommenen Wertesystem des totalitären Staates DDR zu Verhaltensweisen, die das Leben in einer liberalen Demokratie prägen“, verunsichere die Menschen und führe mitunter sogar zu Vorbehalten gegenüber den Westdeutschen, wie in den Diskussionen während der Bildungsveranstaltungen erkennbar geworden sei. Dennoch hätten die Veranstaltungen des innerdeutschen

Dialogprogramms zu einem Abbau der wechselseitigen Unkenntnis und damit zu einer Annäherung und Verständigung unter den ost- und westdeutschen Teilnehmern beigetragen. In methodisch-didaktischer Hinsicht seien hierbei die Arbeit in gemischten Kleingruppen, der authentische, weil direkte Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Evaluation von zuvor erarbeiteten Problemlösungen besonders erfolgreich gewesen. Deshalb hatte sich die Konrad-Adenauer-Stiftung auf der Grundlage dieser Zwischenbilanz für ihre zukünftige Bildungsarbeit folgende Ziele gesetzt:¹²

„Akzeptanz und Verständnis zwischen den Deutschen durch gegenseitiges Kennenlernen fördern und damit den Prozess des Zueinanderfindens unterstützen.

Auf Basis eines Konsenses in den Grundprinzipien der verfassungsmäßig festgelegten Ordnung Meinungsvielfalt fördern und Toleranz einüben.

Zur Entwicklung einer positiven Grundhaltung und zur Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie und liberalen Wirtschaftsordnung beitragen.

Über den totalitären Anspruch und die Konsequenzen ideologischer Heilslehren aufklären und gegen politischen Extremismus resistent machen.

Motivation der Menschen fördern, ihre Rolle als Staatsbürger in unserer Demokratie aktiv und sachkundig wahrzunehmen.

Die wachsende Komplexität politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sachverhalte transparent machen.

Einen Beitrag zur Beteiligung an der Diskussion über die Entwicklung der geistigen Grundlagen der liberalen Demokratie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert leisten.

Zum Abbau nationaler Egoismen beitragen, das Verständnis für die Notwendigkeit zwischenstaatlicher Zusammenarbeit fördern und dabei vor allem die europäische Solidarität und Loyalität stärken.“

Daraus ergaben sich für die Politische Bildung wichtige *Themenschwerpunkte*, die sich aus den oben skizzierten politischen Aufgaben und Herausforderungen in Deutschland, Europa und auf der internationalen Ebene ableiten ließen. Die Bildungsveranstaltungen sollten vor allem politisches Grund- und Orientierungswissen vermitteln, wobei die Behandlung der kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und

ökologischen Dimensionen und Konsequenzen im Inneren Deutschlands einen inhaltlichen Schwerpunkt bildeten. Ein weiteres wichtiges Themenfeld stellte die europäische Integrationspolitik dar, wobei zunächst die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, der Aufbau der politischen Union und die Ausgestaltung der Beziehungen zu den mittelosteuropäischen Staaten im Vordergrund standen. Den dritten Themenschwerpunkt bildeten Fragen und Aspekte der internationalen Politik.

Das Veranstaltungsangebot der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung war grundsätzlich für alle Bürger offen, richtete sich aber insbesondere an *Multiplikatoren und ausgesuchte Zielgruppen*. Dazu zählten politische Funktions- und Mandatsträger, Fachleute und Interessenten aus den Bereichen der Kultur-, Bildungs-, Umwelt-, Energie- und Entwicklungspolitik, der Innen- und Sicherheitspolitik. Weitere Zielgruppen waren Vertreter kirchlich-karitativer Einrichtungen sowie der Medien, vor allem Nachwuchsjournalisten. Aber auch für Schüler der gymnasialen Oberstufe, für Studenten und Senioren gab es spezielle Angebote: Besonderes Gewicht wurde dabei jeweils auf die Ansprache von Frauen gelegt.

Um nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auch den inneren Vereinigungsprozess zu unterstützen, führte das IPB nach 1990 das Veranstaltungsprogramm des „Innerdeutschen Dialogs“ mit Teilnehmern aus allen Bundesländern fort. Die Politische Bildung sah ihre Aufgabe bei der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands insbesondere darin, den Bürgern ein Forum zu deren (Selbst-)Verständigung über die Aufgaben und Herausforderungen zu bieten, die sich aus dem Zusammenwachsen der Deutschen seit 1989 und der daraus resultierenden europäischen und internationalen Verantwortung ergaben. Dieses Selbstverständnis prägt die Praxis der Politischen Bildung bis heute.¹³

6.1 DIE STRUKTUREN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG VON 1992 UND DIE ORGANISATORISCHE WEITERENTWICKLUNG DER POLITISCHEN BILDUNG

Die großen Umbrüche von 1989/90 erforderten nicht nur eine Neuorientierung der Politischen Bildung, sondern auch eine Planungs- und Strukturreform der Stiftungsarbeit insgesamt. Das Ziel der Reform war, das Profil der Konrad-Adenauer-Stiftung zu schärfen und ihre Arbeit durch eine inhaltliche, methodische und organisatorische Konzentration effi-

zienter zu gestalten. In einer Ansprache „Zur Situation der Konrad-Adenauer-Stiftung“ hatte der Vorsitzende Bernhard Vogel am 11. Juni 1991 angekündigt, dass die Stiftung wegen der gestiegenen Anforderungen ihre Struktur und Leistungskraft überprüfen müsse. Die Stiftung benötigte laut Vogel vor allem eine neue Gesamtstrategie, die eine Bündelung der Aufgaben und eine stärkere Kooperation der Stiftungsinstitute sowie die Früherkennung wichtiger Zukunftsthemen ermöglichte.¹⁴

Am 28. Januar 1992 erläuterte Vogel vor der Mitarbeiterversammlung die Prinzipien und Ziele der bevorstehenden Reform und gab die zukünftige Struktur der KAS bekannt. Die bisher in sieben Institutionen organisierten Aufgaben und Funktionen würden künftig in den fünf Arbeitsbereichen Politische Bildung (PB), Forschung und Beratung (FuB), Wissenschaftliche Dienste (WD), Internationale Beziehungen (INT) und Verwaltung (V) gebündelt werden. Diese sollten eine möglichst vergleichbare Größe erhalten und in Hauptabteilungen, Abteilungen und – falls erforderlich – in Referate strukturiert werden.

Für den *Arbeitsbereich Politische Bildung* führte Vogel aus, dass dieser durch die zusätzlichen Aufgaben in den neuen Ländern, u. a. durch die Errichtung neuer Bildungswerke und durch den Erwerb von Schloss Wendgräben, zwischen Magdeburg und Berlin gelegen, eine wesentliche Ausweitung erfahren habe. Deshalb sollte sich der Arbeitsbereich PB künftig in die drei Hauptabteilungen „Bildungswerk“, „Bildungszentren“ und „Kultur“ gliedern. In der letzten würden die zuvor in verschiedenen Instituten verorteten Stiftungsaktivitäten in den Bereichen Kunst, Musik und Literatur gebündelt werden. Die bislang in Eichholz ansässige Politische Akademie werde künftig Bestandteil des Arbeitsbereiches „Forschung und Beratung“ sein und die „wichtige Aufgabe ‚Zeitdiagnose und Zukunftsforum‘ wahrnehmen.“¹⁵

Die aus der Strukturreform resultierenden Konsequenzen für die einzelnen Arbeitsbereiche wurden am 13. Dezember 1993 in einem Beschluss des Vorstandes detailliert festgelegt.¹⁶ Darin wurde unterstrichen, dass die Politische Bildung auch in Zukunft eine Kernaufgabe der Stiftung sei und ihre Bedeutung außer Frage stehe. Um ihre Wirkung bei gleichzeitiger Kostenentlastung zu intensivieren, sollte die Konzentration auf die Zielgruppe der Multiplikatoren beibehalten und „das Schwergewicht ihrer Arbeit noch mehr auf die Entwicklung von didaktischen Modellen“ gelegt werden.¹⁷ Langfristig werde auf diesem Wege die Einrichtung einer

„Medienzentrale für die politische Bildung christlich-demokratischer Ausrichtung“ angestrebt, um in Zukunft „Unterrichtsmodelle, standardisierte und aktuelle Lernprogramme zu wichtigen Themen sowie Lehrmaterial in Klassensätzen“ für regionale Bildungsveranstaltungen oder den Schulunterricht anbieten zu können.¹⁸

Die Politische Bildung hat seit Anfang der 1990er Jahre *Hand- und Arbeitsbücher* zu den Themen „Soziale Marktwirtschaft“, „Politik und Gesellschaft in Deutschland“ und „Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative?“ erstellt. Zur visuell-didaktischen Ergänzung von Fachvorträgen wurden *Folienmappen mit Begleittexten* entwickelt, u. a. zu den Themen „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“, „Stationen auf dem Weg zur deutschen Einheit“, „Europäische Integration“ und „Deutschlands Nachbar Polen“. Die *Wanderausstellungen* („Leben in Entwicklungsländern“, „Rettungsaktion Planet Erde“, Konrad Adenauer im Portrait 1917–1966“) können im Rahmen der regionalen Bildungsarbeit überall in der Bundesrepublik gezeigt werden. Von den genannten Medienangeboten machen in erster Linie Schulen Gebrauch, darüber hinaus aber auch eine Vielzahl interessierter Mittler, die sich in unterschiedlichen pädagogischen Bereichen betätigen.

Um die Wirksamkeit der Politischen Bildung zu intensivieren und ihre Reichweite zu erhöhen, wurde seit 1993 sowohl in den Bildungszentren als auch in den regionalen Bildungswerken ein besonderes Schwergewicht auf *öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen* gelegt. Zu diesen zählen insbesondere die großen Foren zu wichtigen Zukunftsfragen der aktuellen Politik, der politischen Kultur und des gesellschaftlichen Lebens mit bis zu 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Eichholz, in den Bildungswerken mit bis zu 400 und mehr. Besonders herausragende Veranstaltungen sind u. a. die alljährlich stattfindenden Foren zur Bedeutung des Sports in unserer Gesellschaft, zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit und zur Denkmalpflege in Deutschland, an denen sich regelmäßig hochrangige Politiker, führende Wissenschaftler und ausgewählte Fachleute beteiligen.

Aus der Arbeit der Politischen Bildung nicht mehr wegzudenken sind die Foren mit DDR-Bürgerrechtlern zu Fragen des innerdeutschen Einigungsprozesses und der Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, die regelmäßig unter Beteiligung prominenter Politiker u. a. des früheren CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang

Schäuble, stattfinden.¹⁹ Zu den medienwirksamen Aktivitäten gehören die bereits erwähnten Deutschlandgespräche, besonders anspruchsvolle überregionale Fachtagungen für wichtige Zielgruppen wie Lehrer, Journalisten und politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich, aber auch der Schülerwettbewerb des Bereichs Politische Bildung, der 1995 unter der Schirmherrschaft der damaligen Bundesministerin Claudia Nolte zum Thema „Aufbruch nach der Katastrophe. Christlich-demokratischer Neubeginn nach 1945“ erstmals durchgeführt wurde.²⁰

Um dem veränderten Freizeitverhalten der Bürger zu entsprechen und gegenüber der Konkurrenz expandierender Freizeitangebote bestehen zu können, hat die Politische Bildung dem Vorstandsbeschluss vom Dezember 1993 folgend seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt *Kurzzeitveranstaltungen* (Podiumsdiskussionen, Einzelvorträge, Kolloquien etc.) angeboten. Diese prägen insbesondere das Veranstaltungsangebot der regionalen Bildungswerke. In den Bildungszentren Eichholz (und Wendgräben) jedoch haben die auf kontinuierliche Wirkung angelegten *systematischen Seminare* ihren Platz behalten. Die klassische längerfristige Seminararbeit wird auch zukünftig einen hohen Stellenwert in den Angeboten zur Qualifizierung wichtiger Zielgruppen wie ehrenamtlichen Funktionsträgern, politisch engagierten Frauen und jungen Erwachsenen haben.

Bei allen diesen Aufgaben versteht es sich von selbst, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bildungszentren und Bildungswerken untereinander einen intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch pflegen und ihre konzeptionellen und organisatorischen Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen untereinander vernetzen. Darüber hinaus wird auch das Know-how der anderen Arbeitsbereiche der Konrad-Adenauer-Stiftung bei der inhaltlichen Vorbereitung von Seminaren und Tagungen genutzt, so etwa durch die Beteiligung an bereichsübergreifenden Arbeitskreisen, die Verwendung von Stiftungspublikationen als Unterrichtsmaterialien, die Beschaffung von Informationen durch das Archiv für Christlich Demokratische Politik (ACDP) und nicht zuletzt durch den Referenteneinsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Arbeitsbereichen der KAS.

6.2 DIE HAUPTABTEILUNG BILDUNGSZENTREN

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung beschloss bereits im Frühjahr 1990, in den neuen Bundesländern ein zweites Bildungszentrum zu errichten. Mit dieser Entscheidung wollte man ein klares Signal für die staatliche Einheit Deutschlands setzen und des Weiteren die Voraussetzungen für eine möglichst effiziente Unterstützung der innerdeutschen Einigung mit den Mitteln der Politischen Bildung schaffen. Dabei dachte man wohl zunächst daran, ein mehr oder weniger mit dem Bildungszentrum Schloss Eichholz identisches „Eichholz II“ zu gründen. Allerdings wurde im weiteren Verlauf der ersten Hälfte der 1990er Jahre angesichts wachsender Anforderungen bei gleichzeitig knapper werdenden Finanzmitteln eine Neudefinition der *Aufgabenprofile der Bildungszentren* erforderlich. Im Sinne einer wirkungsvollen Arbeitsteilung mussten spätestens seit 1995 die zur Verfügung stehenden Kapazitäten auf die wichtigsten zentralen Aufgaben konzentriert werden. Diese bestanden für die Politische Bildung unzweifelhaft in der Unterstützung des zunehmend bedeutsamer werdenden europäischen Integrationsprozesses und in der Förderung der innerdeutschen Einigung. Um zur Verwirklichung dieser Ziele einen effektiven Beitrag zu leisten, begann man damit, die Aufgabenprofile der beiden Bildungszentren stärker als bisher an diesen Herausforderungen auszurichten und im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung neu zu definieren.

Seitdem werden große Anstrengungen unternommen, Eichholz zu einem *Zentrum der europäischen Bildung* fortzuentwickeln. Die Zielsetzung, das europäische Bewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern und vor allem bei der jungen Generation nachhaltig und fest zu verankern, prägt das Bildungsangebot des Hauses. Dazu wurden Europatage und europäische Projektwochen für verschiedene Zielgruppen (z. B. für Lehrer, Nachwuchsjournalisten, junge Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, Studenten und Schüler der gymnasialen Oberstufe) mit Begegnungsprogrammen in Straßburg und Brüssel als weitere neue Angebote in das Programm aufgenommen. Die bislang mit großem Erfolg praktizierte Öffnung der Bildungsveranstaltungen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem westeuropäischen Ausland wurde beibehalten und in dieses Konzept eingebunden. Das Aufgabenprofil des Bildungszentrums Schloss Wendgräben ist vor allem dadurch geprägt, dass die dort stattfindenden Bildungsveranstaltungen durch eine *Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur in Deutschland* zur

Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, zur Festigung eines freiheitlichen Demokratiebewusstseins in den neuen Ländern und zur Verankerung einer gesamtdeutschen, antitotalitären und demokratischen politischen Kultur beitragen sollen. Vor allem die *Wendgräbener Dialogforen*, die ost- und westdeutsche Teilnehmer zum gemeinsamen Gespräch zusammenführen sollen, stellen sich diesen Herausforderungen. Darüber hinaus bilden Seminare und Fachtagungen mit Teilnehmern aus den mitteleuropäischen Nachbarstaaten (z. B. zur Thematik der EU-Osterweiterung und zu Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit) einen festen Bestandteil des Programmangebotes.

Die Leitung des Arbeitsbereiches Politische Bildung behielt ihren Sitz im Bildungszentrum Schloss Eichholz. Dort lag auch die Federführung für die Themenfindung und die inhaltlich-konzeptionelle Entwicklung von Veranstaltungsprogrammen und Handreichungen für den Unterricht. Dies bedeutete konkret, dass die Grundstruktur des Bildungsprogramms in Eichholz auch für die Arbeit in Wendgräben bestimmend war und die pädagogischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter im neuen Bildungszentrum Schloss Wendgräben bei der Erstellung von Programmentwürfen und der Verpflichtung von Referenten unterstützten. Auf diese Weise kam es zu einer engen Abstimmung und Verzahnung mit der Arbeit, wobei auch die Kooperation mit den anderen Arbeitsbereichen der Konrad-Adenauer-Stiftung gesucht wurde.

a) Bildungszentrum Schloss Wendgräben

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung beschloss bereits im Frühjahr 1990, auf dem Gebiet der damals noch existierenden DDR ein zweites Bildungszentrum zu errichten. Diese Entscheidung ist natürlich im Kontext zu den vielfältigen Aktivitäten der KAS zu sehen, die unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 begannen. Sie war – vor dem Hintergrund der damaligen politischen Auseinandersetzungen um die weitere Entwicklung in Deutschland – als ein klares Signal für die Herstellung der staatlichen Einheit zu verstehen. Ausschlaggebend war allerdings die langfristige Überlegung, dass man möglichst frühzeitig die organisatorischen und logistischen Voraussetzungen dafür schaffen wollte, um nach einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den neuen Ländern eine überregionale Bildungsarbeit durchführen zu können.

Nach dieser grundsätzlichen Entscheidung begann im Vorstand eine Diskussion über einen geeigneten Standort für das zu errichtende Bildungszentrum. Hierbei erwog man u. a. – vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte über eine stärker östliche bzw. protestantische Prägung des zukünftigen Deutschlands –, zu dem im katholischen Rheinland liegenden Bildungszentrum Schloss Eichholz ein Pendant im evangelischen Osten zu schaffen.²¹ Des Weiteren wurden zwei grundsätzliche Varianten zur Umsetzung dieses Planes überlegt: Zum einen bot sich die Möglichkeit an, an der Elbe einen Neubau zu errichten, um der – hoffentlich bald – vergangenen Teilung und der bevorstehenden Vereinigung Deutschlands einen sinnfälligen Ausdruck zu verleihen. Zum anderen konnte man nach einer geeigneten Immobilie suchen, um beispielsweise unter den zahlreichen ostdeutschen Schlössern in der weiteren Umgebung Berlins ein geeignetes Objekt zu kaufen und zu einer Bildungsstätte umzubauen.

Nachdem im weiteren Verlauf der Überlegungen ein Neubau aus Kostengründen als Möglichkeit ausgeschlossen war, beauftragte der KAS-Vorstand einen Architekten, in dem Gebiet der DDR nach einem Gebäude mit dazugehörigem Grundstück zu suchen. Im weiteren Verlauf des Jahres 1990 wurden daraufhin eine Reihe von Immobilien besichtigt und hinsichtlich des Zustandes, ihrer Bausubstanz, der Verkehrsanbindung etc. überprüft, aber kein einziger Vorschlag des Architekten erwies sich letztlich als realistisch. In diesem Zusammenhang wurde zeitweilig auch über eine Übernahme der zentralen Schulungsstätte der Ost-CDU in Bad Scheidungen (in der Nähe Naumburgs an der Unstrut) diskutiert. Aber auch diese Möglichkeit schied bald aus den engeren Überlegungen aus, weil das gesamte Anwesen wegen seiner Übergröße finanziell nicht tragbar gewesen wäre.²²

Erst im Jahr darauf zeichnete sich eine realistische Möglichkeit für ein ostdeutsches Bildungszentrum ab. Im April begab sich ein Mitarbeiter des IPB in Eichholz, Michael Fey, in der weiteren Umgebung von Magdeburg erneut auf die Suche nach einer geeigneten Immobilie und besichtigte im Verlauf einer Woche in Abstimmung mit der Treuhandanstalt, dem Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt und den zuständigen Lokalbehörden mehrere Objekte. Dabei stieß er mehr oder weniger zufällig auf das vier Kilometer nordöstlich des Städtchens Loburg gelegene Schloss Wendgräben, das von 1910–1912 als Herrensitz der Familie von Wulffen erbaut worden war.²³ Nachdem bei einer ersten Besichtigung im

Beisein des Stiftungsvorsitzenden, Dr. Bernhard Vogel, Größe und Lage des Hauses als geeignet eingestuft worden waren und weitere Untersuchungen durch Bauprüfer der Stiftung ein positives Bild von der baulichen Beschaffenheit des Schlosses ergeben hatten, wurden alsbald die Gespräche mit dem Landkreis Zerbst aufgenommen, um zu einem Kaufvertrag zu gelangen.

Dieser konnte trotz teilweise schwieriger Verhandlungen innerhalb kurzer Zeit, vor allem unterstützt durch das Engagement des Landrates Georg Credo, im Dezember 1991 über Haus und Park Wendgräben abgeschlossen werden.²⁴ Nachdem der Kaufvertrag am 1. Januar 1992 rechtskräftig geworden war, begannen noch im selben Monat die Planungsarbeiten und Bausicherungsmaßnahmen. Allerdings konnte der eigentliche Umbau des Hauses zu einem modernen Bildungszentrum wegen unvorhergesehener Schwierigkeiten erst 1994 in Angriff genommen werden.

Der Aufgaben- und Einzugsbereich des Bildungszentrums Schloss Wendgräben erstreckte sich seit seiner Entstehung über die neuen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hinaus auch auf Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein. Des Weiteren sollte das Bildungszentrum von Anfang an ein „Brückenforum“ für Teilnehmer aus den mittelosteuropäischen Nachbarstaaten sein. Die äußeren Umstände brachten es mit sich, dass die Mitarbeiter vor Ort wie ein regionales Bildungswerk arbeiten mussten, aber die Aufgaben eines überregionalen Bildungszentrums wahrzunehmen hatten.²⁵ Bei der Bewältigung dieser Anforderungen mussten wegen der zögerlichen Baufortschritte von vornherein manche Abstriche erfolgen. Das klassische Bildungsangebot einer überregionalen Tagungsstätte konnte wegen fehlender Räumlichkeiten und zahlreicher, durch Alltagswidrigkeiten bedingter organisatorischer Schwierigkeiten nur allmählich aufgebaut werden.

Zu Beginn des Jahres 1993 nahm das Bildungszentrum (ohne ein nutzbares, festes Haus) die Arbeit auf. Seit Februar 1993 wurden von einem Büro einer ehemaligen LPG in Isterbies, dann von November 1993 an von Loburg aus Bildungsveranstaltungen organisiert und in gemieteten Räumen in der näheren Umgebung durchgeführt. Bereits vom 5. auf den 6. März 1993 fand im Pfarrsaal der evangelischen Altstadtgemeinde in Magdeburg das erste Dialogforum zum Thema „Wahrheit und Gerechtigkeit – Taten und Folgen der SED-Diktatur“ im Beisein des damaligen

KAS-Generalsekretärs, Professor Gerd Langguth, statt.²⁶ Dieser ersten Veranstaltung folgten noch im selben Jahr weitere Dialogforen zu Themen wie „Städte, Kreise, Gemeinden und die Europäische Union – zu den Auswirkungen der Verträge von Maastricht auf die Kommunen“ (April), „Herausforderung politischer Extremismus – das Gewaltmonopol des Staates und die wehrhafte Demokratie“ (Juni) und „Autoren hinter Schloss und Riegel – Literaturgeschichte der SED-Zeit zwischen Totschweigen und Verdrängen“ (Juli). Darüber hinaus fanden – ebenfalls in diesem Jahr – zahlreiche Seminare, Fachtagungen und Symposien für unterschiedliche Zielgruppen statt. Dabei bildeten die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den neuen Bundesländern, die Vermittlung von Grundlagenwissen über das politische System der Bundesrepublik Deutschland (Rechtsstaatlichkeit, repräsentative Demokratie, Soziale Marktwirtschaft etc.), vor allem aber die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur in Deutschland die wichtigsten Themenschwerpunkte.

Dadurch, dass Schloss Wendgräben noch nicht als Begegnungsstätte zur Verfügung stand, wurde zwar die organisatorische Umsetzung der Bildungsarbeit erschwert, andererseits konnte aber der Bekanntheitsgrad der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgrund der ständig wechselnden Tagungsorte in der Region kontinuierlich ausgebaut werden. Anfängliche Mutmaßungen, dass das Interesse der ostdeutschen Bevölkerung an Politischer Bildung vielleicht nicht von Dauer sein könnte, weil sie diese aufgrund früherer Erfahrungen mit politischer Indoktrination gleichsetzen würden, bestätigten sich nicht: Die Zahl der Bildungsveranstaltungen und der Teilnehmer nahm von Jahr zu Jahr stetig zu. In dieser Zeit ist es gelungen, viele Partner und Kontakte sowohl im politischen als auch im vorpolitischen Raum für die Arbeit des Bildungszentrums Schloss Wendgräben zu interessieren und zu begeistern.

Die geschilderte positive Entwicklung wurde vor allem durch herausragende, medienwirksame Veranstaltungen gefördert und unterstützt. Hierzu zählen insbesondere die Wendgräbener *Dialogforen* unter Beteiligung prominenter Bürgerrechtler und Politiker, die zu einer Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit und zu einer Verständigung über die Aufgaben des innerdeutschen Einigungsprozesses anregen sollen. Die Dialogforen verstanden sich von Anfang an als Orte freimütiger und kontroverser, aber stets fairer Diskussionen zwischen Menschen aus den neuen und alten Bundesländern. Sie behandelten Themen wie „Heraus-

forderungen des politischen Extremismus an den demokratischen Staat“, „Vom sozialistischen Leitbild zum Wertpluralismus“ und „Nationalstaat und Nation im Konzept der europäischen Integration“. Bei der Auswahl von Zielgruppen und Referenten wird nach wie vor besonderes Gewicht auf ein ausgewogenes Ost-West-Verhältnis gelegt, damit dem Dialoganspruch Rechnung getragen wird. Neben dem Versuch, zu einer Verständigung über wichtige Zukunftsfragen beizutragen und damit den Weg zur inneren Einheit zu ebnen, verfolgen insbesondere die Dialogforen die Zielsetzung, Grundlagen zu einer gemeinsamen antitotalitären, demokratischen politischen Kultur zu legen.

Die Veranstaltungsreihe der *Dessauer Symposien* bietet Fachleuten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, aber auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die Gelegenheit, sich in einem offenen Meinungsaustausch über die Lösung von ökonomischen, ökologischen und strukturellen Gestaltungsaufgaben in der Region zu verständigen.

Einen hohen Stellenwert hat auch die *kulturelle Arbeit*: Lesungen, Konzerte und Ausstellungen verdeutlichen frühzeitig, dass Wendgräben in Zukunft auch die Funktion eines kulturellen Zentrums im Landkreis Anhalt-Zerbst und für das Land Sachsen-Anhalt insgesamt wahrnehmen wollte. Die *kulturpolitischen Studienreisen* boten vor allem westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, aufgrund der über vierzigjährigen Teilung Deutschlands für sie nahezu unbekannt gewordene Kulturlandschaften und deren Geschichte wieder neu zu entdecken. Diese Reisen fanden unter wissenschaftlicher Begleitung statt. Sie umfassten Führungen und Besichtigungen, Gespräche mit Historikern, Künstlern und Vertretern des politischen Lebens der jeweils bereisten Region. Mit der Zielsetzung, die gemeinsame Geschichte und Kultur erlebbar zu machen, sollte ein weiterer Beitrag zur inneren Einigung der Deutschen geleistet werden.

Wegen der enormen Nachfrage vonseiten der ostdeutschen Teilnehmer kam es auch zu einer allmählichen Übernahme der über viele Jahre in der Bildungsarbeit in Schloss Eichholz erprobten und bewährten Kurse der systematischen Weiterbildung in das Wendgräbener Programmangebot. Zunächst begann man mit der Grundstufe des Kommunalpolitischen Seminars, die durch Informations- und Trainingsprogramme für die 1994 in Sachsen-Anhalt gewählten kommunalen Mandats- und Funktionsträger ergänzt wurden. Seit Anfang Juni 1997 wurde das Kommunalpolitische

Seminar um die Aufbaustufe I erweitert und die ersten drei Stufen des Wirtschaftspolitischen Seminars angeboten. Die erfolgreiche Teilnahme berechtigte die Absolventen zum Besuch weiterer Aufbaustufen bzw. der Abschlussstufe in Eichholz. Darüber hinaus wurde das Politische Seminar 1998 komplett von Eichholz nach Wendgräben verlagert, so dass dort seitdem alle Stufen absolviert werden können.²⁷

Im November 1996 zog das Büro Loburg in das Bildungszentrum Schloss Wendgräben. Die ursprünglich vorgesehene Bauzeit hatte sich aufgrund zunächst verborgener schwerer Schäden in der Gebäudesubstanz verzögert. Am 6. Juni 1997 nahm das umgebaute und vollständig renovierte Bildungszentrum seine Arbeit im eigenen Haus mit einer russisch-deutschen Lehrerfortbildung zum Thema „Russland als europäische Großmacht – das Zeitalter Katharina der Großen“ auf.²⁸

Inzwischen hat sich Wendgräben – nicht zuletzt auch dank seiner vielfältigen kulturellen Aktivitäten (Autorenlesungen, Konzerte, Ausstellungen) – für die Menschen in der Region, in Sachsen-Anhalt und in den übrigen neuen Bundesländern als ein *Zentrum des innerdeutschen Dialogs* etabliert. Darüber hinaus hat Wendgräben aufgrund seiner günstigen geografischen Lage die Durchführung von Dialogveranstaltungen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den mittelost- und südosteuropäischen Nachbarstaaten übernommen. Bis 1996 war hierfür das Bildungszentrum Eichholz zuständig gewesen.

b) Bildungszentrum Schloss Eichholz

An der grundsätzlichen Aufgabenstellung des Bildungszentrums Schloss Eichholz, durch die Vermittlung von Politischer Bildung auf christlich-demokratischer Grundlage zur Verwirklichung der inneren Einheit und zur Verankerung der Demokratie beizutragen, über die Notwendigkeit und die Perspektiven der europäischen Einigung und über die neue Verantwortung Deutschlands im internationalen Bereich zu informieren, hat sich seit der deutschen Einheit und im Verlauf der 1990er Jahre nichts geändert. Obwohl die Zahl der Veranstaltungen zum „Innerdeutschen Dialog“ in Eichholz seit 1992 wieder abnahmen, blieb das Programmangebot weiterhin so konzipiert, dass west- und ostdeutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur gemeinsamen freien Meinungsbildung und Selbstvergewisserung über wichtige Zukunftsfragen zusammengeführt werden. Unter Berücksichtigung der aus der jeweils aktuellen politischen

Entwicklung resultierenden Themenschwerpunkte und Zielsetzungen bestimmten folgende Veranstaltungsformen das Programmangebot in Eichholz:²⁹

Die *Eichholzer Foren* sollen führenden Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Meinungsführern, Intellektuellen und Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Möglichkeit zu einem breit angelegten, fachübergreifenden Dialog eröffnen. Ziel dieser Veranstaltungsform ist es, zur Versachlichung der Diskussion über kontroverse Themen der Politik beizutragen, die öffentliche Meinungsbildung im Sinne der christlich-demokratischen Idee zu beeinflussen und auf diese Weise Impulse für die geistig-politische Orientierung zu geben.

Fachtagungen vermitteln Vertretern ausgewählter Zielgruppen und Tätigkeitsbereiche berufs- und praxisbezogene Informationen, die mit der Diskussion historischer, gesellschaftspolitischer Grundsatzfragen und aktueller politischer Gestaltungsaufgaben verknüpft sind. Die Fachtagungen, die die Erwartungen der jeweiligen Zielgruppen in die Programmplanung einbeziehen, wenden sich vor allem an politische Funktions- und Mandatsträger (Schwerpunkt: Kommunalpolitik), Lehrerinnen und Lehrer (Schwerpunkt: Gymnasien), Vertreter der Medien (Schwerpunkt: Nachwuchsjournalisten), junge Führungskräfte aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung, an Fachleute aus den Politikbereichen Wirtschaft und Soziales, Kultur, Bildung, Sport, Verkehr, innere und äußere Sicherheit, Umwelt und Entwicklung und an ältere Mitbürger.

Das langjährig erfolgreich erprobte Angebot der systematisch aufeinander aufbauenden Grundlagenseminare (Politisches Seminar, Wirtschaftspolitisches Seminar, Kommunalpolitisches Seminar) wird kontinuierlich fortgeführt. Im Rahmen dieser Seminare werden über die Vermittlung der politisch-inhaltlichen Grundlagen unserer Parteiendemokratie auch wichtige Zukunftsthemen unserer Gesellschaft diskutiert und Orientierungen aus christlich-demokratischem Politikverständnis für die politische Praxis angeboten. Mit den Seminaren werden insbesondere jüngere politische Funktions- und Mandatsträger und Einsteiger in die Politik systematisch auf die Übernahme von Verantwortung in Staat und Gesellschaft vorbereitet.³⁰ Im Frühjahr 1997 wurde das Angebot der Grundlagenseminare um das drei Stufen umfassende Europapolitische Seminar erweitert.

Die Trainingsprogramme zur parlamentarischen Praxis umfassen Aus- und Fortbildungsangebote zu Rhetorik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie spezielle Argumentationstrainings für die politisch-parlamentarische Praxis. Zweck und Ziel dieser Trainings ist die Vermittlung praktischer Fähigkeiten, die Chancen für eine aktive und erfolgreiche Beteiligung an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen verbessern sollen.

Die Seminare für junge Erwachsene sollen der jungen Generation politische Orientierungshilfen anbieten und diese für ein soziales bzw. gesellschaftspolitisches Engagement gewinnen. Diese Zielgruppe (im Alter von 16 bis 25 Jahren) hat seit Beginn der 1990er Jahre einen stabilen Anteil von ca. 35 Prozent am Gesamtaufkommen der Teilnehmer. Neben der Einbindung in die drei genannten Grundlagenseminare profitiert sie von speziellen Bildungsangeboten, zu denen die Seminare für Studentinnen und Studenten (innerdeutscher und europäischer Dialog), Schülerseminare (Grundlagen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, bildungs- und beschäftigungspolitische Themen) und zahlreiche Workshops für Schüler- und Studentenzeitungsredakteure („Wege in den Journalismus“) gehören.

Bei allen Veranstaltungen des Bildungszentrums Eichholz wurden seit Anfang der 1990er Jahre (ebenso wie in Wendgräben) Frauen durch gezielte Ansprache besonders gefördert. Auf diese Weise konnte der Anteil der Frauen an der Gesamtteilnehmerzahl auf über 40 Prozent gesteigert werden, wobei etwa ein Drittel der Teilnehmerinnen aus den neuen Ländern kam.³¹ Für politisch besonders interessierte bzw. aktive Frauen wurde das sog. Frauenkolleg ins Leben gerufen. Unter dem Titel „Frauen und Politik“ wurden in drei aufeinander aufbauenden Kursstufen Grundlagen für ein erfolgreiches politisches Engagement vermittelt. Einige besonders engagierte Absolventinnen haben 1996 das *Frauenforum Eichholz* gegründet, weil sie sich über die bis dahin üblichen Angebote hinaus weiter qualifizieren wollten. Die Mitglieder des Frauenforums haben sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen reiner Frauenseminare (mit Kinderbetreuung) zusätzliche Aufbaukurse für Rhetorik und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen und sich kontinuierlich und detailliert über aktuelle Fragen der Politik zu informieren. Das wichtigste Anliegen dieser Initiative ist es, vor allem politisch aktive Frauen mit einem solidarischen Netzwerk effektiv zu unterstützen.³²

Eine für das Profil des Bildungszentrums Schloss Eichholz entscheidende Tendenz zeichnete sich seit 1991/92 immer deutlicher ab: Die europapolitische Bildungsarbeit gewann zunehmend an Bedeutung. Im weiteren Verlauf der 1990er Jahre wurde sie zu einem prägenden Element des Programmangebotes.³³ Angesichts der rasanten Veränderungen in Europa und der daraus resultierenden Rückbesinnung auf die Nationalstaaten, brauchten die Menschen nicht nur zunehmend mehr Orientierung und Informationen, sondern mussten auch stärker als zuvor dazu motiviert werden, die Anstrengungen ihrer Regierungen auf der europäischen Ebene mitzutragen. Dies führte dazu, dass der Maastrichter Vertrag über die Fortentwicklung der EG zur Europäischen Union im Februar 1992 sowie die darin vereinbarten Zukunftsaufgaben (u. a. gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik), aber auch die anstehende Osterweiterung und die dazu notwendig gewordenen institutionellen EU-Reformen in stärkerem Umfang als bisher thematisiert werden und im Programmangebot des Bildungszentrums insgesamt mehr Gewicht erhalten mussten.

Obwohl die Bedeutung der Bildungsarbeit in Schloss Eichholz angesichts der Entwicklungen in der europäischen und internationalen Politik gestiegen war, erwog der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung im Frühjahr 1996, die Einrichtung aufzugeben und das Haus zu verkaufen. Vor dem Hintergrund knapper werdender Finanzmittel bei gleichzeitig steigenden Anforderungen und nicht zuletzt wegen der notwendig gewordenen Verstärkung des Engagements der Stiftung in Berlin, mussten zweifelsohne in allen Arbeitsbereichen Sparmaßnahmen getroffen werden.³⁴ Dass dadurch aber ausgerechnet die Existenz der „Urzelle“, aus der alle späteren Einrichtungen der Stiftung hervorgegangen sind und das Haus, das der Namensgeber der Stiftung, Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, im April 1957 persönlich eröffnet hatte, infrage gestellt werden sollte, stieß nicht nur bei den Mitarbeitern in Eichholz, sondern auch bei der Bevölkerung in der Region, bei den Absolventen der Bildungsveranstaltungen und bei zahlreichen Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern der Union auf Befremden.^{35/36} Nach einigen Monaten nahm der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung wieder Abstand von seinem Vorhaben. Der Vorsitzende der Stiftung, Professor Günter Rinsche, MdEP, erläuterte diese Entscheidung mit der Bestätigung, „dass Eichholz im vereinten Deutschland eine wichtige Aufgabe mit Blick auf die europäische Integration“ habe.

„Wir dürfen den westeuropäischen Pfeiler der europäischen Einigung nicht vernachlässigen. Der Name Bonn wird in In- und Ausland mit dem aktiven Eintreten für die Europäische Union verbunden, der Name Eichholz steht für eine intensive und engagierte europapolitische Bildungsarbeit! Alle sachlichen und qualitativen Gründe sprechen für den Erhalt von Schloss Eichholz als Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung.“³⁷

Derart in seiner Arbeit bestärkt, unternahm das BZ Schloss Eichholz weitere Anstrengungen, das Profil seines Bildungsangebotes „als ein Zentrum des [...] europäischen Dialogs“ zu schärfen.³⁸ So boten wichtige und bahnbrechende Entwicklungen in der europäischen Einigungspolitik – u. a. die Beseitigung der letzten Hürden zu einem pünktlichen Start der gemeinsamen europäischen Währung „Euro“ und die Vorbereitungen für den Beginn der Verhandlungen zur EU-Osterweiterung –, den Anlass, 1997 ein dreistufiges *Europapolitisches Seminar* (EPS) zu entwickeln und zu einem neuen Bestandteil der systematischen Weiterbildung zu machen. Ähnlich wie das Politische, das Wirtschaftspolitische und das Kommunalpolitische Seminar gegliedert, vermittelte es in drei aufeinander aufbauenden Kursen die Grundlagen der europäischen Einigung und thematisierte die gemeinsamen Zukunftsfragen der Mitgliedsstaaten. In einem einwöchigen Grundkurs wurden die geistesgeschichtlichen Wurzeln der europäischen Einigung erörtert, die historische Entwicklung der Integration von den Anfängen bis in die Gegenwart dargestellt und der institutionelle Aufbau, die Kompetenzen der einzelnen Organe und das Gesetzgebungsverfahren in der EU problematisiert. Dabei hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, in einem Planspiel selbst einmal die Rolle eines Europapolitikers zu übernehmen, Verhandlungen zu führen und Entscheidungen zu treffen.

In einem ebenfalls einwöchigen Aufbaukurs, der auch ein zweitägiges Programm in Brüssel mit Informationsgesprächen im Europäischen Parlament, in der Kommission und im Ministerrat umfasste, standen die Grundlagen, Ziele und Instrumente des europäischen Integrationsprozesses im Vordergrund. Arbeitsschwerpunkte bildeten der Vertrag von Amsterdam, die Haushalts- und Finanzpolitik, das Gemeinschaftsrecht der EU, das Subsidiaritätsprinzip und das Europa der Regionen, die Befugnisse des Europäischen Parlaments und die Rolle der europäischen Parteien sowie die europäischen Politikfelder Beschäftigung und Soziales, Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Der Abschlusskurs des EPS beinhaltete ein eintägiges Programm in Frankfurt am Main mit Informationsgesprächen mit Vertretern der Europäischen Zentralbank und ausgewählter Finanzinstitute. Wichtige Themenschwerpunkte bildeten die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union. Mittels eines Planspiels wurden die Vorbereitungen der EU auf ihre Erweiterung, der aktuelle Stand und der mögliche Fortgang der Beitrittsverhandlungen simuliert, wobei insbesondere die Erwartungen, Entwicklungsperspektiven und Interessen der potenziellen Beitrittskandidaten thematisiert wurden. Darüber hinaus wurden die Vollendung des Binnenmarktes durch die Einführung des Euro und die Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik thematisiert. Das Seminar schloss – im Zusammenhang mit der Erörterung der Flexibilität als Leitprinzip der europäischen Integration – mit einer Diskussion über die Zukunftsperspektiven der Europäischen Union.

Vor dem Hintergrund der großen Zukunftsaufgaben in der europäischen Politik – von der Verwirklichung der Europäischen Union, den notwendigen Reformen der europäischen Institutionen und Verfahren, über die Osterweiterung bis hin zur Ausarbeitung einer Verfassung bzw. eines Grundgesetzes für Europa – war und ist es eine zentrale und dauerhafte Herausforderung für das Bildungszentrum Schloss Eichholz, durch eine breitenwirksame politische Bildungsarbeit zu einem integrationsfreundlichen Bewusstsein in der Bevölkerung beizutragen:

„Die Bürgerinnen und Bürger immer noch stärker davon zu überzeugen, dies zählt [...] zu den vordringlichsten Aufgaben politischer Bildung, um unserem Ziel einen weiteren Schritt näherzukommen: Der Schaffung eines europäischen Bewusstseins. Das Europa der Verträge, das Europa der Kommissionen und Institutionen sind zwar notwendige Voraussetzungen, Europa als Gemeinwesen aber wird nur dann Zukunft haben, wenn es auch von den Europäern selbst vom Verstand her akzeptiert und vom Gefühl her verinnerlicht wird. Auf der Ebene der Regionen und der Ebene der historisch gewachsenen Nationen ist die Identifikation bereits vollzogen. Europa muss als eine dritte gleichgewichtige, ergänzende Ebene hinzutreten.“³⁹

Bislang bestätigte die Nachfrage, die das Europapolitische Seminar, aber auch andere Bildungsveranstaltungen zu europapolitischen Themen fanden, dass Eichholz ein Zentrum dieser europapolitischen Bildung war und ist. Darüber hinaus blieb es ein Anliegen des Hauses zu verdeutlichen, dass die Vertiefung und die Erweiterung der Europäischen Union ebenso wie die Vision der europäischen Einigung überhaupt ein entscheidendes Merkmal christlich-demokratischer Politik seit Konrad Adenauer ist.

6.3 DIE HAUPTABTEILUNG BILDUNGSWERKE

Durch die Friedliche Revolution von 1989 und die Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 veränderte sich zwischenzeitlich die Aufgabenstellung der Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung. In einer knapp zweijährigen Übergangsphase wurden ihre bisherigen regionalen Aktivitäten zugunsten des „Innerdeutschen Dialogs“ zurückgestellt. Dies bedeutete konkret, dass die Bildungswerke in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet Seminare und Fachtagungen mit west- und ostdeutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchführten, um auf diese Weise ihren Beitrag zur innerdeutschen Verständigung zu leisten. Darüber hinaus beteiligten sie sich an den Bemühungen des „DDR-Teams“ und des IPB, in der DDR den Aufbau demokratischer Strukturen zu unterstützen und im Zuge des Prozesses zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands organisatorische Grundlagen für die regionale Bildungsarbeit in den neuen Ländern zu institutionalisieren.⁴⁰ So wurden in den neuen Bundesländern vier neue Bildungswerke eröffnet. Zunächst in Leipzig (seit August 1990) und Rostock (seit September 1990), in Berlin (1991) und – ungeachtet der Mittelkürzungen und Sparmaßnahmen seit 1992 – in Erfurt (seit 1993).⁴¹ Gemeinsam mit dem für Brandenburg zuständigen Verbindungsbüro in Potsdam und dem im Aufbau befindlichen Bildungszentrum Schloss Wendgräben gewährleisteten diese neuen Einrichtungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ein flächendeckendes politisches Bildungsangebot.^{42 43}

Nachdem dieser neue institutionelle Rahmen für die politische Bildungsarbeit in den neuen Ländern erschaffen worden war, konnten die Bildungswerke in den alten Ländern wieder ihren eigentlichen Aufgaben nachkommen. Darüber hinaus hat sich die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung durch die Übernahme von Akademien der befreundeten Hermann-Ehlers-Stiftung in Niedersachsen etabliert. Dazu kam es,

weil der Vorstand dieser Stiftung im Verein mit den Verbänden der niedersächsischen CDU zu der Überzeugung kam, dass eine Intensivierung der politischen Bildungsarbeit angesichts der deutschen Einheit und den daraus resultierenden Veränderungen in Europa notwendig sei. Da sich die Ehlers-Stiftung weder in finanzieller noch in personeller Hinsicht in der Lage sah, einer solchen Anforderung zu entsprechen, bat sie die Konrad-Adenauer-Stiftung, ihre Akademien in Niedersachsen, Bremen und Hamburg zu übernehmen.⁴⁴ Daraufhin eröffnete der geschäftsführende KAS-Vorsitzende, Dr. Gerd Langguth, im Laufe des Jahres 1993, sechs neue Bildungswerke in Oldenburg, Osnabrück, Hannover, Lüneburg, Hamburg und Bremen. Durch diese Ausdehnung der politischen Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im nordwest- und im ostdeutschen Raum erhöhte sich die Gesamtzahl der Bildungswerke auf insgesamt einundzwanzig.⁴⁵ Im Rahmen der Strukturreform der Stiftung wurden diese zur Hauptabteilung Bildungswerke zusammengefasst, die ihren Sitz im Bildungszentrum Schloss Eichholz in Wesseling hat.

Über ihren originären Auftrag hinaus, versuchten die Bildungswerke in den neuen Ländern während der ersten Jahre der deutschen Einheit beim Aufbau demokratischer Strukturen in der Kommunal- und Landespolitik auch beratend tätig zu sein.⁴⁶ Eine Hauptaufgabe bestand vor allem darin, die breitenwirksame Vermittlung von Grundlagenwissen über das Wesen und die Funktionsweisen des demokratischen Rechtsstaates und der Sozialen Marktwirtschaft. Darüber hinaus erwarteten die Menschen in Ostdeutschland von der Politischen Bildung konkrete Orientierungshilfen für den neuen Lebensalltag in Beruf, Familie und Gesellschaft. Wichtige Herausforderungen und Themen der Bildungsarbeit waren (und sind nach wie vor) die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen in Europa, die Einübung demokratischen Denkens und Handelns, die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit im Sinne einer Immunisierung gegen radikale bzw. extremistische Versuchungen und die Verankerung einer soliden und tragfähigen demokratischen politischen Kultur.

Wie bisher sind die Bildungswerke für die regionale politische Bildungsarbeit in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme Bayerns und Schleswig-Holsteins) zuständig. Als kleine, flexible Arbeitseinheiten sollen sie in ihrem jeweiligen regionalen Einzugsgebiet Politische Bildung bürgernah vermitteln. Die Veranstaltungsangebote schließen sich inhaltlich an die Vorgaben der jährlichen Arbeitsplanungen der

Bereichsleitung in Schloss Eichholz an, werden aber auch durch regionale Akzente und landespolitische Themen ergänzt. In grenznahen Gebieten unterstützen die Bildungswerke durch ihre Informations- und Aufklärungsarbeit die Aktivitäten und die Handlungsfähigkeit der Euroregionen. Darüber hinaus thematisieren die Bildungswerke auch kurzfristig aktuelle, kontrovers diskutierte Fragestellungen, um auf diese Weise zeitnah über neue politische Entwicklungen bzw. Entscheidungen informieren zu können. Mit ihren Veranstaltungen bieten sie eine wichtige Plattform für die Begegnung und den Gedankenaustausch zwischen der Bevölkerung, den politischen Entscheidungsträgern und wichtigen Meinungsführern in der jeweiligen Region.

Um den Bildungsveranstaltungen eine größere Resonanz zu verschaffen, wurde ein besonderes Gewicht auf Öffentlichkeits- und medienwirksame Kurzzeitveranstaltungen (Vorträge, Ringvorlesungen, Gesprächsrunden etc.) gelegt. Diese Entwicklung war aufgrund der Mittelkürzungen der Zuwendungsgeber notwendig geworden. Dennoch wurde die Arbeit in den neuen Bundesländern durch die Auflage eines mehrjährigen Sonderprogramms verstärkt.⁴⁷ Dieses zeichnete sich dadurch aus, dass Themen aus den Bereichen der Kommunalpolitik, der inneren Sicherheit sowie der Bildung und Erziehung bevorzugt behandelt wurden und sich vor allem auf die Zielgruppen Senioren und Frauen konzentrierten.

6.4 DIE HAUPTABTEILUNG KULTUR

Im Rahmen der Strukturreform der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte sich der Vorstand dazu entschlossen, die zuvor in verschiedenen Institutionen verorteten Stiftungsaktivitäten in den Bereichen Kunst, Musik und Literatur in einer Hauptabteilung zusammenzufassen und diese dem Bereich Politische Bildung zuzuordnen. Im Beschluss des Vorstandes vom 13. Dezember 1993 wurde festgelegt, dass man die Kulturarbeit als „stiftungsspezifische Aufgabe“ fortführen wolle, weil sie von „keiner anderen Institution im christlich-demokratischen Bereich so wahrgenommen“ werde. Die Hauptabteilung Kultur sollte zunächst bemüht sein, die aktuellen Trends der kulturellen Szene im In- und Ausland laufend zu analysieren, wobei insbesondere der Vertiefung der „internationalen Beziehungen der Kulturnation Deutschlands...“ besondere Bedeutung beigemessen wurde.⁴⁸

Die in die drei Referate Kunst, Musik und Literatur untergliederte Hauptabteilung sollte fortan zur Verständigung zwischen Kulturschaffenden und Politik beitragen. Dazu ist es notwendig, mit Schriftstellern, Musikern, bildenden Künstlern und Intellektuellen Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Die Hauptaufgabe der Arbeit besteht in der Beobachtung aktueller kultureller Entwicklungen und in ihrer exemplarischen Dokumentation, um die Bedeutung von Kultur für das politische und gesellschaftliche Leben bewusst zu machen. Zu diesem Zweck wurden – z. T. mit Unterstützung der Bildungswerke – zahlreiche Ausstellungen und Konzerte zeitgenössischer Künstler aus dem In- und Ausland und eine Vielzahl von Autorenlesungen und Literaturtagungen durchgeführt, so dass inzwischen die Kulturarbeit in den Bildungszentren und in den Bildungswerken der Stiftung ihren festen Platz hat. Außerdem werden seit mehreren Jahren Stipendien zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses vergeben. Vor allem jüngere und noch unbekanntere Autoren erhalten dabei die Gelegenheit, ihre Arbeit intensiv voranzutreiben.

Anerkannt und begehrt ist mittlerweile auch der 1992 von Bernhard Vogel ins Leben gerufene Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung, der an Autorinnen und Autoren vergeben wird, die sich in ihrem Werk in besonderer Weise für die Würde und Freiheit des Menschen engagiert haben. Die alljährliche Verleihung des Literaturpreises in Weimar findet vor allem unter Wissenschaftlern und Studierenden große Resonanz. Sie genießt den größten Öffentlichkeitswert unter den kulturellen Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung und hat nicht zuletzt das Verhältnis der Autoren zur CDU erheblich positiv verändert.⁴⁹⁵⁰ Die zunächst mit 20.000 DM, seit 1997 mit 25.000 DM dotierte Auszeichnung wurde bislang an Sarah Kirsch (1993), Walter Kempowski (1994), Hilde Domin (1995), Günter de Bruyn (1996), den Schweizer Autor Thomas Hürlimann (1997) und an Hartmut Lange (1998) verliehen. Die Preisträger werden von einer aus Literaturwissenschaftlern und -kritikern bestehenden unabhängigen Jury ausgewählt.⁵¹

Der politische Umbruch von 1989/90 hat auch der Kultur die Grenzen geöffnet. Dadurch ist europa- und weltweit eine erweiterte kulturelle Vielfalt sichtbar geworden. Literatur, Kunst und Musik können seitdem ungehindert Brücken zu einem größeren Europa und einem besseren Weltverständnis bauen. Dieser neuen Situation stellt sich die Konrad-

Adenauer-Stiftung, indem sie in ihrem kultur- und bildungspolitischen Programm europäische und außereuropäische Kulturen anhand herausragender Werke exemplarisch berücksichtigt. Dies wurde besonders augenfällig anhand einer Reihe von Ausstellungen, die der interessierten Öffentlichkeit neben ausgewählten Arbeiten vieler deutscher Künstler auch die Werke tschechischer („Lyra Pragensis“, 1993), polnischer (Elzbieta Woitas, 1994), französischer (Marc Chagall, 1995), südafrikanischer („Ubuntu“, 1994), lateinamerikanischer („Manu – Amazonasparadies Peru“, 1995), japanischer (Atsuko und Kunihiko Kato, 1996) und spanischer („Formas del Espiritu“, 1997) Grafiker, Maler und Bildhauer zeigten.

Ähnlich bunt und vielfältig verhält es sich mit den Konzerten, die den musikalischen Teil der Kulturarbeit bilden. Neben klassischer Musik von Boccherini, Mozart, Beethoven, Mendelssohn Bartholdy und Schostakowitsch wurden herausragende Werke zeitgenössischer Musiker aufgeführt, u. a. virtuose Flötenkompositionen von Bob Downes (USA), Stücke für Blechbläser von Paul Terse (USA) und nicht zuletzt das „Cadenabbiaer Glockenbuch“ des Bonner Komponisten und Cellisten Michael Denhoff, das dieser während eines dreiwöchigen Stipendiums in der Villa La Collina, dem Feriendomizil Konrad Adenauers am Comer See, komponiert hatte. Darüber hinaus wurde auch Musik aus anderen Kulturkreisen zu Gehör gebracht, so z. B. durch Konzerte mit klassischer indischer (1994) und traditioneller japanischer Musik (1995).

Im Zusammenhang mit den in Deutschland und Europa stattfindenden gesellschaftlichen Transformationsprozessen nach dem Ende der totalitären Diktaturen kommt der Beschäftigung mit der zeitgenössischen Literatur, vor allem unter dem Gesichtspunkt einer an Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit orientierten öffentlichen Bewusstseinsentwicklung, besondere Bedeutung zu. Dass dieser Umstand für die Hauptabteilung Kultur ebenso wie für die Politische Bildung eine besondere Herausforderung darstellt, zeigt die Vielzahl von Lesungen mit Autoren, die sich in der Vergangenheit während des Nationalsozialismus oder in der DDR für die Würde des Menschen engagiert haben und zugleich selbst auf je eigene Weise Leidtragende politischer Unterdrückung waren. Zu den Schriftstellerinnen und Schriftstellern, die seit 1989 immer wieder im Rahmen unterschiedlichster Bildungsveranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung aus ihren Werken gelesen haben, gehören Autoren wie Hilde Domin, Richard Wagner, Walter Kempowski, Günter de Bruyn, Reiner Kunze, Barbara Honigmann, Uwe Saeger, Adolf Muschg, Lutz

Rathenow, Helga Schubert, Wolfgang Hilbig, Hans Joachim Schädlich und viele andere mehr.

Um den (vorrangig historischen) Zusammenhang von Literatur und Politik an exemplarischen Fällen einsichtig zu machen und gleichzeitig für die Gegenwart und die Zukunft einen Beitrag zu einem verständigen Dialog zwischen Geist und Macht zu leisten, trafen sich 1993 im Bonner Wissenschaftszentrum mehrere Hundert Teilnehmer aus ganz Deutschland zu einem Symposium zum Thema „Autor, Macht, Staat, Literatur und Politik in Deutschland“.⁵² Die Idee zu dieser Veranstaltung war im Kreis der Schriftsteller, Politiker und Literaturkritiker entstanden, mit denen die Konrad-Adenauer-Stiftung seit 1989 in Bonn, Weimar und Berlin einen kontinuierlichen Gedankenaustausch betrieben hatte. Die Palette der Themen umfasste Fragen nach dem Verhältnis deutscher Schriftsteller zur Nation, zu den politischen Ideologien des 20. Jahrhunderts und zur Staatsmacht. Abschließend wurden die Rolle, das Selbstverständnis und die Verantwortung der Intellektuellen in der politischen Wirklichkeit der Gegenwart thematisiert.⁵³

Von herausragender Bedeutung und großer Medienaufmerksamkeit begleitet war z. B. das Forum über „Die Intellektuellen und die nationale Frage“, das 1994 im Bildungszentrum Schloss Eichholz stattfand.⁵⁴ 1996 wurde eine weitere herausragende Veranstaltung zu diesem Themenkomplex in Bonn durchgeführt: Im Rahmen des Symposiums unter dem Titel „Literatur in der Diktatur“ wurde in einer Reihe von Vorträgen am Beispiel von Bertolt Brecht, Gottfried Benn, Peter Huchel und Christa Wolf der These nachgegangen, dass sowohl der Nationalsozialismus als auch die SED-Diktatur die Literatur, aber auch alle andere Kunst, deformiert und instrumentalisiert haben.⁵⁵

Ähnliche Themen waren auch Gegenstand von Tagungen für Studentinnen und Studenten. In Berlin wurde 1995 ein mehrtägiges Seminar für ost- und westdeutsche Germanistikstudenten zum Thema „Deutsche Einheit im Spiegel der Gegenwartsliteratur“ durchgeführt. Darin hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausführlich Gelegenheit, mit Autoren wie Günter de Bruyn, Uwe Kolbe und Hans Joachim Schädlich zu diskutieren.⁵⁶ Die Veranstaltungsreihe wurde 1996 mit einer Tagung zum Thema „Wendzeiten – 1989 und die Folgen auf dem deutschen Theater“ und 1997 mit einem Autorensseminar zum Thema „Epochenschwellen. Literatur und Politik 1789 und 1989“ fortgesetzt.

Deutsche Schriftstellerinnen und Schriftsteller haben seit 1995 die Möglichkeit, im Rahmen der sog. Autorenwerkstatt in Cadenabbia aus bislang unveröffentlichten Texten zu lesen und dabei Fragen der zeitgenössischen Poetik und Ästhetik, Probleme der Lyrik und die Begleitumstände ihres Schaffens zu erörtern. Mit Aktivitäten dieser Art versucht die Hauptabteilung Kultur, einen größeren Zusammenhalt unter den Schriftstellern zu stiften und den Gedankenaustausch zwischen ihnen zu fördern. Dabei versucht sie auch Brücken zu den europäischen Nachbarn zu schlagen und die verbindenden, grenzüberschreitenden Aspekte der Literatur zu verdeutlichen. Dies gelang z. B. 1995 anlässlich einer Konferenz mit tschechischen und deutschen Germanisten über die Prager deutsche Literatur. Bei dieser Tagung unterstrich vor allem ein Vortrag von Professor Eduard Goldstücker über die Geschichte der böhmischen deutschsprachigen Literatur vom Vormärz bis zu Kafka, dass die Literatur als Brücke zu einem größeren Europa dienen kann.⁵⁷ Dass solche Fragen auch bei der breiten Öffentlichkeit auf Interesse stoßen, zeigte die Podiumsdiskussion zum Thema „Polnische Literatur unbekannt – warum?“. Diese Veranstaltung, deren prominentester Teilnehmer Marcel Reich-Ranicki war, lockte 1994 mehrere Hundert Gäste nach Eichholz.⁵⁸

- 1| Hans-Peter Schwarz, *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 1994, S. 170.
- 2| Rolf Peter Sieferle, *Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1994; Georg Kohler/Martin Meyer (Hrsg.), *Die Folgen von 1989*, München 1994.
- 3| Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die neue Weltpolitik*, Baden-Baden 1995.
- 4| Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hrsg.), *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 1: Grundlagen, München 1994.
- 5| Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Kohl vom 03.10.1990, in: *Bulletin vom 05.10.1990*, Nr. 118, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 1240–1248.
- 6| Botschaft von Bundeskanzler Dr. Kohl zum Tag der Deutschen Einheit an alle Regierungen der Welt, mit denen das vereinte Deutschland diplomatische Beziehungen unterhält, vom 03.10.1990, in: *Bulletin Nr. 118*, S. 127–1228.
- 7| Vgl. ebd.
- 8| Rainer Eppelmann, Vorwort zum Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, in: *Materialien der gleichnamigen Enquete-Kommission*, Bd. 1, Baden-Baden 1995, S. 84.
- 9| Vgl. Wolfgang Schäuble, *Und der Zukunft zugewandt*, Berlin 1994.
- 10| Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, *Deutscher Bundestag, Drucksache 12/1773 vom 10.12.1991*, S. 3.

- 11| Bericht der Bundesregierung, a. a. O., S. 32–35.
- 12| Bericht der Bundesregierung, a. a. O., S. 34.
- 13| Vgl. die jew. Arbeitsplanung des IPB bzw. des Bereichs Politische Bildung und die entsprechenden Jahresberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung der Jahre 1990–1997.
- 14| Bernhard Vogel, *Zur Situation der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ansprache vor der Betriebsversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin*, 11. Juni 1991 (unveröffentlichtes Redemanuskript), S. 12 ff.
- 15| Bernhard Vogel, *Die Reform der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ansprache vor der Mitarbeiterversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 28. Januar 1992 in Sankt Augustin* (unveröffentlichtes Redemanuskript), S. 8 ff. und S. 11.
- 16| *Konzentration der Stiftungsaufgaben 1994–1996. Beschluss des Vorstandes am 13. Dezember 1993* (unveröffentlichtes Manuskript), Sankt Augustin 1993, S. 4.
- 17| *Als Beispiele hierfür wurden genannt der „Schülerpressedienst“ und das Lernprogramm „Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland*, hrsg. von Günther Rüter, 3. Auflage, Bonn 1989.
- 18| *Konzentration der Stiftungsaufgaben ...*, a. a. O., S. 4.
- 19| *Läuft die deutsche Einheit richtig? Bürgerrechtler diskutieren in Eichholz*, in: *Einblicke*, Heft 4/1996, S. 3.
- 20| Vgl. *Einblicke*, Heft 3/1995, S. 3 und Heft 2/1996, S. 19.
- 21| Vgl. z. B. Arnulf Baring, *Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler*, Berlin 1981.
- 22| *Die Ost-CDU war an die KAS mit der Bitte herangetreten, die Möglichkeit einer Übernahme der Schulungsstätte durch die politische Bildung der Stiftung zu prüfen. Daraufhin besichtigte der IPB-Leiter, Dr. Günther Rüter, Burgscheidungen im Sommer 1990. Zur Schulungsstätte der Ost-CDU vgl.: Christlich Demokratische Union (DDR, Hrsg.), Die zentrale Bildungsstätte der Christlich Demokratischen Union, Otto Nuschke, Burgscheidungen, Berlin (Ost) 1956 und Hans Barger (Hrsg.), Burgscheidungen. Schloss und Park im Unstruttal, Berlin (Ost) 1975. Zu den Aufgaben und Zielen der Schulungsstätte vgl. Martin Reißmann, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formatierung einer Blockpartei (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 27, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben von Günter Buchstab u. a.)*, Düsseldorf 1995.*
- 23| *Nachdem die Familie des Magdeburger Industriellen Hans-Waldemar von Wulffen von den Nationalsozialisten enteignet worden war, wurde das Anwesen von 1939–1945 durch die NS-Volkswohlfahrt (NSV) genutzt. Von 1947 an war dort eine Heimoberschule mit zeitweise bis zu 160 Schülern untergebracht. Nach deren Verlegung nach Zerbst 1975 zog eine Sonderschule für schwer lernende Schüler mit einem angegliederten Internat ein, das 1991 in eine Schule für geistig behinderte Kinder umgewandelt wurde und noch im Laufe desselben Jahres ebenfalls nach Zerbst umzog.*
- 24| *So mussten z. B. die Besitzverhältnisse und eventuell anstehende Restitutionsansprüche geklärt werden. Außerdem befürchteten die umliegenden Kommunen, dass der Bevölkerung und den ehemaligen Internatsschülern der Zugang nach Schloss Wendgräben verwehrt würde. Diese Bedenken konnten erst ausgeräumt werden, nachdem die Konrad-Adenauer-Stiftung versichert hatte, dass das zukünftige Bildungszentrum ein offenes Haus sein werde.*
- 25| *So der heutige Leiter des Bildungszentrums Schloss Wendgräben, Norbert Beckmann-Dierkes, in einem Interview vom Herbst 1994; vgl.: Mehr Interesse an politischer Bildung*, in: *Einblicke*, Heft 1/1995.

- 26| Vgl. Gerd Langguth/Joachim Gauck, Wolfgang Schuller/Ines Veith, *Wahrheit und Gerechtigkeit. Taten und Folgen der SED-Diktatur (= Aktuelle Fragen der Politik, Heft 1, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung), Sankt Augustin 1994.*
- 27| Vgl. Jahresprogramm des Bildungszentrums Schloss Wendgräben für 1998, S. 21.
- 28| *Das BZ-Wendgräben verfügt über zwei Hörsäle (100–150 Personen), vier Seminarräume (20–40 Personen), 18 Einzel- und 22 Doppelzimmer (Dusche, WC, Fernseher, Telefon), Turmzimmer, Sauna, Fitnessraum, Bierstube, Sonnenterrasse, Landschaftspark.*
- 29| Vgl. hierzu die Halbjahresprogramme des Bildungszentrums Schloss Eichholz für die Jahre ab 1992 und die entsprechenden Arbeitsplanungen.
- 30| Absolventen der mehrstufigen Grundlagenseminare haben sich 1991 zum „Eichholzer Kreis e. V.“ zusammengeschlossen, der in Ergänzung und über die Seminare der KAS hinaus im In- und Ausland die Weiterbildung und gesellschaftliche Information der Vereinsmitglieder unterstützt und fördert. Vgl.: Vereinssatzung „Eichholzer Kreis. Freundeskreis der Absolventen der mehrstufigen Grundlagenseminare der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Eichholzer Kreis e. V.“ vom 24. Januar 1998, § 1: Zweck des Vereins.
- 31| Vgl. Werner Blumenthal, *Politische Bildung für jedermann. Im Bildungszentrum Schloss Eichholz Bilanz gezogen*, in: *Einblicke Heft 2/1993*, S. 5.
- 32| Vgl. *Netzwerk ausbauen. Frauenforum Eichholz gegründet*, in: *Einblicke Heft 2/1996*, S. 16.
- 33| Vgl. *Institut für Politische Bildung (Hrsg.), Vor neuen Herausforderungen ...*, a. a. O., S. 16.
- 34| *Erstmals in der Geschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung standen 1993 weniger Haushaltsmittel als im Vorjahr zur Verfügung. Diese Entwicklung hat sich bis heute kontinuierlich fortgesetzt.*
- 35| *Generalsekretär Ottfried Hennig in seinem Festvortrag anlässlich der Gedenkfeier zum 40-jährigen Bestehen der politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 15. Mai 1997 in Schloss Eichholz. Vgl.: Demokratie braucht mündige Bürger, Eichholz-Brief Sonderdruck, Wesseling 1997, S. 4.*
- 36| *Besonders der „Eichholzer Kreis e. V.“, ein Zusammenschluss der Absolventen der mehrstufigen Grundlagenseminare der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat sich für den Fortbestand des Bildungszentrums Schloss Eichholz eingesetzt.*
- 37| *Protokollarische Zusammenfassung einer Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Günter Rinsche, MdEP, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bildungszentrums in Schloss Eichholz am 29. August 1996. Eine Kopie befindet sich im Besitz des Verf.*
- 38| Vgl. *die Halbjahresprogramme des BZ Eichholz seit 1/1993.*
- 39| *Ottfried Hennig, Begrüßungsrede anlässlich einer Jahrestagung des Eichholzer Kreises e. V. zum Thema „Demokratie stärken – Sicherer leben in Deutschland“, am 23.01.1998 im BZ Schloss Eichholz, Redemanuskript, S. 3.*
- 40| Vgl. *Kapitel 5.5.*
- 41| Vgl. *Jahresberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung 1990, S. 45; 1991, S. 10; 1993, S. 8.*
- 42| *Mit der Eröffnung des neuen Hauses der KAS am Tiergarten in Berlin im Juli 1998 und der Verlegung der Politischen Akademie von Sankt Augustin dorthin, wurde das Verbindungsbüro Potsdam in ein Bildungswerk umgewandelt; vgl. Einblicke 4/1998, S. 3 ff.*
- 43| Vgl. *Institut für Politische Bildung (Hrsg.), Vor neuen Herausforderungen ...*, a. a. O., S. 7 f.
- 44| *Telefonische Mitteilung von Ulrich Düttemeyer, Leiter des BWK Hannover vom 14.09.1990.*

- 45| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1993, S. 8 f.*
- 46| Vgl. *Marco Arndt, Politikberatung im Mittelpunkt. BWK Leipzig hält Rückschau, in: Einblicke Heft 1/1994, S. 5.*
- 47| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1994, S. 22.*
- 48| *Konzentration der Stiftungsaufgaben 1994–1996. Beschluss des Vorstandes am 13. Dezember 1993 (unveröffentlichtes Manuskript), Sankt Augustin 1993, S. 6.*
- 49| *Dies ist u. a. den Laudationen von hochrangigen Persönlichkeiten aus Forschung, Kultur und Politik zu verdanken: Prof. Dr. Wolfgang Frühwald, seinerzeit Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Laudatio auf Sarah Kirsch); Prof. Dr. Hans Maier, Inhaber des Guardini-Lehrstuhls an der Universität München (auf Walter Kempowski); Prof. Dr. h. c. Marcel Reich-Ranicki (auf Hilde Domin); Dr. Wolfgang Schäuble MdB (auf Günter de Bruyn); Prof. Dr. August Everding, Bayerischer Staatsintendant (auf Thomas Hürlimann); Prof. Dr. h. c. Odo Marquard, em. Professor für Philosophie an der Universität Gießen (auf Hartmut Lange).*
- 50| Vgl.: *Dankesworte, die in den Dokumentationen zur Verleihung des Literaturpreises der Konrad-Adenauer-Stiftung (1995: Hilde Domin, S. 20–27; 1997: Thomas Hürlimann, S. 22–28; 1998: Hartmut Lange, S. 17–19) [darüber hinaus in „Sinn und Form“] veröffentlicht sind.*
- 51| *Der Jury gehörten an: Vorsitzende Prof. Dr. Birgit Lermen (Universität zu Köln), Jochen Hieber (Frankfurter Allgemeine Zeitung, hat 1996 Dr. Frank Schirmacher als Jurymitglied abgelöst), Prof. Dr. Helmut Kniesei (Universität Heidelberg), Dr. Sebastian Kleinschmidt (Chefredakteur von „Sinn und Form“), Dr. Volkmar Köhler (Parlamentarischer Staatssekretär a. D.).*
- 52| Vgl. *Gerd Langguth (Hrsg.), Autor, Macht, Staat, Literatur und Politik in Deutschland – ein notwendiger Dialog, Düsseldorf 1994.*
- 53| *Uwe Grüning, Deutschland – Deutschland: Politische Wirklichkeit und dichterische Gegenwart, in: Gerd Langguth (Hrsg.), a. a. O., S. 162–177.*
- 54| Vgl. *Gerd Langguth (Hrsg.), Die Intellektuellen und die nationale Frage, Frankfurt a.M./New York 1997.*
- 55| Vgl. *Günther Rüther (Hrsg.), Literatur in der Diktatur. Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus, Paderborn u. a. 1997.*
- 56| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1995, S. 51.*
- 57| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1995, S. 51.*
- 58| Vgl. *Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 1994, S. 51.*

7. AUF DEM WEG IN DAS NÄCHSTE JAHRTAUSEND

In ihrer über 40-jährigen Geschichte hat die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung insbesondere im Umfeld der Christlich Demokratischen Union, aber auch darüber hinaus, dazu beigetragen, unsere freiheitliche Demokratie zu erhalten, den politischen Konsens zu fördern, unter den Bürgerinnen und Bürgern die Bereitschaft zum politischen Engagement zu entwickeln und deren politische Sachkompetenz und demokratisches Bewusstsein zu stärken. Auf diese existenziellen Grundlagen unseres Gemeinwesens und unserer politischen Kultur wird es auch in Zukunft ankommen.

Diese Überzeugung fand allgemeine Zustimmung, als am 15. Mai 1997 in Eichholz eine Jubiläumsfeier anlässlich des 40. Jahrestages der Eröffnung der Politischen Akademie Eichholz durch Bundeskanzler Konrad Adenauer stattfand.¹ Der damalige Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ottfried Hennig, versäumte in seinem Festvortrag nach einem Rückblick auf die Geschichte des Hauses nicht, die Aufmerksamkeit auch auf zukünftige Aufgaben der Politischen Bildung zu lenken:

„In einer sich im starken Wandel befindlichen Welt muss und wird die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung auch in Zukunft auf der Grundlage christlich-demokratischer Werte und Politik-

konzepte Orientierungshilfen anbieten. Sie will damit einen Beitrag leisten zur Vermittlung und Förderung eines realistischen Bewusstseins über die Risiken und Chancen unserer Zeit. Andererseits wird sie die Politik bei ihren Bemühungen unterstützen, über die Aufgaben der Innen- und Außenpolitik zu informieren und diese zu erläutern, um in unserer Gesellschaft die notwendige Meinungs- und Konsensbildung über wichtige Entscheidungen zu ermöglichen.“²

Dr. Jürgen Rüttgers, damals Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, und der ehemalige Leiter des Seminars für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, erläuterten an zwei Beispielen, an welchen Zukunftsprojekten die Mitwirkung der Politischen Bildung erforderlich sei. So plädierte Rüttgers eindringlich dafür, dass diese als Promotor unter den Bürgerinnen und Bürgern für einen Aufbruch in die Wissensgesellschaft werben müsse, damit die Deutschen auch unter den Bedingungen der Globalisierung erfolgreich am internationalen Wettbewerb teilnehmen könnten.³ Kühnhardt wies in seinem Redebeitrag darauf hin, dass es die Europäische Union im Bereich der Wirtschaft erfreulich weit gebracht habe und im Bereich der Politik wenigstens ihre Aufgaben benennen könne, während im Bereich der Kulturen und der Mentalitäten noch nicht einmal dieser Zustand erreicht sei. Wenn die Politische Bildung den europäischen Einigungsprozess weiterhin unterstützen wolle, werde sie angesichts der sich wieder ausbreitenden Europa-Skepsis in Zukunft nicht darum herumkommen, auch diesen Problemkomplex zu thematisieren.⁴

Um die Zukunft der Politischen Bildung und um politische Zukunftsfragen ging es auch im zweiten Positionspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung, das im August 1997 unter dem Titel „Für Verantwortung und Gemeinwohl“ veröffentlicht wurde.⁵ Ziel dieses Positionspapiers war es, nach innen einen an das christliche Menschenbild und die Werte der Freiheit und Solidarität, der Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft gebundenen Konsens als Orientierungshilfe zu formulieren und nach außen Positionen zu beziehen, die zu einer Auseinandersetzung über die Lösung politischer Zukunftsfragen anregen. Dabei wurde zunächst festgestellt, dass sich die westlichen Demokratien seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten viel stärker als bisher aus sich selbst heraus legitimieren müssten und nur überleben könnten, wenn seine Bürgerinnen und Bürger bereit wären, sich für ihn zu engagieren. Deshalb wäre

es nach wie vor Aufgabe der Politischen Bildung, das Interesse an einer aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu wecken und die dazu notwendigen Kenntnisse über die normativen Grundlagen, Institutionen und Funktionen der parlamentarischen Demokratie zu vermitteln. Angesichts des Wertewandels und fortschreitender Individualisierung wäre es notwendig, dabei auch die Bindungskräfte in der Gesellschaft zu fördern und auf die gemeinschaftsbildenden Funktionen von Familien, Schulen und Kirchen einzugehen.

Wichtige Zukunftsthemen, mit denen sich die Politische Bildung inhaltlich intensiv beschäftigen müsste, waren:

- Die Frage nach den Auswirkungen der fortschreitenden Globalisierung auf die Weltgemeinschaft und nach der Rolle Deutschlands (hinsichtlich der Friedenssicherung, einer nachhaltigen Entwicklung und der Zukunft der Demokratie) in der Welt,
- die Frage, inwiefern das Europabewusstsein der Menschen hinsichtlich einer fortschreitenden Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union tragfähig genug wäre, und
- die Fragen nach den Entwicklungsperspektiven der Deutschen als Verantwortungs- und Solidargemeinschaft, nach der Verantwortung des Einzelnen und der Rolle des Staates unter den Bedingungen der modernen Medien- und Informationsgesellschaft.

Die Lösungen zu diesen Zukunftsfragen bedürften des gesellschaftlichen Dialogs, dieser wiederum der Information und letztere der Vermittlung, kurz: „Unsere Zukunftsfähigkeit bedarf der Bildung, insbesondere der politischen Bildung.“⁶

Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung wird die genannten Zukunftsfragen intensiv behandeln. Sie will Anregungen geben und offen sein für neue Themen und ungeahnte Herausforderungen. Die Politische Bildung versteht sich dabei als ein vom Gedanken der Toleranz, jedoch nicht von Beliebigkeit geleitetes, offenes Forum. Das Programmangebot soll die spezifischen Probleme und Interessen der verschiedenen Teilnehmer durch zielgruppengerechte Themenauswahl und Vermittlungsmethoden berücksichtigen.

Die Zukunft der Politischen Bildung selbst wird ganz entscheidend davon abhängen, inwieweit die Anbieter von Politischer Bildung die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit ihrer Bildungsmaßnahmen überzeugen können. Im Ringen um die knapper werdenden öffentlichen Finanzmittel wird stärker denn je nach ihrem Nutzen und ihrer Effizienz gefragt werden. Darum brauchen wir heute eine offene Diskussion darüber, was Politische Bildung leisten kann und was nicht. Deshalb wird die Politische Bildung zukünftig mit ihren Zielen, Aufgaben und Anliegen stärker sichtbar in die Gesellschaft treten und selber für sich werben. Denn die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist nach ihrem Selbstverständnis moderne Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger und für den demokratischen Staat.

- 1| Vgl. Günther Rüter (Hrsg.), *Demokratie braucht mündige Bürger. 40 Jahre politische Bildung in Eichholz* (= Eichholz-Brief Jubiläums-Sonderdruck).
- 2| Ottfried Hennig, *40 Jahre politische Bildung in Eichholz*, in: Günther Rüter (Hrsg.), *Demokratie ...*, a. a. O., S. 3–11, hier: S. 11.
- 3| Jürgen Rüttgers, *Wissen für die Zukunft. Politische Bildung vor neuen Aufgaben*, in: ebd., S. 12–20.
- 4| Ludger Kühnhardt, *Für Europa lernen. Politische Bildung und Europäische Einigung*, in: ebd., S. 21–32.
- 5| Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Für Verantwortung und Gemeinwohl oder Die Aufgaben der politischen Bildung. Ein Positionspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*, Wesseling 1997.
- 6| Ebd., S. 28.

DER AUTOR

Heinrich Blatt, 1962 geboren, Politikwissenschaftler, vom 1. April 1992 bis 31. Dezember 1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, vom 1. Januar 2000 bis 12. August 2012 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung. Am 13. August 2012 verstarb Heinrich Blatt.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Werner Blumenthal
Leiter der Abteilung Politische Bildungsforen und Regionalbüros
Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postanschrift: Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Besucheranschrift: Südstraße 2 a-b, 53757 Sankt Augustin
Telefon: +49(0)-2241-246-4275 / Zentrale+49(0)-2241-246-0
E-Mail: werner.blumenthal@kas.de*

*Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postanschrift: Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Besucheranschrift: Südstraße 2 a-b, 53757 Sankt Augustin
Telefon: +49(0)-2241-246-4212 / Zentrale+49(0)-2241-246-0
E-Mail: melanie.piepenschneider@kas.de*

PUBLIKATIONSREIHE

„HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

Mit der Reihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ möchte die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung interessierte Bürgerinnen und Bürger über politische Entwicklungen informieren, Orientierungen in Sachfragen geben und das Interesse an politischer Mitwirkung stärken. Die Handreichungen verstehen sich als Grundlageninformationen zur Beteiligung an aktuellen politischen Diskussionen.

In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ sind bisher erschienen:

■ **Band 1:**

*J. Christian Koecke, Michael Sieben:
Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen,
Geschichte, Organisation
3., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-012-8*

■ **Band 2:**

*Katrin Grüber: Zusammen leben ohne Barrieren. Die Umsetzung
der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
in Kommunen
Wesseling, April 2010
ISBN 978-3-941904-18-7*

■ **Band 3:**

*Klaus-Jürgen Engelen: Die energiepolitische Zukunft der
Europäischen Union.
Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU (Ringbuchordner)
Wesseling, April 2010*

■ **Band 4:**

*Andreas Kalina: erfolgreich.politisch.bilden.
Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland
2., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-013-5*

- **Band 5:**
 Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?
 Wesseling / Hannover, März 2011
 ISBN 978-3-941904-96-5
- **Band 6:**
 Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der DDR-Bürger bestimmte. Didaktische Begleitung zur gleichnamigen Ausstellung
 4., überarbeitete Auflage
 Sankt Augustin / Potsdam, Januar 2015
 ISBN 978-3-95721-077-7
- **Band 7:**
 Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen durch das SED-Regime und ihre Folgen
 3., überarbeitete Auflage
 Sankt Augustin / Potsdam, Januar 2015
 ISBN 978-3-95721-076-0
- **Band 8:**
 Klaus-Jürgen Engelen:
„Cicero“ – Entscheidungs- und Konferenzplanspiele zur Staatsschuldenkrise in der EU
 Wesseling, April 2012
 ISBN 978-3-942775-81-6
- **Band 9:**
 Annette Wilbert:
Update Politische Bildung. Leitfaden für die Seminarpraxis
 Wesseling, Januar 2013
 ISBN 978-3-944015-30-9

- **Band 10:**
 Tanja Segmüller, Angelika Zegelin, Franz Wagner, Christel Bienstein:
Menschen würdig pflegen? Das Recht auf qualifizierte Pflege. Eine Diskussionsschrift
 2., unveränderte Auflage
 Sankt Augustin / Berlin, März 2013
 ISBN 978-3-944015-36-1
- **Band 11:**
 Jana Kulhay:
Die Mediengeneration. Jugendliche, ihr Medienkonsum und ihre Mediennutzung
 Sankt Augustin / Berlin, Januar 2013
 ISBN 978-3-944015-33-0
- **Band 12:**
 Andreas Jungherr, Harald Schoen:
Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktionen
 (Vollständige, unveränderte PDF-Ausgabe der im Springer VS, Wiesbaden 2013, erschienenen Buchausgabe)
 Sankt Augustin / Berlin, Juni 2013
 ISBN 978-3-658-01012-6
- **Band 13:**
 David Jonathan Grunwald:
Ordnungspolitische Bildung als Bestandteil der außerschulischen Erwachsenenbildung
 Wesseling / Berlin, Januar 2014
 ISBN 978-3-95721-008-1
- **Band 14:**
 Maja Eib, Daniel Braun:
Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum am Beispiel Thüringens
 Wesseling / Erfurt, Januar 2014
 ISBN 978-3-95721-014-2

■ **Band 15:**

*Manuel Sutter, Serafin von Roon, Florian Samweber,
Kristin Wachinger:
Netzausbau in Deutschland. Wozu werden neue Stromnetze benötigt?
Wesseling / Berlin, September 2014
ISBN 978-3-95721-051-7*

■ **Band 16:**

*Tobias Montag, Thomas Recht:
Den Netzausbau mitgestalten. Potentiale formeller und informeller
Beteiligung
Wesseling / Berlin, September 2014
ISBN 978-3-95721-052-4*

GEPLANTE „HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“
FÜR 2015:

■ *Annette Wilbert:*

SmartDemocracy Deutschland

■ *Karl-Heinz van Lier:*

Handlungsauftrag Demographie – Ein Leitfaden

■ *Philipp Lerch:*

Basics Kommunal Politik



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.

Jetzt QR-Code scannen
und Betrag eingeben.